

24. September 1928

MAX COHEN · AGITATION GEGEN POLITIK

KARL Hildenbrand hat hier am 14. Mai zur 5. Wahl der Deutschen Republik gemahnt, es komme darauf an, »daß man schon bei der Wahl selbst die künftig notwendige Koalition ins Auge faßt«, und vor der »Hervorkehrung von Gegensätzen 2. Ordnung« gewarnt, »während das Gemeinsame 1. Ordnung die Forderung des Tages ist«. Man sollte also vor allen Dingen nicht in der Wahlagitation Dinge versprechen, die man nachher nicht ausführen kann. Wenn es auch nicht das erstemal ist, daß die Sozialdemokratische Partei in eine schwierige Lage gerät, weil das, was nach der Wahl geschehen muß, sich nicht so leicht mit den Darlegungen der Wahlpropaganda in Einklang bringen läßt, so hat die Nichtbeachtung der vom Genossen Hildenbrand ausgesprochenen Warnung diesmal doch besonders verhängnisvolle Folgen gehabt.

Welch eine Veranlassung lag denn vor den Wählern zu versprechen, daß man den Bau des Panzerschiffs A verhindern wird? Man mußte doch zunächst wissen, daß das in einem Kabinett der Großen Koalition gar nicht möglich sein werde. Trotzdem ließ man es geschehen, daß diese sogenannte Panzerkreuzeraffäre in der Wahl fast zur Hauptsache gemacht wurde. Nun, nachdem dieses Panzerschiff doch gebaut wird, und die sozialdemokratischen Minister aus Koalitionsgründen von einem Einspruch absahen, fühlt sich der sozialistische Wähler gewissermaßen um seine Wahl betrogen. Daß die sogenannten Kommunisten den Bau dieses Kriegsschiffs zu einer Haupt- und Staatsaktion aufbauschen, braucht weiter nicht wunderzunehmen. In ihren Agitationsmitteln können sie nach Lage der Dinge nicht besonders wählerisch sein; sie nehmen, was sich bietet. Es kümmert sie nicht im geringsten, daß sie die letzten sind, die ein Recht hätten in der Bewilligung von Mitteln für den Bau von Kriegsschiffen die Verletzung eines Prinzips zu sehen. Ein solches Recht haben allenfalls die Pazifisten, die jede Kriegsrüstung verwerfen, weil sie in ihr schon den Krieg selber sehen, und weil ihnen die Vermeidung von Kriegen oberstes Gesetz ist. Nichts von allem gilt aber für die Bolschewisten. Und doch hat es keinen Zweck mit ihnen darüber zu debattieren. Denn wie sollte man von ihnen verlangen, daß sie eine so günstige Gelegenheit die Arbeiterwähler gegen die Sozialdemokratische Partei aufzurufen sich entgehen ließen? Aber nicht um die Haltung der Kommunistischen Partei handelt es sich für uns. Die antisozialdemokratische Propaganda der deutschen

Bolschewisten hätte nämlich keinen Erfolg, wenn die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei nicht selber von ehrlicher Entrüstung ergriffen wären. Man kann ihnen auch das Recht dazu nicht bestreiten. Es ist nicht die Bewilligung des Panzerschiffs als solche; diese könnte man ihnen schon politisch begreiflich machen, wenn man sich ernstliche Mühe gäbe mit den Wählern wirklich politisch zu sprechen. Es ist das für den gradedenkenden Menschen unfassbare Faktum, daß eine Partei unmittelbar nach der Wahl in einer Sache, die sie selber als so ungeheuer wichtig hinstellte, das direkte Gegenteil dessen tut, was sie in der Wahlagitation verkündet hatte. Und diese Tatsache führt uns wieder auf den Kernpunkt zurück. Es ist nicht nur moralisch höchst bedenklich, es ist auch intellektuell sinnlos in der Agitation nur Agitationsgesichtspunkte gelten zu lassen, auf alte oder veraltete Empfindungen der Wähler zu spekulieren, statt ihnen eine neue Einsicht nahezubringen. Was unsere Partei während des Wahlkampfes in dieser Panzerschiffsache angestellt hat, ist, politisch genommen, unverzeihlich. Daß die Führer im Wahlkampf nichts getan haben, um solche törichte Agitationsweise zu verhindern, rächt sich nun an der Führung der Partei selbst. Jetzt, nachdem alles in der Partei in hellen Flammen steht, sieht selbst der Vorwärts ein, daß man keine Wahlversprechungen machen dürfe, die man nicht halten kann. Vor der Wahl war er für die hier ausgesprochene Mahnung taub. Die neue Erkenntnis unseres Zentralorgans ist allzu schwer erkauft. Denn es ist noch nicht sicher, ob unsere Partei einen Weg aus der Krise findet, ohne die Möglichkeit zum positiven Schaffen, die ihr die Regierungsbildung gegeben hat, preiszugeben.

Wir haben also jetzt ein gründliches Memento für alle folgenden Wahlen erhalten. Das mag für die Zukunft gut sein. Aber heute heißt es die Gegenwart sichern. Und da gibt es nur eins: daß man sich nun endlich zur vollen Wahrheit bekennt. Es ist aber nur eine halbe Wahrheit, wenn man nun die Nichtverhinderung des Panzerschiffbaus lediglich mit taktischen Rücksichten auf das Zustandekommen der Großen Koalition begründet. Es fragt sich auch sehr, ob man damit großen Eindruck auf die Parteigenossen macht und die Entrüstung beseitigt. Namentlich, wenn das Plädoyer in der Weise geschieht, daß man den Wählern erzählt, man hätte ja gern die Mittel für den Bau des Panzerschiffs abgelehnt, wenn man nur sicher gewesen wäre, daß sie trotzdem bewilligt werden würden; da aber die Gefahr vorlag, daß man mit der Ablehnung Erfolg gehabt hätte, so hätte man sie unterlassen müssen. Bei solcher Argumentation steht es mit der Aussicht auf eine politische Erziehung der Massen durch die Führer allerdings nicht zum besten. Man wird also vor allem bei sich selber Einkehr halten müssen. Und das erste muß sein, daß man endlich mit der Selbstentschuldigung aufhört, man müsse so und so sein, weil die Massen dieses und jenes "nicht verstünden". Sie verstehen es schon ganz gut, wenn man ihnen nur wirklich sagt, was *ist*.

In der Aufregung über den Bau des Panzerschiffs, die zu einer Krise in der Sozialdemokratischen Partei geführt hat, lebt die ganze antimarinistische Intransigenz der Vorkriegszeit wieder auf. Das ist aus dem Gefühl durchaus zu verstehen. Die Massen haben ganz natürlich nach dem furchtbaren Kriegserlebnis vor jeder Aktion, die nach einer neuen Aufrüstung aussieht, ein spontanes Grauen. Der äußerlich so einleuchtende Zusammenhang zwischen Kriegsrüstung und Kriegsgefahr ist durch die Abrüstungsdebatten der letzten Jahre den sozialdemokratischen Arbeitern zu einem Dogma geworden, über das man gar nicht mehr nachzudenken braucht. Gerade hier hat aber die

politische Erziehungsarbeit der Sozialdemokratischen Partei zu beginnen. Sie hat ihren Anhängern das Wesen der Außenpolitik klarzulegen, woraus sich dann diese Tatsache ergibt: Abrüstung sowohl wie Aufrüstung können nichts anderes sein als Mittel der Politik, sie können nie deren Inhalt bestimmen; Kriege werden ganz gewiß nicht durch Rüstungsverminderung, auch nicht durch noch so weitgehende Abrüstung, verhindert sondern nur dadurch, daß die objektiven Tatbestände geschaffen werden, die einen kriegerischen Zusammenstoß der Völker unmöglich machen. Welches die wesentlichsten dieser Voraussetzungen sind, das ist in den Sozialistischen Monatsheften Jahr um Jahr klargelegt worden. Die organische Gestaltung der Welt in großen Wirtschaftsimperien, die ein Weltgleichgewicht (nicht die englische balance of power in Europa) herstellt, vor allem der Zusammenschluß des europäischen Kontinents, der eine Interessengemeinschaft der europäischen Völker bedeutet: das ist die reale Sicherung gegen den Ausbruch eines Kriegs. Dieser Zusammenschluß muß aber auch die Machtmittel der einzelnen Völker so konzentrieren, daß kein Eingriff von außen mehr möglich ist. So betrachtet gewinnt auch die Flottenfrage eine neue Bedeutung.

Das Deutsche Reich kann eine Flottenpolitik nach Art der Vorkriegszeit nicht mehr treiben. Was es vor dem Krieg tat, litt unter dem Mangel einer tragenden Idee. Es baute sich eine große Marine, ohne auf Rückendeckung durch Bündnisse auf dem Festland, namentlich mit Frankreich und Rußland, Bedacht zu nehmen. Marinerüstung ohne kontinentaleuropäische Politik war aber von vornherein ein Unding. Diese Erkenntnis hat Deutschland im Weltkrieg teuer genug bezahlt. Erst recht gilt sie jetzt. Von dem Bau einer eigenen deutschen Flotte nennenswerten Maßstabs kann ohnehin nicht die Rede sein, da deren wichtigste Bestandteile uns durch den Versailler Vertrag dauernd entzogen sind. Unter solchen Umständen kann man fragen, ob denn der Bau einiger Panzerschiffe überhaupt irgendeinen Zweck hat. Sind sie nicht militärisch wertlos? Auf der andern Seite aber ist auch nicht einzusehen, weshalb Deutschland nicht die engbegrenzte Möglichkeit, die ihm der Friedensvertrag von Versailles noch gelassen hat, ausnutzen soll. Was die Rüstung zu Lande anlangt, so ist man schließlich auch in der Partei der Meinung, daß die kleine Armee, die Deutschland nach dem Friedensvertrag haben darf, wenigstens wohlausgerüstet und schlagfertig sein muß. Gegen ihren Bestand hat man auch in unseren Reihen eigentlich nichts einzuwenden. Was man ändern will, ist nur der Geist der Truppe: Man will ein Gefühl enger Zusammengehörigkeit zwischen der Wehrmacht und den Volksmassen hervorrufen; und dazu ist freilich ein Geist in der Leitung unserer Reichswehr notwendig, der bis jetzt noch vermißt wird. Was man dem Lande geben will, soll man es der See vorenthalten? Auch unsere Flotte, so klein und vor allem so fragmentarisch sie nur sein kann, muß doch so weit wie möglich modernen Anforderungen entsprechen. Deshalb müssen Kriegsschiffe vorhanden sein, auf denen die Mannschaften gründlich ausgebildet werden können. In diesem Artikel soll über marinetechnische Fragen nicht gestritten werden. Nur das eine sei erwähnt: Jedes Ding hat einen andern Wert, je nachdem man es isoliert oder als Teil eines Ganzen nimmt. So kann man auch den Wert eines deutschen Panzerschiffs zurzeit nicht beurteilen, wenn man nur die deutsche Seerüstung für sich nimmt. Anders wird die Sache, wenn man den Vereinigten Europäischen Kontinent im Auge hat. Sind die deutschen Küsten nicht europäische Küsten, die möglicherweise einmal geschützt wer-

den müssen? Ohne die Frage entscheiden zu wollen, ob das Panzerschiff solchem Zweck irgendwie dienen kann, eine Frage, über die die Marinesachverständigen zu urteilen haben, muß man doch zugeben, daß die Frage bei einer solchen europäischen Betrachtungsweise ein anderes Gesicht erhält. Gerade die dunkle Ahnung eines solchen Zusammenhangs, gleichviel ob er den Leitern unserer Politik überhaupt zum Bewußtsein kommt, scheint es zu sein, was die deutsche Linke, namentlich die Demokraten, gegen den Schiffbau so sehr aufbringt. Man sieht, bewußt oder unbewußt, darin einen Eingriff in die geheiligten Rechte Englands, das ganz allein das Meer für sich haben soll. Es kommt noch gerade zu diesem Zeitpunkt dazu, daß die unsinnige Auffassung des sogenannten englisch-amerikanischen Konflikts, die so manchen unserer Politiker immer wieder von einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten phantasieren läßt, bei unseren anglophilen Demokraten die Angst erweckt, als könnte Deutschland dann gegen England kämpfen. So unsinnig solche Vorstellung an sich schon ist, so genügt sie doch unserer Linken, um nun mit einem Eifer in dieser ganzen Panzerkreuzeraffäre vorzugehen, der ihrem sonstigen Temperament eigentlich gar nicht entspricht. Soll deshalb die Sozialdemokratie nun auch wieder in einen prinzipiellen Antimarinismus zurückfallen? Hätte man im Wahlkampf den Panzerschiffbau in rein sachlicher Weise behandelt, so hätte man vielleicht auch nicht alle Wähler von ihrer gefühlsmäßigen Abneigung gegen jede Seerüstung abgebracht; aber man hätte die Angelegenheit wenigstens auf ihre normale Bedeutung reduziert, und es wäre dann den sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung möglich gewesen wirklich nach politischer und technischer Zweckmäßigkeit zu entscheiden. Nachdem nun im Wahlkampf alle Leidenschaften auf den falschen Punkt konzentriert sind, ist es nicht nur der konservative Parteiradikalismus, der sich jetzt gegen die Führung auflehnt. Gerade diejenigen, die an sich besonders geeignet wären politische Notwendigkeiten zu erkennen und anzuerkennen, können es jetzt nicht verwinden, daß sie die Führung der Partei mit dem Makel der Unaufrichtigkeit behaftet sehen. Das ist eine Tatsache, die, so schlimm sie für die Gegenwart ist, für die Zukunft heilsam wirken kann.

Was soll nun geschehen? Wir stehen vor einer ganz neuen Situation, die uns beweist, wie richtig es war darauf hinzuweisen (was hier im Mai und im August geschah), daß die wirkliche Probe auf die Koalitionspolitik erst beim Wiederezusammentritt des neuen Reichstags im November erfolgen werde. Es muß nunmehr entschieden werden, ob die Sozialdemokratische Partei ihre Beteiligung in der Regierung aufgeben, oder ob sie in ihr weiterarbeiten und das Kabinett zu einem Kabinett einer Großen Koalition gestalten soll. Was in der Wahlagitation getan wurde, läßt sich im Handumdrehen nicht wieder gutmachen. Das wird erst im Lauf der Zeit möglich sein, wenn wir in Zukunft nicht mehr die Agitation gegen die Politik sondern im Dienst der Politik arbeiten lassen. Heute und hier aber müssen wir uns sagen: Fehler der Agitation können nicht dadurch beseitigt werden, daß nun auch noch Fehler der Politik gemacht werden. Man muß den Mut haben die ersten einzugehen, um die Möglichkeit einer schaffenden Politik in dieser Legislaturperiode zu gewinnen. Die Arbeiterklasse will jetzt Taten sehen. Man wird sie in der Folge nicht mehr mit hemmungsloser Agitation gewinnen und behalten können. Man wird vielmehr an die politische Einsicht appellieren müssen. Und das kann die Partei auch ganz unbesorgt tun.

Denn es ist ganz falsch die Arbeiterklasse nach den Parteiagitationsreden zu beurteilen. Wer ihren Geist wirklich kennen lernen will, soll sich ihre wirtschaftliche Klassenvertretung ansehen. Da zeigt es sich, daß der Sinn für die Realitäten unter den Arbeitern ganz außerordentlich erstarkt ist. Das hat der Hamburger Kongreß der Freien Gewerkschaften in diesem Monat deutlich bewiesen. Aus der allseitigen Zustimmung zu dem Referat über die Wirtschaftsdemokratie wird man den Schluß ziehen dürfen, daß die Gewerkschaften, der Kern der deutschen Arbeiterklasse, der Illusionspolitik entwachsen sind, daß sie gerade darum eine immer stärkere Anteilnahme ihrer politischen Vertretung am Staat verlangen. Eine Agitation nach der Vorkriegsmanier der "radikalen" Opposition ist, wenn sie jemals richtig war, heute jedenfalls überholt. Sachliche Auseinandersetzungen über die Notwendigkeit einer immer engeren Verknüpfung der Arbeiterklasse mit der nationalen Produktion wirken auch propagandistisch am besten. Die Parole der Arbeitspolitik, die Rudolf Wissell, als neuer Reichsarbeitsminister, im vorigen Monat hier in den Sozialistischen Monatsheften ausgegeben hat, wird den sozialistischen Politikern in der Tat den Weg weisen, »der zwischen sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten das richtige Verhältnis findet«. Eine Periode produktiver Arbeit könnte jetzt in der Gesetzgebung des Deutschen Reichs, namentlich in ihrer Ausführung, beginnen. Gewiß darf man auch nicht die gewaltigen Hemmnisse verkennen, auf die unter den Voraussetzungen, wie sie zurzeit in Deutschland nun einmal gegeben sind, jeder Schritt stoßen wird. Aber Schwierigkeiten sind schließlich nur dazu da, um die eigenen Kräfte zu vergrößern. Jedenfalls genügt jene Möglichkeit, mag ihre Verwirklichung auch fraglich sein oder nur zum kleinen Teil gelingen, um die Sozialdemokratische Partei Deutschlands direkt vor die Frage zu stellen: Hat man das Recht in einer solchen Situation eine politische Machtposition, wie sie die Beteiligung an der Regierung ist, aufzugeben?

Der einfache, bequeme Oppositionsweg ist der Sozialdemokratie der Nachkriegszeit versperrt. Sie kann jetzt der Verantwortung, die ihr schon durch die große Anzahl ihrer Wähler auferlegt wird, nicht entgehen. Wenn sie fortan ihre gesamte Propaganda von der politischen Wirklichkeit bestimmen läßt, so daß sie auch alles halten kann, was sie verspricht, so werden die Verluste, die ihr die Panzerkreuzerkrise möglicherweise in diesen Monaten gebracht hat, bald wieder eingeholt sein. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird dann auf die Dauer die politische Vertretung der deutschen Arbeiterklasse sein. Und damit sichert sie sich das Fundament für eine konstruktive Politik auf allen Gebieten.

LUDWIG QUESSEL · DER DREIFRONTENKAMPF DEUTSCHLANDS IN GENÈVE



Es ist falsch zu behaupten, daß Zugehörigkeit zu einer Partei verpflichtet ihre Fehler zu beschönigen. Schon gar nicht kann man diese Auffassung auf die auswärtige Politik anwenden, die weder eine spielerische noch eine propagandistisch parteimäßige Behandlung verträgt. Wer an sie herantritt, muß wissen, wohin er will. Ziel und Maß seines Strebens müssen offen in dem Sinn vor seinen Blicken liegen, daß er die Bedürfnisse seines Landes im Rahmen des Erdteils

sieht, der es umspannt. Er muß ferner mit dem Zeitgeist vertraut sein, der seinem Zeitalter eigen ist. Wer bei außenpolitischen Fragen im Geist eines versunkenen Zeitalters nur an sein Land denkt und die Bedürfnisse der anderen Länder ignoriert, wird unabwendbar Unheil über sein eigenes Volk bringen. Niemals darf man auch vergessen, daß das Europa von heute aus einem entsetzlichen, 4½-jährigen Krieg hervorgegangen ist. Nur unhistorischer Sinn kann sich einbilden, daß ein Krieg, der 3 große Reiche zum Zusammenbruch führte, der 10 Millionen Männer verschlang, schon nach 10 Jahren liquidiert sein könnte. Er wird es auch nach 30 Jahren noch nicht sein. Wahrscheinlich wird unser Erdteil noch nach einem Jahrhundert die Spuren der Katastrophe, die ihn mit Blut überschwemmte, in seinem Antlitz tragen. Weder der Pakt von Locarno noch der von Paris können daran Erhebliches ändern. Sie vermögen die Vergangenheit nicht wegzuwischen, das Meer des vergossenen Bluts nicht auszuschöpfen. Einstweilen kann von den Pakten von Locarno und Paris nur die Zuversicht ausgehen, daß die Befriedung, die nach den schlimmen Tagen des Ruhrkriegs am Rhein langsam begonnen hat, sich früher oder später auch auf Weichsel und Adria, auf Ost-europa und die Balkanländer erstrecken wird.

Prüft man von diesen Gesichtspunkten ausgehend Deutschlands Politik in Genf, so ist es schwer ihr ein gutes Zeugnis auszustellen. Die deutsche Presse stimmt denn auch in dem Urteil überein, daß die Aktionen der deutschen Delegation auf der Septembertagung des Völkerbunds dem Kabinett Müller keinen Erfolg gebracht hätten. Selbst die sozialdemokratische Presse drückt ihre Enttäuschung über das Ergebnis von Genf in starken Worten aus. Die Mittelparteien klagen laut über den negativen Ausgang der deutschen Aktionen, ohne diese selbst jedoch einer Kritik zu unterziehen. Sehr scharf gehen dagegen die entschiedenen Gegner des Kabinetts Müller, die Deutschnationalen und die Kommunisten, mit Müllers Genfer Aktionen ins Gericht. Da liest man, daß er in Genf »ein Fiasko erlitten«, daß er »nichts erreicht« habe, obwohl er in der Sonntagsbesprechung der Sechs am 16. September »einen Unfall vollzogen, der völligen Zusammenbruch bedeutet«. Kein Zweifel, ein Erfolg für Deutschland ist die Genfer Tagung nicht, insbesondere wenn man das Genfer Ergebnis mit der Haltung vergleicht, die die deutsche Delegation nach den halbamtlichen Verlautbarungen in Genf zu bewahren feierlich versprochen hatte. Merkwürdig ist indessen, daß von keiner Seite die Frage aufgeworfen wird, ob die Aktivität des Kabinetts Müller in Genf nicht falsch orientiert gewesen sei und vielleicht aus diesem Grund zu einem Mißerfolg geführt habe. Und doch kann man leicht erkennen: Die unverkennbaren Enttäuschungen, die das Kabinett Müller in seiner kurzen Lebenszeit in der auswärtigen Politik schon erlebt hat, rühren wesentlich daher, daß es die Anschluß-, die Räumungs- und die Abrüstungsforderung nach dem Rezept der Wilhelmstraße als deutsche Interessen im Sinn eines längst untergegangenen Zeitalters traktierte, anstatt sie im Geist des Genfer Protokolls als europäische Probleme zu behandeln.

Die Anschlußfrage ist in Genf selbst von deutscher Seite nicht angeschnitten worden. Aber sie schwebte unsichtbar über den Genfer Verhandlungen, sie verbreitete tiefes Unbehagen in der Völkerbundsversammlung. Niemals hätte die Aussprache über die deutsche Abrüstungsforderung, die in Genf von Hermann Müller verfochten wurde, eine solche Mißstimmung gegen Deutsch-

land entfachen können, wenn ihr nicht die Anschlußdemonstrationen in Österreich vorangegangen wären, die in ganz Europa Beunruhigung hervorgerufen hatten. Wer daran zweifelt, lese die vom Verlag Rheinischer Beobachter aus den Mitteln des Heimatdienstes herausgegebenen Ausländischen Pressestimmen zur Rheinlandpolitik vom 1. und 15. September 1928. Sie geben ein erschütterndes Bild des tiefgehenden Mißtrauens gegen Deutschland, das die Folge jener Kundgebungen war. Daß der Anschluß Österreichs, der Deutschlands Bevölkerung um $6\frac{1}{2}$ Millionen vermehren und sein Gebiet bis zum Brenner und zur Drau erweitern, Italiener, Jugoslawen und Ungarn zu Grenzvölkern eines Großdeutschlands machen soll, auf friedlichem Weg nur in einem kontinentaleuropäischen Staatenbund zu verwirklichen ist, sollte man jetzt auch schon in der Wilhelmstraße begriffen haben. Wer den kontinentaleuropäischen Zusammenschluß als Voraussetzung des Anschlusses ignoriert, erweckt bei allen europäischen Außenpolitikern den Argwohn, daß ihm auch andere als friedliche Mittel zur Erreichung dieses Ziels willkommen wären. Kein Politiker wird doch leugnen können, daß ein um Österreich vergrößertes und mit Ungarn benachbartes Großdeutschland die ganze machtpolitische Lage Mitteleuropas von Grund aus umgestalten müßte. Eine solche Kombination würde die Tschechoslowakei wie eine Zange umfassen sowie in einer Ausdehnung von 200 Kilometer Italiens, von 500 Kilometer Jugoslawiens und von 300 Kilometer Rumäniens Grenzen berühren und bis auf 300 Kilometer Entfernung an Bulgarien heranrücken. Der Anschluß wird daher von den Staatsmännern Europas so lange als eine machtpolitische Angelegenheit zugunsten Berlins, Budapests und Sofias angesehen werden, als das von der Zweiten Internationale als relativ bestes Friedensinstrument anerkannte Genfer Protokoll unwirksam in den Aktenschränken ruht.

Ebenso denkt man in Europa aber auch über den Inhalt der deutschen Abrüstungsforderung. Der Wert jeder Rüstung ist relativ. Selbst die im engen Rahmen des Versailler Vertrags gehaltene Rüstung Deutschlands gewinnt in dem Maß an militärischem Wert als die Rüstung der anderen herabgesetzt wird. Briand erinnerte Müller daran, daß sich die Reichswehr zum größten Teil aus Offizieren und Unteroffizieren zusammensetzt, als Kern eines, durch Heranziehung von Reservisten zu bildenden großen Heeres. Es wäre auch zu untersuchen, ob Deutschland überhaupt irgendein Interesse an der Abrüstung seiner Nachbarstaaten hat. Die These, daß deren Rüstungen die Grenzziehung des Versailler Vertrags bedrohen, wäre durch die Zustimmung zu einem Ostlocarno, das Deutschland jederzeit erhalten kann, leicht genug gegenstandslos zu machen. Jede Rüstung, die ein Land zu tragen hat, ohne dafür ein Plus an Sicherheit einzutauschen, ist eine nutzlose ökonomische Last, die die Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie respektive Agrikultur auf dem Weltmarkt behindert. Keine europäische Regierung wird aber der deutschen glauben, daß sie aus purer Menschenliebe Abrüstung erstrebt, lediglich um die steuerliche Last der anderen Völker zu erleichtern. Selbst England ließ Hermann Müller am 8. August in Genf durch Lord Cushendun darüber belehren, daß der Artikel 8 der Völkerbundssatzung von den alliierten und assoziierten Mächten nur verlangt »die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabzusetzen, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der durch ein gemeinsames Handeln auferlegten internationalen Verpflichtungen vereinbar ist«. Welches Maß von Rüstungen die »nationale Sicherheit« und die »internationalen Verpflichtungen« erfordern,

das müsse nach Englands Ansicht jeder Staat selbst bestimmen. Und gerade aus diesem Sachverhalt hätten sich nach englischer Auffassung die eigentlichen Schwierigkeiten der Abrüstung ergeben. Da die gegenwärtigen Rüstungen in Europa die Grenzziehung des Versailler Vertrags nirgendwo bedrohen, so lag ein zwingender Grund für Deutschland nicht vor sich in das heikle Thema der Abrüstung der alliierten und assoziierten Mächte einzumischen und, wie Moskau, Abrüstung der anderen ohne Inkraftsetzung des Genfer Protokolls zu verlangen. Wenn irgendwo, so war für Deutschland gerade in dieser Angelegenheit Zurückhaltung geboten.

Man weiß, daß die Wilhelmstraße bestritten Urheberin des deutschen außenpolitischen Dreifrontenkampfs zu sein, dessen Fiasko in Genf durch Briands diplomatische Vernebelungskunst allerdings teilweise unsichtbar gemacht wurde. Sie will die große Anschlußdemonstration in Österreich Ende Juli nicht gefördert haben. Wenn das auch zutrifft, so muß man doch mit der Tatsache rechnen, daß die europäischen Regierungen davon überzeugt sind, es sei die Wilhelmstraße gewesen, die "ihre" Sozialdemokraten Ende Juli in ganz Österreich vorgeschickt hätte. Mag diese Auffassung auch gänzlich haltlos sein, so ist andererseits doch unbestritten, daß wenige Tage nach den großen Anschlußdemonstrationen, die selbst in der Schweiz ihrer machtpolitischen Ausdeutung wegen vielfach Besorgnis erregten, Berlin bei den Kabinetten von Paris, London, Rom und Brüssel Schritte wegen einer Verhandlung unternahm, die sie demnächst in der Frage der Rheinlandräumung eröffnen möchte. Es ist schwer zu sagen, wie es zu dieser Aufeinanderfolge kam. Jedenfalls war es alles andere als klug eine von allen deutschen Minoritäten beschickte Demonstration für eine Vereinigung Deutschlands mit Österreich zuzulassen, wenn man unmittelbar darauf eine Demarche für die Rheinlandräumung zu unternehmen gedachte, in der die Generale der alliierten und assoziierten Mächte von 1919 nun einmal, ob mit Recht oder Unrecht, das Aufgeben einer Machtposition erblicken, die ihnen für die Sicherung des europäischen Friedens nicht unwichtig erscheint. Es ist schließlich Pflicht der politischen Leitung, namentlich in den heiklen Fragen der Außenpolitik, die besondere Wirkung einer Kombination von Aktionen vorauszu sehen, die auch dann schlimm sein kann, wenn jede der Aktionen an sich richtig und unbedenklich sein mag. Man hätte daher jedem Mißtrauen vorbeugen müssen: etwa durch eine Anweisung an die Redner das gefahrenreiche Anschlußproblem unbedingt mit dem Genfer Protokoll in dem Sinn zu verbinden, daß dieses erst verwirklicht werden müsse, ehe an den Anschluß praktisch herantreten werden könne. Es ist doch aussichtslos von der Gegenseite die Räumung einer Machtposition zu verlangen, wenn man den Anschein erweckt, als wolle man neue Machtpositionen ohne Zustimmung Europas einnehmen. Die österreichischen Anschlußdemonstrationen Ende Juli und dann Anfang August der Schritt Deutschlands bei den Kabinetten von Paris, London, Rom und Brüssel wegen Verhandlungen über die Rheinlandräumung wurden, weil sie direkt hinter einander kamen, vom Ausland als ein außenpolitischer Zweifrontenkrieg empfunden, der, was nicht unbeachtet bleiben darf, gerade die für Deutschlands Geltung eintretende französische Linke irritierte. Die Demarche für die Rheinlandräumung vom Anfang August war eben durch die Anschlußdemonstrationen in Österreich Ende Juli vorbelastet, so daß schon aus diesem Grund selbst ein bescheidener Erfolg des Kabinetts Müller in Genf kaum zu erwarten war.

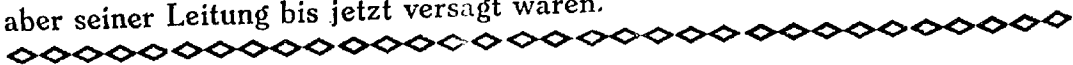
Ganz unbegreiflich aber ist, wie dieser an sich schon verhängnisvolle außenpolitische Zweifrontenkrieg 4 Wochen später in Genf zu einem Dreifrontenkrieg erweitert werden konnte. Nachdem das Recht auf Anschluß und das Recht auf Rheinlandräumung betont worden waren, glaubte die deutsche Delegation in Genf am 7. September auch noch Deutschlands Recht auf Abrüstung proklamieren zu müssen. Das hatte zur Folge, daß Briand, wollte er die Unterstützung seiner Politik durch die bürgerliche Linke Frankreichs nicht einbüßen, zum Gegenstoß ausholen mußte, um Deutschland, wie Lord Cushendun sich ausdrückte, zu bestimmen »die Schikanen beiseite zu lassen und praktische Arbeit zu leisten«. Man darf sich heute darüber nicht täuschen, daß die Wilhelmstraße ihren außenpolitischen Dreifrontenkampf fast so gründlich verloren hätte wie den Weltkrieg, wenn Frankreich eine Niederlage Deutschlands gewollt hätte. Der Gedanke ist aufgetaucht, ob das Kabinett Hermann Müller nicht guttäte sich für seine außenpolitischen Aktionen nach besseren Ratgebern umzusehen als die sind, deren es sich anscheinend heute bedient. Die Proklamierung von deutschen Rechtsansprüchen, deren Verwirklichung unter den heute gegebenen Verhältnissen (das heißt, solange der europäische Kontinent nach der britischen Balance-of-power-Doktrin zerspalten bleibt, solange die kontinentaleuropäischen Völker also nicht eine Einheit des Willens bilden) eine Schwächung der machtpolitischen Situation der anderen Staaten mit sich brächte, bewirkt faktisch nur eine Schwächung der deutschen Position. Wer etwa sagen wollte, daß die Wilhelmstraße sich Poincaré zum Muster genommen habe, der politischen Forderungen doch auch gern in Rechtsformen erhebt, übersieht dabei die Kleinigkeit, daß der Führer Frankreichs Rechtsansprüche immer erst dann stellt, wenn er bestimmt weiß, daß dahinter der größere Teil Kontinentaleuropas steht, während die Wilhelmstraße mit Ansprüchen kommt, hinter denen niemand steht als einige prodeutsche Leitartikel politisch einflußloser englischer Blätter.

Man darf sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch der Anspruch auf Räumung, solange man in Genf daran festhielt, daß sie ohne Gegenleistung erfolgen müsse, selbst von den Engländern lediglich als »Schikane« bewertet wurde. Zu offiziellen Verhandlungen ist die Räumungsfrage in Genf von den Großmächten erst zugelassen worden, als die deutsche Delegation sich zu Konzessionen bereit fand, und zwar sowohl auf dem Gebiet der Reparationen wie auf dem der Sicherheit. Von den Zugeständnissen, zu denen sich das Kabinett Müller in letzter Stunde entschloß, läßt sich sagen, daß sie nicht nur durchaus verständig sind sondern auch dem europäischen Frieden dienen und vor allem im Interesse des deutschen Volks liegen. Sie bestehen darin, daß parallel mit den Verhandlungen über die Friedenssicherung am Rhein bis Ende 1935 und nach diesem Jahr auch Besprechungen über die Reparationsfrage geführt werden sollen. Man will versuchen eine Lösung zu finden, die zugleich den Bedürfnissen Deutschlands und denen Frankreichs gerecht wird. Frankreichs Wunsch geht dahin einen Teil der Reparationen zu mobilisieren, während Deutschland im höchsten Grad daran interessiert ist die deutsche Reparationsschuld von 132 auf 34 Milliarden herabzusetzen. Gewiß ist es richtig, daß die 132 Milliarden des Londoner Zahlungsplans, den das Kabinett Wirth am 11. Mai 1921 annehmen mußte, keinen realen Wert mehr haben. Man sollte andererseits auch nicht vergessen, daß der Dawesplan Bestimmungen enthält, nach denen die Jahreszahlungen von 2½ Milliarden Mark noch erheblich erhöht werden können, wenn nämlich der Wohlstand

Deutschlands weiter wächst oder die Kaufkraft des Goldes weiter abnimmt. Das deutsche Volk könnte sich beglückwünschen, wenn es dem Kabinett Müller gelänge jene unheimliche Reparationszahl von 132 Milliarden zu beseitigen und an deren Stelle die auch noch hohe, aber immerhin doch schon erträgliche Zahl von 34 Milliarden zu setzen. Andererseits wäre die Mobilisierung dieser 34 Milliarden, wenn sie richtig vollzogen wird, eine deutsche Gegenleistung, die kein Lebensinteresse Deutschlands verletzt. Wie die Herabsetzung der Reparationsschuld, so läge auch eine verstärkte Friedenssicherung am Rhein durchaus im deutschen Interesse. Wegen der geplanten Einsetzung einer Feststellungs- und Vergleichskommission können nur Leute bittere Tränen vergießen, die das Rheinland gern zu einem zweiten Mazedonien machen möchten. Die Masse des deutschen Volks, die von einem neuen Krieg nichts wissen will, hat sicher gegen eine solche aus Vertretern der Locarnomächte gebildete Kommission nichts einzuwenden.

Aus diesen Gründen sind die Konzessionen, zu denen sich das Kabinett Müller bereit erklärt hat, vom deutschen Standpunkt aus durchaus zu rechtfertigen. Sie sind klug und weitschauend zugleich. Zu bedauern bleibt nur, daß von offiziellen Stellen aus die öffentliche Meinung in Deutschland in dem Sinn bearbeitet wurde, daß Deutschland zu Gegenleistungen für die Rheinlandräumung sich nie bereit finden werde. Man darf nicht die Parole "Fort von Thoiry!" ausgeben, wenn ruhige Überlegung zu der Einsicht führt, daß Deutschland den Weg, der nach Thoiry zurückführt, wieder einschlagen müsse. Das Gegenteil von dem offiziös verkündet zu lassen, was schließlich amtlich geschieht, ist schlechte Politik. Ebenso sollte man es unterlassen jetzt davon zu reden, daß die deutsche Delegation keine "Bindungen" eingegangen wäre. Die Bindungen sind da, wenn sie einstweilen auch mehr moralischer Natur sind. Moralische Bindungen sind aber im Völkerleben oft viel wichtiger als formalrechtliche. Das deutsche Volk hat wahrlich keinen Grund die Parole "Zurück zu Thoiry!", unter der sich schließlich die Einigung in Genf vollzog, als eine Enttäuschung zu empfinden.

Im Sinn derjenigen, die die Genfer Zugeständnisse als ein Opfer ansehen, hat allerdings der außenpolitische Dreifrontenkampf der Wilhelmstraße in Genf mit einer Enttäuschung geendet, die sich ohne Briands Eingreifen zu einem offenen Mißerfolg geweitet hätte. Diesen Sachverhalt mit der Wendung zu verschleiern, daß in Genf »nichts bedeutsames Negatives vorgefallen« sei, hat keinen Sinn. Die Ereignisse zeigen, daß der Wahlsieg der Linken vom 20. Mai dieses Jahres jeden außenpolitischen Sinn verlöre, wenn man die bisherige, gegen die Einigung Europas gerichtete Politik der frühern Mehrheit einfach fortzusetzen beabsichtigte. Anschluß, Rheinlandräumung und Abrüstung sind europäische Probleme, nicht einseitige deutsche Ansprüche. Gerade das Interesse Deutschlands an der Vereinigung der österreichischen Deutschen mit den Deutschen des Reichs und an der frühzeitigen Beendigung der Besetzung deutschen Landes durch fremde Truppen erfordert es den europäischen Charakter dieser Dinge zu erkennen und vor allem in der Rüstungsfrage nicht die Völker des europäischen Kontinents gegen einander ausspielen zu wollen sondern diesen Kontinent als Ganzes zu sehen. Dann, aber nur dann, wird die deutsche Außenpolitik endlich die Erfolge haben, die sie erstrebt, die das deutsche Volk erwartet, die aber seiner Leitung bis jetzt versagt waren.



PAUL KAMPFFMEYER · BISMARCK UND DIE SOZIALDEMOKRATIE · ZUM 21. OKTOBER 1928



Am 21. Oktober feiert die deutsche Sozialdemokratie ihren Triumph über den preußisch-deutschen Obrigkeitsstaat, der vor 50 Jahren ihre Lebenskraft durch ein drakonisches Ausnahmegesetz brechen wollte. Die eigentlich treibende Kraft dieses Gesetzes war Otto von Bismarck, der die Sozialdemokratie als Todfeindin des autoritären monarchischen Staats und der bürgerlichen Gesellschaft betrachtete und sie eigentlich kriegsrechtlich behandelt wissen wollte.

Bismarck war schon ein grundsätzlicher Gegner der bürgerlichen Demokratie. Welche Angriffskraft mußte er da erst der sozialen Demokratie gegenüber entfalten, die den demokratischen Gedanken auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Gebieten folgerichtig zur Durchführung bringen wollte. Mit fast ungebändigter Leidenschaft zog er selbst gegen jeden Ansatz einer Parliamentsherrschaft zu Felde, und schon die sanften Fortschrittler wurden für ihn Staatsfeinde, Kryptorepublikaner. In den sozialistengesetzlichen Debatten bezeichnet er den Fortschritt als gute Vorfrucht für den Sozialismus, nach ihr gedeihe der Sozialismus vortrefflich. Den Vertreter der bürgerlichen Demokratie Leopold Sonnemann behandelte er im Reichstag als einen Agenten der französischen Regierung. Er fragt: Hätte ein französischer Revanchepolitiker anders sprechen können als Sonnemann? Und doch hatte Sonnemann nur eine derbe, aber zutreffende Kritik an den Regierungsprinzipien geübt, die jenes Metternichsche Sozialistengesetz geboren hatten, das selbst Gneist eine »Reichspolizeiordnung« nannte.

Die konsequente Demokratie schließt die volle Selbstbetätigung der Massen auf allen Lebensgebieten ein, und gegen diese rebellierte die ganze autoritäre Weltanschauung Bismarcks. Ein polizeilich nicht überwachtes politisches Leben war für ihn undenkbar. Seine ersten Angriffe gegen den demokratischen Sozialismus gipfeln in sehr scharfen Versuchen die Vereins- und Preßfreiheit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu meucheln. Schon in der preußisch-österreichischen Novemberkonferenz im Jahr 1872 läßt er die preußischen Regierungsvertreter mit Vorschlägen zur Einschränkung der Preß- und Vereinsfreiheit aufwarten. Und bis zur Schwelle des Sozialistengesetzes geht er von diesen Vorschlägen nicht ab. Er zeigt sich fast mit den Vorurteilen eines vormärzlichen Polizeibeamten behaftet, wenn er sich über die Tätigkeit politischer und sozialer Vereine äußert. Selbst die Innere Mission scheint ihm politisch und sozial nicht ungefährlich. In seinem Brief vom 6. Januar 1888 an den Prinzen Wilhelm, den nachmaligen Kaiser Wilhelm II, erhebt er seine Warnungsstimme gegen die Vereine im allgemeinen. Alle Vereine, die auf Freiwilligkeit beruhen, sind nach seiner Ansicht als Werkzeuge zum Angreifen und Zerstören des Bestehenden sehr wirksam, nicht aber zum Bauen und Erhalten. Jeder vergleichende Blick auf die Ergebnisse der konservativen und revolutionären Vereinstätigkeit überzeuge von dieser bedauerlichen Wahrheit. Zum positiven Schaffen und Erhalten lebensfähiger Reformen sei bei uns nur der König an der Spitze der Staatsgewalt auf dem Weg der Gesetzgebung befähigt. Und es ist ein den Reichskanzler Bismarck sehr bezeichnender Charakterzug, daß er dem jungen Prinzen den alten reaktionären Spruch des Jahres 1848 "Gegen Demokratie helfen nur Soldaten" einzuschärfen sucht.

Der Widerspruch Bismarcks bricht impulsiv durch, wenn in politischen Verhandlungen nur leise der Gedanke einer Stärkung und Kräftigung der politischen Selbständigkeit des Volkes angeschlagen wird. Als der preußische Innenminister Herrfurth das Selbstverwaltungsrecht des Landvolks durch eine außerordentlich harmlose Landgemeindeordnung erweitern will, sieht Bismarck in dieser eine Gefährdung der Ruhe und des Friedens auf dem Land. Die bestehende Eintracht auf dem Land dürfe nicht gestört werden. Er betrachtet die harmlose Landgemeindeordnung schon als eine grundstürzende Umwälzung, die an das Jahr 1848 mit seiner »Verfassungsmacherei und Neu-regulierung aller Lebensverhältnisse« erinnere. In den Anschauungen des Halbabsolutismus befangen glaubt Bismarck nicht an eine aufbauende Gestaltungskraft des Volkes. Das Nationalgefühl des deutschen Volkes ist nach seiner Ansicht zum Beispiel nicht einmal so lebenskräftig, um den Zusammenhalt der Deutschen in den Reibungen der europäischen Politik zu gewährleisten; die Deutschen würden fester geschmiedeten Nationen zur Beute fallen, wenn ihnen das gemeinsame Standesgefühl der Fürsten verloren ginge.

Bismarck hielt als leitende Richtschnur seines politischen, wirtschaftlichen und sozialen Handelns immer an der Vorstellung von dem obrigkeitlich zu leitenden Untertanen fest. Diese Vorstellung mußte ihn in einen scharfen Gegensatz zu Lassalle bringen, den er selbst durch den Geheimrat Zitelmann zu einer politischen Aussprache mit ihm ermuntert hatte.

Lassalle erfaßt richtig die große ökonomische und politische Bedeutung des preußischen Machtstaats. Er will ihn zum Träger der sozialen Diktatur machen, er will das Königtum der bevorrechteten Stände in ein soziales und revolutionäres Königtum verwandeln. Bei Bismarck bleibt der alte monarchische preußische Staat Selbstzweck, ein königlicher Machtapparat, der über allen Klassen thront und diese ökonomisch und politisch lenkt. Bei Lassalle wird der Staat zum Instrument der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse. Der alte monarchische Staat wird auf eine neue politische Grundlage gestellt: auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, und erhält einen neuen sozialen Inhalt. Bismarck akzeptiert das allgemeine Wahlrecht, weil es die breiten ländlichen Volksmassen, die unter der politischen Leitung des adligen Großgrundbesitzes und der staatlichen Beamtschaft stehen, zur Herrschaft bringt und damit der Plutokratie des besitzenden Bürgertums im Augenblick gefährlich wird. Bismarck will unter Umständen durch die Proklamation des allgemeinen Wahlrechts die politisch ausschlaggebende Fortschrittspartei sprengen. Er erhofft von der selbständigen Arbeiterpartei Lassalles die Zersetzung der aus sehr verschiedenen sozialen Klassen zusammengesetzten Fortschrittspartei. Schon am 29. Oktober 1862 plauderte ein einflußreicher Berater Bismarcks, Wagener (von der Kreuzzeitung), die Spaltungspolitik der preußischen Regierung aus:

»Es ist unsere erste und wesentliche Aufgabe diese kompakte Opposition zu sprengen und sie sachlich in ihrem wahren Lichte darzustellen ... Was sich heute Fortschrittspartei nennt, das ist durchaus keine Partei sondern ein Konglomerat, was allein zusammengehalten wird durch das Band der gemeinsamen Opposition. Und auch darüber ist Ihnen von meinem Nachbar [Freiherr von Blankenburg, einem intimen Freund Bismarcks] bereits eine Andeutung gemacht: Wir werden bald erleben, daß sich aus den Elementen, die heute nur noch mit Mühe zusammengehalten werden, 2 Elemente ausscheiden werden: die Partei des allgemeinen Stimmrechts, die sich schon bei den letzten Wahlen ziemlich deutlich vernehmen ließ, und die Partei, die von Politik nur so weit etwas wissen will, als sie dabei mit ihrer gesellschaftlichen Stellung interessiert ist.«

Der preußische Ministerpräsident Bismarck hatte unzweifelhaft ein gewisses Verständnis für das gedrückte Los des deutschen Arbeiters, als er in politische Unterhandlungen mit Lassalle trat. Niemals aber dachte er an eine wirkliche Umwälzung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch eine durchgreifende Staatshilfe. Im Februar 1865 legte er im preußischen Abgeordnetenhaus ein sozialpolitisches Bekenntnis ab. Er charakterisierte die Könige von Preußen als die wahren Könige der »Bettler«. Die preußischen Könige hätten die Emanzipation der Leibeigenen herbeigeführt, es sei möglich, daß es ihnen auch gelingen werde zur Verbesserung der Lage der Arbeiter etwas beizutragen. Die Arbeiterklasse soll nach Bismarck ihre Befreiung nicht ihrer eigenen Kraft sondern der gesetzgeberischen Macht der preußischen Könige verdanken. Der Grundsatz der sozialdemokratischen Bewegung aber war und ist: Die Befreiung des Arbeiters ist das Werk der Arbeiterklasse selbst. Nur durch die Erringung der ökonomischen und politischen Macht wächst der Arbeiter vom abhängigen, passiven Industrieuntertanen zum selbsttätigen, schöpferischen Industriebürger empor. Wenn Bismarck sich in die soziale Lage des Industrieproletariats vertieft, so sieht er vor allem den »Bettler«, den kranken, unfallverletzten, altersgebrechlichen, nicht den rüstigen, aufstrebenden, sich selbst organisierenden Arbeiter.

Gewiß, die soziale Versicherung Bismarcks war vom Geist einer neuen, staatssozialistischen Zeit beseelt. Der liberale Bamberger verspürte in ihr die Auswirkungen des französischen Konvents, die Sozialisten Liebknecht und Bebel vernahmen in ihr einen leisen Atemzug des Sozialismus. Aber diese Versicherung umgrenzte eng die schöpferische Kraft der Selbstverwaltung der Arbeiter. In ihr kam gleichsam das Mißtrauen Bismarcks gegen die freie Vereinstätigkeit zum Ausdruck. Die kontrollierende Aufsichtsbehörde trat immer schnell auf den Fuß des weiterausschreitenden Arbeiters, der die Versicherungseinrichtungen sozial fortbilden wollte. Nicht allein der sozialdemokratische Arbeiter empfand den drückenden Mangel dieser Institute an Selbstverwaltung. Diese große Lücke kam auch einem sozial konservativen Mann wie Theodor Lohmann, einem der weitestschauenden und selbständigsten Mitarbeiter Bismarcks, klar zum Bewußtsein. Lohmann erkannte auch, wie Hans Rothfels in den Forschungen und Darstellungen aus dem Reichsarchiv klar feststellt, die durchschlagende Kraft der sozialdemokratischen sozialen Forderungen, die sich auf den aufstrebenden, kämpfenden Arbeiter einstellten. Er bemerkte zutreffend:

»Während die Regierung bis jetzt nur die Fürsorge für den arbeitsunfähigen Arbeiter umfaßt, handelt es sich bei jenen Forderungen um die Verbesserung des gesunden und arbeitsfähigen Arbeiters, und schon darin liegt für alle Arbeiter, welche überhaupt so weit fortgeschritten sind, daß sie sich am öffentlichen Leben beteiligen, eine unendlich viel größere Zugkraft als in jener Fürsorge. Noch bedeutender aber ist in sozialpolitischer Beziehung der Umstand, daß die gesamte Arbeiterbevölkerung soweit sie überhaupt zu politischem Bewußtsein gekommen ist, in der Erfüllung der Forderungen der Sozialdemokratie die Voraussetzung der Befriedigung des Verlangens erblickt ... unsere Wirtschaftsordnung so geregelt zu sehen, daß auch dem Arbeiter ein "menschenwürdiges Dasein" gesichert ... wird.«

Unzweifelhaft klaffte ein Abgrund zwischen dem sozialen Bevormundungsprinzip Bismarcks und dem sozialdemokratischen Selbstbetätigungsprinzip der sich ökonomisch, politisch und sozial organisierenden Massen. Bismarck hat aber diesen Gegensatz zweier Prinzipien nie den wirklichen Tatsachen gemäß, nie wahrheitsgetreu zum Ausdruck gebracht. Er stützte sich den Revolutionär und Republikaner Lassalle zu einem sanft lebenden Monar-

chisten zurecht und machte ihn zum Anhänger der Kaiseridee. Er bestritt mit Lassalle über die Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechts gesprochen zu haben. Er behauptete 15 Jahre später im Reichstag, Lassalle hätte den »kümmerlichen Epigonen«, die »sich mit ihm brüsten«, ein Quos ego zugeschleudert, er hätte sie »mit Hohn in ihr Nichts zurückgewiesen und würde sie außerstande gesetzt haben seinen Namen zu mißbrauchen«. Die Sozialdemokratie des Jahres 1878 trug aber gerade das charakteristische Gepräge, das der Revolutionär Lassalle ihr theoretisch und taktisch gegeben hatte. Sie suchte auf gesetzlichem Weg mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts die politische Macht zu erobern, um durch staatliche Mittel, vor allem durch staatlich unterstützte Produktivgenossenschaften, die Arbeitsmittel in gesellschaftlichen Besitz zu überführen.

Gerade der gesetzliche Charakter der Partei stieß einen Bismarck hart vor den Kopf. In der sozialistengesetzlichen Debatte des Reichstags, am 17. September 1878, hob Wilhelm Bracke mit besonderm Nachdruck hervor, daß die Sozialdemokratie bekämpft werde, gerade weil sie sich auf gesetzlichem Boden halte. Und er rief als vollwichtigen Zeugen das Kanzlerblatt, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, an:

»Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung brachte im vergangenen Winter fast Tag um Tag Artikel, in denen ausgeführt wurde, wie schade es sei, daß man dieser gesetzlichen Bewegung nicht an den Kragen kommen könne, Artikel, in denen gesagt wurde, es könne diese Manier des Auftretens, die so gefährlich sei, nur im Einverständnis mit dem Jesuitenpater Becks von Karl Marx ausgeheckt sein, um die Bewegung sicherzustellen.«

Es ist nun die Taktik Bismarcks in dem Attentatsjahr diesen gesetzlichen Charakter der Sozialdemokratie zu verleugnen. Er sucht mit allen Mitteln ihr Gesetzlosigkeit, Gesetzwidrigkeit nachzuweisen. Die von ihm kommandierte Regierungspresse verknüpft die Sozialdemokratie mit den Attentätern Hödel und Nobiling. Bismarck spricht in seinem Brief an Ludwig II von dem Anwachsen der sozialdemokratischen Gefahr, von der jährlichen Vermehrung der bedrohlichen Räuberbande, mit der wir gemeinsam unsere Städte bewohnen. Im Reichstag wettet er in höchster Erregung gegen die »Gesellschaft von Banditen«, unter deren Tyrannei wir stehen sollen, er redet von den »bis zum Königsmord gesteigerten Bestrebungen der jetzigen Sekte«. Bei aller Erregung wählt Bismarck diese Wendungen mit voller Überlegung, denn er will bewußt das demagogische Geschrei der Regierungspresse über die sozialdemokratischen "Königsmörder" unterstützen. Ja, Bismarck verfällt noch 1886 wieder in seine alten demagogischen Anwürfe, er sucht am 31. März 1886 dem Reichstag einzureden, daß Bebel den Meuchelmord unter gewissen Umständen zum Programm der Partei erklärt habe, er deklamiert in dieser Reichstagssitzung den Satz:

»Wir haben ja überhaupt kein bestimmtes Programm der Sozialdemokratie, außer dem Fürstenmord kenne ich kein so genau akzentuiertes.«

Bismarck ist eben, obwohl er wiederholt Verständnis für die sozialdemokratische Kritik der hilflosen ausgebeuteten Lage des Proletariats gezeigt hat, der schärfste Gegner der Emanzipationsbestrebungen der Sozialdemokratie gewesen. Seine Sozialversicherung, seine ganze praktische Sozialpolitik ist auch nicht zuletzt aus dem Gedanken heraus geboren worden der Sozialdemokratie die Massen zu entziehen. Die Massen sollen dem monarchischen Staat als treue Untertanen angegliedert werden. Jede selbständige Bewegung der Massen soll in engen Grenzen gehalten werden.

Die immer wieder betriebene Politik der Verschärfung des Sozialistengesetzes ist auf Bismarck zurückzuführen. Er betreibt 1879 die politische Entrechtung der tätigen Sozialdemokraten, er steht hinter der Ausweisung Fritsches und Hasselmanns aus dem Reichstag, er drückt in Hamburg und Sachsen auf die Durchführung des kleinen Belagerungszustands und befürwortet die Erklärung dieses Zustands über Spremberg. Kein Machtwort spricht er gegen die infame Lockspitzelwirtschaft Puttkamers, ja er verwendet sich sogar für die Wiederanstellung des entlassenen Trägers eines ganz korrupten Systems. Er beschützt den Veranstalter der Frankfurter Friedhofsschlacht, er erhebt keinen Einspruch gegen die Auszeichnung des Lockspitzels Ihring-Mahlow, er greift nicht ein, als er den Bericht des Polizeikommissars Kammhof liest, in dem von der Mitwirkung eines Polizeienten an dem Beschluß und an Vorbereitungen eines Attentats auf Wilhelm II die Rede ist. Noch beim Scheiden denkt er an ein Expatriierungsgesetz gegen die Sozialdemokratie.

Aus dem nach dem Novemberumsturz veröffentlichten letzten Band seiner Gedanken und Erinnerungen ist bekannt geworden, wie Bismarck die Sozialdemokratie förmlich in die Revolution hineintreiben wollte. Wenn nämlich durch die Ablehnung des Sozialistengesetzes ein »Vakuum« eintreten sollte, da müßte, wenn der Reichstag nicht aufgelöst würde, ein »schließlich zu gewärtigender Anlaß zu ernsterem Eingreifen abgewartet werden«. Und Bismarck legte seine Provokationspolitik im einzelnen in seinen Gedanken und Erinnerungen mit einer unerhörten Kaltblütigkeit dar:

»Wir würden so wie so dem nächsten Reichstage ein schärferes Gesetz vorlegen müssen. Der Kaiser protestierte gegen das Experiment mit dem Vakuum; er dürfe es im Anfange seiner Regierung keinesfalls zu einer Situation kommen lassen, in der Blut fließen könnte; das würde ihm nie verziehen werden. Ich entgegnete, ob es zu Aufruhr und Blutvergießen käme, hinge nicht von Seiner Majestät und unseren Gesetzesplänen ab sondern von den Revolutionären, und ohne Blut würde es schwerlich abgehen, wenn wir nicht mehr, als ohne Gefahr zulässig, nachgeben und irgendwo standhalten wollten. Je später der Widerstand der Regierung eintrete, desto gewaltsamer werde er sein müssen.«¹

Bismarck rechnete ständig mit einer revolutionären Situation. So empfahl er einen General als seinen Nachfolger zu wählen, damit nicht in etwaigen Kämpfen mit sozialistischen Bewegungen bei wiederholten Auflösungen des Reichstags »liberale Minister den Kaiser widerwillig vertreten würden«:

»Die wichtigsten Ressorts für solche Fälle, sagte ich Seiner Majestät, seien Polizei, Krieg und Justiz. Die Polizei sei in der Hand des Ministers des Innern Herrfurth, eines liberalen Bureaukraten. Das Kriegsministerium, auf welches 1848 die Widerstandskraft und der schließliche Sieg des Königs sich gründete, sei ebenfalls in liberalen Händen.«

Nach dem 20. Februar 1890 entwickelte dann Bismarck abermals dem Kaiser sein soziales Kriegsprogramm. Der Kaiser werde infolge der bei den Streiks beobachteten Politik und wegen der Erlasse vom 4. Februar, vielleicht früher als es sonst geschehen wäre, kämpfen müssen. Bismarck erbot sich förmlich diesen Kampf zu führen. Keine Nachgiebigkeit aber dürfe die Parole sein, sonst sähe er größere Gefahren voraus. Der wankelmütige Wilhelm II geht anfänglich auf diesen Kriegsplan Bismarcks ein, er akzeptierte, wie es schien, die Parole seines Kanzlers "No surrender!". In der Ministersitzung vom 2. März 1890 erklärte Bismarck, Wilhelm II sei entschlossen die Situation zu akzeptieren und zu fechten:

1) Siehe *Bismarck Gedanken und Erinnerungen III* /Stuttgart 1919/ Seite 57; die beiden folgenden Zitate Seite 74 und 77.

»Das Ministerium würde eventuell dazu rekonstruiert werden müssen, ich würde seinerzeit mein Portefeuille zur Verfügung stellen und nach Seiner Majestät letzten Äußerungen dann den Auftrag erhalten ein homogenes, zum Kampfe gegen die soziale Revolution bereites Ministerium zu bilden. Der Eindruck, den diese Eröffnung machte, war nicht bei allen Kollegen ein gemüthlicher; der Ausdruck homogen wurde so verstanden, daß ein aggressives Vorgehen gegen den Sozialismus Charaktereigenschaften erfordere, welche nicht alle besaßen.«

Wilhelm II ließ das Kampfprogramm Bismarcks fallen und legte Bismarck durch »ungnädige Formen« den Rücktritt nahe.

Diese Vorgänge charakterisieren zutreffender als langatmige historische Darstellungen das Verhältnis Bismarcks zur Sozialdemokratie. Bismarck zählt zu den Staatsmännern, die in der Nähe außerordentlich klar und deutlich sehen, die aber, wenn sie ihren Blick aus der Gegenwart in die Ferne richten, nur noch sehr verschwommene Umrisse erkennen. Alle seine Lösungen staats- und sozialpolitischer Fragen fußen auf einer genauen Kenntnis gegenwärtiger Machtverhältnisse, aber diese Verhältnisse sind nicht in ihrer Bewegung, in ihrem schnellen Wechsel erfaßt und können daher nur die Grundlagen für recht vergängliche Lösungen abgeben. Sein politischer und sozialer Blick ist im Dunstkreis des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaats befangen. Aus ihm heraus schließt er den Dreikaiserbund ab, den Bund der ganz und halb absoluten Staaten Europas. Er lebt sich in den scheinbar bevorstehenden Kampf zwischen dem »republikanischen und kosakischen Europa«, zwischen dem System auf monarchischer Grundlage und der sozialen Republik ein. 20 Jahre nach seinem Tod werden die Kaiserstaaten Deutschland und Österreich demokratische, stark sozial durchgesetzte Republiken. Bismarcks »ewiger Bund« der Fürsten flog aber jäh in die Luft.

30 Jahre nach Bismarcks Tod erhebt sich auf seinem Posten ein "staatsfeindlicher" Sozialdemokrat. 30 Jahre nach seinem Tod leben die politischen Grundgedanken des sozialdemokratischen Programms in den Institutionen des Reichs. 30 Jahre nach seinem Tod ist seine dynastische Bündnispolitik zerstört. Aber ein sich verbündendes Europa meldet sein Existenzrecht an.

HERBERT KÜHNERT · REICHsverwaltung UND KULTURPOLITIK



ARL Severing hat auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß in den neuen Etat des Reichsministeriums des Innern 1 $\frac{3}{4}$ Millionen Mark mehr als bisher für die Unterstützung der Kinder von Minderbemittelten und für die Förderung der Freien Volksbühnen eingestellt werden sollen.

Diese Summe soll durch entsprechende Verkürzung der bisher vom Reich für die sogenannte Technische Nothilfe ausgeworfenen Mittel gewonnen werden. So erfreulich jede Bereitstellung erhöhter Reichsmittel zu kulturellen Zwecken ist, so wichtig ist es andererseits, wenn diese Maßnahme wirklich kulturfördernd wirken soll, daß die richtigen Grundsätze über die Verwendung dieser Mittel aufgestellt werden, und daß die amtliche Stelle des Reichs, die ressortmäßig über diese Mittel und die Art ihrer Verwendung zu verfügen hat, sich, in Verbindung mit richtiger Personalpolitik, verfassungsrechtlich wie verwaltungstechnisch die ausschließliche Kontrolle darüber zu sichern versteht, daß der beabsichtigte Zweck der sozialen Fürsorge und der kulturellen Förderung auch wirklich erreicht wird.

Wollte man eine Chronik darüber schreiben, wie oft seit dem Bestehen der neuen Reichsverfassung unter der Parole der sozialen Fürsorge und der kulturellen Förderung Reichsmittel von Reichsstellen, Länderverwaltungen, Organisationen und Institutionen mit pseudokultureller Zielsetzung in sinnlosester Weise verschwendet, verzettelt oder in einer der ursprünglichen Bestimmung zuwiderlaufenden Weise verausgabt worden sind, so könnte man Bände damit füllen. Die Aufgabe die wichtigen Werke der Weltliteratur und wertvolle neue Dichtungen zu niedrigen Preisen an das Publikum heranzubringen kommt heute vor allem den staatlichen oder staatlich subventionierten Theatern respektive den ihnen anzugliedernden Studios zu, und der Staatszuschuß sollte von den verantwortlichen Staatsstellen geradezu davon abhängig gemacht werden, inwieweit die Theater dieser sozialen, kulturellen und volkserzieherischen Aufgabe gerecht werden. Daß auch bei der Volksbühne ein Zuschuß aus Reichsmitteln an die Voraussetzung ganz bestimmter Gegenleistungen kultureller Art geknüpft werde, ist gerade deswegen unbedingt erforderlich, weil vielfach die Meinung besteht, eine Organisation, die auf dem Weg der Kooperative billige Vorstellungen vermittelt, trage damit bereits ihren sozialen und kulturellen Existenzgrund in sich. In Wirklichkeit kommt es auch hier für den Sozialismus nicht nur darauf an, daß der Konsument möglichst wenig zahlt, sondern darauf, daß das billige Theaterbillett nicht unter Beiseitelassen wesentlicher Grundsätze schöpferischer Kulturpolitik angestrebt oder erreicht werde. Zur Klarstellung und Auswirkung solcher Grundsätze aber kann der Reichszuschuß an die Volksbühne allerdings ein wichtiges Hilfsmittel werden.

Ähnlich verhält es sich mit den Erziehungsbeihilfen für minderbemittelte Kinder, die künftig aus Reichsmitteln in erhöhtem Maß zur Verfügung gestellt werden sollen. Derartige Mittel pflegten in den letzten Jahren durch Vermittlung des Reichsministeriums des Innern lediglich, nach einem bestimmten Schlüssel verteilt, als Reichszuschüsse zu den entsprechenden, von den Ländern aufgewandten Mitteln überwiesen zu werden. Von einer wirklichen Einflußnahme des Reichs auf die Grundsätze, nach denen diese Mittel von den Ländern verwendet wurden, geschweige denn von einer wirklichen Verantwortlichkeit der Länderverwaltungen gegenüber dem Reich bei der Verwendung dieser Mittel konnte bei diesem bloßen Zuschuß- und Verteilungssystem keine Rede sein. Da nun die Entwicklung des öffentlichen Erziehungswesens der Länder in den letzten Jahren eine deutlich antisoziale Tendenz aufweist, die sich mit Leichtigkeit an Durchschnittszahlen über die Sätze des Schulgelds an den Höheren Schulen der Länder, an vergleichenden Zusammenstellungen der das öffentliche Bildungswesen der Länder angehenden Haushaltsposten und dergleichen nachweisen läßt, so müssen notwendig Reichszuschüsse, die den Ländern zu Erziehungsbeihilfen geleistet werden, gleichfalls in Wirklichkeit antisozial wirken, solange nicht eine förmliche verwaltungstechnische Garantie dafür geschaffen ist, daß solche Mittel so verwendet werden, wie es ihrem Sinn und der Absicht der Reichsregierung entspricht. Nach Artikel 7 der Verfassung hat das Reich unter anderm die Gesetzgebung der Kinder- und Jugendfürsorge. Auch übt nach Artikel 15 das Reich über die Länder die Aufsicht in denjenigen Angelegenheiten aus, in denen ihm das Recht der Gesetzgebung zusteht. Diese verfassungsrechtliche Lage setzt das Reichsministerium des Innern jederzeit in die Lage Erziehungsbeihilfen entweder in einer beim Ministerium selbst zentralisierten

Form zu vergeben oder aber Anordnungen und Einrichtungen zu treffen, die ihm eine bis ins kleinste gehende Kontrolle über die Verwendung solcher Mittel durch die Unterrichtsverwaltungen der einzelnen Länder ermöglichen. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die Möglichkeiten einer vom Reich ausgehenden kulturpolitischen Einflußnahme auf die Länder im Sinn allgemein nationaler, sozialer und kultureller Zielsetzungen auf Grund der heutigen Reichsverfassung überhaupt viel weiter gehen als gewöhnlich in der Öffentlichkeit und auch innerhalb der Verwaltungen selbst angenommen wird. Die falsche Auffassung erklärt sich bis zu einem gewissen Grad aus der bisher vom Reichsministerium des Innern ausgeübten Praxis sich in der Regel auf vermittelnde, gutachtliche, sammelnde und verteilende Funktionen zu beschränken, statt von den Möglichkeiten zu grundsätzlicher Führung, Gestaltung und Beaufsichtigung, die nach Artikel 10 und 15 der Reichsverfassung dem Reich auch auf den Gebieten des Schul-, Hochschul- und Bibliothekswesens zustehen, zielsicher Gebrauch zu machen.

Die praktischen Schwierigkeiten, die sich im Reichstag einer Durchführung des sogenannten Reichsschulgesetzes entgegengestellt haben, mußten allerdings diejenigen Probleme des öffentlichen Schulwesens, die das Verhältnis der Staatsschulen zu den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie zu den Elternrechten und zum Prinzip der Toleranz betreffen, so sehr in den Vordergrund rücken, daß die Meinung entstehen konnte, man habe es hier gewissermaßen mit dem Kernstück der verfassungsmäßigen Hoheit und gesetzgeberischen Zuständigkeit des Reichs über das allgemeine öffentliche Schul- und Erziehungswesen der Länder zu tun. In Wirklichkeit entspricht auch diese Auffassung nicht der Rechtslage. Die Möglichkeiten des Reichs zur Aufstellung einer für das Schul- und Hochschulwesen der Länder verbindlichen Grundsatzgesetzgebung und zur verfassungsmäßigen Ausführung und Kontrolle dieser Gesetzgebung erstrecken sich keineswegs bloß auf die in den verschiedenen Entwürfen eines Reichsschulgesetzes behandelten Probleme, auch nicht nur auf den bereits reichsgesetzlich geregelten Gegenstand der allgemeinen öffentlichen Grundschule sowie auf die vielumstrittene Frage der Lehrerbildung, sondern auch auf eine ganze Reihe anderer, für das deutsche Bildungswesen wichtiger Grundfragen, die zum Teil schon vor dem Weltkrieg hinreichend geklärt waren, um eine allgemeine, für das ganze Deutsche Reich gültige gesetzliche Regelung zu ermöglichen. Es sind dies Fragen, die weniger das Verhältnis der öffentlichen Schule zu den Konfessionen und Weltanschauungen als ihren innern Aufbau, ihre verschiedenen Verzweigungen, die Dauer, die Zahl und die wesentlichen unterrichtlichen Merkmale der verschiedenen Wege des öffentlichen Bildungswesens, die dabei zu stellenden Anforderungen und die damit zusammenhängenden Prüfungen und Befähigungsnachweise betreffen. Fragen wie die, ob die deutsche Jugend der Höhern Schule überbürdet ist, ob die verschiedenen Schularten genügende Vorkenntnisse für wichtige Berufe vermitteln, ob ältere Schularten der Ergänzung durch neue bedürfen, ob die öffentlichen Schulen nach ihrem Aufbau und ihrem Auslesesystem unsozial wirken, ob sie den Mindestanforderungen der staatsbürgerlichen Erziehung im Sinn des republikanischen Volksstaats entsprechen, sind keineswegs Fragen, die den zufälligen politischen Konstellationen der einzelnen Länder überlassen werden können, sie gehören sowohl nach ihrer Natur wie

nach dem heute bereits geltenden Verfassungsrecht in die Arbeit des Reichs und seiner Gesetzgebungs- und Ausführungsorgane. Hier harret also der neuen Reichsregierung die Aufgabe einer Grundsatzgesetzgebung von hoher nationaler und sozialer Bedeutung und Dringlichkeit. Die parteipolitische Konstellation der Großen Koalition ist der Inangriffnahme eines solchen Aufbaus, der auch für die Entwicklung des Deutschen Reichs zum Einheitsstaat sowie für die kulturpolitischen Wirkungen des Reichs ins Ausland nicht unwesentlich wäre, durchaus günstig. Auch von der Seite der Länder her würde einer entsprechenden Initiative des Reichsministeriums des Innern wohl kaum unüberwindlicher Widerstand entgegengestellt werden, wenn sich die Gesetzgebung des Reichs nicht mehr als unbedingt erforderlich in diejenigen Einzelheiten und Besonderheiten, die vorläufig den Landesregierungen überlassen bleiben müssen, einmischt, und wenn vorläufig im wesentlichen diejenigen Normen zum Reichsgesetz erhoben werden, die schon bisher in freiwilligen Vereinbarungen der Länder ihren Niederschlag fanden, oder die in gutachtlichen, unter Mitwirkung von den Unterrichtsverwaltungen der Länder und von Sachverständigen erarbeiteten Richtlinien dem Reichsministerium des Innern längst als Grundlage für weitere Initiative vorliegen.

Die Forderung, daß das Reich von seinem Recht zur grundsätzlichen Gesetzgebung bei wesentlichen Fragen des deutschen Unterrichtswesens stärker als bisher Gebrauch machen sollte, entspringt keineswegs lediglich einer doktrinären Strömung, die auch auf geistigem Gebiet so viel wie nur irgend möglich durch allgemeingültige Gesetze vereinheitlicht und reguliert sehen möchte, sondern bezweckt einfach einem allmählich unhaltbar gewordenen Zustand, der mit sachlich berechtigter Differenzierung des Schulwesens nichts mehr zu tun hat, ein Ende zu machen. Zu den Normaltypen des Höhern Schulwesens, die bereits vor dem Krieg in Deutschland bestanden, ist seit dem Krieg eine ganze Reihe weiterer hinzugekommen. Da ist einmal die sogenannte Deutsche Oberschule oder Aufbauschule, die so, wie sie schließlich praktische Gestalt angenommen hat, eine völlig überflüssige und dem allgemeinen Bildungsniveau nicht förderliche Schulform darstellt, da sie aus praktischen Gründen weder der ursprünglichen Idee: hervorragenden "Begabungen" aus der ländlichen Jugend Anschluß an das höhere Schulwesen zu verschaffen, noch auch dem berechtigten Bestreben gewissen künstlerischen und technischen Berufen auf dem Weg über die Höhere Lehranstalt eine zeitgemäße Grundlage zu geben, gerecht geworden ist. Während die seinerzeit in Thüringen versuchte Neuordnung des Höhern Schulwesens im wesentlichen von dem Frankfurter System ausgegangen war, hat die kurz darauf durchgeführte preußische Schulreform in dem sogenannten Reformrealgymnasium abermals einen grundsätzlich neuen Schultypus geschaffen. Eine weitere grundlegende Verschiedenheit ist dann wiederum bei 9jährigen Bildungsgängen mit 2 modernen Fremdsprachen dadurch entstanden, daß ein Teil dieser Schulen als Ausgangssprache das Englische an die Stelle des Französischen gesetzt hat: eine Maßnahme, die deshalb besonders verhängnisvoll wirkt, weil die Motive dazu nicht aus der Sache selbst sondern aus der Zone des Ressentiments hervorgegangen sind¹, weil sie ferner schon vom 5. Schuljahr ab einem vielverbreiteten Typus von Höherer Schule ein neues, den Übergang von einem Schulort zum andern erschwerendes Moment einverleibt hat, und weil sie

1) Siehe *Kletneibst* Englisch statt Französisch?, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 I Seite 38 und folgende.

nicht nur die Oberrealschule in verschiedenen deutschen Ländern weiter differenziert sondern sogar innerhalb der gleichen Länder einem planlosen Vielerlei weitem Vorschub geleistet hat. Die Ausübung einer vom Reich ausgehenden, eventuell durch Reichsgesetz bestimmten Aufsicht hätte hier außerordentlich fruchtbringend wirken können. Daß weite Kreise der Schul- und Hochschulwelt auf dem gleichen Standpunkt stehen, geht unter anderm daraus hervor, daß der Deutsche Realschulmännerverein auf seiner Eisenacher Tagung schon 1927 die Forderung gestellt hatte, daß eine möglichst weitgehende Vereinfachung und Vereinheitlichung des Höhern Schulwesens durch eine allgemeine deutsche Schulreform so bald wie möglich herbeizuführen sei. Und der letzte Deutsche Hochschultag hat in einer Resolution die »gegenwärtige verwirrende Vielgestaltigkeit unseres Höhern Schulwesens« beklagt und es für notwendig erklärt, »daß eine Zurückführung der mannigfachen Schulformen auf eine geringe Zahl einfacher Schultypen erstrebt werde«.

Die Dringlichkeit eines vom Reich ausgehenden Schulgesetzes wird aber noch von anderer Seite her erhöht. Bekanntlich melden sich von Zeit zu Zeit bei den Unterrichtsverwaltungen der Länder immer neue Anforderungen an, die entweder eine Erhöhung der bisherigen fachlichen und beruflichen Vorkenntnisse, die Einführung neuer den veränderten Zeitverhältnissen entsprechenden Sach- und Fachgebiete oder auch neu formulierte allgemeine Zielsetzungen für Unterricht und Erziehung (zum Beispiel Leibesübungen, Staatsbürgerkunde, Völkerkunde, Vorgeschichte, Werkunterricht, Musik, Hygiene usw.) betreffen. Da nun hinter jeder dieser Forderungen, die an und für sich alle zeitgemäß und wichtig sind, zum Teil starke Berufsverbände und Verbände der organisierten Wissenschaft, der Technik und der Kunst, auch des Sports, stehen, so gelingt es den Unterrichtsverwaltungen einzelner Länder nur selten die relative Dringlichkeit dieser Forderungen praktisch so zu berücksichtigen, daß dadurch nicht einer weitem Verflachung des Schulwesens in Verbindung mit einer im nationalen und kulturellen Interesse besonders bedenklichen Überbürdung der die Höheren Schulen besuchenden männlichen und weiblichen Jugend Deutschlands vorgebeugt würde. So erfordert auch hier die Sache den Einsatz einer höhern, kulturell richtig beratenen Reichsgewalt, die mit den Mitteln des Gesetzes und der Verwaltungsaufsicht planmäßig einem weitem Fortschreiten dieser chaotisierenden Tendenzen im deutschen Bildungswesen mit ihren besonderen Gefahren für das Bildungsniveau und die Gesundheit der deutschen Jugend entgegenarbeitet. Es soll hier nicht gerade die Art, wie in Frankreich diese allgemeinsten Fragen des Schulwesens von der Zentrale aus behandelt worden sind², für die deutschen Verhältnisse als in jeder Weise vorbildlich hingestellt werden. Denjenigen aber, die da glauben, daß einer solchen allgemeinen Regulierung in Deutschland ein wesentliches Stück geistigen Eigenlebens zum Opfer fallen könnte, kann mit Recht entgegengehalten werden, daß eine zentrale Bestimmung der Prinzipien des Unterrichtswesens in einem Reich, das im Lauf seiner Geschichte dem individualistischen Prinzip vielleicht mehr als gut war Raum geboten hat, nur einigend und stärkend wirken kann, wenn sie sich in den Grenzen eines regionalistischen Unitarismus hält, wie er hier für den Aufbau des deutschen Einheitsstaats gefordert wurde.

2) Siehe dazu die Rundschau *Geistige Bewegung*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 615 und folgende.

WALTHER KOCH · POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE SELBSTVERWALTUNG IN DER GESTALTUNG DES DEUTSCHEN EINHEITSSTAATS



HISTORISCHE und politische Gründe veranlassen uns den deutschen Einheitsstaat zu verlangen¹. Diese Forderung darf aber nicht mit der nach Zentralisation verwechselt werden, vielmehr kann nur der regionalisierte Einheitsstaat, in dem die Selbstverwaltung der Glieder genügend ausgebaut ist, unser Ziel sein. Diese Verbindung von Vereinheitlichung im Notwendigen und weitgehender Selbstverwaltung, wo es möglich ist, schwebt auch dem sozialistischen Bürgermeister von Berlin-Kreuzberg Carl Herz vor, der in einem sehr lesenswerten Vortrag² seine Auffassung dahin zusammenfaßt:

»Ist also das Prinzip des Einheitsstaates der 1. Pol, um den jede demokratische Verwaltungsreform sich bewegen muß, so ist die Selbstverwaltung der 2. Pol, um den herum sich alle Reformbestrebungen zu kristallisieren haben.«

Oft wird das Problem der Verwaltungsreform lediglich vom Standpunkt finanzieller Ersparnis aus angesehen. Doch muß sich alle Einzelreform in der Verwaltung dem höhern Zweck einer wirklichen Demokratie einfügen: nämlich das Volk in allen seinen Gliedern aktiv werden zu lassen, zur Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten. Nicht die privatwirtschaftliche Rentabilität darf letzter Maßstab sein, sondern die umfassendere Wirtschaftlichkeit im Sinn der Gesamtheit muß die Richtung geben. Eine sozialistisch bestimmte Verwaltungspolitik muß also die Erweckung und Förderung aller produktiven Energien, der geistigen wie der wirtschaftlichen, im Dienst der Gemeinschaft anstreben. Solche auf Belebung aller produktiven Kräfte gerichtete Politik ist schließlich auch die rentabelste, weil ja jede rein mechanische Lösung ohne Rücksicht auf den Sinn des Staatsgefüges nur Leerlauf des Apparats und dadurch bei aller momentanen Ersparung doch schließlich eine Verteuerung zur Folge hat.

Soll also der Sinn wahrer Demokratie erfüllt werden, so kann man sich nicht mit der Einrichtung einer tadellos funktionierenden, unter Kontrolle des demokratischen Parlaments stehenden Maschine der Bürokratie begnügen, sondern dann muß man die einheitliche Verfassung der Republik durch einen Aufbau der Selbstverwaltung von unten auf ergänzen. Dann darf sich dieser Aufbau von unten aber auch nicht nur auf die politische Selbstverwaltung beschränken sondern muß, besonders von einer sozialistischen Gesellschaftsauffassung aus, auch die wirtschaftliche Selbstverwaltung in allen Gliedern des nationalen Organismus mit umfassen. Hier sollen nun politische und wirtschaftliche Selbstverwaltung in ihrer geschichtlichen Bedingtheit, ihrer gegenwärtigen Lage und ihrer zukünftigen Gestaltung als mit einander verbunden zusammen beleuchtet werden, während nur allzu oft der Blick des demokratischen und auch des sozialistischen Verwaltungsreformers auf die politische Selbstverwaltung eingeengt ist.

Aus methodischen Gründen muß man hier zunächst Werden und Wesen der politischen Selbstverwaltung behandeln, um daraus die von der Zeit gestellten Forderungen an sie zu begreifen.

1) Siehe Koch Die Frage des deutschen Einheitsstaats in historisch-politischer Beleuchtung, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 663 und folgende.

2) Siehe Herz Die Verwaltungsreform als Aufgabe der Demokratie /Berlin 1927/.



WISCHEN 2 Polen bewegt sich das geschichtliche Werden der Gesellschaft, einmal sich mehr dem einen, dann wieder mehr dem andern zuneigend. Man kann sie als das herrschaftliche und das genossenschaftliche Prinzip bezeichnen. Bei dem herrschaftlichen Prinzip wird die Gesellschaft von oben her geleitet und zusammengehalten, bei dem genossenschaftlichen vollzieht sich der Aufbau von unten im Zusammenschluß zu immer größeren Gebilden. Rein herrscht ein Prinzip in keiner geschichtlichen Epoche; man kann nur von einem Vorwiegen des einen oder andern sprechen. Je mehr eine junge Demokratie noch von außen oder von innen gefährdet ist, desto mehr wird sie zu einer Zusammenfassung aller staatlichen und wirtschaftlichen Kräfte von der leitenden Stelle aus greifen. Im großen kann man diesen Prozeß in den Zentralisierungstendenzen des weitem Verlaufs der Großen Französischen Revolution verfolgen, die zunächst auch in starkem Maß von föderalistischen Tendenzen erfüllt war. Eine Studie Hans Peters'³ weist mit Recht darauf hin, daß in der Praxis die Demokratie nicht ohne weiteres dezentralistisch wirke. Auch wir erleben es heute wieder, daß im Namen der demokratischen Republik viel zu sehr von oben herunter regiert wird, viel zu wenig die Organe politischer und wirtschaftlicher Selbstverwaltung zur Förderung einer Anteilnahme aller Bevölkerungsgruppen am Leben der Gesamtheit entwickelt werden. Die Forderung der Selbstverwaltung ist also auch in der Demokratie nicht selbstverständlich. Die Entscheidung darüber, in welchem Sinn die Verwaltung reformiert werden soll, ob im zentralistisch-herrschaftlichen oder im dezentralistisch-genossenschaftlichen, wird vor allem in dem zwei Drittel des Deutschen Reichs umfassenden Preußen fallen. Seine Entwicklung wird das übrige Deutschland bestimmen.

Die geschichtliche Entwicklung des brandenburgisch-preußischen Staats ist auch bei aller Besonderheit seiner Lage und seines Charakters das Muster einer Staatenbildung überhaupt. Die Prozesse der Verfassungs- und Verwaltungsentwicklung sind hier besonders deutlich ausgeprägt. Der absolutistische Militär- und Beamtenstaat ist nirgends konsequenter und härter durchgebildet worden als im alten Preußen; als Reaktion auf diese schroffe Zentralisierung sind aber auch nirgends die Tendenzen zur Selbstverwaltung klarer und umfassender zur Entfaltung gekommen als in den Reformbestrebungen Steins nach dem Zusammenbruch des alten Staates. Der brandenburgisch-preußische Absolutismus hat sich, wie der Absolutismus im übrigen Europa, im Kampf mit dem Ständestaat herausgebildet, wie er für die Jahrhunderte bis zum Dreißigjährigen Krieg typisch war. Der Staat war sowohl in seiner Verfassung wie in seiner Gliederung keine Einheit. Es bestand vielmehr einerseits ein Dualismus von Fürst und Land, der in den privilegierten Landständen, besonders dem grundbesitzenden Adel verkörpert war; diese Stände waren unumschränkte Inhaber der lokalen Gewalten in Stadt und Land. Andererseits setzte sich der vorabsolutistische Territorialstaat aus einer bunten Summe der verschiedensten Herrschaftsgebiete zusammen, die alle wieder von einem spezifischen landschaftlichen Geist erfüllt waren. In seiner Art stellte also dieser Ständestaat einen genossenschaftlichen Aufbau von der lokalen patrimonialen Obrigkeit aus dar, in dem allerdings nicht das Volk in seiner Gesamtheit, sondern nur die privilegierten Stände weitgehend sich an der Selbstverwaltung, ja sogar an der Regierung beteiligten.

3) Siehe *Peters* Zentralisation und Dezentralisation /Berlin 1928/.

Der Dreißigjährige Krieg, der diese deutschen Territorialstaaten in den Wirbel der europäischen Politik mit hineinriß, erschütterte dieses territoriale Stilleben, wie es Otto Hintze mit Recht genannt hat. Die neue Machtpolitik zwang zu einer Zusammenfassung aller Kräfte des Innern. Ausgehend von den Bedürfnissen des neugebildeten stehenden Heeres wurde ein großes zusammenhängendes System einer vor allen Dingen auf finanzielle Erträge bedachten bürokratischen Verwaltung geschaffen, das noch die Grundlage des heutigen Verwaltungsaufbaus bildet. Die Kriegs- und Domänenkammern, die aus einer Zusammenfassung der älteren Amtskammern der Domänenverwaltung und der neueren Kriegskommissariate, der auf die militärischen Erfordernisse zugeschnittenen Steuerverwaltung erwachsen, stellen die Vorform der noch heute das Rückgrat der bürokratischen Verwaltung bildenden Regierungen dar. Jetzt entwickelte sich jener straffe zentralistische, schroff die Untertanen von oben her regierende Polizeigeist aus, der so charakteristisch für den preußischen Staat geworden ist. Rücksichtslos wurde mit der Mitherrschaft der Stände gebrochen. Friedrich Wilhelm I faßte seine absolutistischen Tendenzen in die Worte zusammen: »Ich ruiniere die Junkers ihre Autorität und stabiliere die Souveränität wie einen rocher de bronze.« So wurde die mannigfaltige Verschiedenheit der altständischen Landschaftsverfassungen aufgehoben, und aus dem bunt zusammengewürfelten Territorialstaat ein bürokratisch verwalteter Einheitsstaat gebildet. Insofern stellt diese gewaltige Arbeit der absolutistischen Epoche eine ungeheure Leistung auch im Sinn der Vorbereitung der modernen Demokratie dar, als nun wenigstens politisch eine große Einheit der Untertanen wurde, die sich dann später zu dem einheitlichen Staatsvolk entwickeln konnte. Freilich, was die »Junkers« an politischen Vorrechten verloren, gewannen sie an sozialen Privilegien. Nachdem die politische Macht des Adels gebrochen war, räumte besonders Friedrich II ihm eine soziale Herrenstellung auf dem Land ein, die sich als Patrimonialgerichtsbarkeit und Gutsherrlichkeit, darüber hinaus aber noch in der Vorherrschaft des Adels im Offizierkorps, in der Verwaltung und der Diplomatie des kaiserlichen Deutschlands bis weit in das 19. und 20. Jahrhundert hinein erhalten hat. Noch in der Republik gibt es als Überbleibsel dieser ländlichen Bevorrechtung der Rittergutsbesitzer im friderizianischen Staat rund 12 000 feudale Gutsbezirke, die ihrer Einbeziehung in eine neue demokratische Landverfassung harren. In der Stadt räumte der absolutistische Staat mit den alten Privilegien der Zünfte und der städtischen Aristokratie auf. Finanzielle Mißwirtschaft und Mißbrauch der Amtsgewalt durch die herrschende Clique weniger Geschlechter hatten das Gut städtischer Selbstverwaltung selbst zerrüttet, wie das Schmoller in seinen eindringenden Studien über die Städtereform Friedrich Wilhelm I nachgewiesen hat. So bedeutete auch hier der Bruch mit der alten städtischen Autonomie, das strenge Regiment absolutistischer Finanzverwaltung durch den vom Fürsten eingesetzten Stuerrat, aufs ganze gesehen, eine notwendige Durchgangsstufe zu einer Erneuerung städtischer Selbstverwaltung, die allein im Geist höchster Selbstverantwortung möglich ist.

Aber dieser bis ins letzte durchgebildete Geist rationaler Mechanik, die wie eine Maschine allein von oben her in Gang gesetzt und geleitet werden konnte, war den Erschütterungen des Napoléonischen Zeitalters nicht mehr gewachsen. Schon im Jahr 1788 hat der jüngere Mirabeau in einem Buch über das alte Preußen eine scharfe, aber berechtigte Kritik an dem alten

System geübt. Nun, nach dem Zusammenbruch des Jahres 1806, enthüllte der große Reformers Freiherr vom Stein in dem zentralistischen Bureaucratismus, der den Menschen zur seelenlosen Maschine degradierte, die tiefste Ursache des Versagens des friderizianischen Staats. Er wollte den durch den Absolutismus erstickten Geist genossenschaftlicher Beteiligung der Volksguppen aus der deutschen Vergangenheit heraus wieder zum Leben erwecken. Die von ihm als eine umfassende Erneuerung an Haupt und Gliedern gedachte Verwaltungsreform kam aber sehr bald ins Stocken und wurde bereits durch seinen Nachfolger Hardenberg in zentralistischem Geist eines gemäßigt liberalen Bureaucratismus umgebogen. Nur die Bauernbefreiung, auch diese nur sehr eingeschränkt, und die Städteordnung vom 19. November 1808 wurden damals als Bruchstücke des von Stein beabsichtigten Systems der Selbstverwaltung verwirklicht. Die Selbstverwaltung auf dem Land, in den Landgemeinden, den Kreisen, in den Provinzen und im gesamten Staat ist, soweit überhaupt, erst sehr viel später durchgeführt worden. Hier begann nach der feudal ständischen Reaktion der Zeit Friedrich Wilhelm IV die an das englische Vorbild des Selfgovernment anknüpfende Reformarbeit des Staatsrechtslehrers Rudolf Gneist, dessen Geist die Kreisordnung vom Jahr 1872 und die Landgemeindeordnung vom Jahr 1891 mit ihrer, heute freilich nicht mehr genügenden Selbstverwaltungstendenz ihre Entstehung verdanken. Gneist war einer der ersten, die nach dem völligen Versagen der deutschen Revolution von 1848-1849 gerade in der praktischen Gestaltung des Staats in seinen einzelnen Institutionen den Nachdruck nicht mehr auf die äußere Form der Verfassung sondern auf die sich hinter deren Fassade verbergende Substanz der Verwaltung legte. Während der bürgerliche Liberalismus jener Tage von parlamentarischen oder konstitutionellen Verfassungstheorien schwärmte, entdeckten damals ganz wenige, unter anderen auch die konservativen Soziologen Lorenz von Stein und Wilhelm Heinrich Riehl, die wahren Elemente staatlichen Aufbaus in den sozialen Kräften der Gesellschaft. Entscheidend wurde aber für den Bruch mit den liberaldemokratischen Ideen des Bürgertums die neue, ökonomisch-soziale Erkenntnis Karl Marx', die er 1849 den rheinischen Geschworenen also darlegte: »Woran ist die Märzrevolution gescheitert? Sie reformierte nur die höchste politische Spitze, sie ließ alle Unterlagen dieser Spitze unangetastet, die alte Bureaucratie, die alte Armee, die alten, im Dienst des Absolutismus geborenen, herangebildeten und ergrauten Richter.«

Es ist, als ob Marx diese Worte völlig vergebens gesprochen hätte, so sehr hat die heutige Demokratie wieder den Fehler von 1848 begangen an der Spitze zu reformieren und den ganzen Unterbau der Verwaltung und Wirtschaft im wesentlichen unangetastet zu lassen. Hier kann nur ein unterschiedener Umbau im Geist politischer und wirtschaftlicher Selbstverwaltung helfen. Es ist aber ein elementarer Irrtum, wie man schon aus der Geschichte heraus hätte einsehen müssen, zu glauben, daß man erst die politische Macht und dann langsam von oben auf rein parlamentarischem Weg Gesellschaft und Wirtschaft umwandeln könne. Wenn nicht zugleich von unten auch die Verwaltung reformiert wird, droht alle Änderung der Verfassung lediglich eine Kulissenverschiebung zu werden, hinter der das wahre soziale Kräftepiel unverändert weitergeht. Auf diesen wunden Punkt mit allem Nachdruck hingewiesen zu haben ist ein großes Verdienst jener Schrift Carl Herz', die noch lange nicht genug Beachtung gefunden hat. Herz sagt darüber:

»Die Novemberrevolution von 1918 hat leider den Fehler des Jahres 1849 wiederholt: Sie übernahm unverändert die alte konservative Verwaltung und pflanzte darauf die neue Verfassung auf. Die unausbleibliche Folge war eine unheilvolle Spannung zwischen Verfassung und Verwaltung, die nunmehr als scharfer Riß durch den Staatskörper der Republik hindurchging und ständig Reibungen hervorrief. Je länger aber dieser Zustand der Halbheit andauert, desto mehr wirkt er sich gegen die Demokratie aus und verschiebt den politischen Schwerpunkt nach rechts hin. Denn im Verhältnis von Verfassung zur Verwaltung stellt die Verwaltung das reale Machtmittel dar, das sich gegenüber einer noch so demokratischen Verfassung letzten Endes durchsetzt.«

Dieser Bewertung der Verwaltung muß man zustimmen. Man muß nur noch einen Schritt weitergehen: nämlich den auch aller Staatsverwaltung zugrunde liegenden ökonomisch-sozialen Wirtschaftsprozess zu gestalten, wodurch erst die reale Basis der politischen Verwaltung getroffen wird. Solange die Wirtschaft nicht im Geist sozialer Selbstverwaltung organisch aufgebaut wird, wird auch die politische Verwaltungsreform allein nicht zu dem gewünschten Ziel einer Demokratisierung des Staates führen. Auf alle Fälle führt aber die Berücksichtigung der konkreten Verwaltung viel näher an den Kern der Frage heran als die rein ideologisch-parlamentarische Verfassungsfreudigkeit des Liberalismus mitsamt seiner sozialistischen Gefolgschaft. Herz sieht klar die verhängnisvolle Unentschiedenheit der Arbeiterbewegung, die von Halbheiten gelähmt und in sich zerklüftet war und daher nicht die Kraft zu einem entscheidenden Schritt fand:

»Der rechte Flügel der Arbeiterbewegung hatte recht, als er am Gedanken der Demokratie festhielt, aber er ging fehl, weil er die Demokratie auf das parlamentarische Wahlrecht, auf die Demokratisierung der Spitze einengte. Der linke Flügel traf hier das Richtige und erkannte instinktiv, insbesondere in den Arbeiter- und Soldatenräten, daß alles auf die Exekutive ankam, auf die Eroberung der Verwaltungsmacht. Aber er verfehlte dieses Ziel, weil er unter die Herrschaft der bolschewistischen Ideologie geriet und daher seine Stoßkraft nicht auf den politisch entscheidenden Punkt richtete. Das arbeitende Volk Deutschlands muß lernen, daß es nicht nur darauf ankommt die Ministersessel in der Zentralgewalt zu besetzen sondern auch seine Verwaltung und Gerichtsstuben in der Lokalinstanz zu beherrschen.«

Dem Kreis der Sozialistischen Monatshefte schien es damals und scheint es noch heute ein großer Fehler des demokratischen Sozialismus gewesen zu sein, daß er nicht verstand den in den Arbeiter- und Soldatenräten zur Geltung kommenden Massenwillen aufzunehmen. Aber gerade seine Irreführung auf das formalpolitische Gebiet und seine Ablenkung von den nächstliegenden wirtschaftlichen Aufgaben war das entscheidende Versagen sowohl des rechten wie des linken Flügels der Partei. Hier bleibt nach wie vor die Notwendigkeit das wirtschaftlich-soziale Leben direkt zu schöpferischer Weiterbildung zu gestalten und dadurch die Verwaltung erst instand zu setzen ihren großen wirtschaftlich-sozialen Aufgaben gerecht zu werden. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß auch die Beherrschung des Verwaltungsapparats dazu gehört, wenn man den gesellschaftlichen Prozeß selbst zu produktiver Höherentwicklung im Sinn eines schöpferischen Sozialismus führen will. Von diesem Gesichtspunkt aus soll nunmehr die Frage der politischen und wirtschaftlichen Selbstverwaltung näher untersucht werden.



Die Verwaltungsorganisation, wie wir sie heute haben, stammt in ihrem Grundgefüge, wie bereits hervorgehoben, aus der Vorkriegszeit. Ihr Nichtmehrgenügen wurde aber schon vor dem Zusammenbruch klar erkannt, wie aus der sehr durchgreifende Reformen fordernden Denkschrift des damaligen Staatskommissars für Verwaltungsreform Drews vom Jahr 1917 hervorgeht. Allein es

blieb im wesentlichen alles beim alten. Die neuen preußischen Entwürfe der Stadt- und Landgemeindeordnung werden von den verschiedensten Sachkennern als völlig ungenügend abgelehnt. Die alte Bureaucratie ist in der Verwaltung im wesentlichen noch an der Herrschaft geblieben, der parlamentarische Minister ist auf seine alten Geheimräte angewiesen und dadurch nur allzu häufig in seinem Willen zur Demokratisierung lahmgelegt.

Zurzeit herrscht ein Chaos in der Regelung der Selbstverwaltung. Wir haben in Preußen nicht weniger als 6 Provinzialordnungen, 6 Kreisordnungen, 7 Städteordnungen und 7 Landgemeindeordnungen, dazu eine Überfülle uralter Polizeiverordnungen und Kabinettsorders. Die Zersplitterung ist vollends noch dadurch ins Unübersehbare gesteigert, daß eine neue Entwicklung der Reichsverwaltungsbehörden begonnen hat, deren Wirkungskreis sich mehr und mehr ausdehnt und zu fortwährenden Reibungen mit den Verwaltungsbehörden von Kommunen und Ländern führt. Andererseits drückt sich gerade in dieser neuen Reichsverwaltung der neue Wille zu einer großzügigen einheitlichen Verwaltung aus, die auch die neuen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben umschließt. Das Reich hat seine ihm durch die Verfassung freigegebene Zuständigkeit gegenüber der Länder- und Kommunalverwaltung Schritt vor Schritt erweitert. Vor dem Krieg unterstanden der direkten Reichsverwaltung nur wenige Verwaltungszweige, wie Post, Zölle, Auswärtiges, Marine, Konsulate. Heute sind bereits große neue Gebiete, wie Eisenbahn, Finanzverwaltung, Heer, Wasserstraßen, neuerdings Arbeitsämter, hinzugekommen. Angestrebt wird vor allem die zur Übernahme auf das Reich besonders reife Justizverwaltung anzugliedern, wofür selbst der Volksparteiler Wilhelm Kahl eintritt. Besonders wird auch ein einheitliches Reichsverwaltungsgericht angestrebt. Als Rahmengesetzgebung wird für das Städtewesen eine einheitliche Reichsstädteordnung vom Reichsstädtetag gefordert. Ebenso ist ein einheitliches Reichsbaugesetz notwendig. Besonders symptomatisch für die neue Wirtschaftsverwaltung des Reichs ist die Neuordnung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsvermittlung, die das Reich in modernen, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten abgegrenzten Verwaltungsbezirken übernommen hat. Neben wirtschaftlichen Zusammenhängen waren für diese neuen Verwaltungsbezirke technische Verkehrsrücksichten bestimmend. In diesem Sinn werden sich überhaupt mehr und mehr neue Verwaltungseinheiten bilden, die die überkommenen Grenzen der alten dynastischen Länder im Interesse ihrer Leistungsfähigkeit überschneiden. Die wirtschaftliche Entwicklung sprengt also schon den nicht mehr passenden Rahmen politischer Überlieferung und wird, ob es die jeweiligen Nutznießer veralteter Territorialstaaten wollen oder nicht, die äußere Form der Verwaltung schrittweise revolutionieren und zu neuen Bildungen führen.

Eine ganz entscheidende Frage bei dieser neuen Entwicklung, die auch endlich einmal befriedigend gelöst werden muß, ist die finanzielle Fundierung der verschiedenen Verwaltungsaufgaben von Reich, Ländern und Gemeinden. Daß hier ein gerechter Finanzausgleich gefunden werden muß, darüber sind sich alle Beteiligten klar. Sowohl die Gemeinden wie die Länder sind heute finanziell in einer unhaltbaren Lage. Man wird hier entweder den Ländern und Städten wieder eigene Finanzquellen erschließen müssen, was kaum möglich sein wird, oder man wird sie für ihre Selbstverwaltungsaufgaben vom Reich aus auch genügend finanziell ausstatten müssen. Doch soll auf diese Frage hier nur hingewiesen werden, sie bedürfte einer besondern Be-

handlung. Wird auf der einen Seite auf gewissen Gebieten, die nur eine gemeinsame, großzügige, geschlossene Behandlung vertragen, das Reich direkt oder indirekt selbst tätig sein müssen, so ist um so mehr Wert darauf zu legen, daß, wo es irgend zugänglich ist, den Selbstverwaltungskörperschaften, wozu sich auch die Länder mehr und mehr entwickeln müßten, Raum zur Betätigung gelassen wird. Unsere Forderung des Einheitsstaats bedarf eben, das muß immer wieder betont werden, zu ihrer Ergänzung einer weitgehenden Dezentralisierung. Hier setzt eine bis ins einzelne gehende Schrift des Königsberger Oberbürgermeisters Hans Lohmeyer ein⁴. Sie deckt sich im Grundsätzlichen mit den Forderungen Carl Herz', wie überhaupt der Ruf nach größerer Selbstverwaltung von allen Kommunalpolitikern geteilt werden dürfte. Grundsätzlich soll die lokale Exekutive Sache der kommunalen Selbstverwaltung, natürlich unter Staatsaufsicht, sein. Lohmeyer rechnet zur Zuständigkeit der Stadt- und Landkreise: auf dem Gebiet des Schulwesens die Errichtung und Unterhaltung von Volks-, Mittel- und Berufsschulen, in einzelnen Fällen auch von Fachschulen, Höheren Schulen und Hochschulen; auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege bestimmte Aufgaben der Bezirksfürsorge, wie überhaupt die Wohlfahrtspflege ja außerordentlich an Bedeutung und Umfang zugenommen hat; andere Aufgaben liegen auf dem Gebiet des Bau- und Siedlungswesens. Sehr wichtig wird es sein in den Kommunen mehr als bisher die Zuziehung der Laien in gemischten Deputationen zu erweitern. Vor allem sind es ja wirtschaftliche und soziale Fragen lokaler Natur, die in den Kommunen behandelt werden. Es ist daher eine Frage von entscheidender Bedeutung, wie die mit den neuen Verhältnissen sich ergebende starke Politisierung der Gemeindeverwaltungen durch eine Verbindung mit den lokalen Wirtschaftsvertretungen ergänzt werden kann. Allzu einseitig ist es, wenn Dietrich Holtz in seinem sehr aufschlußreichen Bändchen der Stilkeschen Rechtsbibliothek⁵ für die Gemeinden lediglich ein berufsständisches Wahlrecht fordert, das dann folgerecht über die Kreise und Provinzen bis zum Reichsrat aufgebaut werden solle. Richtig ist aber daran die Fragestellung, die dahin geht zu untersuchen, wie die ortsansässigen Berufs- und Wirtschaftsstände in die Gemeindeverwaltung eingebaut werden können. Wir kommen damit zu der Frage der berufsständischen Verfassung überhaupt und einer modernen Wirtschaftsverfassung im besondern, in ihrem Verhältnis zur Verwaltung.

Häufig wird jeder Gedanke einer Wirtschaftsvertretung als berufsständisch und damit "reaktionär" abgetan. Es ist nun wichtig sich dessen bewußt zu sein, daß die berufsständische Idee zwar durchaus romantisch rückwärtsgewandt und damit für eine künftige Sozialgesetzgebung unbrauchbar sein kann und häufig auch ist, daß aber gerade die Idee einer Gliederung des Gesellschaftsaufbaus nach seinen Produktionsgruppen durchaus den neuen sozialen Tendenzen der Arbeiterbewegung und damit einem nicht mehr im liberalen Denkschema befangenen, seiner selbst bewußten Sozialismus entspricht⁶.

Die Forderung einer wirtschaftlichen Berufsvertretung auch im staatlichen Leben war im Zusammenhang mit der Gewerkschaftsbewegung einerseits mit der sozialen Gesetzgebung andererseits schon länger auch in der Arbeiter-

4) Siehe *Lohmeyer Zentralismus oder Selbstverwaltung?* /Berlin 1928/.

5) Siehe *Holtz Verfassungs- und Verwaltungsreform in Reich und Ländern* /Berlin 1928/.

6) Eine Zusammenfassung der verschiedenen Arten des berufsständischen Gedankens gibt *Herrfahrdt* Das Problem der berufsständischen Vertretung von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart /Stuttgart 1922/; siehe dazu auch die Rundschau *Innenpolitik*, in den Sozialistischen Monatsheften 1922 I Seite 295.

bewegung lebendig. Lange vor dem Krieg wurde schon um Arbeitskammern und Arbeiterkammern ohne durchgreifenden Erfolg verhandelt. Ihre eigentliche Bedeutung gewann diese Tendenz aber erst in der Revolutionszeit, als die Bewegung der Arbeiterräte mit aller Leidenschaft ihren Anteil an dem Neubau von Staat und Wirtschaft forderte. Es ist bekannt, wie damals Julius Kaliski und Max Cohen im Arbeiterrat um einen der wesentlichsten Grundgedanken der Sozialistischen Monatshefte, um den organischen Aufbau des wirtschaftlichen Rätessystems, ausgehend von Produktionsräten der einzelnen Gewerbebezüge, und mit der Spitze einer wirklichen Kammer der Arbeit, gekämpft haben⁷⁾. Der Chefredakteur der Vossischen Zeitung Georg Bernhard hat ebenfalls eingehend und verständnisvoll in einer besondern Schrift diese Idee eines einheitlichen Produktionsaufbaus von unten gewürdigt⁸⁾. Es ist auch bekannt, wie nach anfänglichem gänzlichen Ablehnen die Reichsregierung dann doch unter dem Druck der immer drohender gärenden Massenbewegung sich zu dem Kompromiß der "Verankerung" der Räte in der Reichsverfassung in Artikel 165 entschließen mußte. Aber nur sehr verstümmelt, zusammenhanglos und daher wenig wirksam sind Bruchstücke des Neuaufbaus der Produktion in der Errichtung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats und der Betriebsräte bisher verwirklicht worden. Was aber immer wieder zum Bewußtsein gebracht werden muß, ist die Notwendigkeit einen geschlossenen Aufbau dieser wirtschaftlichen Selbstverwaltung, die in der Idee des wirtschaftlichen Rätessystems liegt, systematisch durchzuführen⁹⁾. Diese Forderung beruht nicht auf einer abstrakten Konstruktion sondern baut auf den praktischen Ansätzen künftiger Wirtschaftsgestaltung auf. Immer mehr erhebt sich in allen Zweigen der Wirtschaft der Ruf nach stärkerer Einflußnahme auf das politische Leben. Inoffiziell und den Sinn der politischen Demokratie verfälschend macht sich die Wirtschaft in den Parteien und der parlamentarischen Gesetzgebung geltend, da sie nicht genügend Möglichkeit zu einer direkten, offenen und produktiven Behandlung ihrer großen wirtschaftlichen Gesamtaufgaben findet. Eine der Wirklichkeit gerecht werdende Gesetzgebung muß nun suchen diese illegitimen Tendenzen der heutigen Wirtschaft in geregelte, gesetzlich festgelegte Bahnen zu lenken. Eine solche Möglichkeit ergibt sich wieder, wenn wirklich an eine durchgreifende Verwaltungsreform herangegangen werden soll. Hier muß die politische Selbstverwaltung durch die wirtschaftliche ergänzt werden.

Das System der wirtschaftlichen Selbstverwaltung muß von unten auf von der Gemeinde über die Bezirke oder Provinzen bis zur zentralen Gesamtleitung durchgeführt werden. Voraussetzung dazu ist allerdings die heute noch keineswegs erreichte paritätische gleichberechtigte Anteilnahme der Arbeitnehmerschaft an den verschiedenen Wirtschaftsorganisationen einerseits, der erneute Wille der Arbeiterbewegung zur Arbeitsgemeinschaft andererseits. Unter diesen Voraussetzungen aber ist schon in der Gemeinde eine Vertretung der Wirtschaftskörperschaften des Orts zu fordern. Auch Lohmeyer denkt daran, neben die Stadtverordnetenversammlung ein zweites Gremium zu setzen, bestehend aus Vertretern der stadtangehörigen Wirtschaft. Das berührt sich mit der Forderung der Sozialistischen Monatshefte,

7) Siehe dazu *Kaliski* Der Rätegedanke beim Neuaufbau Deutschlands, *Cohen* Der Rätegedanke im ersten Revolutionsjahr, in den Sozialistischen Monatsheften 1919 I Seite 229, 1919 II Seite 1043 und folgende.

8) Siehe *Bernhard* Wirtschaftsparlamente (Wien 1923/).

9) Siehe *Cohen* Von der formalen zur substantziellen Demokratie, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 II Seite 959 und folgende.

daß in den einzelnen Kommunen die Kammern der Arbeit neben den Stadtverordnetenversammlungen stehen sollen¹⁰. Aufsteigend von den Gemeinden wäre die wirtschaftliche Selbstverwaltung in den Bezirken, oder wie die zu bildenden Zwischeninstanzen einmal heißen werden, zu begründen.

In der politischen Verwaltung ist eine Durchführung der Selbstverwaltung im Kreis und in der Provinz zu fordern. Die Regierungsbezirke könnten als Verwaltungseinheiten ganz fortfallen, mit ihnen Regierung und Regierungspräsident. Der Oberpräsident würde wieder mehr das, als was er ursprünglich gedacht war: der Abgesandte der Zentralregierung in den einzelnen Provinzen. Der vom Reich im Einvernehmen mit dem Provinzialausschuß zu wählende Oberpräsident würde nur die Aufsicht über die Selbstverwaltung der Provinz führen, an deren Spitze der von der Selbstverwaltung des Landes gewählte Landeshauptmann stände. Die preußischen Provinzen würden, ebenso wie die heutigen größeren deutschen Länder, den Charakter großer Selbstverwaltungskörper erhalten, in die regionalistisch das Reich sich gliederte. Es entstünden auf diese Weise dann etwa 13, mit Einschluß Österreichs 14 Länder, die wesentlich nach modernen wirtschaftlichen und Verkehrsgesichtspunkten gebildet würden¹¹. Solch ein deutscher Regionalismus soll nach dem hier entwickelten System die Zukunftsform des Reichs bestimmen¹². Auch der Staatsrechtslehrer und demokratische Politiker Willibald Apelt will den Bundesstaat zum Regionalstaat umgestalten¹³, aber diesen Regionalstaat im wesentlichen doch wieder auf den heutigen Ländern mit ihren mehr zufälligen Grenzen aufbauen, wodurch sich natürlich keine wirklich brauchbaren Wirtschaftsbezirke ergeben. Mit dieser doch im Grunde sehr von dem Interesse der Einzelländer ausgehenden Auffassung hängt es zusammen, daß er den Reichswirtschaftsrat in den umzubildenden Reichsrat aufgehen lassen will. Das ist natürlich keine annehmbare Lösung. Im Sinn eines produktiven Neuaufbaus des Reichs ist genau das Umgekehrte notwendig, nämlich, daß der Reichsrat verschwindet, und daß der Reichswirtschaftsrat zu einer wirklichen Kammer der Arbeit ausgebildet wird. Dazu ist nun auch nach dem Regierungsentwurf über den Endgültigen Reichswirtschaftsrat noch wenig Aussicht vorhanden. Der Regierungsentwurf wurde bereits von Max Cohen, der als Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats hervorragenden Anteil an den Beratungen über ihn genommen hat, eingehend besprochen¹⁴; es erübrigt sich daher nochmals zu ihm Stellung zu nehmen.

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat hat sich während seiner Wirksamkeit in Gestalt und Funktion nicht unwesentlich weiterentwickelt und eine in seinen freilich sehr engen Grenzen durchaus fruchtbare Arbeit geleistet. Seine Weiterbildung, die an sich nur als Krönung eines geschlossenen Systems wirtschaftlicher Selbstverwaltung ihren vollen Sinn findet, wird Etappe auf dem Weg zu einem regionalisierten Einheitsstaat.

10) Siehe *Borchardt* Prinzipielles zu den Stadtverordnetenwahlen in Groß Berlin, in den Sozialistischen Monatsheften 1921 II Seite 689 und folgende.

11) Eine Reihe aufschlußreicher Beispiele, wie sich heute schon das Deutsche Reich ganz von selbst in Wirtschaft und Verkehr gliedert, gibt *Weitzel* Die regionale Gliederung Deutschlands auf Wirtschafts- und Verkehrsgebieten /Braunschweig 1928/.

12) Siehe *Hildenbrand* Für deutsche Neugestaltung, *Peus* Für einen deutschen Regionalismus, *Kaliski* Der Neubau des Reichs, *Severing* Ausblick, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 I Seite 257, 1927 II Seite 878, 1928 I Seite 3, in diesem Band Seite 563 und folgende.

13) Siehe *Apelt* Vom Bundesstaat zum Regionalstaat /Berlin 1927/.

14) Siehe *Cohen* Der Reichswirtschaftsrat und die Errichtung einer Kammer der Arbeit, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 I Seite 85 und folgende.

MAX SCHIPPEL · DAS WESEN DER KOLONIE UND DER KOLONIALEN WIRTSCHAFT

IV



IE hier an der Hand des amerikanischen Beispiels vertretene Anschauung lag in Deutschland, wie erwähnt, vor allem den Kulturgeographen und Geopolitikern nahe. Die wichtigsten Vorarbeiten zu einem entsprechenden systematischen Gedankenaufbau findet man bei uns wohl noch immer in Friedrich Ratzels Politischer Geographie.

Den Amerikanern hat sich erklärlicherweise eine ähnliche Auffassung wie von selber aus ihrer Vergangenheit und Gegenwart aufgedrängt. Schon der Sprachgebrauch drüben läßt die Erkenntnis oder doch die Ahnung der eigentümlichen tieferen kolonialwirtschaftlichen Zusammenhänge bei der amerikanischen Gesamtentwicklung durchblicken. Der Ausdruck Kolonisation des Westens für die, Menschenalter hindurch sich fortsetzende Erschließung des Innern ist drüben allgemein, nicht nur bei Historikern und Wirtschaftshistorikern, üblich: in einem Sinn, der mit dem Inhalt unserer "innern Kolonisation" nicht das geringste gemein hat. Die Grenze, the frontier, ist eine ständige, fest eingewurzelte Bezeichnung geworden für die immer weiter westwärts rückende urwüchsig seltsame Kulturzone, wo bereits gefestigter abendländischer Kulturkreis und kultur- und formloses neuweltliches Pionierfreiland zusammenstoßen. Seit Turners geistvoller Abhandlung über die Bedeutung der Grenze in der Geschichte Amerikas /1893/ hat sich eine ganze Reihe lehrreicher und fesselnder kultur- und wirtschaftskulturgeschichtlicher Werke jener abenteuerlich-phantastisch lebensvollen Übergangerscheinung und Zwischenzone zugewendet, die sich früher nur in Reisebeschreibungen, in Romanen und tollwildem Humoresken widerspiegelte. Der vordringende Siedlungsfarmar war in den Vereinigten Staaten nie Binnenwanderer sondern stets Auswanderer (emigrant). Auswandererwege (emigrants' trails) hießen die, allmählich durch natürliche Auslese einigermaßen festgelegten, technisch vollkommen wildgebliebenen Karawanenstraßen, die in weitmaschigem Netz durch den östlichen Waldgürtel, über die mittel- und fernwestlichen Prärieen und Wüsten und schließlich über die Gebirgsketten den pazifischen Gestaden und dem Goldenen Westen entgegenführten.

Sogar ein ganz klares Bewußtsein der allgemeinen kolonialtheoretischen Tragweite dieser Tatsachen und Auffassungsweisen kommt in der Literatur der Vereinigten Staaten nicht selten zum Ausdruck. So urteilt Guy Stevens Callender, von der Yale Universität, in der orientierenden Einleitung eines der verbreitetsten Collegehandbücher:

»Die Besiedlung des Westens sollte als ein Hauptbeispiel der Kolonisation gelten. Vom soziologischen Standpunkt aus besteht Kolonisation in der Gründung und Entwicklung neuer Gemeinwesen, in der Ergreifung und Besiedlung von Neuland. Sie ist die Ausweitung (expansion) eines Gemeinwesens über neues Gebiet. Das politische Verhältnis zwischen neuen Gemeinwesen und den alten, aus denen sie entsprangen, mag wichtig sein; tatsächlich ist es die einzige Seite der modernen Kolonisation, die viel erörtert wurde. Aber es ist keineswegs die Hauptsache der Kolonisation; es kann sich bewegen zwischen absoluter Unabhängigkeit des neuen Gemeinwesens und voller Unterwerfung unter das Mutterland, ohne die eigentliche koloniale Beziehung zwischen ihnen zu ändern. Die Expansion Griechenlands im Altertum, bei der die Neuniederlassungen sehr wenig von politischer Unterordnung

betroffen wurden, war im Wesen genau so kolonial wie die Ausweitung Europas in der Neuzeit. Auch ist es belanglos, ob die neuen Gemeinwesen vom alten weit entfernt liegen. Angrenzendes Gebiet mag leichter zu besiedeln sein, und die koloniale Bewegung mag unter solchen Bedingungen größere Volkskreise erfassen, aber die sozialen Wirkungen sind kaum viel andere als bei der überseeischen Kolonisation auf weite Entfernung. Von diesem Standpunkt aus sind offenbar die Amerikaner als die großen Kolonisatoren der modernen Zeiten anzusehen. Kein anderes Volk hat so viele neue Siedlungen begründet und ausgebaut oder so weite Wildnislandstriche dem zivilisierten Leben unterworfen ... Die Berührung mit jungfräulichem Gebiet und die ständige Ausbreitung nach diesem bildete die grundlegende Eigentümlichkeit der amerikanischen Gesellschaft.«

Callender meint im Anschluß hieran: bei anderen Völkern spreche man, bei sonst gleichem Zweck und Ergebnis, häufiger von "Kolonialpolitik", weil die Regierungstätigkeit dabei stärker und auffälliger mitgewirkt habe; in Amerika trete diese bis zur Unmerkbarkeit zurück:

»In keinem andern Land der Neuzeit hat weitreichende Kolonisation so wenig das Eingreifen der Regierung in Bewegung gesetzt. Unser Volk hat stets kolonisiert, aber unsere Regierung brauchte sich niemals viel mit kolonialen Fragen zu befassen oder sich über sie zu beunruhigen. Dies erklärt, warum unsere koloniale Praxis von den Kolonialschriftstellern ignoriert werden konnte, die ihr Augenmerk stets mehr auf das Politische wie auf das Wirtschaftliche und Soziale richteten.«

Das letzte mag, bei aller Berechtigung der wiedergegebenen Grundanschauung im allgemeinen, schief gesehen und geurteilt sein. Denn beispielsweise allein die Siedlungsmithilfe umschließt, auf einer tiefschürfenden, schwerer kämpften farmerdemokratischen Heimstättengesetzgebung fußend, eine gewaltige gouvernementale Arbeitsleistung durch Übernahme, Vermessung, Verwaltung und Wiederhinausgabe zu Eigentum, hinsichtlich eines halben Erdteils von Grund und Boden. Insoweit könnte man eher behaupten, daß uns, das heißt den Ländern mit längst fast restlos dem Privateigentum unterstelltem Grund und Boden, solche Regierungsaufgaben und eine solche "Domänenpolitik" bis zur Unvorstellbarkeit fernliegen. Daß aber Callender sich der Tragweite seiner sonstigen Ausführungen vollkommen bewußt war, zeigt der gleichzeitige Hinweis auf die »kleine Gruppe englischer Nationalökonom«¹, die kurz vor der Mitte des 19. Jahrhunderts (auch der Name Wakefield fällt bei dieser Gelegenheit) ausnahmsweise verstanden hätte die Kolonialtheorie großzügig, das heißt unter Zurückstellung der bloß formalpolitischen Äußerlichkeiten, anzupacken.

Klar und eindrucksvoll weiß besonders Theodore Roosevelt in seiner Erschließung des Westens (The Winning of the West) die epochemachende kolonialgeschichtliche Mission des amerikanischen Volkes in Vergleich mit den Bewegungen und Schöpfungen zu stellen, die gewöhnlich als Höhepunkte der europäisch-kolonialen Entwicklung dargestellt werden. Roosevelt feiert vor allem die amerikanische Verordnung von 1787, nach der alle neuen Gemeinwesen, die sich, jenseits der 13 Ursprungsstaaten der Union, auf dem Bundesfreiland im Innern jemals herausbilden würden, berufen seien zur schließlichen verfassungsmäßigen und allseitigen Gleichberechtigung als Neustaaten neben den Altstaaten der damaligen Konföderation, der spätern Union:

»Die Verordnung von 1787 war so einschneidend in ihren Wirkungen ... entsprach so sehr einem weitschauenden staatsmännischen Geist ... daß sie neben der Unabhängigkeitserklärung, der Verfassung, der Abschiedsbotschaft Washingtons und neben Lincolns Sklavenbefreiungsproklamation und Botschaft nach der Wiederwahl für immer zu den hervorragendsten Staatsurkunden gehört ... Nach einer Richtung brachte die Verordnung einen Wandel, wie er umwälzender kaum zu denken ist. Die darin niedergelegte Politik brachte eine vollkommene Revolution in der Be-

handlung neuer Gemeinwesen, die vom Stammgemeinwesen durch Kolonisation ausgehen ... Die Verordnung von 1787 bestimmte, daß die neuen Gemeinwesen in jeder Beziehung den alten gleichgestellt seien und doch zugleich mit ihnen zu einer Einheit verbunden bleiben sollten. In der Geschichte der Kolonisation war dies noch nie dagewesen. Bisher kannte die Geschichte nur Unterordnung oder Lösung gegenüber dem Stammgemeinwesen. England, Holland, Frankreich und Spanien, wenn sie übersee Kolonien gründeten, gründeten sie gemäß den mütterländischen Interessen und regierten sie als Dependenz. Ob die Behandlung der Kolonien seitens des Mutterlands besser oder schlimmer ausfiel, ob sie mehr auf Pflege und Schutz oder auf Unterdrückung und Härte hinauslief, niemals war es ein Verkehr unter Gleichen. Rußland, bei seiner Kolonisation Sibiriens, verfuhr nicht anders. Nur diese Art Kolonisation hat das moderne Europa gekannt ... Im Altertum aber, bei den großen kolonisierenden Völkern, den Griechen und Phönikern, löste sich jede Kolonie von dem Land los, dem sie entsprossen war. Karthago und Syrakus waren so unabhängig-selbständig wie Tyrus oder Sidon, wie Korinth oder Athen ... Nach der griechischen und karthagischen Art errangen die Kolonien zwar die selbe freie Stellung wie die Mutterstädte. Aber es kam zu keinem Heranwachsen eines größern Reichs, zu keinem Entstehen einer größern dauernden Nationalität. Unter dem römischen System wiederum wuchs das Reich, während die Kolonien ihre Unabhängigkeit einbüßten. Die kolonisierenden Völker des modernen Europas wandelten in den Bahnen der Römer. Bis zur Schöpfung der Vereinigten Staaten kannten die kolonisierenden Völker nur den einen oder den andern Weg. Der amerikanische Freistaat, in seiner glücklichen Vereinigung von Föderalismus mit starker Zentraleinheit, schlug kühn einen neuen Weg ein und gewährte nach griechischem Vorbild freie einzelstaatliche Entwicklung, während man die Bundeseinheit nicht minder sorgsam als im Römischen Reich zu wahren verstand. Neustaaten wurden geschaffen und erhielten Gleichstellung mit den Altstaaten; aber diese Neustaaten gliederten sich gleichzeitig vollständig und dauernd ein als Teile des selben großen und wachsenden Gemeinwesens ... Die amerikanischen Neustaaten, ihrerseits Kolonien im alten griechischen Sinn, blieben lediglich einer Staatsgewalt unterworfen, die sie selber, in Gleichberechtigung mit den Altstaaten, mitbilden halfen. Kein Staat, ob alt oder neu, war einem andern untergeordnet; sie alle jedoch schuldeten gemeinsame Anhänglichkeit einer Zentralgewalt, die mit keiner der Einzelstaatsgewalten zusammenfiel.«

Es wäre verlockend weiter noch darauf einzugehen, wie sogar in England, im England der dreißiger und vierziger Jahre, eine ganze Schule von rühri-gen und einflußreichen Kolonialtheoretikern und Kolonialpraktikern die Kolonisation, die kolonialwirtschaftliche Ausweitung und Ergänzung des europäischen Wirtschafts- und Kulturkreises keineswegs, nach den Richtlinien der im Anfang erwähnten engbrüstigen und einseitigen Begriffsbestimmungen, von verwaltungs-, staats- und völkerrechtlichen Beziehungen der Über- und Unterordnung notwendig abhängig sein ließ; wie diese englische Schule, einmal zu solchen Gedanken angeregt, gleichfalls die Vereinigten Staaten wegen deren beneidenswerten Besiedlungsaufschwungs als vorbildliches Kolonialland κατ' ἔξοχὴν anzusehen begann; und wie sie gerade im Hinblick auf dieses vereinsstaatliche Vorbild mehr und mehr, zunächst für Canada, dann für Australien und Neuseeland die weitestgehende Unabhängigkeit, die Nichtunterordnung, die vollste Selbstregierung erstrebte und schließlich durchsetzte. Aber wahrhaftig nicht, um in den selbständig werdenden Reichsteilen, den späteren Dominien, die Kolonisation, die Siedlungskolonisation und Kolonialwirtschaft jeder Art, aufhören zu lassen, sondern um ihnen erst recht zur vollen Schwungkraft zu verhelfen, die durch das Mutterland, als Verwaltungszentrum und wirtschaftspolitische Vorsehung, nach ihrer Meinung nur gebrochen und geschwächt werden konnte. Der hervorragendste, freilich zugleich eigensinnigste Kopf in dieser Schule ist Edward Gibbon Wakefield, und um ihn scharen sich Männer wie Sir Charles Buller, George Cornewall Lewis, William Molesworth, ferner steht ihnen ideell und persönlich Lord

Durham nahe, von dessen berühmtem Bericht über die große Canadische Krisis /1838-1839/ die später Schritt um Schritt erfüllte Selbstregierung der heutigen Dominien praktisch ihren Ausgang nahm. Diese Schule focht, wie gesagt: um der gesteigerten kolonialwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit willen, unter dem Banner "Selbständigkeit der Landpolitik (hier gewöhnlich noch mit starkem Vorbehalt, der später wegfiel), Selbständigkeit der Einwanderungspolitik, der Eingeborenen-, der Verkehrs- und Erschließungspolitik". Sie verlangte laut und dringlich Ablösung aller großen grundlegenden umwälzenden kolonialpolitischen Aufgaben vom Mutterland, Übertragung aller dieser ausschlaggebenden kolonialpolitischen Funktionen an die überseeischen Siedlungsgemeinwesen an Ort und Stelle, weil deren überragende Sachkenntnis und interessierter Eifer erst zu voller Entfaltung sich aufschwingen könnte, wenn Mister Mothercountry in Zukunft seine plumpen Eingriffe unterlassen müßte: der Herr Mutterstaat, wie diese geistsprühenden Kolonialreformer die unfähige, vor überweisen Bedenken nie zu herzhaften Entschlüssen gelangende Bürokratie im Londoner Kolonialamt Jahre hindurch verhöhnten und verspotteten.

Dieser nationalökonomisch-kolonialpolitischen Schule lag es alsdann begreiflicherweise nahe die kolonialwirtschaftliche Bedeutung auch der Vereinigten Staaten nicht etwa mit der (für das damalige Mutterland England allerdings unfreiwilligen) Erringung der Unabhängigkeit enden zu lassen. Bei Wakefield finden wir deshalb eine kolonialwirtschaftliche und kolonialpolitische Wertung des vereinsstaatlichen Amerikas, die sich mit der Auffassung Supans und anderer unserer Kulturgeographen abermals durchaus deckt. Jedoch auch bei John Stuart Mill, der in seinem Eklektizismus manches der Wakefieldschen Schule verdankt, finden sich Anklänge nach dieser Richtung. Klar und bestimmt verfißt sie John Elliot Cairnes, den man als letzten Ausläufer und zugleich Kritiker der alten Smith-Ricardoschen Klassik bekanntlich oft über John Stuart Mill gestellt hat.

Vor allem aber hat ein ganz Großer der Nationalökonomie die wissenschaftliche Folgerichtigkeit dieses Standpunkts anerkannt. Für Karl Marx blieb das Kennzeichen von »wirklichen Kolonien« (wirklichen Siedlungskolonien, würden wir heute nach unserer reichern Erfahrung sagen): jungfräulicher, das heißt der europäischen Wirtschaftskultur noch unerschlossener Boden, »der durch freie Einwanderer kolonisiert wird«, und Marx fügt sofort hinzu: Die Vereinigten Staaten »sind, ökonomisch gesprochen, immer noch Kolonialland Europas«. Oder, wie es bei Marx an einer andern Stelle des Kapitals heißt, »in ihrer jetzigen Gestalt müssen die Vereinigten Staaten stets noch als Kolonialland von Europa betrachtet werden«.

V



IELLEICHT halten wir nunmehr, vom grundlegenden Wirtschaftlichen ausgehend und daraufhin zu der politischen und rechtlichen, immerhin mehr äußerlichen Formgewinnung und Formgebung fortschreitend, die Elemente des Wesens der Kolonisation und der Kolonie in den Händen. Wir sehen jetzt den Bereich der europäischen Wirtschaftskultur, der längst über die engen Grenzen Europas hinaus nach allen Erdteilen und Erdstrichen sich erstreckt, in 2, ökonomisch und sozial weit von einander abweichende Gebiete geschieden.

Das eine Gebiet ist das der organischen, autochthonen Wirtschaftsfortentwicklung, für uns verkörpert im alten Europa, in den Mutterländern, und in seinem geschichtlichen Aufstieg und seiner heutigen wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeit wissenschaftlich widergespiegelt einerseits in unseren Lehren über die sich folgenden Wirtschaftsstufen, andererseits in der nationalökonomischen Klassik, zusammen mit den versuchten späteren Um- und Fortbildungen.

Das andere Gebiet ist, ein besserer Ausdruck läßt sich schwer vorschlagen, das der allochthonen Entwicklung, der Pfropfkultur. Eine überragende Wirtschaftsordnung, für uns in erster Linie die europäische, lagert sich hier, wie ein gewaltiger Erdrutsch, über eine tiefere und tiefste Wirtschaftsordnung, unter Umständen über eine vollkommene Menschen- und Kulturlehre. Jedoch nicht in regungsloser Neuschichtung sondern in triebkräftigster, schicksalbestimmender Umwälzung des vorgefundenen Fremden. Hier hört von der einen wie von der andern, von der überwältigenden wie von der überwältigten Seite aus gesehen, die autochthone organische Sozialentwicklung auf. Was unter dieser einzigartigen Vermischung und gegenseitigen Durchdringung der zwieschlächtigen, disparaten Gesellschaftsgrundlagen als typische *neue* Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur sich herausgestaltet und unter neuartigen Wachstumsgesetzen sich weiterentfaltet, ist nicht, um in konkreten Beispielen zu sprechen, organisch fortgesetzte Wirtschaftsordnung der Indianer und Australneger, der Kirgisen, Jakuten und Tungusen, oder der Neger, Malaien und anderer Tropenvölker. Ebenso wenig ist es wiederum organisch weitergewachsene europäische Wirtschaft: kein sich selbst überlassenes europäisches Wirtschaftssystem hätte Arbeits- und Produktionsverfassungen wie die der Negersklaverei, des Kulisystems oder der Eingeborenenkultur aus sich selber erzeugen können, oder Bodenübertragungen wie die vom Indianerland über die öffentliche Bundesdomäne hinweg zum millionenfachen Farmereigentum. Entsprechend hören hier die wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten auf, wie sie uns einerseits eine allmählich heranreifende ethnologische Volkswirtschaftslehre für die tieferen Stufen des menschheitlich-gesellschaftlichen Zusammenlebens und Zusammenwirkens aufweist; aber auch, wie sie uns andererseits die Nationalökonomie (im eigentlichen Sinn des Worts) auf Grund unserer europäisch-autochthonen Entwicklung darlegt. In Grund- und Bodenpolitik, in Wertentwicklung der Bodenerzeugnisse und in Grundrentenbewegung, vor allem auch in den Betriebs- und Arbeitsverfassungen, in Arbeitsmarkt und Arbeitsgesetzgebung, in fast allen Funktionen des Staats, in der Rechtsordnung, so vor allem in der Eigentumsrechtsordnung ringt sich hier, weil aus vollkommen abweichenden Grundlagen entsprossen, ein Neuartiges durch, das neuer wissenschaftlicher Beobachtungen, ordnender Zusammenfassungen und tieferschürfender Kausalerklärungen bedarf.

Diese andere, eben die koloniale (hauptsächlich siedlungs- und tropenkoloniale) Sphäre der modernen Wirtschaftsentwicklung überragt die ursprüngliche altweltliche Sphäre längst ganz unvergleichbar in ihrer räumlichen Ausdehnung, territorial. Sie hat ferner an spezifischem ökonomischen Gewicht, an allgemeiner Weltmarktbedeutung stetig zugenommen, so daß ohne die kolonialen Produktionen an pflanzlichen, tierischen und mineralischen Roh- und Hilfsstoffen, Lebens- und Genußmitteln wir daheim heute nur eine kümmerlich dahinvegetierende Wirtschaftswelt sein würden. Darum kann diese Kolonialwissenschaft, die den typischen Vorgängen der allochthonen

Wirtschaftsentwicklung nachzugehen, ihre veränderten und ganz andersartigen Gesetzmäßigkeiten aufzuspüren und darzustellen hätte, nicht als bloße Nebenabteilung der allgemeinen Volkswirtschaftslehre behandelt werden, womöglich gar nur in gelegentlichen Hinweisen auf die "Abweichungen" von dem europäischen Wirtschaftsorganismus. Denn diese Abweichungen bilden meist geradezu die charakteristischen Kennzeichen, das Wesen einer an sich gleichwertigen wirtschaftlichen und sozialen *Neuwelt*. Am allerwenigsten jedoch kann man, wie es bisher so oft geschah, diese Kolonialwissenschaft der Zukunft auf die Beziehungen der politischen Unter- und Überordnung einschränken wollen, die zwischen Mutterland und Kolonien noch immer hin und her laufen: bei der Siedlungskolonisation nur noch in allerbescheidenstem Maß, bei der Tropenkolonisation nach der Natur der Sache allerdings viel reichlicher und stärker. Diese Sonderbeziehungen sind zweifellos überaus lehrreich durch die Unterschiede, die sie gegenüber unseren gewohnten europäischen politischen *Verfassungen* und gegenüber dem Recht und den Gepflogenheiten zwischen gleichgeachteten, souveränen Völkern darbieten. Sie klar zu übersehen, zweckmäßig zu handhaben und auszugestalten ist für die näherbeteiligten *Staatsverwaltungen* vollends wichtig und unentbehrlich. Sie fallen jedoch häufig, wie bei der Siedlungskolonisation, ganz weg und geben trotzdem, oder vielmehr gerade dadurch, der *kolonialwirtschaftlichen* Bewegung eine um so unwiderstehlichere Auftriebskraft. Sie sind eine Neben- und Begleiterscheinung, eine Akzidens, aber niemals das Wesentliche, das, wie dargelegt, in der Besonderheit vor allem des Wirtschaftlichen zu suchen ist.

An einzelnen Bausteinen zu dieser umfassendern und sachentsprechendern Kolonialwissenschaft der Zukunft fehlt es keineswegs. Auch die Staatswissenschaften haben jederzeit, weit über den Kreis ihrer allzu engen definitiven Erklärungen hinaus, den Einblick in die kolonialen Daseins- und Wachstumserscheinungen fördern helfen. Jedoch vor allem im Schatten und Schirm so großer vorbildlicher Kulturgeographen wie Friedrich Ratzel und schließlich wie Karl Ritter und Alexander von Humboldt mag die winkende neue staatswissenschaftliche Arbeit rüstig vorwärtsschreiten.

HEINRICH STÜHMER · DIE FESTSETZUNG VON MINDESTLÖHNE

IN den Verhandlungen der 10. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf /1927/ bildete den 3. Punkt der Tagesordnung das Verfahren zur Festsetzung der Mindestlöhne in Industrien, in denen die Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ungenügend entwickelt und die Löhne außergewöhnlich niedrig sind, unter besonderer Berücksichtigung der Heimarbeit. Das Internationale Arbeitsamt hatte dazu einen umfangreichen Bericht herausgegeben sowie einen Fragebogen vorgeschlagen, der zunächst beraten wurde. Aus dem Bericht geht hervor, daß der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts auf seiner 8. Tagung im Juli 1921 in Stockholm einen von der britischen Regierung unterbreiteten Vorschlag angenommen hatte, demzufolge das Internationale Arbeitsamt beauftragt wurde die in den verschiedenen Ländern gesetzlich vorgeschriebenen Systeme zur Festsetzung der Löhne, namentlich in unorganisierten oder unzureichend organisierten Gewerben, zu untersuchen. Die

Untersuchungen des Amtes über die Gesetzgebung zur Festsetzung der Löhne führten zu dem Ergebnis, daß diese Frage sich für eine Prüfung durch die Konferenz eigne. Bereits auf der 17. Tagung des Verwaltungsrats wurde die Methode zur Festsetzung von Mindestlohnsätzen, namentlich in den Gewerben, in denen die Arbeiter nicht organisiert sind, als Beratungsgegenstand für die Tagung der Konferenz von 1923 vorgeschlagen. Im Lauf der Erörterung wurde aber betont, daß es besser sei mit der Behandlung der Frage zu warten, bis die Untersuchungen des Amtes weiter fortgeschritten, und im allgemeinen die wirtschaftlichen Verhältnisse beständiger geworden wären. Der Antrag wurde daher damals noch mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Auch bei der Festsetzung der Tagesordnung für die Konferenzen von 1924, 1925 und 1926 gab man anderen Fragen den Vorzug. Erst auf der 30. Tagung des Verwaltungsrats im Januar 1926 beschloß man die Frage der Regelung der Mindestlöhne auf die Tagesordnung der 10. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1927 zu setzen.

Das System zur Regelung von Mindestlohnsätzen wurde zuerst in Australien eingeführt, zum Teil als Schutzmaßnahme gegen ungebührlich niedrige Löhne und zum Teil als Mittel zur Förderung des gewerblichen Friedens. Das erste Gesetz wurde 1894 in Neuseeland erlassen, 2 Jahre später nahm der Staat Victoria ein Gesetz über Mindestlöhne an; diesem Vorgehen folgten die übrigen Staaten und das australische Parlament, so daß um das Jahr 1910 der Grundsatz des Mindestlohns in allen Staaten von Australien gesetzlich festgelegt war. Diese Versuche wurden namentlich in Europa und Nordamerika mit wachsendem Interesse verfolgt. Schon im Jahr 1909 nahm das britische Parlament ein Gesetz über Mindestlöhne an. In den Vereinigten Staaten wurde der Grundsatz des Mindestlohns 1912 von Massachusetts und 1913 von 8 anderen Staaten festgelegt. Die Gesetzgebung über die Mindestlöhne wurde in Amerika aber ernstlich gefährdet, als der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten, der sich immer wieder als Hemmnis staatlicher Sozialpolitik erwies, 1923 das Mindestlohngesetz des Gebiets von Columbien und 1925 das des Staates Arizona für verfassungswidrig erklärte.

Die Untersuchung des Internationalen Arbeitsamts hat ergeben, daß in 9 europäischen und 10 außereuropäischen Ländern mehr oder weniger gesetzliche Bestimmungen über die Festsetzung von Mindestlöhnen bestehen. Doch sind sie in Deutschland, Österreich, Frankreich, Norwegen, der Tschechoslowakei und Argentinien auf die Heimarbeit beschränkt; in Ungarn und Uruguay sind solche Bestimmungen nur für die Landwirtschaft, in Südafrika für die Landwirtschaft und die öffentlichen, gemeinnützigen Betriebe, in Rumänien für gemeinnützige Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern erlassen, in anderen Staaten nur für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, häusliche Dienste ausgenommen; und wiederum in anderen wenigen Staaten sind sie auf alle Arbeiter ausgedehnt. Ebenso unterliegt die Festsetzung der Mindestlöhne in jenen Staaten verschiedenen Bestimmungen, entweder durch Zentrallohnämter oder durch die zuständigen Verwaltungsbehörden. Für Übertretungen der Vorschriften sind im allgemeinen nur Geldstrafen vorgesehen.

Bei dieser Sachlage war es natürlich sehr schwer über bestimmte Richtlinien, und zwar zunächst über den aufzustellenden Fragebogen eine Einigung zu erzielen. Hätte es sich nur um Lohnämter oder ähnliche Einrichtungen für die Heimarbeiter gehandelt, dann wäre die Einigung nicht so schwer ge-

wesen, aber über die Ausdehnung auf andere Gewerbe und Industrien gingen die Anschauungen zu weit auseinander. Die Arbeitgebergruppe verhielt sich vollständig ablehnend, wogegen in der Gruppe der Regierungswie auch der Arbeitervertreter die Meinungen über diese Frage geteilt waren. Während die Engländer, Australier, Canadier und andere, mit Ausnahme der Arbeitgebervertreter, die Einrichtung der Lohnämter allgemein forderten, wurde sie von den Vertretern der übrigen Nationen abgelehnt. Nach langen Verhandlungen kam doch durch ein Kompromiß ein Fragebogen zustande, der beiden Richtungen Rechnung trug. Dieser Fragebogen wurde nun an die verschiedenen, dem Internationalen Arbeitsamt angeschlossenen Länder respektive deren Regierungen gesandt. Je nach den Antworten, die man erhielt, wollte man dann der nächsten Arbeitskonferenz ein Übereinkommen oder einen Vorschlag unterbreiten. Es war vorauszusehen, daß diese Antworten genau so verschieden ausfallen mußten, wie dies die vorausgegangenen Beratungen in Genf gezeigt hatten. Für das Arbeitsamt kam es deshalb darauf an, wenn nicht alles scheitern sollte, ein Übereinkommen vorzuschlagen, das Aussicht hatte auf der Konferenz die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit zu bekommen. Das war aber nur möglich, wenn der Text so gehalten war, daß den einzelnen Ländern nach der Ratifizierung ein möglichst weiter Spielraum gelassen war. Trotzdem wurde der Übereinkommensentwurf, wie im Jahr vorher der Fragebogen, in 15 Ausschusssitzungen hart umstritten, und in der Plenarversammlung stimmten die Vertreter der Arbeitgeber dagegen. Nach dem trotzdem beschlossenen Übereinkommen steht es jedem Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, das ratifiziert, frei nach Befragung der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer selbst zu entscheiden, auf welche Gewerbebezüge oder Teile der Gewerbebezüge und insbesondere auf welche Zweige der Heimarbeit die Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen angewendet werden sollen.

Das war die einzig mögliche Formel, um innerhalb der Arbeitergruppe die Geschlossenheit und innerhalb der Regierungsgruppe eine starke Mehrheit zu bekommen. Denn nur mit diesen beiden Gruppen kann man weitere Übereinkommen beschließen. Die Arbeitgeber wollen nämlich überhaupt keine Übereinkommen mehr, sie wollen sich der Verpflichtung aus dem Versailler Friedensvertrag die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern entziehen, weil sie fürchten, daß die freie Wirtschaft dadurch mit der Zeit zu sehr eingeschränkt wird. In diesem Punkt stimmen die Arbeitgeber alle überein, obwohl es ihnen aus Gründen der Konkurrenz auf dem Weltmarkt in den fortgeschrittenen Ländern doch erwünscht sein müßte, daß die Lebensbedingungen der Arbeiter in den rückständigen Staaten auf eine höhere Stufe gebracht werden. Nun waren, wie bereits erwähnt, in diesem besondern Fall die Arbeitervertreter durchaus nicht einer Meinung über die Errichtung von Lohnämtern zur Festsetzung von Mindestlöhnen. Die Bedenken gegen diese Einrichtung sind verschiedener Art. In Deutschland ist in der letzten Zeit an dem amtlichen Schlichtungsverfahren, insbesondere an der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen amtlicher Schlichtungsstellen, von einem Teil der Gewerkschaften scharfe Kritik geübt worden, weil die Streikfreiheit dadurch behindert respektive beschränkt werde. Das sind die selben Bedenken, die auch gegen die Errichtung von Lohnämtern zur Festsetzung von Mindestlöhnen, außer für die Heimarbeit, von den Gewerkschaften Amsterdamer Richtung und darüber hinaus, geltend gemacht werden. Nur

in Australien teilen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter diese Bedenken nicht, während die Stimmung darüber unter der englischen Arbeiterschaft geteilt ist. Die weiteren Bedenken sind, daß bei allgemeiner Festlegung der Mindestlöhne durch Lohnämter es schwer möglich sein dürfte in den davon betroffenen Gewerbezweigen über diese Mindestlöhne hinauszukommen, da ein großer Teil der Arbeiterschaft sich dann den Gewerkschaften gegenüber gleichgültig verhalten, und diese an Stärke und Schlagkraft einbüßen würden. Nur die australischen Arbeitervertreter behaupten trotz dieser Einrichtung gute Fortschritte gemacht zu haben, und ein australischer Arbeitgebervertreter teilte mit, daß die Streiks trotz den Lohnämtern nicht abgenommen hätten und der wirtschaftliche Frieden nicht gesicherter geworden sei. Nach den bisher gemachten Erfahrungen ist darüber zu sagen, daß auch die durch die Lohnämter festgesetzten Mindestlöhne des Schutzes starker Gewerkschaften bedürfen, wenn sie nicht nur auf dem Papier stehen bleiben sondern wirklich durchgeführt werden sollen, was durch Geldstrafen allein nicht zu erzwingen ist. Das gilt insbesondere für jene Länder, in denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch besonders rückständig sind.

Das Internationale Arbeitsamt hat zweifellos die Aufgabe auf allen Gebieten dem Arbeiterschutz die Bahn zu brechen, also auch darauf hinzuwirken, daß außergewöhnlich niedrige Bezahlung der menschlichen Arbeitskraft verhindert werde. Aber es fehlt dem Amt die Exekutivgewalt, um hier helfend eingreifen zu können, weil die Ratifizierung von den Regierungen und indirekt wiederum von der Stärke der Arbeiterbewegung jedes einzelnen Landes abhängt. Man ist deshalb versucht das Problem so zu stellen, daß der eine Teil der Verbesserung der Lage der Arbeiter durch die Einwirkung auf die Gesetzgebung vor der Erkämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Gewerkschaften den Vorzug gibt, insbesondere dort, wo diese noch sehr schwach entwickelt sind. Durch die Annahme des in Genf beschlossenen Übereinkommens sind beide Wege möglich. Es kann der Arbeiterklasse gegen ihren Willen die Errichtung der Lohnämter nicht aufgezwungen werden. Aber es ist der Entwicklung einer solchen Einrichtung in allen Ländern der weiteste Spielraum gegeben.

ADOLF REICHWEIN · KLEINBAUERN UND ARBEITERBEWEGUNG IN DÄNEMARK

UNTER dem Gesichtswinkel der Arbeiter- und Bauernbewegung gesehen ist die politische Lage Dänemarks von besonderem Interesse. Die parlamentarische Situation ist durch eine schwache Mehrheit der "Linken", die mit der "Rechten" zusammen über 78 Sitze im Folkething verfügen, bestimmt. Die starke parlamentarische Opposition wird von 53 Sozialdemokraten und 18 Radikalen gebildet. Damit ist die offizielle politische Linie bis zum natürlichen Ende dieses Parlaments im Jahr 1930 einigermaßen festgelegt, denn es ist kaum anzunehmen, daß der König noch einmal, wie 1920, von seinem Recht Gebrauch machen wird eine Regierung, hinter der nach seiner Meinung nicht mehr die Mehrheit des Volkes steht, aufzulösen. Und diese Linie geht unter anderm zum vorsichtigen Abbau der während des Krieges und unmittelbar nach ihm durchgeführten, ziemlich weit vorgetriebenen Sozial-

reform. Wenn man heute mit Abgeordneten der Linken spricht, so hört man immer die vom Standpunkt des Mittelbauern geäußerte Meinung, daß der Staat sich durch die soziale Gesetzgebung allzu sehr in das freie Spiel der Wirtschaft eingemischt und die offiziellen Lasten überspannt habe (Steuerproblem). Für die nächsten Jahre ist es Aufgabe der Sozialdemokratie als der stärksten Partei durch den Ausbau ihres Agrarprogramms, das dem Schutz der kleineren Betriebe gilt (und damit eine Parallele zum Kieler Agrarprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands darstellt) die Radikale Partei noch enger mit sich zu verknüpfen. Ihre Stärke erlaubt es ihr mit den Radikalen eine vernünftige Koalition vorzubereiten, die den Interessen der Kleinbauernwähler gerecht wird.

Dänemark ist zwar bei weitem nicht mehr in dem Maß ein Bauernland wie im allgemeinen draußen noch geglaubt wird. Nur noch 33 % seiner Bevölkerung sind unmittelbar an der landwirtschaftlichen Urproduktion beteiligt. Bereits 28 % sind der Industrie zugeordnet. Aber von dieser Gruppe entfällt ein beträchtlicher Teil auf die landwirtschaftliche Veredlungsindustrie, hängt also direkt vom Schicksal der landwirtschaftlichen Urproduktion ab. Dies ist eine Tatsache, die selbst die einfachste Interessenpolitik der industriellen Arbeiterbewegung eng mit dem Land verknüpft. Das, was auf dem Land vorgeht, ist für die dänische Sozialdemokratie von größter Bedeutung.

Der dänische Bauer hat früh schon, noch vor der Französischen Revolution, die feudale Bindung gesprengt, um dann in den folgenden 2 Generationen sich selbst gegenüber seinen neuen Aufgaben zurechtzufinden. Etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts begann er die führende Rolle in dem wirtschaftlichen Aufbau seines Landes zu übernehmen. Nicht unwesentlich übrigens gefördert durch die von Grundtvig begründete bäuerliche Volkshochschulbewegung. Grundtvigs Lebenswerk war es, nach dem Dänisch-Englischen Krieg, der Dänemark in eine schwere wirtschaftliche Krise stürzte, für die gesamte Bauernschaft des Landes in diesen Schulen eine Bildungsform zu schaffen, die sie für die geistigen und materiellen Aufgaben vorbereitete, die sich mit dem Aufstieg ihres Standes zur Macht von selbst ergaben. Während der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts organisierten sich die Interessen dieser Bauern in der sogenannten Linken, die zur konservativen Rechten in Opposition stand. Die Linke hatte entschieden sozialradikalen Charakter. Es war typisch für ihre Haltung, daß die Bauern während des großen Kopenhagener Schmiedestreiks von 1881 die Frauen und Kinder der Streikenden auf ihre Höfe nahmen und ernährten. Das änderte sich gegen Ende des Jahrhunderts. Eine Schicht von Kleinbauern begann sich klar herauszusondern. Und damit gestaltete sich ein ganz neues soziales Problem. Die Einheitlichkeit des dänischen Bauernvolks löste sich in eine differenziertere und kompliziertere Form auf. Das erste Ergebnis dieser bäuerlichen Differenzierung war die Spaltung der Linken im Jahr 1905. Die Radikalen splitteten nach links ab, zunächst eine im wesentlichen von Intellektuellen getragene Gruppe, setzten sie sich damals für eine stärkere Berücksichtigung der "kleinen" Interessen ein. Diese Neubildung war ein Zeichen dafür, daß die Linke als Interessenvertretung des konsolidierten Mittelbauerntums eine allmähliche Rechtsorientierung anbahnte.

Die seit den neunziger Jahren sich realisierende Kleinbauernbewegung (Husmandsbevægelsens) hatte von vornherein nicht nur das Ziel die Klein-

bauern ($\frac{1}{4}$ bis 12 Hektar) als einzelne wirtschaftlich zu heben, sie war zugleich sozialpolitisch orientiert. In den Anfängen stand sie stark unter dem Einfluß der Vorstellungen Henry Georges. Obwohl die meisten Glieder der Bewegung selbst Besitzer sind, ist ihre Forderung doch Gebrauchs- und nicht Besitzerrecht des Bodens. Bald nach der Abspaltung der intellektuellen Radikalen von der Linken gelang es dieser die Kleinbauern unter ihr Banner zu sammeln. Die Radikale Partei brachte es auf 31 Sitze im Folkething, und sie benutzte 1919, noch kurz vor der Auflösung ihrer Regierung /1920/, diese Macht, um das Gesetz zur Aufhebung der alten Majorate durchzubringen. Ein Viertel dieses Bodens fiel damals an den Staat und wurde unter die Kleinbetriebe von je 7 bis 8 Hektar verteilt. Der Übereignungsmodus ist eine Art Erbpacht. Der Staat bleibt Besitzer des Bodens; der Bauernzins beträgt etwa 4 %, was unter den gegenwärtigen dänischen Verhältnissen recht günstig ist.

Die Geburtsstunde der Kleinbauernschicht an sich liegt indessen viel weiter zurück als die ihrer Bewegung; sie fällt ebenfalls mit der Bauernbefreiung der achtziger und neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts zusammen. Mit dieser Bauernbefreiung wurde in Dänemark ein neuer Besitztypus geschaffen. Die Gemengelage der Dörfer wurde von den Einzelhöfen mit geschlossenen Landparzellen abgelöst. Das Individuum, richtiger: die Familie, setzte sich als Wirtschaftseinheit durch. In den alten Dörfern gab es aber Handwerker, denen man nun, nach Auflösung der Gemarkung, ein wenig vom schlechtesten Land zuwies. So entstand aus dem Zerfall des Dorfhandwerks jene Schicht kleinster Landbesitzer und ausgesprochenen Landproletariats. Die Bildung der Kleinbetriebe wurde außerdem durch die Erbteilung der Höfe gefördert. Um der ärgsten Not dieser Landarbeiter zu steuern, um sie gleichzeitig in die Masse der mittleren Bauern aufzusaugen, unternahm man 1899 eine Hilfsaktion. Laut Gesetz vergab der Staat an Landarme und Landlose sehr billige Kredite von je 4000 Kronen, die zum Bodenkauf und zur Errichtung von Heimstätten verwendet werden sollten. Die Folge war natürlich wiederum in der Regel die Bildung von Kleinbetrieben. Das Gesetz ist seitdem alle 5 Jahre erneuert, der auszahlende Satz zur Zeit der Geldentwertung auf 15000 Kronen erhöht worden. Die Summe für den einzelnen reichte gerade für die Begründung eines Betriebs, in dem eine Familie hinreichend zu tun hat. Die Zwergbetriebe aus dem 19. Jahrhundert wurden mit Hilfe der Staatsanleihe im allgemeinen auf mindestens 7 Hektar vergrößert. Zurzeit existieren in Dänemark neben 80 000 eigentlichen Bauernhöfen etwa 125 000 kleinere landwirtschaftliche Betriebe (bis zu 15 Hektar).

Die dänische Landwirtschaft als Ganzes befindet sich jetzt in einer Deflationskrise, die sich in starker Verschuldung, verknüpft mit Zahlungsschwierigkeiten, auswirkt. Die Schulden, die aufgenommen wurden, als die Krone 60 stand, wirken heute, da sie ungefähr pari steht, als doppelte Last. Bemerkenswert ist jedoch dabei, daß die kleineren Bauern, da sie weniger Schulden haben, sich am besten durch die Krise schlagen. Das gibt dieser Schicht gegenwärtig etwas ökonomischen Auftrieb und fördert ihre Organisation. Dieser Organisation liegen die Husmandsvereine zugrunde, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden und oft dem genossenschaftlichen Aufkauf großer Güter dienen, die dann an die Kleinbetriebe verteilt werden.

Es ist interessant genug festzustellen, welchen ökonomischen Erfolg diese Parzellierungen haben. Ich möchte daher ein Beispiel geben. Vorausgeschickt sei die Bemerkung, daß es in Jütland, dem unser Beispiel entnommen ist, 1900 noch 353 Herrngüter gab, 1925 nur noch 241. Als Gut bezeichnet man einen Betrieb über 100 Hektar, doch sind die meisten Güter bedeutend größer. Unser Beispiel, das Herrngut Store Restrup, hatte eine Fläche von 700 Hektar, davon 400 Hektar ausgezeichnetes Land, 150 Hektar Moor und Torf, 140 Hektar Wald und bebautes Land, etwa 100 Hektar Sandboden (der nach der Aufteilung zur Arrondierung der Kleinbetriebe benutzt wurde). Der alte geschlossene Hof hatte einen Viehbestand von 307 Stück Hornvieh, 30 Pferden, 150 Schweinen und 40 Hühnern. Nach der Aufteilung, im Jahr 1912, entstanden auf den 400 Hektar guten Landes 50 Einzelbetriebe mit 300 Kühen, 300 Stück Jungvieh, 100 Pferden, 500 Schweinen, 3000 Hühnern. Zur richtigen Einschätzung dieser Zahlen muß man sich vergegenwärtigen, daß Dänemark in stärkstem Maß auf Viehzucht eingestellt ist, das Argument also, daß der Großbetrieb mehr Getreide erzeuge pro Bodeneinheit, dort am wenigsten in Betracht kommt. Auf Store Restrup wohnten vor der Aufteilung 15 Familien mit 75 Personen, danach 50 Familien mit 250 Personen, und außerdem wurde nach der Teilung sowohl mehr verkauft wie gekauft. Eine sehr hübsche Begleiterscheinung ist die Veränderung der Steuerqualität des Grundstücks. Der frühere Gutsbesitzer hatte 5000 Kronen als Besteuerungssumme angegeben, jetzt haben mehrere Kleinbauern je 5000 Kronen angegeben. Das Gesamteinkommen ist ungefähr das 20fache des frühern Großbetriebs. Im übrigen ist das Herrenhaus in eine Volkshochschule für Kleinbauern umgewandelt worden; das ist kein Einzelfall, vielmehr hat die Kleinbauernbewegung eine größere Anzahl eigener Volkshochschulen begründet, wo zum Unterschied von den meisten älteren Bauernschulen Sozialökonomie eine besonders wichtige Rolle spielt.

Der Weg der dänischen Sozialdemokratie führt über die Kleinbauern. Genauer: Die soziale Bewegung hat sich die Kleinbauernbewegung, die von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewinnt, einzugliedern. Um diese Aufgabe in unser deutsches Blickfeld zu rücken, ist dieser Bericht geschrieben worden.

FELIX STÖSSINGER · WOLFGANG GRAESER ZUM GEDÄCHTNIS

WENN am 12. Oktober 1928 im 1. Konzert der Staatskapelle nunmehr auch in Berlin die Kunst der Fuge ertönen, und Johann Sebastian Bachs gigantisches Nachlaßwerk den Hörer mit einem Schauer von menschlichem Herbst und göttlicher Ferne streifen wird, dann wollen wir des jungen Wolfgang Graeser gedenken, dem die Welt die Entdeckung und Auferstehung dieses Werkes aus vermeintlich ewigem Schlummer schuldet. Doch nur den Namen eines Toten werden wir aussprechen. Wolfgang Graeser ist am 13. Juni dieses Jahres freiwillig aus dem Leben geschieden; ein volles Jahr, nachdem in der Thomaskirche in Leipzig die Kunst der Fuge, 177 Jahre nach der Vollendung, zur unvergeßlichen Uraufführung kam; 3 Monate, bevor Graeser an diesem 7. September 22 Jahre alt geworden wäre. Wer fühlt nicht alles Dämonische im Wollen, Vollbringen und zuletzt im Verzweifeln eines so jungen Menschen umschlossen?

Graesers Denken und Schaffen war groß und umfaßte alles neue Werden der Zeit. Mit 12 Jahren stellte er bereits in München auf Veranlassung Adolf von Hildebrands etwa 150 Gemälde aus. Mit 16 Jahren entdeckte er, daß die Kunst der Fuge, die bisher als Klavierwerk, als unspielbar und vor allem als unhörbar galt, eine gewaltige Musik, eine gewaltige künstlerische Einheit ist. Selbst Musiker vom Grad Riemanns, Busonis, Schweitzers hatten nicht zu diesem Haupt- und Schlußwerk Bachs (dem nur teilweise als einziger Spitta gerecht geworden ist) Stellung zu nehmen gewußt. Mit 17 Jahren veröffentlichte Graeser im Bachjahrbuch 1924 seine über 100 Seiten lange Abhandlung über das Werk, die eine völlige Neuordnung der durcheinandergeschüttelten Partitur brachte und mit herrlichem Mut auch das bei ihr beliebte, was die Fachleute, obwohl es gerade das Schönste ist, als nicht zugehörig ablehnten: Bachs letzten Orgelchoral, den erblindend im verdunkelten Zimmer der schwer atemringende Sterbende diktierte: »Vor deinen Thron tret' ich allhier.« Stets werden die Minuten, in denen dieses letzte jenseitige Sinnen Bachs zum Schluß der Kunst der Fuge auf der Orgel ertönt, zu den erhabesten Augenblicken des Musiklebens gehören.

Wie nicht anders möglich, erhob sich vielfach das konventionelle Fachdenken gegen Graesers Tat. Besonders die Instrumentierung des Werks wurde angegriffen, obwohl tatsächlich kein Mensch angeben kann, welche Instrumente Bach zur Aufführung haben wollte. Die Partitur beweist nämlich nur, daß Klavier und Orgel, die bisher allein in Betracht kamen, bestimmt nicht in Betracht kommen. Graeser erlebte aber mit 19 Jahren den Triumph, daß die Bachgesellschaft seine Bearbeitung und Neuschöpfung des Werks als letzten Band ihrer großen Bachausgabe veröffentlichte. Eine Krönung seines Lebens war die Leipziger Uraufführung, die in Zukunft ihre Stelle neben der Aufführung der Matthäuspassion durch Mendelssohn (auch einen 20jährigen) haben wird. Mehr als ein "kostbarer Schatz der Nation", eine neue Welt, wurde an diesem Tag entdeckt, die unerschlossene Welt des letzten Bach, deren volle Bedeutung als Gegenstück zu dem auch so spät entdeckten letzten Beethoven allmählich hervortreten wird. Diesem letzten Bach sollte ein großes Buch Graesers gewidmet werden, das zugleich eine neue Theorie musikalischer Erscheinungen in Aussicht stellte.

Die letzte Bedeutung Graesers ist aber darin zu sehen, daß alles Große, was er wollte, intuitivem Schauen und Wissen entsprang. Alles, was er trieb: chinesische und indologische Sprachstudien, Philosophie, Morphologie, Mathematik, sollten ihm nur Material sein Neues zu finden und darzustellen. Mit 21 Jahren war er mit staatlicher Unterstützung in Ägypten, um in Begleitung eines bekannten Ägyptologen Material für ein von ihm intuitiv aufgestelltes Zahlengesetz der altägyptischen und orientalischen Ornamentik aufzubringen. Sein erstes Buch gehörte aber einem ganz abseits liegenden Gebiet an: es war eine Philosophie über Gymnastik, Tanz und Sport, die unter dem Titel Körpersinn bei Beck in München erschien: kein Buch, kein System, aber 150 Seiten, in denen sich eine junge Seele mit gleichem Sturm und Jubel dem Geist des Ostens, dem Neuintuitionismus der Mathematik, der Hierarchie der Sinneswelten, dem Neuen des Fascismus als »interessantestem Phänomen im heutigen Europa« und dabei einer revolutionären Begeisterung gegen alles traditionell und formell leer Gewordene hingab. Wie er in diesem Buch kühn die Mathematik als das der Metaphysik zunächstliegende Gebiet bezeichnete,

WLADIMIR VOGEL · DIE MUSIK IN PARIS



ER dieses Jahr in Paris die Hochsaison im Theater- und Musikleben mitgemacht hat, mußte zugeben, daß man weder in Berlin noch sonstwo in Europa, auch nicht in New York, eine derartige Fülle und Mannigfaltigkeit von Veranstaltungen erleben konnte. Allem Anschein nach übernimmt Paris jetzt die Führung im Musikleben auf dem europäischen Kontinent, damit Berlin ablösend, wie dieses seinerzeit das absterbende Wien abgelöst hat. Schon die Tatsache, daß es in Paris augenblicklich 6 ständige große Symphonieorchester gibt, und ein 7., das Pleyelorchester, unter Führung des bekannten Dirigenten Ernest Ansermet, für die nächste Saison angekündigt wird, bestätigt das Anwachsen des musikalischen Konsums. Und die lebenden Pariser Komponisten sagen, sie würden kaum allein den Bedarf an Erst- und Uraufführungen decken können. Ein gewisser Inflationszustand ist dabei nicht zu verkennen. Es kommt aber in erster Linie nicht auf die Quantität der Aufführungen an sondern auf die Lebendigkeit, Intensität und die Art, mit der man an die Musik herantritt: sie als ein allgemeinkulturelles, künstlerisch-gesellschaftliches Ereignis, nicht "nur" als Zunftarbeit auffassend und ihre Gegenwärtigkeit in der künstlerischen und gesellschaftlichen Verwurzelung empfindend.

Diese Ereignisse in der Atmosphäre der großen Pariser Gesellschaft, die man zumindest im Smoking begeht, tragen vor allem den Stempel einer Repräsentation, die man in Deutschland kaum noch antrifft. Sie wird als solche für jeden, der nicht außerhalb der Gesellschaft stehen will, verbindlich; da "muß" man dabei sein, ob man großes oder kleines Interesse an der Kunst selber hat. Diese Verbindlichkeit trifft aber ebenso alle künstlerischen und geistigen Berühmtheiten, Prominenzen, sogar Berühmte, und so mischen sich unter den Snob wirkliche zündende Potenzen.

Diesen Ereignissen der großen Öffentlichkeit geht eine intensive Reibung der künstlerischen Elemente in der andern Schicht: der Halböffentlichkeit, voran, die im Prinzip sehr interessant und bemerkenswert ist. Das Musikleben vollzieht sich in dieser, sich um einzelne gleichgesinnte Künstler, Kunstmäzene, sogar um ideologisch sich gebärdende Konzertdirektionen gruppierend. Da wird überall allwöchentlich in Privathäusern musiziert. Nicht irgendwelche Berühmtheiten produzieren sich mit wohlbekannten, klassischen erfolgreichen Werken, sondern zeitgenössische Musik ist es, mit der man sich intensiv, in Anwesenheit und meist auch unter Mitwirkung des Komponisten selbst, auseinandersetzt. Ohne Fetischismus diesem gegenüber, aber dafür mit lebendiger Anteilnahme und Menschlichkeit. Es gibt da keinen abstrakten "Helden der Kunst" sondern einen sehr konkret auftretenden Bewerber auf Anerkennung. Trotzdem: Sozial fällt es sofort auf, daß die Arriviertesten und Erfolgreichsten unter den jungen Franzosen nicht den zum Beispiel bei fast allen jungen deutschen Künstlern vorhandenen Zug haben, die sich sofort mit äußeren Erfolgen nach bürgerlicher Wohlsituierung zu sehnen beginnen und bald Allüren eines sozial gesättigten Bewußtseins annehmen. So ein Artur Honegger, einer der populärsten unter den lebenden französischen Komponisten, bewohnt 1 bis 2 kleine Zimmer in einem Hinterhaus, 4 Treppen hoch, ohne Fahrstuhl, in der ärmlichen Gegend des Montmartre, wo an den Boulevards Karussells und Budenrummel Tag und Nacht gehen. In seiner einfachen Behausung bleibt er das, was er war: Bohemien.

Wenn also die große Öffentlichkeit im Musikleben in starkem Maß den Stempel der Verbindlichkeit hat, so ist das halböffentliche Musikleben von der Erkenntnis getragen, daß Kunst eine Angelegenheit für wenige sei, und daß nur in kleinem erlesenen Kreis die Musik wirklich verstanden und gepflegt werden könne. Dem Proletarier die moderne Musik näherzubringen versucht man nicht, man verzichtet bewußt darauf und opfert die Masse der Kunst der Salons und der höhern Gesellschaft. Darum fällt die Wirkung einer Kunst auf, die aus anderer soziologischer Atmosphäre herrührt.

Das Feld der Musik wird in Paris zurzeit von Deutschland und Rußland entscheidend beherrscht; man spürt auch etwas von Amerika, aber mehr symptomatisch als in großen künstlerischen Tatsachen.

Die Deutschen trumpfen mit ihrer Vergangenheit; mit der Klassik. Mit Bach, Beethoven, Mozart, auch zum Teil mit Schubert und Schumann. Mit Wagner geht es jetzt gerade hoch, mit Brahms ist "nichts zu machen", und mit Bruckner und Mahler aus den Sälen zu jagen. Wieder lebendig beginnt es erst um Schönberg zu werden: entweder aus Widerspruch oder aus Anerkennung seiner Bedeutung und seiner Meisterschaft. Den meisten Beifall bei den Musikern und in der Gesellschaft fand Paul Hindemith, geringern Ernst Kreneks Jonny. Von Kurt Weill hörte man sprechen, und Ernst Toch konnte sein Klavierkonzert zum erstenmal in Paris unter Sergej Kussewitzkij hören. In einem von der Philosophischen Studentengruppe in der Sorbonne veranstalteten Konzert mit österreichischer Musik wurden neben Arnold Schönberg, Alban Berg, Anton von Webern und Joseph Mattias Hauer mit großem Erfolg Hans Eislers Zeitungsausschnitte aufgeführt.

Die neuen Russen beherrschen alles mit ihrer Gegenwart. Ausgehend von dem mit großer Stoßkraft gastierenden Theater Wachtangows und dem Jüdisch-Akademischen Theater Alexander Granowskijs, dringen sie indirekt mit dem neuen Ballett Sergej Prokowjews in die alte Institution des Djagilewschen Russischen Balletts, dessen Spielzeit für Paris den Höhepunkt der Saison bildet. Das Streben und der Ehrgeiz dieser Kunststätte ist es jedes Jahr das letzte Wort der musikalischen und choreographischen Entwicklung zu zeigen. Djagilew erteilt quasi Aufträge an junge Künstler (die durchaus nicht schon in die breite Öffentlichkeit durchgedrungen zu sein brauchen). Eine gute Idee, einigermaßen gelungen realisiert, unterstützt von einer höchstwertigen Ausstattung, gelangt in ganz großem gesellschaftlichen Rahmen zur Aufführung. So gesellen sich bei dem Russischen Ballett Prominente wie Strawinskij, Prokowjew, Debussy, zu erst Aufsteigenden, einem Saugot, Nabokow und anderen. Prokowjews neues Ballett Der eherne Schritt, das Kolorit des Dorfs und den Massenrhythmus der Stadtarbeit zeigend, obwohl in der Inszenierung sehr gemäßigt, erregte neben künstlerischem Interesse, das man dem Werk entgegenbrachte, auch dumpfen Widerspruch. Das Stück, auch choreographisch auf ganz neue Bewegungsrhythmen und Gebärden gestellt, hat im Musikalischen für Prokowjew neue Momente, die etwas davon tragen, was man in einigen Kreisen bei uns mit revolutionärer Musik, stampfenden Rhythmen bezeichnet (Wink an Piscator!). Bewußt oder unbewußt macht Prokowjew da mit großer Potenz und noch größerm Können und musikalischem Rüstzeug ähnliches, was bei uns Edmund Meisel anstrebt, mit großen Flächen, ostinaten Rhythmen und ostinater Polyphonie. Zu diesem revolutionären Stoff gesellt sich ein Ballett

Nikolaj Nabokows auf eine pseudoklassische Ode Lomonossows aus dem 18. Jahrhundert. Den Prokowjew gegensätzlichsten Standpunkt nimmt Igor Strawinskij mit seinen letzten Werken ein, die fast ausschließlich auf eine Bach- und Händelstilisierung gestellt sind, also auch in Ästhetik und Material der Vergangenheit zugewandt. Inhalte werden aus den Mythen der Griechen genommen (Apollon).

Dieser Hang zum Klassischen in der Stoffwahl ist auch den Franzosen selbst eigen, die wie Darius Milhaud mit seinen "Minutenopern" Der Raub der Europa, Die verlassene Ariadne und Theseus' Befreiung (die in Konzertform mit Orchester, Chor und Solisten unter der Leitung des jungen und begabten Désormière in einem Eß- und Empfangszimmer der Bankiersfrau Dubos in Anwesenheit aller künstlerischen Prominenzen ausgeführt wurde) die Flucht aus der Gegenwart voll angetreten haben. Wenn man dann noch die geistreiche Kunst der George Auric, Francis Poulenc und ihrer Nachahmer erwähnt, die mehr durch die Literaturproblematik als durch Musik wirkt, so überzeugt man sich noch mehr davon, daß diese Kunst, indem sie sich von der heldenlosen sozialen Wirklichkeit abwendet, zur geistigen Unterhaltung einer bestimmten Klasse dient, von dieser auch anerkannt und unterstützt wird: offen und selbstverständlich; es wird weder Mystik noch Asketik geheuchelt, ebensowenig irgendwelche soziale volksaufklärende Bildungsarbeit vorgetäuscht. Diese Kunst wird von einem völlig klaren Bewußtsein einer bestimmten sozialen Schicht getragen, und es gibt einige in Paris, die jährlich bis zu einer halben Million Francs dafür ausgeben.

So kommt ein stark ausgeprägtes soziologisch bedingtes Bewußtsein der Kunst zugute. Das beweist die Fülle der Ereignisse in Paris. Die andauernde Musikkrise in Deutschland dagegen ist darauf zurückzuführen, daß hier die Kunstpflege eine Beamten- und behördliche Angelegenheit geworden ist, die, von der obern Gesellschaftsschicht abgetrennt, den Massen noch nicht zugeführt, in einem sozialen Luftloch hängt.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Richmond Lennox

Schippel † Lebensgang und Wirksamkeit Max Schippels sind in den Sozialistischen Monats-

heften eingehend gewürdigt worden. Doch gehört es sich Schippels auch noch in dieser Rundschau zu gedenken, und nicht nur deswegen, weil dieser vielleicht unermüdlichste aller Mitarbeiter der Zeitschrift hier unter andern auch Jahre hindurch die Berichte über die Außenpolitik geschrieben hat, zuerst in Verbindung mit solchen über die Innenpolitik, dann bis 1918 in der jetzt bestehenden Sonderrubrik. Wenn man sich mit seinen Arbeiten beschäftigt und die Liste der von ihm veröffentlichten Aufsätze überblickt, tritt sofort hervor, daß sein Gedankenzentrum die Wirtschaftspolitik, insbesondere auch das

Kolonialproblem, war. Aus seinen so gerichteten Interessen und Überlegungen, die für Europa auf den Zusammenschluß des Kontinents drängen, ergab sich, eben als Konsequenz solcher Zielsetzung, im Weltkrieg die außenpolitische Stellungnahme: Front gegen England, Hinnäheigung zu Rußland, beides begründet nicht mit parteipolitischen Sympathieen oder Antipathieen sondern mit wirtschaftlichen Erwägungen. Den deutlichsten Ausdruck fand diese Auffassung in Schippels Englandaufsätzen, die dann auch zu einem Buch Kriegsbetrachtungen über England zusammengefaßt wurden. Außenpolitische Aufsätze sind vergänglicher als andere, weil sich die Konstellationen wandeln, unter denen sie geschrieben sind, und auf die ihre Beweisführung Rücksicht nimmt. Auch wenn ihre Grundkonzeption Dauerhaftigkeit hat, hat der spätere Leser doch sel-

ten die Geduld sich solche Aufsätze für die Gegenwart zurechtzubuchstabieren. Aber die wissenschaftliche und politische Grundfrage, die Schippel sich und anderen immer wieder stellte, wird durch diesen Umstand nicht berührt. Er hat wieder und wieder betont, daß das Kolonialproblem als solches mit dem Schlagwort der Ablehnung und Bekämpfung des Imperialismus nicht zu erledigen sei, daß auch ein sozialistisches Europa vor die Frage seiner Rohstoffversorgung gestellt sein werde, und daß man dem Zwang der weltwirtschaftlichen Entwicklung nicht einfach davonlaufen könne. Seine größte Verachtung aber galt dem Kantongeist oder, wie er sich ausdrückte, der »rabiaten Bierbank«.

Kriegsächtungs-Die Aufmerksamkeit Euro-
pakt pas war in diesem Sommer auf den amerikanischen

Kriegsächtungspakt gerichtet, der am 27. August in Paris im grellen Scheinwerferlicht der Filmoperateure unterzeichnet wurde. Amerika selbst interessiert sich dagegen augenblicklich vor allem für die Wahlaussichten seiner beiden Präsidentschaftskandidaten Herbert Hoover und Al Smith und für das Schicksal der Alkoholgesetze, die im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen. Durch ihre Unterschrift unter den Kelloggspakt erklärten die Großmächte Amerika, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan und die an den Verträgen von Locarno beteiligten Mittelstaaten Belgien, die Tschechoslowakei und Polen, 1. daß sie »das Unterfangen eines Kriegs zur Lösung internationaler Streitigkeiten verdammen, und daß sie auf ihn als Werkzeug nationaler Politik zur Regelung ihrer gegenseitigen Beziehungen verzichten«; 2. daß die »Reglung . . . aller Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten, welcher Natur sie auch sein mögen, und welchen Ursprung sie auch immer haben mögen, die etwa zwischen ihnen entstehen, niemals anders als auf friedlichem Wege angestrebt werden soll«. Diese Bestimmungen sollen, so sagt die Präambel, einen »offenen Verzicht auf den Krieg als Werkzeug der nationalen Politik« darstellen. Jede Signatarmacht, die »in Zukunft darnach strebt ihre nationalen Interessen dadurch zu fördern, daß sie zum Kriege schreitet, soll der Vorteile, die der Vertrag gewährt, verlustig erklärt werden«.

An die Unterzeichnung des Pakts haben die einzelnen Mächte rechtliche oder moralische Vorbehalte geknüpft.

England: »Es gibt in der Welt bestimmte Gegenden, deren Wohlfahrt und Integrität für unsern Frieden und unsere Sicherheit von besonderm und vitalem Interesse sind. Die Regierung Seiner Majestät hat sich schon in der Vergangenheit bemüht klar werden zu lassen, daß eine Einmischung in diesen Gebieten nicht geduldet werden kann. Ihr Schutz gegen einen Angriff ist für das Britische Reich ein Akt der Selbstverteidigung.«
Frankreich: »Nichts in dem neuen Vertrag beschränkt oder beeinträchtigt irgendetwas das Recht der Selbstverteidigung . . . Keine der Bestimmungen steht im Widerspruch zu den Bestimmungen der Völkerbundssatzung und ebensowenig zu denen der Verträge von Locarno oder der Neutralitätsverträge.«

Rußland, das am 31. August den Pakt unterzeichnen zu wollen erklärte: »Der Pakt ist ein toter Buchstabe ohne jeglichen Inhalt. Das Kriegsverbot im Pakt ist unklar formuliert. Auch Interventionen, Blockaden und Besetzung fremden Gebiets sollten verboten werden, desgleichen die Ablehnung der Wiederherstellung friedlicher Beziehungen.«

Italien hat vorbehaltlos zugestimmt. Aber am Tag der Unterzeichnung schrieb Lavoro d'Italia: »Mehr als Rußland, das hermetisch in einer negativen Position eingeschlossen ist, steht Italien außerhalb der Komödie der leeren Phrasen und bekräftigt seine realistische Anschauung, als einzige von den Siegermächten, die vom Geschick und von den Menschen verraten wurde.«

Erst, wenn auch Amerika in entsprechender Weise seine Auffassung des Pakts kundgetan hat, kann genauer beurteilt werden, was dieses Dokument eigentlich bedeutet. Vorläufig ist sich die amerikanische Öffentlichkeit über ihn innerlich noch in keiner Weise schlüssig geworden. Aber auch, wenn man der Ansicht zuneigt, daß die Unterzeichnung des Pakts nichts weiter bedeutet als die Veranstaltung eines feierlichen Rauchopfers zu Ehren des Friedens, und wenn man glaubt, daß der Pakt selbst inhaltlos ist und ein bloßer Dachzierat auf dem Gebäude der anderen großen Verträge, ist es doch auch dann noch der Mühe wert zu studieren, wie er zustande kam. Denn wie das Kielwasser eines großen Schiffs erkennen läßt, welchen Kurs es nimmt, so zeigen diese verwickelten Vorverhandlungen über den Pakt von Paris, wie dieses Dokument von Briand offiziell benannt wurde, in welchen Bahnen zurzeit die Politik der europäischen Länder läuft.

China In der politischen Geschichte Chinas beginnt in diesen Monaten eine neue Phase. Zwar ist keine Rede davon, daß die inneren Wirren des Landes und die Reibungen der Generale ihr Ende gefunden hätten. Das chinesische Kaleidoskop wird sich weiter drehen. Aber die ausländischen Mächte haben eine Fiktion aufgegeben, die sie in den früheren Jahren nur zu oft gehindert hat sich dem Gang der Ereignisse anzupassen, die nämlich, daß die Zentralregierung Chinas in Peking zu finden sei, und daß es nicht statthaft sei über ihren Kopf hinweg direkt mit den Provinzialgewalten zu verhandeln. Dabei war es schließlich so weit gekommen, daß sich der größere Teil des Landes in den Händen einer politischen Partei befand, die es ablehnte sich dem Ausland gegenüber von Peking vertreten zu lassen und überdies in die bestehenden internationalen Verträge eingriff und die Privilegien der Angehörigen der bevorrechteten fremden Nationen in Gefahr brachte. Rußland unterhielt schon lange enge Verbindungen zu den neuen Machthabern in Süd- und Mittelchina. Seit dem Ausgang des Jahres 1926 suchte sich auch die Diplomatie der 3 anderen großen Chinamächte: England, Japan und Amerika, allmählich behutsam diesen Instanzen zu nähern. Durch lokale Zwischenfälle und Mißhelligkeiten wurde diese Entwicklung freilich wiederholt unterbrochen und verlangsamt. Aber als nach jahrelangen Anläufen das große Kriegsunternehmen der Anhänger Sun Jat Sens gegen Peking, die sogenannte Nordexpedition, zum Abschluß gelangte, kam der Stein überraschend schnell ins Rollen. Zum Teil rührte dies davon her, daß es der rechte Flügel der Nationalpartei war, der die Erfolge einheimste. Seit der Revolution in Kanton im Dezember 1927 und ihrer Niederwerfung war der russische Einfluß in Südchina und am Jangtse ausgeschaltet. Nicht ganz 1 Jahr, nachdem der Militärherrscher der Mandschurei, Tschang Tso Lin in Peking dem bis dahin üblichen Regiment von Stroh Männern ein Ende gemacht hatte und sich selbst zum Oberkommandierenden der Republik China erklärt hatte, verlor er seine Machtstellung in Nordchina und auf dem Rückzug nach der Mandschurei auch das Leben. Der politische Schwerpunkt des Landes rückte nach Nanking; eine Möglichkeit, die die englische Politik schon am Ausgang des 19. Jahrhunderts ins Auge gefaßt hatte.

Als die Regierung von Nanking im Mai einen Appell an den Völkerbund richtete, nachdem in Tsinanfu Truppen der Nordexpedition mit japanischem Militär in Kampf geraten waren, war dies noch nichts weiter als eine ohnmächtige Geste. Der Völkerbund kannte amtlich nur Vertreter von Peking und war darum der Notwendigkeit enthoben Japan zu verstimmen. Im August dagegen war es die Nanking Regierung, die zu bestimmen hatte, wer bei der nächsten Völkerbundsversammlung als Delegierter Chinas zu betrachten sei, und es war unverkennbar, daß sie ein Faktor geworden war, dessen Wohlwollen für die Großmächte bereits etwas zu bedeuten hatte, sei es auch nur im Hinblick auf eine weitere Zukunft. Aber gleichzeitig erwies es sich auch, daß zur Überwindung der inneren und der außenpolitischen Schwierigkeiten Chinas kühne und pathetische Manifeste nicht genügen. Der Zusammenstoß mit Japan im Mai zeigte recht klar, wie die Kräfte eigentlich gelagert sind, und wie viel oder wenig sich Chinesen und Japaner heute gegen einander herausnehmen können. Das Spiel hat sich seither mit dem gleichen Ergebnis mehrfach wiederholt. Die Stellen, an denen die chinesischen und japanischen Interessen am deutlichsten auf einander stoßen, sind bekanntermaßen Schantung und die Mandschurei. Als Tschang Tso Lins Truppen Anfang Mai auf die überraschende Weisung ihres Führers hin ihren Gegnern den Weg nach Peking freigaben, das bisherige Gleichgewichtssystem also versagte, trat die japanische Regierung eilends mit der Erklärung hervor, daß Japan in dem Kampf der chinesischen Parteien zwar streng neutral bleibe, aber in der Mandschurei nötigenfalls mit eigenen Mitteln Ordnung halten werde. Nach Schantung war nach dem chinesisch-japanischen Zusammenstoß in Tsinanfu bereits eine weitere japanische Division abgegangen, die um Tsinanfu herum eine "neutrale Zone" schuf. Die Chinesen mußten sich fügen. Zwar zischte bei den Studenten in Schanghai die Wut auf, und der Boykott der japanischen Waren nahm zu, aber die chinesische Nationalregierung wirkte, wie schon oft, dämpfend auf ihre Anhänger ein, um weitere japanische Komplikationen zu vermeiden. Doch die amerikanische Regierung gab der japanischen nun zu verstehen, daß sie die Truppen sendung nach Schantung als eine bloß vorübergehende Maßnahme betrachte, und daß sie keine japanischen Sonder-

ansprüche in der Mandschurei anerkennen könne. Gleichzeitig kündigte sie an, daß sie ihre eigenen Truppenabteilungen aus China zurückziehen werde: eine Geste der Freundschaft und des Vertrauens gegenüber China, die der traditionellen amerikanischen Politik entsprach. China diplomatisch und moralisch gegen Japan beizustehen (vorausgesetzt, daß dadurch kein bedenklicher Konflikt entstand). 2 Monate später war auch Chamberlain so weit in der mandschurischen Frage den englischen Standpunkt zu formulieren: »In der Mandschurei erblickt Großbritannien nichts weiter als einen Teil Chinas. Wir erkennen an, daß Japan großes Interesse an der Mandschurei hat und, was den Schutz der dortigen Japaner anlangt, zu einer gewissen Besorgnis berechtigt ist. Aber Großbritannien hat ein Interesse an einem geeinten China und an einer einzigen Regierung, die im Namen Chinas Verpflichtungen eingehen und einhalten kann.« In den Jahren, die dem Russisch-Japanischen Krieg vorausgingen, hat Großbritannien ungefähr eben das selbe zu Rußland gesagt.

Prüft man, was sich in den letzten Wochen in China ereignet hat, so ergibt sich immer wieder das selbe Bild: Ein Japan, das heftig auftrumpft, um seine Positionen gegenüber der chinesischen Nationalbewegung zu behaupten, dann aber regelmäßig seinen Schritten eine harmlose Erklärung gibt, wenn es angelsächsische Widerstände wittert. Ein Amerika, das dem neuen China Wohlwollen und Förderung angeheißen lassen will, um später die Früchte der dadurch erwachsenden Freundschaft zu genießen. Ein England, das die Chinapolitik Amerikas in einem langsamern Tempo und auf grämlichere Manier nachmacht. Russische Stimmen, die diese ganze Entwicklung mit höhnischen Bemerkungen begleiten. Und eine chinesische Regierung, die durch aufsehenerregende Proklamationen und diplomatische Gewaltakte die Dinge weiterzutreiben sucht, um sich dann freilich im Einzelfall überraschend schnell und geschmeidig den Kräften des Gegenspielers anzupassen. Recht bezeichnend sind dafür Chinas Verhandlungen mit Japan im Juli und August über die Mandschurei und über die Revision des chinesisch-japanischen Handelsvertrags von 1896 mit ihrem anfänglich scheinbar recht gefährlichen Auftakt. Bei all diesen Verhandlungen Nankings mit dem Ausland handelt es sich um dreierlei: 1. Anerkennung der Nankinger Regierung als der Zentral-

regierung der chinesischen Republik, 2. Gewinnung der Zollautonomie für China, 3. Beseitigung der Exterritorialitätsrechte der Fremden. Der 1. Punkt ist schon weitgehend durchgesetzt, der 2. ist in Angriff genommen, der 3., schwierigste, setzt die Erledigung der beiden anderen voraus. Ende Juli bewilligte Amerika in einem neuen Handelsvertrag die chinesische Zollautonomie und bedang sich dafür das Recht der Meistbegünstigung für sich aus. Auch Deutschland hat sich bemüht den Wünschen der neuen chinesischen Regierung entgegenzukommen. Der deutsch-chinesische Zollvertrag betont die Gleichberechtigung der beiden Partner. Mit der chinesischen Zollautonomie hat sich Deutschland schon 1921 einverstanden erklärt. Deutschland hat jetzt auf den damaligen Vorbehalt verzichtet, daß die deutschen Waren Zölle nach den allgemein geltenden (nicht von China festgesetzten) Zollbestimmungen bezahlen, bis China seine Zollautonomie allen Mächten gegenüber durchgesetzt hat. Dafür erhielt es durch das Meistbegünstigungsrecht eine neue Sicherung.

Durch den Abschluß des amerikanisch-chinesischen Handelsvertrags ist die gemeinsame Front der Mächte, die 1921 auf der Konferenz von Washington zusammen über China beschlossen, gesprengt. Aber so wichtig solche grundsätzlichen Abkommen und Rahmenverträge sind, wie Amerika und Deutschland sie mit der Regierung von Nanking geschlossen haben, für China sind sie doch nur der Anfang eines mühsamen Reformwerks. Von der ausdrücklichen Anerkennung des Umstands, daß das Verlangen der Chinesen nach Revision der Verträge berechtigt ist, bis zur Durchführung der Vertragsrevision selbst ist noch ein weiter Weg. Die Verhandlungen über den neuen Status von China haben nur eben begonnen. Erst wenn einmal die detaillierten neuen Handelsverträge vorliegen, wird man erkennen, wie weit China seine politische Selbständigkeit zurückgewonnen hat.

In Tokio sucht man die Chinesen hinzuhalten, weil man nicht an die Standfestigkeit der Regierung von Nanking glaubt. Ähnlich ist man auch in Paris gestimmt. Und in der Tat, die Versuche der neuen chinesischen Regierung das Reich organisatorisch und insbesondere finanz- und steuertechnisch neu zusammenzuschließen und die Armeen der Condottieri, diese furchtbare Landplage, zum Teil zu verabschieden, zum Teil in ein Staatsheer umzuwandeln müssen

über kurz oder lang zu Gegenaktionen der Provinzialgewalten führen, die von so einschneidenden Maßregeln unangenehm betroffen werden. Man darf nicht vergessen, daß sich der Regierung von Nanking, als deren militärischer Schützer sich der General Tschiang Kai Schek betrachtet, 2 bisher selbständige Provinzialherrscher zugesellt, aber keineswegs untergeordnet haben: Feng Ju Hsiang und Jen Hsi Schan. Eine Schar militärischer Machthaber kleinern Formats, die sogenannte Kwangsigruppe, die ihr Herrschaftsgebiet allmählich vom äußersten Süden aus über Kanton bis nach Hankau ausgedehnt hat, bildet zusammen einen weitem beachtenswerten Faktor. Auf der Tagung des Exekutivausschusses der Kuomintang im August haben diese letztgenannten Militärs ihren Widerspruch gegen bestimmte Reformen bereits vernehmlich angemeldet und eine Reihe von Kompromissen erzwungen. Aber die eigentlichen Schwierigkeiten werden sich erst erheben, wenn es an die wirkliche Ausführung aller jener Beschlüsse gehen soll.

Totenliste An den Folgen eines Bombenattentats auf den Zug, in dem er von Peking nach Mukden fuhr, starb im Juni der Marschall *Tschang Tso Lin*. Er war 8 Jahre lang eine der wichtigsten politischen Figuren Chinas. Ursprünglich ein Mittelding zwischen Bandit und Freischärler, kam er in den Jahren nach dem Russisch-Japanischen Krieg in seiner mandschurischen Heimat empor. Nach dem Ausbruch der chinesischen Revolution 1911-1912 schritt er in Mukden gegen die dortige republikanische Bewegung ein, wurde dann Militärgouverneur der Südmandschurei. Je schwächer in den folgenden Jahren die chinesische Zentralgewalt wurde, desto mehr befestigte sich seine Stellung in der Mandschurei. Die Japaner begünstigten ihn. Im einzelnen sind seine Beziehungen zu ihnen jedoch nicht durchsichtig. Sie erregten aber bei den chinesischen Nationalisten großes Mißtrauen gegen ihn. Seine großen organisatorischen Talente und der Reichtum der von ihm beherrschten Provinz befähigten ihn von 1920 ab in den chinesischen Marschallskämpfen eine bedeutende Rolle zu spielen. 1928 spitzten sich die Verhältnisse schließlich zu einem Kampf zwischen ihm, dem Mandschu, und der nordwärts vordringenden chinesischen Nationalbewegung zu. Sein Sohn Tschang Hsü Liang kommt dem Vater an Fähigkeit nicht gleich.

Am 17. Juli wurde der mexicanische Politiker *Alvaro Obregon* von einem jungen Kunststudierenden erschossen. Das Motiv der Tat war, wie es scheint, religiöser Fanatismus. Obregon war 1920 bis 1924 mexicanischer Präsident. In den Wahlen von 1928 war er als Nachfolger von Calles wiederum zum Präsidenten bestimmt worden. Er trat zum erstenmal 1912 nach dem Beginn des Revolutionsjahrzehnts von Mexico als Führer eines Bauernbataillons hervor. Er entwickelte sich dann zu einer militärischen Stütze des Präsidenten Carranza, brach aber später mit diesem und wurde nach einer neuen Revolution selber Präsident. Als solcher trieb er mit Energie und Erfolg eine Politik der Beruhigung des Landes und suchte die zwischen Mexico und den Vereinigten Staaten bestehenden Spannungen, im Interesse der mexicanischen Finanzen, zu mildern. Im Jahr 1923 wurde er von den Vereinigten Staaten anerkannt, nachdem er den amerikanischen Wünschen in der Land- und Petroleumfrage genügend entgegengekommen war.

Gleichfalls am 17. Juli starb in Cavour, der Patriarch des liberalen Italiens *Giovanni Giolitti*, 85 Jahre alt. Er war in erster Linie ein Mann der Innenpolitik. Welche Rolle er im italienischen Parlament spielte, braucht daher in dieser Rundschau nicht geschildert zu werden. 1915 trat er für die Aufrechterhaltung der Neutralität Italiens ein, konnte sich aber gegenüber den Kriegsströmungen nicht durchsetzen. 1920 regelte er mit Südslawien die dalmatische Grenzfrage und ging gegen d'Annunzio in Fiume vor. Seit 1922, unter der Herrschaft der Fascisten, blieb er auf die Rolle eines weltklugen und verschmitzten politischen Kritikers beschränkt.

Am 19. August starb, 72 Jahre alt, *Richard Burdon Lord Haldane*, in Deutschland vor allem bekannt durch seine Mission in der Flottenfrage im Jahr 1912. Als Kriegsminister im liberalen Kabinett Asquith reorganisierte er vor dem Krieg das englische Heer und schuf eine bewegliche kleine Expeditionsarmee, die dann im Kriegsjahr 1914 in Frankreich zur Verwendung kam.

Kurze Chronik Infolge einer plötzlichen Erkrankung des *britischen Außenministers* Sir Austen Chamberlain, die für ihn eine mehrmonatige Ruhepause nötig macht, wurde im August Lord Cushendun zum Stellvertretenden Außenminister bestellt. Lord Cushendun war erst im Herbst 1927

als Nachfolger Lord Robert Cecil's Kabinettsminister geworden, obwohl er hoch in den Sechzigern steht. Er gehört dem rechten Flügel der Konservativen Partei an. Einige englische Blätter geben zu verstehen, daß Chamberlain nicht in sein Amt zurückkehren wird, möglicherweise ein Versuch aus einem Wunsch der betreffenden Redaktionen Wirklichkeit werden zu lassen. \diamond Zur Unterzeichnung des Kelloggpaktes fuhr der *deutsche Außenminister* Gustav Stresemann nach Paris. Dieser Besuch, ein Novum in der Geschichte der politischen Beziehungen Deutschlands und Frankreichs, wurde dem Minister von einem Teil der deutschen Presse wider-raten, wenn nicht gar verboten. Er machte aber zweifellos einen guten Eindruck und brachte die beiden Völker einander näher. \diamond In *Albanien* trat Ende August die neue Nationalversammlung zusammen, für deren Wahl mit Rücksicht auf die Eigenart der Landesbewohner nicht 1 Tag sondern volle 2 Monate angesetzt worden waren. Sie beschloß Albanien in ein Königreich umzuwandeln. Der Präsident des Landes, Achmed Zogu, nahm die Krone an und gab sich den Namen Skanderbeg III. Selbstverständlich erfolgte diese Aktion nicht ohne Vorwissen und Einwilligung Italiens. \diamond Am 27. August erklärte Wol-demaras, *Litauen* werde nicht abrüsten, ehe es Wilna wiedergewonnen habe.

Literatur

In Deutschland weiß man leider gemeinhin von den Lebensverhältnissen und der

Denkweise der nächsten und wichtigsten Nachbarn, der Franzosen, so wenig, und die Literatur über dies Gebiet ist so spärlich, daß jedes Buch, das geeignet ist darüber etwas mehr Licht zu verbreiten, aufs wärmste begrüßt werden muß. Der Chefredakteur der Europäischen Revue, *Max Clauss*, versucht in seiner soziologischen Studie *Das politische Frankreich vor dem Kriege* /Karlsruhe, G. Braun/ ein Bild von den französischen Parteiverhältnissen und Parteidoktrinen der Jahre 1912 bis 1914 zu entwerfen und darin bestimmte dauernde Charakterzüge des politischen Frankreichs von heute nachzuweisen. Man kann mit dem Verfasser darüber streiten, ob es dem Geist des französischen Parlamentarismus entspricht die Dinge so säuberlich zu rubrizieren, wie es hier geschieht, und er wird selbst nicht in Abrede stellen, daß Untersuchungen wie die von Ernst Robert Curtius über Barrès stärker in die Tiefe dringen.

Aber zur Einführung in den ganzen Fragenkreis ist das von Clauss gewählte Verfahren zweifellos nützlich, zumal er auch den Weg in die französische Par-teiliteratur weist. Sehr dankenswert wäre es, wenn Clauss sich daran machte einen ähnlich übersichtlichen politisch-soziologischen Führer über das Frank-reich der Nachkriegszeit zu schreiben. \diamond Einen Teil des Stoffs hat freilich schon ein Franzose vorweggenommen und glänzend behandelt: Das kleine Buch *Albert Thibaudets La république des professeurs* /Paris, Bernard Grasset/ gehört zu den Delikatessen der politi-schen Literatur, die man auch in Frank-reich nur selten und bei uns leider fast gar nicht findet. Thibaudet schildert die Geistesverfassung der Generation, der er selber angehört, der französischen Generation, deren erstes großes politi-sches Erlebnis der Dreytusprozeß und deren zweites Erlebnis die Kriegsgefahr von 1905 war. Den Ausgangspunkt seiner Darstellung bilden die französischen Wahlen des Jahres 1924 und das Regi-ment des Ministeriums Herriot. Es ist nicht möglich eine so geistreiche, so be-wegliche Darstellung mit wenigen Wor-ten zusammenzufassen. Wie viel lite-rarische Eleganz im politischen Leben Frankreichs auch heute noch immer be-deutet, drängt sich dem ausländischen Beschauer allerorten auf. Aber welche Kraft auch noch in dem Frankreich der Gegenwart der lyrisch-schwärmerische Liberalismus der Lamartinezeit ent-wickelt, dies zu entdecken fällt dem Deutschen schwerer, weil er in seinem eigenen Land diese Art Liberalismus überhaupt nicht kennt. Thibaudet schil-dert sie mit einer eigenartig mit Sym-pathie gemischten und sehr respekt-vollen Ironie, vielleicht der einzigen Form, in der diese Erscheinung dem Nichtfranzosen, Nichtromanen geistig nahegebracht und verständlich gemacht werden kann. \diamond Es gibt jetzt eine kleine deutsche Ausgabe von Reden *Aristide Briands*, eingeleitet von Gustav Stresemann (Frankreich und Deutsch-land /Dresden, Carl Reißner/). Daß es ein deutscher Außenminister jetzt wagen kann seinem französischen Kollegen in einem solchen Buch Freundliches zu sagen und einige Worte über die Ent-giftung der deutsch-französischen Be-ziehungen verlauten zu lassen, verdient angemerkt zu werden. Denn vor weni-gen Jahren wäre es noch ganz unmög-lich gewesen, und es ist ein Zeichen da-für, welche großen Fortschritte diese

Entgiftung in den letzten Jahren tatsächlich gemacht hat. Was die Zusammenstellung der Reden selbst angeht, ist es natürlich eine lebenswürdige Fiktion, wenn sie sich als eine »Geschichte Briands in Briands eigenen Worten« präsentiert. Eine wirkliche solche Geschichte könnte menschlich ergreifend und politisch im höchsten Sinn belehrend sein. Aber es ist begreiflich, wenn sich ein Verleger lieber an den gut eingeführten und gangbaren Briand der Locarnojahre hält. Wie das gleiche Problem in Frankreich gelöst wird, zeigt sehr hübsch eine kleine Sammlung von Stellen aus Briands Reden, die unter dem Titel *Paroles de paix 1917* herauskam /Paris, Eugène Figuière & Cie./ Hier wird nicht der Versuch gemacht das Briandsche Programm der Locarnopolitik historisch-biographisch zu unterbauen, sondern der Briand von heute redet scheinbar zeitlos und mit der für ihn eigentümlichen herzerquickenden menschlichen Unmittelbarkeit zu Franzosen und Nichtfranzosen über Frieden und Sicherheit. Das Büchlein enthält die Quintessenz von Briands Werbereden für seine Politik. ◊ Einen guten Einblick in den heutigen Problembereich der englischen Pazifisten gibt das Buch *J. M. Kenworthy's* Vor kommenden Kriegen /Wien, Wilhelm Braumüller/. Seiner Zusammenstellung der gegenwärtig vorhandenen Kriegsgefahren kann man eine gewisse forsche Oberflächlichkeit vorwerfen, aber seine Ausführungen über die Entstehungsgeschichte des englisch-amerikanischen Flottenstreits sind entschieden sachkundig und interessant. Als Ausweg aus den Kriegsgefahren empfiehlt Kenworthy die Kriegsächtung, wie es scheint: eine Kriegsächtung der Art, wie sie im Kelloggspakt ausgesprochen ist; Herbert George Wells dagegen, der ein Vorwort beigesteuert hat, macht sich über diese Lösung unverhohlen lustig. ◊ Wer dazu verurteilt ist die internationale Literatur über die Kriegsschuldfrage zu durchpflügen, verspürt eine entschiedene Erfrischung, wenn er das Buch *Caroline E. Paynes The Pre-War Mind in Britain* /London, George Allen & Unwin/ zur Hand nimmt. Denn hier werden endlich einmal nicht Aktionen von Ministern und Gesandten sondern Reaktionen des Publikums untersucht. Es zeigt sich da allenthalben jenes eigentümliche Gemisch von Selbstbewußtsein, Angst und Gedankenlosigkeit, das für die Vorkriegsjahre charakteristisch ist und wahrscheinlich nicht für sie allein.

Sozialpolitik / Erwin Rawicz

Schippel † Des vielseitigen Wirkens Max Schippels ist nicht zuletzt auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu gedenken. Seine wirtschaftskritische Haltung mit dem besondern Drang sozialreformatorische Problemlösungen auf ihre wirtschaftliche Tragbarkeit zu prüfen hat sein Wirken in der Praxis und in der Wissenschaft besonders wertvoll gestaltet. Schon zu einer Zeit, als es noch keine ausgemachte Sache war, daß sich der konsequente Sozialismus zur Erreichung seiner Ziele des Mittels der Sozialreform bedienen mußte, trat Schippel für positive Sozialpolitik ein. Sein frühzeitiges, zielbewußtes Sicheinsetzen für die Ausgestaltung des gewerkschaftlichen Gedankens, seine frühe Erkenntnis, daß die Gewerkschaften zu Instrumenten produktiver sozialistischer Sozialpolitik berufen seien, hat in dem letzten Jahrzehnt besondere Früchte getragen, als den Gewerkschaften endlich die von Schippel stets geforderte Führerrolle in der Sozialpolitik geworden ist, die ihnen nach der Größe der Massen, die sie repräsentieren, und nach der geistigen Tragfähigkeit ihrer Ideenwelt zukommt. In einer großen Anzahl von Aufsätzen hat Schippel zu den aktuellen Fragen der Sozialpolitik kritisch, doch stets aufbauend, Stellung genommen. Mit seinen Skizzen aus der sozialpolitischen Literatur und Bewegung, den berühmten Isegrimskizzen, begann 1897 Schippels Mitarbeit an den Sozialistischen Monatsheften. Wenn auch das Hauptgewicht seiner umfassenden literarischen Produktion später, in den Höhepunktjahren seines Lebens, auf den Gebieten von Wirtschaft und Politik lag, so sind doch auch in dieser Zeit mittelbar und unmittelbar durch seine Auseinandersetzungen mit den jeweils aktuellen Problemen starke Anregungen sozialpolitischen Gepräges von ihm ausgegangen. Seine enge Verbundenheit mit den Problemen der Volkswirtschaft und der innern und äußern Politik führte ihn über die Grenzen der innerdeutschen sozialen Probleme hinaus auf Fragen von übernationaler Bedeutung. Abgesehen von seiner ausgedehnten literarischen Tätigkeit griff er als Reichstagsabgeordneter oft in das sich damals, kurz nach der Jahrhundertwende, noch langsam drehende Rad der werdenden Sozialpolitik ein. Im Jahr 1911 wurde er Leiter der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Nach dem Krieg

konnte er als Professor der Staatswissenschaften in Dresden seine Ideen weiten Hörerkreisen vortragen und damit auch auf die Jugend der Nachkriegszeit einen in Richtung auf die sozialpolitische Wertung der Zeit nicht zu unterschätzenden Einfluß ausüben, der noch seine Früchte tragen wird. Nicht nur ein ideenreicher Wissenschaftler sondern ein stets verantwortungsbewußter Kämpfer für soziale Neugestaltung ist am 6. Juni aus den Reihen der wenigen geistigen Führer Deutschlands ausgeschieden.

Reichsarbeitslosenfürsorge Seit Einführung der Arbeitslosenversicherung liegt das Schwergewicht der Arbeitslosenunterstützung bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Jede Versicherungsanstalt ist an versicherungstechnische Gesetze gebunden, deren Außerachtlassen ihren finanziellen Zusammenbruch bedeuten würde. Daher ist es für eine Arbeitslosenversicherungsanstalt unmöglich wirklich alle Arbeitslosen aufzunehmen, denn ein Teil von ihnen wird infolge der Ungunst der wirtschaftlichen Lage, der Unsicherheit und Unstetigkeit des Arbeitsverhältnisses arbeitslos, ohne die für den Unterstützungsanspruch notwendige Anwartschaftszeit zu erfüllen. Die Erkenntnis, daß neben der Arbeitslosenversicherung respektive neben der Erwerbslosenfürsorge, aus der die Versicherung hervorging, eine ergänzende Fürsorge stehen müßte, veranlaßte unter dem Druck der immer schwierigeren Arbeitsmarktverhältnisse die damalige Reichsregierung eine besondere Fürsorge, die den treffenden Namen Krisenfürsorge erhielt, im November 1926 bereits einzuführen. Im wesentlichen fand im Anfang dieser ergänzenden Unterstützungsinstitution die Überzahl aller der Arbeitslosen Aufnahme, die nicht mehr in der Erwerbslosenfürsorge unterstützt werden konnten. Als im Oktober 1927 die Arbeitslosenversicherung in Wirksamkeit trat, wurde die ergänzende Krisenfürsorge auch im Arbeitslosenversicherungsgesetz verankert, aber nicht mehr so wie bisher, daß besonders alle wegen Überschreitung der Höchstdauer aus der Erwerbslosenfürsorge respektive der Arbeitslosenversicherung zwangsweise ausgesteuerten Erwerbslosen aufgenommen wurden, sondern eingeschränkt. Sowohl der Personenkreis derer, die in die ergänzende Fürsorge, die nunmehr Krisenunterstützung genannt wurde, kommen konnten, wie auch die Unterstützungsdauer wurden eingengt oder

herabgesetzt, so daß sich besonders seit der Geltung der strengeren Voraussetzungen für die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung die Krisenfürsorge immer mehr von ihrer eigentlichen ursprünglich gedachten Funktion entfernte und immer geringere Teile der von der Versicherung nicht erfaßten Arbeitslosen zu betreuen vermochte. Alle die Arbeitslosen, die weder Versicherungsanspruch haben, noch die in die Krisenunterstützung aufgenommen werden, fallen der städtischen Wohlfahrtspflege zur Last. Die Bedeutung der Wohlfahrtspflege für die Arbeitslosen hat sich, in den letzten Monaten insbesondere, erheblich gewandelt, und zwar deswegen, weil die Krisenunterstützung in ihrem rechtlichen Aufbau so stark eingengt worden ist, daß sich das Verhältnis von Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege bei der Betreuung Arbeitsloser verschoben hat. Die sozialistische Stellung zu dem Problem einer ergänzenden Arbeitslosenfürsorge wird dadurch bestimmt, daß die Wohlfahrtspflege nicht dazu da ist die arbeitsfähigen Erwerbslosen zu unterstützen; ihre Aufgaben liegen auf anderen Gebieten, die vor allem an den Tatbestand der Arbeitsunfähigkeit anknüpfen. Für die sozialistische Sozialpolitik ergab sich aus dieser grundsätzlichen Haltung die Notwendigkeit ein Bindeglied zwischen der Arbeitslosenversicherung auf der einen Seite und der Wohlfahrtspflege auf der andern Seite zu fordern. Diese Forderung, die in der Gewerkschaftszeitung vom 4. August 1928 in einem statistisch fundierten Aufsatz begründet wird, geht auf die Schaffung der sogenannten Reichsarbeitslosenfürsorge hinaus, die nichts anderes ist als eine den sozialen und wirtschaftlichen Nöten angepaßte Ausgestaltung der von der frühern Regierung immer stärker eingegengten Krisenfürsorge. Aus der Reichsverfassung, die das Grundrecht auf Arbeit übernommen hat, ergibt sich klar und deutlich, daß alle Arbeitslosen, soweit sie nicht arbeitsunfähig sind, im Fall der Arbeitslosigkeit eine staatliche Unterstützung zu beanspruchen haben. Es müßte danach die Krisenunterstützung zu einer Institution ausgebaut werden, die allen denjenigen, die arbeitsfähig und arbeitswillig sind, während der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit zum mindesten den Lebensunterhalt sichert. Das bedeute zwangsläufig, daß die jetzt bestehende Krisenunterstützung zu einem lückelosen Bindeglied zwischen Arbeitslosenversicherung und Wohlfahrtspflege aus-

gebaut werden muß. Einen Schritt dahin hat Rudolf Wissell als Arbeitsminister bereits getan. Er hat die Krisenunterstützung neu geregelt, im wesentlichen in der Richtung einmal der Ausdehnung der zugelassenen Berufsgruppen und zum andern der Verlängerung der stark eingegangenen Unterstützungsdauer von 26 Wochen auf 39 Wochen. Die Krisenunterstützung müsse aber unter Berücksichtigung der sich ständig verschlechternden Arbeitsmarktlage auf alle Berufsgruppen ausgedehnt werden; das ist grundsätzlich auch der Standpunkt des Reichsarbeitsministers; jetzt ist sie noch nur einem Teil der Berufe vorbehalten. Es müsse die Unterstützungsdauer in der Krisenunterstützung aber auch über 39 Wochen hinaus verlängert werden, denn die Arbeitslosigkeit hört leider nicht dann auf, wenn auch die Unterstützung aufhört, sondern die Unterstützung muß aufhören, wenn die Arbeitslosigkeit beendet ist. Leider ist es bisher oft umgekehrt. Kein Zweifel ist, daß infolge des Unterstützungskarakters der geforderten Reichsarbeitslosenfürsorge die Bedürftigkeitsprüfung grundsätzlich bestehen bleiben muß, wengleich in einer abgeschwächten Form gegenüber der jetzt in der Krisenfürsorge nach dieser Richtung geltenden Grundsätze. Die so veränderte Krisenunterstützung wird dann, nach den Ausführungen in der Gewerkschaftszeitung, zu der Reichsarbeitslosenfürsorge, die als unabwiesbare Forderung sozialistischer Sozialpolitik gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt der sich verschlechternden Arbeitsmarktlage zu erheben sei. Das komplizierte Nebeneinander der öffentlichen Unterstützungen und die ungerechtfertigte Verschiebung zwischen Krisenunterstützung und Wohlfahrtspflege hören alsdann auf, und es ergeben sich klar folgende Abgrenzungen: »1. Arbeitslose, die die Anwartschaften, die versicherungstechnisch notwendig sind, erfüllen, werden aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung unterstützt. 2. Alle übrigen arbeitsfähigen Arbeitslosen, die die Anwartschaften noch nicht erfüllt haben, oder die aus der Arbeitslosenversicherung wegen Überschreitung der Höchstdauer ausgesteuert sind, müssen in eine außerhalb der Versicherung stehende Reichsarbeitslosenfürsorge überführt werden, zu der die jetzige Krisenfürsorge auszugestalten ist. 3. Für alle Arbeitsunfähigen, soweit sie nicht aus Mitteln der Sozialversicherung ihr Leben fristen können, muß durch die öffentliche Wohlfahrtspflege gesorgt werden.«

Gegen die notwendige Ausdehnung der Krisenunterstützung zur Reichsarbeitslosenfürsorge bestehen von Arbeitgeberseite keine grundsätzlichen Bedenken. Das soziale Verantwortungsbewußtsein ist in allen Kreisen heute groß genug, um sich der Notwendigkeit einer Unterstützung an Erwerbslose nicht zu widersetzen. Wenn aus Arbeitgeberkreisen gegen die jüngste Erhöhung der Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge durch das Reichskabinett von 26 auf 39 Wochen (vom 17. September 1928 ab) Einwände erhoben werden, so beruhen diese in erster Linie auf einer Überschätzung der finanziellen Auswirkung dieser Unterstützungsverlängerung. Im Reichsetat sind für 1928-1929 100 Millionen Mark für Mittel der Krisenunterstützung ausgeworfen worden. Dieser Betrag konnte ohnehin nur schätzungsweise eingesetzt werden, da ja die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und damit die Notwendigkeit der Zahlung von Krisenunterstützungen nicht für ein ganzes Jahr vorausgeahnt werden konnte. Daß der Betrag sehr knapp war, zeigte sich bereits im Frühjahr, als der Beginn der absinkenden Konjunktur mit ihren sich jetzt immer deutlicher zeigenden Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt bereits darauf hindeutete, daß in den kommenden Monaten unter gleichen Voraussetzungen die Krisenunterstützung stärker in Anspruch genommen werden muß. Die Mehrbelastung, die durch die jetzt beschlossene Verlängerung der Unterstützungsdauer eintritt, wird auf 0,8 bis 1,0 Millionen Mark monatlich geschätzt. Das bedeutet aber nicht etwa eine Neuausgabe dieser Mittel sondern nur eine Verschiebung zwischen den kommunalen Etats und dem Reichsetat; denn ein großer Teil der Arbeitslosen, die jetzt von der städtischen Wohlfahrtspflege aufgenommen werden mußten, wenn sie nicht verhungern sollten, wird in den Kommunen unterstützt, also ebenfalls aus öffentlichen Mitteln, während nunmehr ihre Unterstützung durch die Krisenfürsorge, deren Aufwand nur zu einem Fünftel von den Gemeinden und zu vier Fünfteln vom Reich aufgebracht wird, erfolgt. Die rund 1 Million Mark monatlich wurde bisher also im allgemeinen von den Gemeinden aufgebracht, die nun zuungunsten des Reichsetats zu vier Fünfteln entlastet werden. Aber diese Entlastung ist im Hinblick auf den Pflichtenkreis der Wohlfahrtspflege, auf den oben bereits hingewiesen wurde, sachlich durchaus gerechtfertigt. Eine Mehrbelastung der

Wirtschaft findet durch diese Verschiebung der finanziellen Lasten in keiner Weise statt, ebenso bleibt sie nur sehr gering und durchaus erträglich, wenn die Krisenunterstützung zu einer Reichsarbeitslosenfürsorge weiter entwickelt wird, da hiermit eine weitere Entlastung des kommunalen Budgets stattfindet. Der Vorteil der Neureglung liegt für die Arbeitslosen in einer einheitlichen Handhabung der Unterstützungsgrundsätze und in einer gleichmäßigeren Höhe der Unterstützungsbeträge, er liegt für die Gemeinden in einer Entlastung der Etats und damit in der Möglichkeit sich den eigentlichen Aufgaben der Wohlfahrtspflege, die in den letzten Monaten leiden mußten, erneut und mit größeren Mitteln und personellen Kräften zuzuwenden. Der Vorteil liegt für das Reich darin, daß es unter Erfüllung der Bestimmungen der Reichsverfassung seinen Verpflichtungen gerecht wird, daß die Lasten in gerechter Weise von der Gesamtheit, das heißt von Stadt und Land, getragen werden als bisher, wo die durch die Zusammenballung der Arbeitslosen ohnehin ganz außerordentlich belasteten Großstädte noch finanziell in besonderer Weise herangezogen waren. Der Vorteil beim Reich liegt weiter darin, daß mit der Reichsarbeitslosenfürsorge auf einem wesentlichen Gebiet der Sozialpolitik an die Stelle der differenzierten Behandlung Arbeitsloser einheitliche Grundsätze treten, da bei der Durchführung der Reichsarbeitslosenfürsorge durch die neue Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, dem starken Selbstverwaltungskörper im Gebäude der deutschen Sozialversicherung, eine umfassende, aufs engste mit der Arbeitsvermittlung verbundene Betreuung der Arbeitslosen eintritt, die neben der parallelgehenden politischen Entradikalisierung durch den Ausgleich der Kräfte zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West, zwischen Stadt und Land eine sozialpolitische und wirtschaftliche Notwendigkeit hohen Ranges ist.

Sozialversicherung - In die Diskussion über die Vereinheitlichung der Sozialversicherung brachte Franz Spliedt im August in der Zeitschrift *Die Arbeit* einen neuen Gedanken. Der programmatische Aufsatz zeigt die dringliche Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform. Die Forderung nach der Vereinheitlichung der deutschen Sozialversicherung ist alt. Nunmehr, das heißt, nachdem nach Beendigung des

Krieges und der Inflation die einzelnen sozialen Versicherungsinstitutionen den neuen Verhältnissen angepaßt worden sind, muß man sich der Vereinfachung in der Organisation und im Verfahren der einzelnen Einrichtungen der Sozialversicherung, ihrer Träger usw. zuwenden. Die wesentlichen Gesichtspunkte liegen auf finanziellem, sozialpolitischem und verwaltungstechnischem Gebiet, sie liegen nicht zuletzt in der immer stärker erhobenen Forderung der Versicherten in den einzelnen sozialen Versicherungseinrichtungen wirklich maßgebend beteiligt zu sein. Das ist um so dringender notwendig, als die ständige Erweiterung des sozialpolitischen Blickfelds, die Vergrößerung der Aufgaben und nicht zuletzt die modernen Rationalisierungsbestrebungen auch in der öffentlichen Verwaltung mit ihrer Tendenz zur Ersparung von Arbeitskräften und Verwaltungsaufwand, die Wünsche weitester Kreise auf eine baldige Reform der Sozialversicherung immer lauter ertönen lassen. Unter der Devise "Starke Selbstverwaltung, Ausbau der Leistungen und gleichzeitig Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung" wird die Reform betrieben, die im Zusammenhang mit einer Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungseinrichtungen erforderlich ist. Vereinheitlichung der Sozialversicherung bedeutet hier Abbau der fast unübersehbaren Träger innerhalb der Sozialversicherung. Die Einwände gegen die den Abbau voraussetzende Vereinheitlichung bestehen eigentlich nur in historischen Gründen, aus denen sich ja das bunte Durcheinander allein erklärt. Reorganisation bedeutet hier fast genau so viel wie rücksichtsloser Neuaufbau, das heißt straffe Zusammenfassung und engste Verbindung der einzelnen Versicherungseinrichtungen, um unnötige Doppelarbeit im Interesse der Ersparnis und der Versicherten sowie der sozialen Gerechtigkeit zu vermeiden. Im Rahmen des einheitlichen Aufbaus der gesamten Sozialversicherung schlägt Spliedt eine 3gliedrige Organisation vor, und zwar schweben ihm 3 Reichsanstalten vor, die unter einer starken wirtschaftlichen Selbstverwaltung aufgebaut sein sollen: 1. die Reichsanstalt für Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und für das Versorgungswesen, 2. die Reichsanstalt für Krankenversicherung und Unfallversicherung, 3. die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Gleichzeitig müsse die Frage der Staatsaufsicht und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung einheitlich ge-

regelt werden. Dasjenige Ministerium, das allein Kraft seines Aufgabengebiets die Aufsichtsbefugnis erhalten muß, ist das Reichsarbeitsministerium. Diese Aufsicht würde nur darin bestehen darüber zu wachen, daß von den Selbstverwaltungskörperschaften der reorganisierten Sozialversicherung Gesetze und Satzungen ordnungsgemäß beachtet und durchgeführt werden. Unter dem Vorbild der bestehenden Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung kann auch in den übrigen Versicherungseinrichtungen unter weitgehender Beteiligung der Verbände und unter voller Verantwortlichkeit der von ihnen entsandten Vertreter eine organische Selbstverwaltung entwickelt werden, die allein eine wirklich im Volk fundierte und auf seinem Vertrauen beruhende Sozialversicherung gewährleistet. Nicht auf den Trümmern des Vergangenen sondern auf den Erfahrungen der Vergangenheit im Verein mit den veränderten Voraussetzungen im deutschen Volks- und Wirtschaftsleben muß die Frage der Vereinheitlichung der Sozialversicherung bald einer Lösung zugeführt werden. Das bunte Durcheinander in den derzeitigen Organisationsformen der deutschen Sozialversicherung zwingt eine wirklich großzügig angelegte Vereinheitlichung durchzuführen, über deren Zweckmäßigkeit keinerlei Zweifel bestehen dürften, da mit ihr die gesamte Reichsversicherung übersichtlicher, wirtschaftlicher und ertragreicher werden wird. Auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß Anfang September wurde der Fragenkomplex eingehend diskutiert; darauf wird man noch zurückkommen.

Einige Verbesserungen der *Angestellten-* und auch der *Invalidenversicherung* hat der im Frühjahr aufgelöste Reichstag durch Annahme zweier Gesetze vom 17. März 1928 vorgenommen. Einmal sind die Leistungen in der Angestellten- und Invalidenversicherung dadurch erhöht worden, daß die sogenannten Zusatzsteigerungsbeträge für diejenigen Beiträge, die von den Versicherten in der Inflation geleistet worden sind, gesteigert wurden. Die Erhöhung kann sich für einen Rentenempfänger in der Angestelltenversicherung im günstigsten Fall auf nicht mehr als etwa 200 Mark im Jahr belaufen. Außerdem ist der Kinderzuschuß von 90 auf 120 Mark im Jahr erhöht worden. Beide Leistungssteigerungen kommen den bereits vorhandenen Rentenempfängern seit dem 1. Juli 1928 zugute. Weiter sind einige kleinere Änderungen unter anderm des Angestellten-

versicherungsgesetzes, aber auch der Reichsversicherungsordnung und des Reichsknappschaftsgesetzes durchgeführt. In der Angestelltenversicherung ist mit Wirkung vom 1. September ab die Pflichtversicherungsgrenze von 6000 auf 8400 Mark jährlich, das heißt von 500 auf 700 Mark monatlichen Einkommens erhöht worden. Die Heraufsetzung der Versicherungspflichtgrenze ist ein Erfolg der stetigen Bemühungen der Angestelltenorganisationen, insbesondere des Zentralverbands der Angestellten. Die Forderung der Verbände ging auf eine Erhöhung der Pflichtversicherungsgrenze bis auf 12000 Mark jährlich.

Auch in der *Krankenversicherung* wird die Erhöhung der Pflichtversicherungsgrenze angestrebt, die bekanntlich etwa vor einem Jahr, am 15. Juli 1927, mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 ab auf 300 Mark monatlich beziehungsweise 3600 Mark jährlich heraufgesetzt worden war. Die Wünsche der Verbände, die teilweise auf eine Angleichung der Versicherungsgrenze in der Krankenversicherung und in der Angestelltenversicherung hinausgehen, fanden Widerhall auch auf dem Breslauer Krankenkassentag, der im August 1928 tagte. Zunächst ist die Frage der Heraufsetzung der Pflichtversicherungsgrenze in der Krankenversicherung noch im Stadium der Erwägungen. Eine Gesamtreform der Krankenversicherung, die mit der bestehenden Zersplitterung aufzuräumen hat, dürfte erst bei einem organisatorischen Neuaufbau und einer Vereinheitlichung der gesamten Sozialversicherung möglich sein.

In der *Unfallversicherung* hat das Reichsarbeitsministerium einen Gesetzentwurf dem Reichstag zugeleitet, wodurch dieser Zweig der Sozialversicherung auf die Betriebe der Feuerwehren, der Krankenhäuser und Pflegeanstalten, der Sanatorien und der Schauspielunternehmungen ausgedehnt wird. Damit ist endlich ein Versprechen erfüllt, das die frühere Reichsregierung bereits im Dezember 1927 dem inzwischen aufgelösten Reichstag gegeben hatte. Die 1. Lesung des Gesetzentwurfs hat der neugewählte Reichstag vor den Ferien bereits erledigt, die 2. und 3. Lesung und damit die endgültige Verabschiedung des Gesetzes mußte bis zur Herbsttagung hinausgeschoben werden. Mit der Annahme des Gesetzes ist ein weiterer Schritt auf dem Weg des Arbeiterschutzes getan. Für noch nötige Verbesserungsvorschläge des Gesetzentwurfs wird sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der 2. Lesung einsetzen müssen.

In der *Arbeitslosenversicherung* ist die äußere Organisation weiter fortgeschritten. Nachdem am 1. Februar 1928 die Anzahl der Landesarbeitsämter von 22 auf 13 herabgesetzt worden und deren Eingliederung in die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erfolgt ist, haben im Juni die zuständigen Organe der Reichsanstalt die Anzahl der öffentlichen Arbeitsnachweise von rund 900 auf 361 herabgesetzt. Die Eingliederung der neuen Arbeitsämter in die Reichsanstalt steht für den 1. Oktober oder 1. November 1928 bevor. Damit ist der äußere Aufbau der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beendet, dem nunmehr entsprechend den Aufgaben, die durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz dem neuen sozialpolitischen Träger gestellt sind, auch die innere Ausgestaltung personeller und sachlicher Art folgen muß. Es ist zu wünschen, daß die neue Reichsanstalt, deren Vorstand sich gegenwärtig mit der Bestellung der Vorsitzenden der neuen 361 Arbeitsämter befaßt, dabei eine glückliche Hand zeigt, damit die Gestaltung des Arbeitsmarkts und der Schutz der Arbeitslosen wirklich Sachkundigen anvertraut wird.

Informations-
mittel

Im Rahmen der Veröffentlichung der Carnegie-Stiftung für internationalen

Frieden innerhalb der Abteilung für Volkswirtschaft und Geschichte erscheint in der Deutschen Serie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ ein Werk *Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse*, in dem Paul Umbreit die deutschen Gewerkschaften im Kriege und Charlotte Lorenz die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges darstellt. Umbreit, durch seine Stellung in der Gewerkschaftsbewegung besonders berufen, gibt in der historischen Betrachtungsweise ein umfassendes Bild nicht nur der engern Gewerkschaftsbewegung sondern überhaupt der gesamten arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Entwicklung seit der Vorkriegszeit. Ausgehend vom Mittelalter der Sozialpolitik, dem Ende der neunziger Jahre, wo noch hohe Gefängnisstrafen und Ehrverlust gegen streikende Arbeiter verhängt wurden, führt Umbreit den Leser in die Kämpfe der Arbeiterschaft um Arbeitszeit, Löhne, Arbeitslosenfürsorge usw. Er zeigt all die sozialen Wirkungen der sich immer stärker kapitalistisch industrialisierenden Wirtschaft auf und kommt schließlich über den sich nur

langsam wandelnden sozialpolitischen Kurs des wilhelmischen Deutschlands in den Kriegsjahren bis zu den Tagen, in denen sich mit der Wandlung der Staatsform auch die deutsche Sozialpolitik von Grund auf änderte. Der Glaube, daß starke Arbeiterorganisationen der Sache des Weltfriedens dienen, wird durch Umbreits fesselnde Darstellung weiter gefestigt.

Von Friedrich Syrups Handbuch des Arbeiterschutzes und der Betriebssicherheit /Berlin, Reimar Hobbing/ (siehe diese Rundschau, 1927 II Seite 837) erschien nunmehr der 3. und letzte Band mit ausführlichem Stichwortverzeichnis. Er rundet das Werk in wertvoller Weise ab. Die starke Benutzung in der Praxis des *Arbeiterschutzes* rechtfertigt die Herausgabe des Handbuchs in vollem Maß. Die Arbeiterschutzeschriften im Deutschen Reich gibt Hermann Leymann neu heraus /Berlin, Reimar Hobbing/. Die Sammlung wird, trotz ungenauer Darstellung im 1., beschreibenden Teil, der Praxis gute Dienste erweisen.

Das gleiche kann von der Wiedergabe des Wortlauts der Reichsgesetze über die *Arbeitszeit* und *Sonntagsruhe* von Bruno Morgner /Dresden, C. Heinrich/ erwartet werden, da solche Zusammenstellung einem Bedürfnis der Organe des Arbeiterschutzes wie der Betriebe und Gewerkschaften entspricht. Von Bedeutung könnte daher auch Hermann Meisingers Darstellung des gesamten neuen deutschen Arbeitszeitrechts sein, die die Zeitschrift *Arbeitsrecht* als Sonderdruck /Stuttgart, J. Heß/ herausbringt (siehe dazu auch die Rundschau Rechtswissenschaft, 1928 I Seite 263). Wie jedoch Heinz Potthoff bereits im Vorwort bemerkt, geht die Darstellung von dem von den Arbeitgebern immer noch aufrechterhaltenen Rechtsirrtum aus, daß das Arbeitszeitrecht Zwangsbestimmungen enthalte, der Arbeiter also zur Ausführung von Arbeiten im Rahmen der Arbeitszeitbestimmungen verpflichtet sei, eine Auffassung, die jetzt allgemein abgelehnt wird. Dieser falsche Ausgangspunkt ist um so bedauerlicher, als die Art der systematischen Darstellung Meisingers für die Praxis an sich sehr brauchbar ist. Der Rechtsauffassung der Arbeitszeitverordnung als eines Arbeiterschutzes entspricht die handliche Darstellung der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit nach Erlaß des Arbeitszeitnotgesetzes von Theodor Leipart und Clemens Nörpel /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/.

Kurze Chronik Zum *Washingtoner Arbeitszeitabkommen* lag ein englischer Revisionsantrag vor; er wurde vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts auf seiner 40. Tagung abgelehnt. ◊ Von den Freien Gewerkschaften und dem Allgemeinen Freien Angestelltenbund ist zum Arbeiterschutzesentwurf bekanntlich ein Abänderungsentwurf aufgestellt worden, der auf eine Überführung der *Gewerbeaufsicht* auf das Reich hinausläuft. Die vielseitig besprochenen Vorschläge waren der Anstoß dazu, daß zurzeit im Reichsarbeitsministerium Besprechungen über die neuen Organe der Arbeitsaufsicht stattfinden, die sich bald zu Besprechungen zwischen Reich und Ländern verdichten dürften. Ob die Reichsarbeitsaufsicht ähnlich wie die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung als Selbstverwaltungskörper aufgebaut werden wird, oder ob die Form der behördlichen Organisation vorgeschlagen werden sollte, darüber dürften in den nächsten Monaten Reichs- und Länderregierungen im Verein mit den Verbänden beraten. ◊ Die Aufwendungen für die *Wohlfahrtspflege* sind vom Deutschen Städtetag für die Großstädte (Städte mit über 100 000 Einwohnern) zusammengestellt worden. Es wurden 45 Städte mit 16,4 Millionen Einwohnern erfaßt, die im Jahr 1926 rund 940 Millionen Mark für gesundheitliche Fürsorge, für Jugendwohlfahrt, für wirtschaftliche Fürsorge und die notwendige zusätzliche Arbeitslosenfürsorge aufgebracht haben. ◊ Mit der Zielsetzung die Ausbildung zum sozialen Beruf zu fördern und die staatliche Anerkennung der ausgebildeten Schüler zu erlangen wird im Oktober vom Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt eine *Wohlfahrtsschule* in Berlin eröffnet, an der bekannte Sozialpolitiker wirken werden.

Literatur Im Auftrag des Deutschen Textilarbeiterverbandes haben 2 Gewerkschafter eine Studienreise nach Indien unternommen, die in einem ausgezeichneten Werk *Das werktätige Indien von Karl Schrader und Franz Josef Furtwängler* /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/ ihren Niederschlag gefunden hat. Die sozialen Grundlagen des modernen Indiens, insbesondere die Lage der Arbeiter, die Form ihrer Organisationen und die Gewerkschaftsgesetzgebung sind eingehend dargestellt. Der geschulte Blick der Verfasser, die auch neueres statistisches

Material über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Indiens weitgehend heranziehen, gibt dem Werk seine besondere Bedeutung, die nicht zuletzt in dem klaren und einfachen Aufbau und der ungekünstelten Sprache liegt. Das Werk vermittelt über die Probleme der Sozialpolitik hinaus weitgehendes aktuelles Material auf volkswirtschaftlichen, finanziellen und politischen Gebieten. ◊ Die Untersuchung *Johannes Kreils* über Sozialversicherung und Wirtschaft /Berlin, Reimar Hobbing/ ist als zusammenfassende Darstellung, die die Unternehmerrlagen von den unerträglichen sozialen Lasten zerstört, hervorzuheben; die vom Verfasser herangezogenen amtlichen Quellen erhöhen die Beweiskraft der Ausführungen, die den Nutzen der Wirtschaft aus bestehenden Sozialversicherungsinstitutionen darstellen. Den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Sozialversicherung aufzuzeigen bleibt dankenswert.

Wirtschaft / Gerhard Kreyszig

Schippel † Als die Junirundschau gerade abgeschlossen war, kam die Nachricht vom Tod Max Schippels. So kann seiner erst jetzt in dieser Rundschau gedacht werden, wo es zuerst hätte geschehen sollen. Denn Schippel hat (mit Unterbrechungen, die durch andere Rundschauen ausgefüllt waren) über ein Vierteljahrhundert, von 1901 bis 1927, die Rundschau Wirtschaft bearbeitet und von hier aus, neben der wertvollen Informationsarbeit, die er unermüdlich und in hervorragender Weise leistete, immer wieder das Werk abgerundet, das er in den Artikelreihen der Sozialistischen Monatshefte vollbracht hat. Damit zeigte er, daß er den informatorischen Wert der Rundschauen ebenso hoch einschätzte wie die wissenschaftliche Arbeit, die er in erster Linie geleistet hat. Ihm war diese Kleinarbeit nie zu klein; er wußte, daß ein Tatsachenbericht, der das Wirkliche wiedergibt, wichtiger (und auch schwieriger) ist als die überall sonst gewohnte fixe Beurteilung. Die Verdienste Schippels um die Klärung und Lösung aller der Fragen, die in das Gesamtgebiet der Wirtschaft fallen, ergeben sich aus seiner Gesamtarbeit. Man würde seiner Leistung doch nicht gerecht werden, wollte man einzelne Arbeiten herausheben, in denen, jeweils in engstem Zusammenhang mit den Fragen der Innen- und Außenpolitik und der Arbeiterklassenbewegung, Wirtschafts-

probleme behandelt wurden. Immer und überall hat Max Schippel, sich am Produktionsgedanken orientierend, neue Wege gefunden. Die junge Generation dankt ihm für diese Pionierarbeit, die dem immer Jungen unter den ihm Altersgleichen mehr Feindschaft als Freundschaft eingebracht hat.

Deutschland Die Wirtschaftstheoretiker pflegen den dynamischen Verlauf des Wirtschaftslebens in einzelne Phasen zu zerlegen und kommen so zum Schema des wellenförmigen Ablaufs der Wirtschaftsepochen. Depression, Aufstieg, Höhepunkt und Wiederabsinken sind so als logische Vorgänge einer Reihe von Wirtschaftsabschnitten der Vergangenheit gekennzeichnet, und man war allzu leicht geneigt die tatsächlichen wirtschaftlichen Vorgänge nun in dieses Schema einzugliedern. Wo sich Abweichungen vom theoretisch normalen Verlauf zeigten, lehrten sie kaum zu einer Prüfung des einmal vorhandenen Schemas; vielmehr war die "Abnormität" der tatsächlichen Geschehnisse rasch aus zufälligen Ursachen geklärt, das Schema blieb aber unangetastet. Auch die offizielle, vom Institut für Konjunkturforschung in Deutschland geleistete Arbeit krankt bis zu einem gewissen Grad an diesem Fehler und läßt Vorsicht bei der Beurteilung ihrer Arbeiten geboten erscheinen. Allzu leicht ist man verleitet aus einzelnen Symptomen die schemagerechte nächstfällige Phase zu prophezeien. Der Rückgang der Produktionszahlen der wichtigen Urstoffe im Frühjahr und einige andere Symptome bewirkten, daß man den Beginn einer Periode unaufhaltsamen Abstiegs gekommen glaubte. Die weitere Entwicklung hat diese Voraussage nicht bestätigt. Der grundlegende Fehler der Konjunkturbeurteilung lag in einer Überbewertung der Spitzenleistungen, die dazu geführt hat das Abrücken von der Spitze sofort übertrieben als Krisenzeichen zu deuten. Objektiv und in ausgezeichneter Form orientieren über die Wirtschaftslage die Halbjahrsberichte der Reichskreditgesellschaft in Berlin, auf die in diesem Zusammenhang hingewiesen sei. Heute hält sich die Kohle- und Eisengewinnung in Deutschland noch immer fast auf dem Stand vom März und April des Jahres. Für das Nachlassen der Produktion ebenso wie für die Ausfuhrdrosselung im Ruhrrevier gibt man jetzt ganz andere Ursachen an: Die Störungen des gleichmäßigen Wirtschaftsver-

laufs seien vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat und den Schwerindustriellen absichtlich herbeigeführt worden, um für ihre Stilllegungspläne wieder neue Voraussetzungen zu schaffen. Die inzwischen wieder voll aufgenommene Ausfuhr in die Kampfgebiete ist in der Tat vorgenommen worden, ohne daß irgendeine der Stilllegungsaktionen rückgängig gemacht worden wäre.

Subventionspolitik Die durch die monopolistische Machtstellung der Schwerindustrie besonders gekennzeichneten innerdeutschen Verhältnisse dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Überkapazität die Ursache der Weltkohlenkrise ist. Wenn der europäische Kohlenpakt zustande kommen sollte, so wird sein Schwerpunkt in der Preis- und Absatzreglung liegen. Für unsere innerdeutschen Verhältnisse muß dabei aber vor allem schon jetzt darauf hingewiesen werden, daß die Regelung zum Beispiel der Kapazitätsfrage durchaus nicht auf Kosten der Arbeiterklasse durch weitere Stilllegungen erzielt werden muß. Nicht frühzeitig genug kann auf die Ersparnisse der Syndikate hingewiesen werden, wenn die unsinnigen Kosten des Kohlenkampfs wegfallen, sobald die Absatzgebiete abgegrenzt und angemessene Verkaufspreise festgesetzt sind. Die Subventionspolitik der Engländer bringt erneut eine Verschärfung des Kohlenkampfs. Um so dringlicher wird die Neugestaltung des Kohlenwirtschaftsgesetzes. Nach dem Vorbild Englands hat auch der Ruhrbergbau Subventionen durch Verbilligung der Frachtsätze verlangt. Ganz abgesehen davon, daß Subventionen als ungeeignetes Mittel für die Rentabilität des Bergbaus nicht erst seit dem englischen Bergarbeiterstreik genugsam bekannt sind, birgt das Festhalten Englands an der Subventionspolitik eine große Gefahr in sich: Der Kohlenkampf droht aus der Zone der europäischen Schwerindustriellen zu rücken und zum Machtkampf der Staaten zu werden. Was über die Bedeutung von Subventionen für den Bergbau gesagt ist, gilt gleichermaßen für andere Industrien. Subventionen waren noch immer nur Notbehelf, der die Krise einer Industrie zwar aufzuschieben, nie aber zu beheben vermochte. Die deutschen Lokomotivbauanstalten haben den vergeblichen Versuch gemacht durch die Denkschrift der zwischen Henschel, Borsig, Schwartzkopff und Maffei abgeschlossenen Arbeitsgemeinschaft Staats-

subvention zu erhalten; sie verlangten einen 50-Millionen-Lokomotivbaukredit. Zur Lösung der Rationalisierungsmaßnahmen, die zersplitterte Überkapazität und unrationelle Arbeitsweise bedingen, sind sie vom Reichsverkehrsminister auf den Weg privater Verständigung verwiesen worden. Die Ablehnung der Subventionswünsche scheint übrigens mehr aus der Furcht vor den Konsequenzen einer Gewährung, die einen Ansturm wohl sämtlicher Industrien zur Folge gehabt hätte, als aus einer prinzipiellen Ablehnung von Staatssubventionen überhaupt erfolgt zu sein.

Frankreich: Währungsstabilisierung Durch Gesetz vom 23. Juni 1928 hat Frankreich seine Währung auf Goldbasis stabilisiert; der neue Franc ist gleich 65,5 Milligramm Feingold, 1 Reichsmark entsprechen danach 6,08 Francs. Die Nachtsitzung der Kammer in Paris, in der das neue Gesetz angenommen wurde, wird in vieler Hinsicht denkwürdig bleiben: Sie war die endgültige Todesstunde der Lateinischen Münzunion; sie ist zugleich die Geburtsstunde der modernen europäischen Währung. Die Stabilisierung ist schließlich nicht zuletzt auch deshalb bemerkenswert, weil Frankreich seine Währung als einziger europäischer Staat aus eigenem Kapitalreichtum ohne fremde Kredite in Ordnung bringen konnte. Mit der nun, 10 Jahre nach Kriegsende, vorgenommenen Francstabilisierung kommt zudem eine Zeitspanne zum Abschluß, die wie keine andere bisher als Musterbeispiel dafür dienen kann, wie Währung und Wirtschaft eines Landes von der Politik abhängen können. Der erste, zugleich entscheidende Sturz des Franc fällt unmittelbar in die Nachkriegsjahre, in denen die Hoffnung auf Reparationen, auf die Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung, eine Finanzpolitik zur Folge hatte, die das Defizit des Budgets durch die Notenpresse decken ließ. In dem Ausmaß, wie die Reparationsfrage ihrer Lösung nahe kam oder Frankreich enttäuschte, tanzte der Franc als getreues Spiegelbild aller Hoffnungen und Wünsche: San Remo, Spa, das Londoner und das Wiesbadener Abkommen sind die Höhen- und Tiefenpunkte der französischen Währungskurve. Immer wieder genügten spekulative Hoffnungen auf jeweilige Entschädigungen, Sachlieferungen oder Pfänder, um die Tätigkeit der Notenpresse zu verstärken. Der 2. markante Abschnitt des Währungsverfalls beginnt 1922. Die Besetzung des Ruhr-

gebiets bewirkt, daß man nun in Deutschland ernstlich an die Lösung der Reparationsfrage geht. Es kommen die Dawesplanverhandlungen. Da in Frankreich selbst infolge innenpolitischer Kämpfe der außenpolitische Kurs schwankt, sinkt der Franc abermals und verliert innerhalb zweier Jahre nochmals die Hälfte seines Werts. Mitte 1926 ist die schwebende Schuld ins Riesenhafte gewachsen. Poincaré bildet nun die Regierung der nationalen Einigung. Es gelingt ihm bereits im Sommer 1926 das Budgetgleichgewicht wiederherzustellen und den Franc zum Steigen zu bringen. Ohne Zwang wie in anderen Ländern, lediglich auf der Grundlage der Freiwilligkeit bewirkt er die Konsolidierung der Staatsschuld, wodurch er die latente Inflationsgefahr beseitigt. Die Finanz hilft ihm, die Auslandsguthaben fließen zurück. Ende 1926 hat der Franc einen so hohen Stand erreicht, daß die Industrie um ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt fürchtet. Unter ihrem Einfluß wird die Bank von Frankreich ermächtigt beliebig viel Devisen gegen Francs zu kaufen, um den Kurs von nun ab stabil zu halten. Diese faktische Stabilität blieb 18 Monate erhalten und wurde schließlich die Basis für den Übergang zur Goldwährung. Die Stabilisierung auf ungefähr ein Fünftel des früheren Werts entspricht, gemessen am französischen Großhandelsindex, dem innern Preisniveau; in der Gesetzesbegründung wird ausdrücklich gesagt, daß die Wahl eines andern Koeffizienten abgelehnt worden sei, um keinen Vorwand zu Preissteigerungen zu geben. Die Gesundung der französischen Währung ist das Ergebnis zielklaren Wollens und vor allem ehrlicher Arbeit. Als Poincaré sie begann, wurde er von nahezu der gesamten Presse verhöhnt. Die deutschen Zeitungen ließen durch ihre Sachverständigen verkünden, daß er notwendig scheitern müsse, und es wurde jedes Anzeichen einer vermeintlichen heimlichen Inflation mit besonderer Genugtuung registriert. Ruhig und fest wurde das Werk vollendet. Und nun, da es nicht mehr zu bezweifeln ist, versetzt das Berliner 8-Uhr-Abendblatt vom 25. Juni 1928 nahezu der gesamten Presse eine Ohrfeige, indem es schreibt: Poincaré »hat sein Programm durchgeführt; entgegen den Ansichten der "Sachverständigen", die steif und fest behauptet hatten, sein Stabilisierungsplan sei laienhaft und undurchführbar: denn man könne immer nur zum aller-niedrigsten Kurse stabilisieren. Beweist;

Österreich und später Deutschland; in letzterem Lande, wie nicht ganz unbekannt, auf der Basis von 1 Billion zu 11 Herr Poincaré hat die Sachverständigen reden und argumentieren lassen und hat konsequent seine "falschen" Pläne verfolgt; und hat sie schließlich durchgesetzt. Nicht bei 240 hat er stabilisiert sondern bei 124. Eigentlich unerhört; etwas fachwissenschaftlich "Unmögliches" dennoch zu tun. Nicht nur zu versuchen sondern auch erfolgreich durchzuführen; und so gewissermaßen die Wissenschaft in rücksichtslosester Weise zu blamieren.«

Wenn wir die französische als modernste europäische Währung überhaupt bezeichnen, kann vielleicht ein Vergleich mit dem Reichsbankgesetz die Wandlungen in der Währungsanschauung am besten zeigen. Während die Reichsbank die umlaufenden Noten zu mindestens 40 % decken muß durch Gold oder Devisen, davon mindestens drei Viertel Gold, ist der Bank von Frankreich eine Golddeckung zu mindestens 35 % vorgeschrieben, und zwar für den gesamten Geldumlauf, also Noten und Giro Guthaben. Damit hat Frankreich als erster Staat die volkswirtschaftlich identische Funktion beider Zahlungsmittel in seinem Bankgesetz manifestiert. Revolutionärer noch ist zweifellos Frankreichs Verzicht auf Devisen fremder Staaten als Deckungsmittel der eigenen Währung. Zu dieser Bestimmung dürfte die Bank von Frankreich durch die Erfahrung ihrer 18 Monate währenden Stabilerhaltung des Franc gekommen sein, die durch Devisenankauf erzielt wurde und keinem der großen Notenbankinstitute eindringlicher als gerade ihr die Gefahr der internationalen Kreditausweitung durch die Devisen gezeigt hat. Frankreich ist nun durch sein Bankgesetz vor den störenden Einflüssen der internationalen Kreditmengen geschützt, denen lediglich Kapitalwanderungen ohne andere reale Wirtschaftsgrundlagen zugrunde liegen.

Totenliste Am 2. September kam durch Flugzeugabsturz der französische Minister für Handel und Luftfahrt *Maurice Bokanowski* ums Leben. Damit endete die Laufbahn einer überaus interessanten Persönlichkeit der französischen Politik. Bokanowski wurde 1879 in Le Havre geboren, widmete sich dem Rechtsanwaltsberuf und trat als solcher, wie fast alle französischen Politiker, Mai 1914 ins öffentliche Leben als Abgeordneter im Seine-

departement. Der Krieg unterbrach seine politische Laufbahn, nach mannigfachen Kriegsschicksalen wurde er erst 1919 wieder in die Kammer gewählt. Als Präsident der Finanzkommission und in seiner Eigenschaft als Generalbericht-erstatte des Budgets gelangte er dann in den Jahren 1919 bis 1924 zu der Bedeutung und Anerkennung, die er sich in der Kammer mangels rednerischer Be-gabung nicht hatte verschaffen können. Poincaré übertrug ihm 1926 eines der wichtigsten Ressorts, das Handelsmini-sterium. Bokanowski, ursprünglich An-hänger des rechten Zentrums, galt in der Kammer des Nationalen Blocks als Linksmann. Seine Energie überwand den Mangel an Rhetorik, als bald glänzender Redner wurde er der Führer der Oppo-sition gegen das Linkskartell. Er prägte das Wort Vertrauen, das Poincaré zur Basis des Wiederaufbaus der französi-schen Finanzen machte. Am Abschluß des deutsch - französischen Handelsver-trags war Bokanowski hervorragend be-teiligt. Die mißlichen Zustände in der bürokratischen Leitung des französi-schen Luftfahrtwesens, die die franzö-sische Fliegerei (diese nach amerikani-schem Urteil »vollkommenste Fliegerei der Welt« (siehe die Rundschau Tech-nik, 1927 II Seite 867)) verfallen, die Katastrophen sich häufen ließ, entfacht-ten eine regelrechte Hetze gegen Boka-nowski und bedrohten seine Stellung im Kabinett. Mit um so größerem Eifer wid-mete sich Bokanowski diesem vernach-lässigten Ressort. Es ist ein tragisches Schicksal, daß er im Dienst um dessen Reorganisation untergehen mußte, bevor es ihm gelungen war diese Aufgabe durchzuführen und sich damit zugleich in der Öffentlichkeit zu rehabilitieren.

Kurze Chronik Nach monatelangen Kämp-fen ist der Streit um die Tariferhöhung zugunsten der *Deutschen Reichsbahn* entschieden worden. Nachdem der Reichsverkehrs-minister die Erhöhung abgelehnt und damit die Meinung der Öffentlichkeit und der maßgebenden Wirtschaftskreise zur eigenen gemacht hatte, wird nun die deutsche Wirtschaft durch den Spruch mit 250 Millionen Mark belastet, die zu 80 % durch Fracht, zu 20 % durch Per-sonentariferhöhung aufkommen sollen. Gleichzeitig soll zum Zweiklassensystem übergegangen werden, was für die Per-sonentarife der 4. Klasse auf eine Stei-gerung von 12 %, gegenüber einer Frachtsteigerung von nur zirka 10 % hinausläuft. ◊ Nachdem jetzt Spanien

mit amerikanischer Hilfe zur Revalorisierung der Peseta als Vorstufe endgültiger Stabilisierung geschritten ist, geht auch Portugal energisch an die Stabilisierung des Escudo. Bulgarien und die Türkei sind dann die letzten europäischen Staaten mit ungeordneten *Währungsverhältnissen*. Die Währungssysteme haben sich nach dem politischen Umschichtungsprozeß in Europa um 13 vermehrt. ◊ New York erhöhte im Kampf gegen die Ausartung der Spekulation den *Diskontsatz* weiter um $\frac{1}{2}$ % auf 5 %. ◊ Da die nur wenigen Paragraphen seines 90 Jahre alten Handelsgesetzbuchs der Entwicklung der Aktiengesellschaften nicht mehr gerecht wurden, beschloß *Holland* ein neues Aktiengesetz. Es lehnt sich in seinen Bestimmungen eng an das deutsche Aktienrecht an. ◊ Am 8. September wurde die 3. Jahresmesse in Straßburg eröffnet. Sie zeigt den wirtschaftlichen Aufschwung *Elsaß-Lothringens* und die Eingliederung der wiedergewonnenen Provinzen in die französische Gesamtwirtschaft. Beides wurde in der Eröffnungsrede Poincarés durch Zahlen ausführlich belegt. Was die Weiterentwicklung anlangt, so betonte der Straßburger Beigeordnete Oesinger, daß das Elsaß sich nur durch die stets enger werdende Vereinigung mit dem Mutterland Frankreich wirtschaftlich voll entfalten könne. Die Entwicklung der Wirtschaft Elsaß-Lothringens in diesem ersten Nachkriegsjahrzehnt, die vom europäischen Gesichtspunkt aus besonderes Interesse bietet, soll in dieser Rundschau demnächst noch besonders behandelt werden. ◊ Eine Dauerausstellung des *Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums* wurde vor kurzem in Wien eröffnet. Dieses Museum verwendet in neuartiger Weise die Bildstatistik zur Darstellung gesellschaftlicher Vorgänge. ◊ An der *Berliner Handelshochschule* wurden 5 neue Honorarprofessuren eingerichtet und mit den folgenden Dozenten besetzt: Georg Bernhard (Bank- und Börsenwesen), Herbert Dorn (Finanz- und Steuerrecht), Julius Hirsch (Betriebswirtschaftslehre des Handels), Alfred Manes (Versicherungswesen), Anton Palmie (Slawische Sprachen).

Literatur

Die Fragen der Rationalisierung im Zusammenhang mit der Konjunkturbewegung und -forschung stehen heute im Vordergrund. Es sei an erster Stelle auf die Arbeit Aufgaben und Grenzen der Währungspolitik in der von Bernhard Harms herausgegebenen Sammlung Kie-

ler Vorträge /Jena, Gustav Fischer/ hingewiesen, in der *Albert Hahn* eine Kritik der deutschen Währungspolitik seit der Stabilisierung vornimmt. Er wendet sich scharf gegen die Politik der Reichsbank unter der Leitung Hjalmar Schachts. Mit einer Reihe überzeugender Kurven weist er die Fehler der Diskontpolitik nach, die vor allem in der Zeit des Konjunkturaufstiegs zu verhängnisvollen Unterbrechungen einer gleichmäßigen Entwicklung geführt haben. Hahn fordert eine vom freien Geldmarkt unabhängige Diskontpolitik im Dienst zielbewußter Konjunkturbeeinflussung. ◊ In seinem Buch *Irrationales in der Rationalisierung* /Breslau, M. & H. Marcus/ gibt *Gerhard Menz* zunächst einen Überblick über die Vorgänge, die sich als Rationalisierungsercheinungen im weitesten Sinn kennzeichnen lassen. Er versucht dann zu einer »Rationalisierungssystematik« zu kommen: durch Gliederung in ein Raum-, Zeit-, Kausalitäts-, Autonomie- und Kapitalproblem. Sein Versuch den Begriff Rationalisierung zu klären bringt glücklicherweise nicht noch eine neue Definition. Er findet sich mit der bekannten Formulierung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit ab. So dankenswert die sorgfältige Zusammenstellung auch der ausländischen Rationalisierungsmethoden und Forschungen ist, so wenig darf übersehen werden, daß das Verhältnis der Arbeitnehmer zur Rationalisierung bei ihm nicht die Beachtung findet, die ihm zukommt. Menz geht an den brennenden Problemen sozialer Natur vorüber, er streift sie nur oberflächlich. ◊ Dem Verständnis weltwirtschaftspolitischer Vorgänge dient in hervorragender Weise *T. Worswicks* Buch *The Economic Resources of the Empire* /London, Sir Isaac Pitman & Sons/. Es enthält die Wiedergabe von Vorlesungen, die im Herbst 1926 zur Imperial Conference am Polytechnikum in London gehalten worden sind. Die Abschnitte behandeln die ökonomische Lage Großbritanniens und der einzelnen Dominien und propagieren bewußt die Empireidee. Dessen ungeachtet zeigen sie vorzüglich die weltwirtschaftlichen Verflechtungen. ◊ Gleichen Wert hat die Arbeit *S. Uyeharas* *The Industry and Trade of Japan* /London, P. S. King & Son/. Sie zeichnet sich durch ganz vorzügliches statistisches Material aus, schildert den wirtschaftlichen Aufstieg seit 1868, zeigt die heutige weltwirtschaftliche Konstellation Japans und weist auf die zukünftigen Positionen hin

Sozialistische Bewegung / Hanns Müller

Schippel † Wie zaghaft und unsicher die Sozialdemokratie ihrer "reformistischen" Politik noch gegenübersteht, zeigt die geringe Würdigung, die der Tod Max Schippels in der Parteipresse gefunden hat. Mehr als kurze und inhaltlose Notizen hat sie für den Mann, in dessen Leben sich ein so bedeutendes Stück wichtigster Parteigeschichte und Parteiformung verkörpert, nicht übrig gehabt. Wohlwollende Deutung wird in diesem Verhalten der Parteiöffentlichkeit vor allem eine Scheu vor eigener Gewissensforschung sehen, zu der eine gründliche Auseinandersetzung mit Schippel zweifellos hätte führen müssen. Von der Bedeutung Schippels für die Partei erhält man nur dann eine annähernde Vorstellung, wenn man die verhängnisvolle Rolle kennt, die der Widerspruch in der Sozialdemokratie gespielt hat, der zwischen der Form ihrer Agitation und damit der Struktur ihrer auf unbedingte Ablehnung der Gegenwart und festen Glauben an die unvermittelte Eroberung einer bessern Zukunft hingelenkten Anhänger und dem Erfordernis praktischer Tagesarbeit und allmählicher sozialistischer Durchdringung dieser Gegenwart immer bestand. Die auf plötzliche Umwandlung ausgerichteten Menschen mußten in dem Augenblick, da die Führer im offenen Besitz der Macht waren, die Gesellschaft aber nicht ruckartig änderten, mißtrauisch werden. Die verhängnisvolle "Verräter"-ideologie innerhalb der Arbeiterschaft nach 1918 war die unvermeidliche Folge. Mutige, dem durch den Wunsch unendlich gestärkten Gefühl sich entgegenstimmende Einsicht in das Wesen unseres sozialistischen Kampfs hätte vorbereitend solches Verhängnis mindern, vielleicht verhindern können. Schippel hat den rücksichtslosen Mut besessen frühzeitig wunschgemäßen Vorstellungen zu Leibe zu gehen; er hatte sich in rastloser Arbeit das Wissen zur gründlichen Beherrschung aller wichtigen konkreten politischen Probleme erworben und schuf damit auch ein Beispiel des Führertums, das die Sozialdemokratie heute mehr denn je braucht. Alle diese Leistungen einzusehen und damit Fehler der Vergangenheit bewußt zu überwinden wäre der Partei heute sehr von Nutzen. Schippel wurde am 6. Dezember 1859 in Chemnitz geboren. Er studierte in Leipzig Nationalökonomie und Staatswissenschaften und wurde zunächst ein eifriger Schüler Rodbertus'. In langsamem innern

Kampf entwickelte sich der Staatssozialist zum Sozialdemokraten. Als solcher gehörte er bald zu den geistigen Führern der "Jungen", jener Opposition, die in den achtziger Jahren die Partei radikalisierten und besonders von der parlamentarischen Tätigkeit zur intensiven Massenaaktion bringen wollte. 1884 wurde Schippel Redakteur des Berliner Volksblatts, 1887 begründete er die Berliner Volkstribüne. In der Auseinandersetzung über den Wert der Gewerkschaften wurde Schippel zum wirklichen nahen, reformistischen Denker, der nun ununterbrochen mit leidenschaftlicher Energie auf allen wirtschaftspolitischen Gebieten die Diskussion in der Bewegung befruchtete. 1894 stand Schippel in der Leitung des Sozialdemokraten, ihm wurde der Aufbau des Parteiarchivs übertragen. 1902 gab er das Sozialdemokratische Reichstagshandbuch heraus. Seine intensivste Arbeit ist in den 337 Aufsätzen enthalten, die Schippel seit 1897 für die sozialistischen Monatshefte schrieb, und die heute so lebendig wirken wie zur Zeit ihrer Entstehung. Dem Reichstag gehörte er 15 Jahre an. In einer großen Anzahl selbständiger Schriften hat er zu vielen wichtigen Tagesproblemen fruchtbare Aufklärungsarbeit geleistet. Die Leistung Schippels müßte der Sozialdemokratie gerade in der beginnenden Epoche realistischer Politik wertvollstes Vorbild sein.

Göhre † Am gleichen 6. Juni, der das Leben unseres Genossen Schippel beendet hat, starb auch Paul Göhre in Ratzeburg im westlichen Mecklenburg, im Alter von 64 Jahren. Göhre gehört zweifellos zu den beachtenswertesten Gestalten der Sozialdemokratie. Die Motive, die ihn zur Bewegung brachten, beweisen, welches Maß sittlicher Werbekraft in unserer Bewegung stecken kann. Seine ursprüngliche Lebensumwelt hat Göhre nicht zum sozialistischen Führer bestimmt, christlich-religiöse Erwägungen haben ihn den Weg zum Sozialismus geführt. Die Sozialdemokratie hat allen Anlaß das Andenken dieses edlen Menschen, der mit seinem Feuer so viele Arbeiterherzen erwärmt hat, zu bewahren. Göhre hat Theologie studiert. Im Alter von 26 Jahren legte er sein Pfarramt nieder und ging als Arbeiter in die Fabrik, damals ein einzigartiges und mutiges Unterfangen. Auf der Landstraße lernte er als Handwerksbursche eine andere Seite proletarischen Lebens kennen. Die Erfahrungen seiner Arbeiterzeit legte er in seinem berühmten Buch 3 Monate Fabrikarbeiter

nieder. Es hat zu seiner Zeit viele Menschen aufgerüttelt, den Arbeitern hat es eine Stärkung ihres Bewußtseins gebracht. Später lebte Göhre als Pfarrer in Frankfurt an der Oder; er schloß sich Friedrich Naumann an und stand mit ihm in der Leitung der Nationalsozialen Arbeiterpartei. Die Konsequenz seines Denkens und Gewissens führte ihn zur Sozialdemokratie. 1903 wurde er in Sachsen in den Reichstag gewählt. Auseinandersetzungen mit der Partei veranlaßten ihn zur Niederlegung seines Amts nach dem Dresdener Parteitag. Später kam er in anderen Wahlkreisen wieder ins Parlament. Mit dem Kriegsende wurde Göhre Unterstaatssekretär im preußischen Kriegsministerium, schließlich lange Jahre als preußischer Staatssekretär der unmittelbare Vertreter des Ministerpräsidenten. Göhre hat auch im Genossenschaftswesen publizistisch eine Rolle gespielt (siehe die Rundschau Genossenschaftsbewegung, in diesem Band Seite 813) und war außerdem bis zu seinem Lebensende lebhaft kommunalpolitisch tätig. Mit den Sozialistischen Monatsheften war er als Mitarbeiter und Freund ein Jahrzehnt hindurch eng verbunden.

Internationaler Kongreß 1928 Der 3. Nachkriegskongreß der Sozialistischen Arbeiter-

internationale tagte vom 6. bis zum 11. August in Brüssel. Hauptgegenstände der Beratung waren die weltwirtschaftliche Lage der Nachkriegszeit und die ökonomische Politik der Arbeiterklasse, die Abrüstungsfrage, die Probleme der Kolonialpolitik und die weltpolitische Lage. 1928 kann der Glaube an einen plötzlichen Katastrophenzusammenbruch des Kapitalismus nicht mehr die Grundlage zukunftsicherer Bekenntnisse abgeben, und die Erfahrungen, die die größten sozialistischen Parteien über die Kompliziertheit und Kompromißnatur demokratischer Machteroberung machen mußten, zwingen jetzt den internationalen Kongressen immerhin ein erheblich anderes Aussehen auf als die Tagungen der Vorkriegszeit zeigten. Der Bolschewismus zwingt zur Auseinandersetzung; diese kann aber nur dann fruchtbar werden, wenn man den Teil eigener Schuld mit erkennt, der seine Macht und seine Methode mit hervorrief. In der großen Eröffnungsrede betonte Arthur Henderson, daß, während die früheren Kongresse damit beschäftigt waren die eigene Organisation aufzubauen und durch drängende Tagesfragen in Atem gehalten waren, man nun daran gehen könne »ein weit-schauendes und konstruktives Programm

unserer Tätigkeit zu geben«. Zum Thema Weltwirtschaftliche Wandlungen wies Morris Hillquit referierend auf die Entwicklung des Finanzkapitals, der Trusts und Konzerne und auf die Verschiebung des Schwergewichts wirtschaftlicher Leistungen nach Amerika hin, hob die Industrialisierung der Agrarländer als Ursache der Arbeitslosigkeit in Europa hervor und sah in den internationalen Finanzbeziehungen Voraussetzungen für internationale Streitigkeiten. Die Gefahren sollen durch internationale Kontrolle, an der die Arbeiterschaft mitwirkt, gebannt werden. Fritz Naphtali zeichnete in seinem Referat die Aufgabe: »diejenigen Tendenzen in der kapitalistischen Wirtschaft, die zur sozialistischen Wirtschaftsordnung führen, weiterzutreiben«; die monopolistischen Organisationen seien durch den Kampf der Arbeiter der Kontrolle der Nationen zu unterwerfen. Der Liberalismus habe als ökonomische Theorie ausgespielt. Internationale Wirtschaftsorganisationen sollen durch Institutionen des Völkerbunds, bei denen sich die Arbeiterklasse Einfluß zu erringen hat, kontrolliert werden. Die angenommene Resolution der Wirtschaftskommission weist der Arbeiterklasse die Aufgabe zu nach Beseitigung der Hindernisse des internationalen Warenaustausches allmählich zu streben. Die Internationale müsse weiter die Angleichung der Arbeitsbedingungen, insbesondere auch für die rückständigen Gebiete, erstreben, und sie müsse weiter verlangen, daß ein Internationales Arbeitsamt unter Mitwirkung der Arbeiterklasse die Überwachung der internationalen Trusts und Kartelle durchführe, seine Funktionen aber immer weiter ausdehne und so die künftige Wirtschaftsorganisation vorbereiten helfe. Die Beratung über die Kolonialprobleme führte zu einer Resolution, die die allgemeine kapitalistische Expansion und den verschiedenen Entwicklungsgrad der verschiedenen Kolonialgebiete schildert und dann feststellt: »Der Sozialismus lehnt die Beherrschung der Kolonialvölker grundsätzlich ab. Er betrachtet die Beseitigung der kolonialen Herrschaftsformen als eine Voraussetzung einer internationalen Völkergemeinschaft.« Für Gebiete, die die Voraussetzungen einer eigenen modernen selbständigen Kultur erreicht haben, fordert die Resolution vollständige Befreiung oder auf Wunsch Gleichstellung mit dem Mutterland, für die übrigen Kolonialvölker wirksamen Schutz gegen Unterdrückung und Ausbeutung und planmäßige Erziehung bis zur völligen Selbstverwaltung.

Für die einzelnen wichtigen Kolonialgebiete werden dann besondere Vorschläge gemacht. Die Resolution über die Abrüstungsfrage fordert von den Sozialistischen Parteien den stärkstmöglichen Druck auf ihre Regierungen zur Annahme eines Schiedsgerichtsverfahrens und macht außerdem Vorschläge für ein Abrüstungsprogramm.

Wichtig am Verlauf des Brüsseler Kongresses ist, daß er jedenfalls grundsätzlich von der Einsicht getragen wurde, daß die gegenwärtige Stunde vom Sozialismus die Formulierung evolutionär wirksamer Arbeitsprogramme verlangt. Die Lösungen der einzelnen Fragen werden noch den Gegenstand der Diskussion bilden müssen, aber die Grundhaltung ermöglicht eine Gegenwartsarbeit, die weiterführende Ergebnisse haben kann.

Deutschland: Der in dieser Rundschau Partei und Regierung (1928 I Seite 521 und folgende) besprochene Wahl-

ausfall hat die Sozialdemokratie zur Partei der Regierungsbildung gemacht und sie damit vor schwierige Aufgaben gestellt. Zunächst erzwingt diese Stellung eine fortschreitende, hoffentlich klärende Auseinandersetzung in den eigenen Reihen. Obwohl weithin eine entschiedene Entschlossenheit zur Übernahme der Führung erkennbar wurde, forderten andere Gruppen der Partei das Beharren in der Opposition. Weil diese Haltung einer alten Grundstimmung entspricht, zwingt sie immer wieder zur Auseinandersetzung. Wer in der gegenwärtigen Lage Opposition will, der muß auf jeden Fall die Frage beantworten: Wie lange, bis zu welcher politischen Situation soll die Sozialdemokratie in regierungsfeindlicher Haltung bleiben? Es gibt hierauf eine Antwort, die von Otto Bauer begründet worden ist, und die in Deutschland in der Diskussion der sozialistischen Regierungsführung vorgetragen wurde. Danach soll die Sozialdemokratie gegen bürgerliche Regierungen kämpfen, bis sie eine, wenn auch noch so geringe Mehrheit im Parlament hat, und dann, im Parlament nicht mehr an Kompromisse gebunden, durch die sie das Vertrauen der Masse verschert, übernimmt sie die Regierung. Wenn dann, was wahrscheinlich ist, das Bürgertum den Handlungen dieser Regierung Widerstand entgegensetzt, so bleibt nichts anderes übrig als unter der Fahne der Demokratie (denn die Mehrheit im Parlament beweist ja die Zustimmung der Volksmehrheit) auch mit der Waffe in der Hand die sozialistische Position zu verteidigen. Diesem Pro-

gramm muß, nicht allzufern bolschewistischer Auffassung, der Glaube zugrunde liegen, daß eine durch knappe Mehrheit erwählte rein sozialistische Regierung eine weitgehend kompromißlose Politik zu treiben vermag, daß also auf diesem Weg die Belastungsprobe des Vertrauens und der Weitsicht den Arbeitermassen erspart werden könnte. Aber der Kampf um sozialistische Gestaltung ist nicht etwa einem Kampf zu vergleichen, den Beduinenstämme um den Besitz einer Oase führen, und bei dem der siegende Stamm am Tag des Sieges in den restlosen Genuß aller Früchte des eroberten Platzes gelangen kann. Auch eine sozialistische Mehrheit müßte, so oder so, zunächst Kompromißpolitik und damit dem Wesen nach Koalitionspolitik treiben, sicher sogar diejenige, die nach einem Abwehrkampf mit den Waffen sich behauptet hätte. Diese Einsicht ergibt sich zwingend, weil eben eine Reihe wichtiger objektiver, vom Willen einer Mehrheit weitgehend unabhängiger Faktoren einen "Umsturz" der gesellschaftlichen Struktur nicht zuläßt. Wir sollten doch genau wissen, daß "Macht" nichts Formales ist. Die Eroberung der Gewalt über die Wirtschaft wird ein Durchdringungsprozeß bleiben, der zur Geduld, zum Kompromiß zwingt. Im übrigen muß doch auch darauf hingewiesen werden, daß die dargestellte Oppositionsbegründung wesentlich ein Notprodukt Österreichs ist und auch dort versagt. Aber noch aus einem andern Grund ist sie falsch. Wir kommen durch die Opposition wahrscheinlich gar nicht zu der gewünschten Mehrheit. Diese könnte uns höchstens durch zwingend einleuchtende Erfolge einer konstruktiven Politik werden. Eine solche aber kann man nur treiben, wenn man selber das Land führt, das heißt wenn man regiert. Bleibt die Sozialdemokratie als die stärkste Partei der Regierung fern, dann riskiert sie nicht nur, daß schließlich doch ein "Bürgerblock" entsteht, der geeint eine arbeiterfeindliche Herrschaft führt, sie ist dann auch in hohem Maß dafür verantwortlich, wenn der Gedanke der Demokratie überhaupt untergraben wird. Die Klassengenossen aber, die die Sozialdemokratie aus den Reihen etwa des Zentrums und anderer bürgerlicher Parteien gewinnen will und muß, werden ihr, wenn sie solche tatsächliche Schuld auf sich lädt, gewiß fernbleiben. Nein, der bequeme Weg der unmittelbaren Opposition war der Partei verschlossen, und der Zwang der Situation hat den Willen zur Mitführung hervorgerufen. Wer grundsätzlich diesen

Weg der Partei für richtig hält, muß aber mit Nachdruck betonen, daß mit einer noch so tüchtigen Portion guten Willens allein noch keine führende Politik gemacht werden kann. Das Vertrauen der Massen muß erhalten und neu gewonnen werden, Koalition aber erzwingt Kompromisse. Soll sozialdemokratische Politik diesen Bedingungen gerecht werden, so darf man nur wenig versprechen und muß alles halten. Das konkrete Handeln der Sozialisten bei Bildung und Durchführung einer Koalitionsregierung mußte daher gründlich überlegt, und damit einem selbstbewußten und entschlossenen Verhalten die unentbehrliche Voraussetzung gegeben sein. Die Regierungsbildung hat kaum den Eindruck erweckt, daß diese Voraussetzungen tatsächlich erfüllt waren. Für das so sehr notwendige Durchsetzen realistisch politischen Denkens ist es gefährlich, wenn solche Politik mit Schwäche gepaart auftritt. Notorisches Mißtrauen den Leistungen des Parlaments gegenüber ist die Grundstimmung auch sehr vieler Anhänger der Sozialdemokratie. Diese gefährliche Haltung kann gemindert werden, wenn die bloß taktischen Manöver der Fraktionen durchkreuzt werden. Bei der Regierungsbildung hat die Sozialdemokratie manche Möglichkeit hierzu nicht genutzt.

**Frankreich:
Parteitag 1928**

Der zu Pfingsten in Toulouse abgehaltene 25. Kongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs hatte vornehmlich die Aufgabe die Haltung der Abgeordneten bei der künftigen parlamentarischen Arbeit zu bestimmen. Die politische Situation, in der sich die französische Sozialdemokratie befindet, und die in vielem der bisherigen Lage der deutschen gleicht, macht es verständlich, daß scharfe Gegensätze auf dem Parteitag hervortraten. Noch weiter als die deutsche Sozialdemokratie ist die französische davon entfernt geschlossen und kompromißlos Parlament und Regierung zu beherrschen. Reine Opposition und praktische Reformarbeit mit konkreten Zielen im Auge suchen durch die sie vertretenden Gruppen die Haltung der Partei zu bestimmen. Léon Blum als Führer des Zentrums stellt sich die Aufgabe um der Geschlossenheit und Einheit willen die Gegensätze abzurunden. Ob dies für die Dauer die fruchtbarste Politik ist, bleibt problematisch. In der verschiedenen Stellung der Parteitagsdelegierten spiegelte sich die soziale Struktur Frankreichs deutlich wider. Die Abgeordneten aus dem Norden und aus Paris bildeten vornehmlich den

linken Flügel; sie stehen in den Arbeiterbezirken mit den sogenannten Kommunisten in scharfem Kampf um die Seele des Arbeiters und neigen zum abstrakten Gesinnungsbekenntnis. Sie fordern die entschiedene Ablehnung jedes Zusammengehens mit den bürgerlichen Parteien. Die zur Reformarbeit neigende Rechte stammt zum größten Teil aus den bäuerlich gefärbten südfranzösischen Departements. Auch sie besteht gegenüber der jetzigen Regierung auf Opposition, will durch diese aber eine Politik demokratischer Reformarbeit vorbereiten. Die Grundlage solcher Politik soll das Reformprogramm des Gewerkschaftsbunds abgeben, für das sich die Sozialradikale Partei erklärt hat. Um dieses Programm wurde auf dem Parteitag heftig diskutiert. Die Linke lehnte es ab; sie fürchtete durch seine Annahme eine Erschwerung des Kampfs gegen die Kommunistische Partei. Die Rechte war auf dem Parteitag noch in starker Minderheit; ihr gehörte aber ein großer Teil der Mitglieder der Kammerfraktion an. Blum betonte in seinem Referat den positiven Charakter der bisherigen Opposition. Durch sie sei der Nationale Block gesprengt und die Regierung zur Versöhnungspolitik veranlaßt worden. In der Haltung zu den Kommunisten wies Léon Blum den zweifellos richtigen Weg, dadurch daß er streng Bolschewismus und Kommunismus unterschied, die Gemeinsamkeit der Ziele des Sozialismus und Kommunismus betonte, aber aufs schärfste die Taktik der Kommunistischen Partei bekämpfte. Die Resolution des Parteitags wurde in einer Kommission beraten, die aus 19 Vertretern des linken und 8 Vertretern des rechten Flügels bestand. Sie beschäftigt sich zunächst mit den Kommunisten, die durch ihre Haltung bei den Wahlen der Reaktion und im Elsaß dem fanatischsten Klerikalismus gedient haben. Die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterklasse wird als wichtigstes Ziel erkannt. Die Sozialisierung der Produktions- und Handelsmittel sei das Endziel des Sozialismus und des Kommunismus. Es heißt hierüber in der Resolution: »Wir werden es nie aus dem Auge verlieren und werden, indem wir uns gerade mit dieser Gemeinsamkeit des Ziels gegen die Bolschewistische Partei bewaffnen, der Arbeiterklasse zeigen, daß die Mittel, deren sich der Bolschewismus bedient, diesem Ziel einer Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse gerade entgegenlaufen, zu der die Kommunistische Partei die Arbeiter auftritt, deren Vorbedingungen aber nur inner-

halb der Sozialistischen Partei gegeben sind.« Ausdrücklich werden alle Verbände daran erinnert in keiner Form auf das Angebot einer Einheitsfront mit bolschewistischen Organisationen einzugehen. Der 2. Teil der Resolution legt die Haltung der Kammerfraktion fest und verlangt von ihr die gleiche »einheitliche Opposition« wie in den Jahren 1919 bis 1924. Allen denkbaren Regierungsbildungen und parlamentarischen Verbindungen der gegenwärtigen Kammer, Rechtsblock oder Konzentration der Mitte, wird der Kampf angesagt. Als positive Aufgabe der Fraktion wird die Durchsetzung des sozialistischen Programms in Übereinstimmung mit dem des Gewerkschaftsbundes dargestellt.

Die Lehre bei den letzten Wahlen hat der französischen Partei eine erfreuliche Unterschiedenheit gegenüber der Kommunistischen Partei gebracht. Endgültig wird der Bolschewismus auch in Frankreich nur durch Schulung in konkreter Aufbauarbeit überwunden werden können. Für solch eine Geschlossenheit die Partei heranzubilden scheint noch ein ernstes Stück Arbeit zu sein, das durch die soziologisch sehr differenzierte Grundlage der Partei nicht leicht ist.

Kurze Chronik Auf dem Brüsseler Kongreß stellte Friedrich Adler als Sekretär der Internationale fest, daß fast 7 Millionen Parteimitglieder heute hinter der *Sozialistischen Arbeiterinternationale* stehen, denen aber eine Wählerzahl von 25 Millionen entspricht. Von 6 176 Abgeordneten der Welt gehören 1 181 der Internationale an; also nahezu ein Fünftel. 354 sozialistische Zeitungen bestehen. Infolge erhöhter Arbeitstätigkeit der Internationale wurde als Zwischeninstanz zwischen Kongreß und Exekutive die Internationale Konferenz vorgeschlagen und beschlossen. Die Bestimmung der Statuten, daß alle 3 Jahre ein Kongreß stattfinden muß, wurde dahin geändert, daß »in der Regel« alle 3 Jahre der Kongreß abgehalten wird. ◊ Über die organisatorische Stärke der französischen Partei wurden zum Parteikongreß folgende Zahlen bekanntgegeben: Die Partei zählt 106 Gemeinderäte, 741 Bürgermeister und Mehrheiten im Gemeinderat, 115 Arrondissement-, 201 Departementalräte. Im Dezember 1927 hatte sie 97 Abgeordnete und 15 Senatoren und rund 100 000 organisierte Parteimitglieder. ◊ Im Bericht des Parteisekretärs der tschechischen Sozialdemokratie zur Tagung der Parteivertretung wurde mitgeteilt, daß im 1. Vierteljahr

1928 120 000 zahlende Mitglieder, das sind rund 23 000 mehr als vor 1. Jahr, vorhanden waren, und daß bei Gemeindewahlen die Partei um 28 % mehr Stimmen erhalten hat als voriges Mal. ◊ Bei den letzten argentinischen 3fachen Wahlen (Präsident, 80 Deputierte und ein Drittel des Senats) trug die neugegründete Unabhängige Sozialistische Partei, die sogenannten Antipersonalisten, gegenüber der alten Sozialistischen Partei den Sieg davon; die neue Partei erhielt 51 273, die alte 45 225 Stimmen, die Gesamtzahl sozialistischer Stimmen betrug also rund 96 500, 2 Jahre vorher 63 600. 3 kommunistische Gruppen gewannen zusammen 4500 Stimmen.

Literatur

Der *Sozialistische Kulturbund* hat den Bericht seiner 1. Reichstagung 1926 in Blankenburg in Thüringen im Selbstverlag in Berlin herausgegeben. Die Schrift enthält die folgenden Referate: Die kulturelle Lage der Arbeiterschaft (Alexander Stein), Sozialismus und Wissenschaft (Adolf Braun), Sozialismus und Kunst (Anna Siemsen), Die Aufgaben der Kunst (Leo Kestenberg), Sozialismus und Erziehung (Kurt Löwenstein), Volkswohlfahrt (Marie Juchacz), Volksgesundheit (Andreas Knack), Aufgaben von Reich, Staat und Gemeinde (Johannes Meerfeld), Aufgaben der Organisationen (Heinrich Schulz), Die Pflichten des einzelnen in der Gemeinschaft (Artur Crispian) und die Aussprache über die behandelten Gegenstände. Die Blankenburger Tagung galt dem Zweck die Vertreter der sozialistischen Kulturbewegung zusammenzurufen, um über das Wollen und die Methoden Klarheit zu schaffen und so die Grundlage der Bewegung zu bereiten. Der Vielseitigkeit der erfaßten Organisationen entspricht der Umfang der Tagung und ihrer Referate. ◊ In der Reihe der Schriften zur Zeit /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ erschien *Gustav Radbruchs Kulturlehre des Sozialismus* in 2., umgeänderter und erweiterter Auflage. ◊ In einer Dissertation der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg behandelt *Paul Weidmann* das Thema Die Programme der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Gotha bis Görlitz. Den Programmen ist jeweils ein kurzer Überblick der vor ihnen liegenden parteigeschichtlichen Entwicklung vorangestellt. Unter dem Abschnitt Staat und Klassenstaat findet sich eine heute recht brauchbare Besprechung der Diskussion dieser Probleme um die Zeit des Erfurter Programms.

Gewerkschaftsbewegung / Franz Große

Deutschland Um die Bedeutung des Hamburger Gewerkschaftskongresses, über den im folgenden Abschnitt berichtet wird, richtig zu erkennen, gibt es kein besseres Hilfsmittel als eine gründliche Lektüre des in der Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin herausgegebenen Jahrbuchs des Bundes. Besonders, wenn man dieses Jahrbuch mit den früheren vergleicht, wird deutlich, in einem wie gewaltigen Maß in den letzten Jahren nach der Schwächung in der Inflation das Ansehen und die Macht der Gewerkschaften wieder gestiegen ist. Es gibt heute kein Gebiet des Wirtschaftslebens, das die Gewerkschaften nicht angeht. Sie waren gezwungen zu allen großen wirtschaftspolitischen Ereignissen des Jahres Stellung zu nehmen: zur Kartellfrage, zum Abschluß von Handelsverträgen, zur Politik des Reichsbankpräsidenten, um nur einiges herauszuheben. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik hat sich der Einfluß der Gewerkschaften in besonders hohem Grad gezeigt. Die Übersicht über die einzelnen Gutachten im Jahrbuch zeigt, daß die Gewerkschaften die Erfordernisse der Gesamtwirtschaft nicht aus dem Auge verloren haben, daß aber alle ihre Forderungen im letzten von ihrem Kampf um eine endgültige Neugestaltung der Wirtschaft bestimmt waren. Die Gewerkschaften haben erkannt, und das Jahrbuch zeigt dies in seiner kühlen und nüchternen Sprache äußerst klar, daß zwar noch die Vertretung der Ware Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt die erste und vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften bleibt, daß sie darüber hinaus aber mehr und mehr zum verantwortlichen Träger der Produktion werden, daß von Jahr zu Jahr ihre Bedeutung innerhalb der Gesamtwirtschaft wächst. In den leitenden Kreisen der Freien Gewerkschaften steht dies längst fest. Es ist deshalb einigermaßen unverständlich, wenn ein so guter Kenner der Gewerkschaftsbewegung wie Hermann Lufft in der Deutschen Arbeit, in einem Aufsatz Was trennt die Christlichen Gewerkschaften von den Freien?, bei einer Besprechung des ausgezeichneten Büchleins Wilhelms Sturmfels' Die Bedeutung der Gewerkschaften für die Staatsbildung / Karlsruhe, G. Braun/ behauptet, die Freien Gewerkschaften gingen in der kleinlichen Tagespolitik auf, während die Christlichen noch ein größeres Ziel hätten, das sehr vage in einer

Umstellung des Volks auf erhöhte produktive Leistung, die dem ganzen Volk zugute kommt, und auch in einer Neuordnung der Güterverteilung umschrieben wird. Die Referate und Debatten des Hamburger Gewerkschaftskongresses werden ihn hoffentlich ebenso wie die Lektüre des Jahrbuchs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes überzeugen, daß die Freien Gewerkschaften sich nicht mit bloßen Schlagworten begnügen sondern bemüht sind klar ihren Weg zu finden, der zu dem großen Ziel führt. Freilich, eins hat dieser Kongreß auch wieder in erfreulich starkem Maß gezeigt: Die Freien Gewerkschaften suchen keine Ideologie, wie sie Lufft und die Christlichen Gewerkschaften suchen, die die Gewerkschaften als die *einzigsten* Umgestalter des wirtschaftlichen Lebens bezeichnet. Das machtvolle Bekenntnis zur Gesamtheit der sozialistischen Bewegung, zur Sozialdemokratischen Partei als der politischen Vertretung der Arbeiterklasse, zu den Konsumgenossenschaften, zur Bauhüttenbewegung, zur Arbeiterbank auf diesem Kongreß zeigt dies aufs deutlichste. Die Gewerkschaften als die eigentlichen Vertreter der Arbeiterklasse innerhalb der Wirtschaft haben ihre besondere Aufgabe. Sie zu erkennen, den Weg der nächsten Jahre zu sehen war das Ziel des Hamburger Kongresses. Aus dem Jahrbuch seien noch einige Einzelheiten erwähnt. Mit Ausnahme eines einzigen haben alle Verbände einen Zuwachs an Mitgliedern aufzuweisen, der sich zwischen 0,6 und 21,0 % der Mitglieder bewegt. Die Gesamtzahl der Mitglieder war am Ende des Jahres 1927 auf 4 415 689 gestiegen, gegenüber dem Vorjahr also um 482 754 oder 12,3 %. Die stärkste Steigerung weist der Metallarbeiterverband auf; um 20,8 %. Der durch die Lohnbewegungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erzielte Erfolg zeigt sich in folgenden großen Zahlen: 1927 hatten insgesamt 13 063 851 Personen oder 87,5 % aller Beteiligten einen Erfolg. 2 138 849 Personen erreichten eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt 7 522 041 Stunden per Woche, 7 332 416 männliche Personen eine Lohnerhöhung von 2,54 Mark und 2 783 357 weibliche Personen eine solche von 1,56 Mark per Woche. Vor allem die Arbeitszeitverkürzung, die erkämpft ist, läßt erhoffen, daß die Macht der Gewerkschaften bald eine endgültige Zurückeroberung des Achtstundentags erreichen wird. Die Konzentrationsbewegung in den Gewerkschaften hat weitere Fortschritte gemacht. Auf dem Breslauer Kongreß waren noch

40 Verbände vertreten. Am Ende des Jahres 1927 war die Zahl auf 35 zurückgegangen. Auch hier marschieren die deutschen Gewerkschaften wieder an der Spitze der Gewerkschaften der Welt. Das Jahrbuch gibt einen interessanten Überblick über die fortdauernden Zusammenschlüsse seit dem Gewerkschaftskongreß in Halberstadt /1892/. Außerordentlich lehrreich ist in dem Jahrbuch auch die Übersicht über die Presse der Freien Gewerkschaften. Danach erscheinen 36 Verbandsorgane in einer Auflage von 4 685 990 Stück, 13 Branchenorgane in einer Auflage von 242 300, 15 Fachorgane in einer Auflage von 366 410, 13 besondere Jugendorgane in einer Auflage von 433 800 und 21 Spezialorgane in einer Auflage von 1 243 470, im ganzen 98 Organe in einer Auflage von rund 7 Millionen Exemplaren. Hinzu kommen noch die Gewerkschaftszeitung mit 76 000 und die Gewerkschaftliche Frauenzeitung mit 70 000 Exemplaren. Die Auflage des Jugendführers betrug 6600, die der wissenschaftlichen Monatsschrift Die Arbeit 5000. Seit Anfang 1928 erscheint ferner noch die Arbeitsrechtspraxis in einer Auflage von 16 000 Exemplaren. Auch diese Zahlen zeigen die wachsende Macht der deutschen Gewerkschaften.

Deutschland: Schon auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß /1925/
Kongreß 1928 war in den Referaten Her-

mann Jäckels und Paul Hermbergs die Frage der Wirtschaftsdemokratie angeschnitten worden. Die Debatte, die sich im Lauf der Jahre daran anschloß, zeigte noch mancherlei Unklarheiten. Es schien manchmal die Befürchtung nicht ganz unangebracht, daß mit der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie ein mehr oder weniger grundsätzlicher Verzicht auf eine endgültige Neugestaltung der Wirtschaft, ein Verzicht auf Sozialismus vorhanden sei. Wirtschaftsdemokratie ist ja heute auch das Schlagwort der Christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Für diese bedeutet es allerdings auch ein mehr oder weniger endgültiges Ziel. Sie wollen doch, das klingt auch aus den Ausführungen Luftts deutlich heraus, sich mit der heutigen Wirtschaft abfinden und sie nur erträglicher, gerechter gestalten durch den Einbau demokratischer Institutionen. Der diesjährige Kongreß der Freien Gewerkschaften, der vom 3. bis zum 7. September in Hamburg tagte, hat gerade zu dieser Frage einen bemerkenswerten Beitrag geleistet. Das Referat Fritz Naphtalis über Wirtschaftsdemokratie und die auf einem

sehr hohen Niveau sich bewegende Debatte haben gezeigt, daß in den Freien Gewerkschaften die Forderung auf Demokratisierung der Wirtschaft in keiner Weise mit dem Verzicht auf die grundsätzliche Forderung nach Sozialismus verbunden ist. Klar und deutlich hat Naphtali hervorgehoben, daß Wirtschaftsdemokratie ihre Erfüllung erst in einer sozialistischen Wirtschaft finden kann. Durch seine Ausführungen, die in seiner programmatischen Schrift Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/ noch umfassender und klarer gegeben sind, ist den deutschen Gewerkschaften für die nächste Zukunft der Weg gewiesen. Die Richtlinien, die nach Naphtalis Referat bekanntgegeben sind, stellen eine programmatische Zusammenfassung der wichtigsten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bestrebungen dar. Die Forderungen sind auch keineswegs auf das enge Gebiet der täglichen Gewerkschaftsarbeit beschränkt. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Würdigung der Landwirtschaft zeigt, daß die Gewerkschaften sich der Bedeutung der Gesamtwirtschaft sehr wohl bewußt sind. Im einzelnen bedürfen natürlich die verschiedenen Programmpunkte noch mancherlei Vertiefung. So ist die Stellung der Betriebsräte in der heutigen Wirtschaft noch keineswegs genügend geklärt. Wenn bereits Betriebsräte für kombinierte Betriebe gefordert werden, so zeigt das, wie gerade aus den Strukturwandlungen der heutigen Wirtschaft ständig neue Aufgaben gestellt sind. Man muß wünschen, daß die Gewerkschaften ihr Programm nicht als starr, ein für allemal gegeben, ansehen sondern es ständig den Erfordernissen und Gegebenheiten der Situation anzupassen suchen.

Die Bedeutung, die man in leitenden Regierungskreisen der Tagung beimaß, zeigte sich in der Anwesenheit dreier Minister. Als erster begrüßte der alte gewerkschaftliche Kampfgenosse, Rudolf Wissell, den Kongreß. Er wies in Gedankengängen, die dem Leser der Sozialistischen Monatshefte bekannt sind, auf die große Bedeutung der Sozialpolitik für die Gesamtwirtschaft hin. Er versprach die Zusammenfassung des in vielen Gesetzen vorliegenden Arbeitsrechts zu einem einheitlichen Gesetzbuch der Arbeit auf tatkräftigste zu fördern. Weiter stellte er umfangreiche Verbesserungen auf verschiedenen Gebieten der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts in Aussicht. Sodann würdigte der volksparteiliche Wirt-

schaftsminister Julius Curtius die Arbeit der Gewerkschaften und versprach die endgültige Regelung der Neugestaltung des Reichswirtschaftsrats. Endlich sprach in der Debatte Carl Severing, der den baldigen Abbau der Technischen Nothilfe und die Verwendung der hierdurch freierwerdenden Mittel zu der von den Gewerkschaften geforderten Durchbrechung des Bildungsmonopols in Aussicht stellte. Die stürmische Begrüßung Severings galt nicht nur dem alten Kampfgenossen, sie galt auch dem Minister der demokratischen Republik, sie galt der Zustimmung zur positiven Mitarbeit der Sozialdemokratie an der Regierung. Man möchte hoffen, daß gerade im jetzigen Augenblick der "Panzerkreuzerkrise" diese Kundgebung der Freien Gewerkschaften in der Partei richtig verstanden wird.

Nicht weniger wichtig waren die Referate des Stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes Hermann Müller über die Vereinheitlichung und Selbstverwaltung der sozialen Gesetzgebung, und des Bildungssekretärs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Otto Heßler über die Bildungsfragen der Gewerkschaften. Nicht nur für die engere Bildungsarbeit der Gewerkschaften sondern auch für die innere Ausgestaltung des Volksschul- und Berufsschulwesens wurden konkrete Forderungen aufgestellt. Die "kommunistische" Opposition, die auf früheren Kongressen noch verhältnismäßig stark war, verschwand diesmal mit 3 Delegierten völlig; ihren Ausführungen kann keinerlei Bedeutung beigemessen werden. Die am Ende des Kongresses vorgenommenen Wahlen ergaben keine Veränderung in der Zusammensetzung des Vorstands: Theodor Leipart wurde mit 267 Stimmen wiederum zum 1. Vorsitzenden, Peter Graßmann und Hermann Müller mit 272 respektive 274 zu Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt, Hermann Kube zum Kassierer, Paul Umbreit, Alexander Knoll, Willi Eggert zu Sekretären.

Österreich: Dem österreichischen Gewerkschaftskongreß, der vom 18. bis zum 23. Juni in Wien tagte, kommt ähnlich wie dem deutschen eine besonders große Bedeutung zu. Auf ihm ist eine völlige Neuorganisation beschlossen worden. Die einzelnen Verbände waren bisher nur ganz lose in der österreichischen Gewerkschaftskommission zusammengeschlossen. Nunmehr ist eine feste und straffe Zusammenfassung im Bund der Freien Gewerkschaften Österreichs beschlossen. Der Bund wird jetzt zu einer autoritären zentralen Repräsen-

tanz, der Bundesvorstand zu einem wirklich aktiven Element der Gesamtbewegung. Der Landeszentrale wird zum Beispiel jetzt das Recht eingeräumt die angeschlossenen Verbände in ihrer Kassenführung zu kontrollieren. Besonders wichtig ist auch das im Statut vorgesehene, von Fall zu Fall zu wählende Schiedsgericht, das die Grenzstreitigkeiten der Verbände schlichten soll. Dem österreichischen Gewerkschaftsbund gehören, hierin unterscheidet er sich vom Deutschen Gewerkschaftsbund, außer den Arbeitergewerkschaften auch die Verbände der Beamten und Angestellten an.

Einen der wichtigsten Punkte der Tagesordnung bildete die Frage der Organisation nach Industrien. Die Schwierigkeiten dieser an sich erstrebenswerten Weiterbildung der gewerkschaftlichen Verbände sind aus der deutschen Diskussion hinlänglich bekannt, und sie treten auch hier wieder stark hervor. Es lassen sich eben hier die Mitglieder der Gewerkschaften nicht einfach von einem zum andern Verband kommandieren. Man wird auch hier den Weg, der in Deutschland bisher erfolgreich beschritten ist, weitergehen und ständig einen freiwilligen Zusammenschluß der Verbände erstreben müssen. Von 1917 bis 1927 haben sich übrigens auch in Österreich 23 Gewerkschaften freiwillig aufgelöst und sich mit anderen Gewerkschaften zusammengeschlossen. Daß an sich ein immer stärkerer Zusammenschluß dringende Notwendigkeit ist, wurde auf dem Kongreß einmütig anerkannt. Der Kongreß empfahl einen Vorschlag zur Einteilung der Berufsarten in 16 Industriegruppen als Grundlage für weitere Einigungsverhandlungen. Damit dürfte der weitem Entwicklung schon der Weg klarer gewiesen sein. Abgelehnt wurde dagegen fast allgemein der Vorschlag einen einzigen großen Verband für alle Arbeiter, Angestellte und Beamte, die sogenannte one big union, zu schaffen. Gerade wenn man die Bedeutung der Gewerkschaften für eine zukünftige sozialistische Wirtschaft ins Auge faßt, muß ein solcher scheinradikaler Vorschlag aufs allerschärfste abgelehnt werden. Rudolf Huppert, der Referent zu diesem Punkt, lehnte ihn ab mit folgenden trefflichen Argumenten: »Denn wenn einmal der Moment kommt, der schon einmal im Jahre 1918 da war, der Moment, wo wir die Produktion übernehmen, sollen wir in den Gewerkschaften die geschulten Menschen haben, die die Betriebe zu übernehmen befähigt sind. Es genügt nicht auf einem Betrieb die rote Fahne zu hissen, um zu sagen: der

Betrieb ist sozialisiert. Man muß auch die Produktion bis in die kleinsten Einzelheiten kennen, und man muß nicht nur mit dem Technischen sondern auch mit dem Kommerziellen des Betriebes vertraut sein. Von diesem Gesichtspunkt aus wollen wir Industriegruppenorganisationen schaffen und nicht eine Gewerkschaft für alle Arbeiter und Angestellten des ganzen Landes. Würden wir eine solche Organisation schaffen, so würde naturgemäß die ganze Bewegung verflachen. Die einzelnen Industriegruppen sollen jedoch so streng und klar als möglich abgegrenzt werden, um jegliche Grenzstreitigkeiten zu vermeiden.«

Der Kongreß nahm auch noch Referate über die wirtschaftliche Lage und die Rationalisierungsbestrebungen entgegen. Die Frauenfrage bildete, und dies zum erstenmal auf einem österreichischen Gewerkschaftskongreß, einen besondern Punkt der Tagesordnung.

Belgien Vom 2. bis zum 4. Juli tagte der Belgische Gewerkschaftsbund in Brüssel. Die Mitgliederzahl des Bundes ist vom 31. Dezember 1925 bis zum 31. Dezember 1927 um etwa 4 %, von 552 094 Mitgliedern auf 530 575 zurückgegangen. Bei den außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen sind diese Zahlen keineswegs ungünstig. Der Sekretär des Gewerkschaftsbunds Bondas erstattete ein ausführliches Referat über dessen Programm. Das Programm umfaßt Forderungen auf dem Gebiet der sozialen Versicherung, der Familienzulagen, des Urlaubs, der Arbeitsaufsicht, der Durchführung der übernationalen Arbeitsabkommen und der Rationalisierung. Hierbei wurde hervorgehoben, daß die Rationalisierung auch im Interesse der Arbeiterklasse liege, daß sie deshalb von den Gewerkschaften zu fordern sei, daß aber ihr Ergebnis nicht allein dem Unternehmer zukommen dürfe. Das Programm wurde gegen 1 Stimme nach ausführlicher Diskussion gebilligt.

So zeigt auch dieser Kongreß, daß allenthalben die Gewerkschaften bemüht sind die nächsten Ziele ihres Kampfs klar herauszuarbeiten. In dieser Rundschau (in diesem Band Seite 610) wurde bereits auf die Bestrebungen der französischen Gewerkschaften in dieser Hinsicht hingewiesen. Nunmehr liegt auch das umfassende Programm der deutschen Gewerkschaften und der belgischen vor. Damit ist auch für eine fortschreitende Konsolidierung der Gewerkschaftsinternationale viel erreicht. Denn solange noch kein übernationaler europäischer Staat

vorhanden ist, wird die Festigung der Internationale nur über die Stärkung und innere Festigung der nationalen Verbände vor sich gehen. Es wäre freilich zu untersuchen, ob nicht bald die Zeit zu einer unmittelbaren und engern Zusammenarbeit der französischen, belgischen und deutschen Gewerkschaften gekommen ist. Gerade von einer noch engern Zusammenarbeit dieser 3 großen Gewerkschaften aus, die nunmehr nach der Festigung der französischen Gewerkschaften eher möglich ist, kann viel für eine endgültige Befriedung Europas getan werden.

Sicher bedarf es hierzu noch vieler Vorarbeiten, aber man wird doch bei dem immer stärker werdenden Zusammenschluß von wichtigen Industrien der 3 Länder allmählich sich mit dieser Frage vertraut machen müssen.

Totenliste In der Nacht vom 29. zum 30. März starb in Berlin *Louis Kaulfuß*, 56 Jahre alt.

Seit einem Jahr lag er an Magenkrebs darnieder. Sein gewerkschaftliches Wirken galt vornehmlich dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, um den er sich große Verdienste erworben hat. Kaulfuß war ein Mensch, der ganz in der Arbeit aufging, dabei aber doch bedeutende menschliche Qualitäten hatte, die sich freilich nur seinen nächsten Freunden zeigten.

Am 22. April starb in Breslau der frühere Gauleiter des Verkehrsbunds *Hermann Zimmer*, in seinem 61. Lebensjahr. Er war ursprünglich Schneider, später wirkte er im Transportarbeiterverband, der ihn zum Gauleiter für Schlesien machte. Nach dem Novemberzusammenbruch trat er an die Spitze der Landesregierung für Schlesien, und in dieser Staatsstellung blieb er bis zum Tod.

Anfang Mai starb im Exil in Paris der ehemalige Sekretär des Mailänder Gewerkschaftskartells *Giovanni Bensi*. Er war von Beruf Steindruckereihilfsarbeiter. Schon mit 19 Jahren leitete er das Gewerkschaftskartell von Lodi. Im Jahr 1919 wurde ihm dann das Sekretariat des Mailänder Gewerkschaftskartells übertragen. Da Mailand die Zentrale der italienischen Gewerkschaften war, so kam dieser seiner Tätigkeit natürlich besondere Wichtigkeit zu. Nach der Zerstörung des Gebäudes der Mailänder Arbeiterschaft in der ersten Zeit des Fascismus mußte Bensi seine Tätigkeit in Mailand einstellen und seine Heimat verlassen. Nach langer Arbeitslosigkeit konnte er sich im Exil schließlich als Hilfsarbeiter in einer Hutfabrik das Nottüftigste für

sich und seine Familie erarbeiten. An seinem Grab standen Filippo Turati, Angelica Balabanowa und andere alte Kämpfer der italienischen Arbeiterbewegung. Am 7. Juli starb in Nürnberg *Helene Grünberg*, in ihrem 54. Lebensjahr. Sie war die erste deutsche Arbeitersekretärin. Die Organisierung der Hausgehilfinnen war ihr eigentliches Werk, in dem sie Hervorragendes vollbracht hat. Vorher war sie, von Beruf Schneiderin, Jahre hindurch in der Berliner Schneiderbewegung tätig. 1905 trat sie in das Nürnberger Arbeitersekretariat ein, das sie 1924 wegen einer Nervenzerrüttung verlassen mußte. Der Verlust, den die Arbeiterbewegung durch den Tod Helene Grünbergs erlitten hat, wird nicht leicht ausgeglichen werden können.

Kurze Chronik In der am 23. und 24. Juli in Köln abgehaltenen Vorstandssitzung des *Internationalen Gewerkschaftsbunds* sind nunmehr in der Organisationsfrage folgende Vorschläge angenommen worden, die noch der Bestätigung durch den Ausschuß bedürfen: 1. Die vom Generalrat des Britischen Gewerkschaftsbunds beantragte Wahl Citrines zum Vorstandsmitglied des Internationalen Gewerkschaftsbunds wird gutgeheißen. Nach Bestätigung der Wahl durch den Ausschuß soll Citrine zum Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbunds gewählt werden. 2. Als Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbunds soll weiterhin bis zum nächsten Kongreß Amsterdam beibehalten werden. Als Generalsekretär wird Johann Sassenbach vorgeschlagen. ◊ Dem Beispiel der amerikanischen Gewerkschaften folgend hat auch der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörende Gewerkschaftsbund Palästinas die Einführung von *Gewerkschaftsmarken* (Marken für unter gewerkschaftlichen Bedingungen hergestellte Waren) beschlossen. Der Gewerkschaftsbund stellt allen Arbeitgebern, die gewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschäftigen, einen besondern Stempel zur Verfügung. ◊ Im Städtchen Bernau bei Berlin wurde am 29. Juli der Grundstein für die erste *Bundesschule* des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gelegt. ◊ Der *Deutsche Metallarbeiterverband*, der stärkste Verband der deutschen Gewerkschaften, beschloß auf seinem letzten Verbandstag seinen Sitz von Stuttgart nach Berlin zu verlegen. ◊ Die Exekutive des Gewerkschaftsbunds der *Vereinigten Staaten* sprach sich in einem offiziellen Beschluß neuerdings gegen die Beteiligung an jeglicher Politik

aus. Bei den Präsidentenwahlen wird sich die American Federation of Labor daher offiziell weder für Hoover noch für Smith einsetzen. Dagegen haben sich einzelne Gewerkschaften, so die des States New York, für Smith erklärt; auch der Präsident des Gewerkschaftsbunds Green ließ deutlich seine Sympathie für Smith anlässlich einer Rede auf einer Tagung durchblicken. ◊ Der Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds *Paul Umbreit* vollendete am 30. Juni sein 60. Lebensjahr. Seit 1900 ist Umbreit Redakteur des Korrespondenzblatts der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, dann der Gewerkschaftszeitung. Auf mehreren Gewerkschaftskongressen war Umbreit Referent; 1902 in Stuttgart sprach er für die Einrichtung eines Unterstützungsfonds für die Gewerkschaftsangestellten, 1905 in Köln referierte er über die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft in Arbeitskammern und Arbeiterkammern, 1911 in Dresden über Arbeitsnachweis und Arbeitslosenunterstützung, 1919 in Nürnberg über die Sozialisierung der Industrie. Auch literarisch ist dieser bedeutende Gewerkschaftsführer, der von Beruf aus Drechsler und später Mechaniker und Monteur war, mit vielen instruktiven Arbeiten hervorgetreten; die Leser der Sozialistischen Monatshefte kennen ihn noch besonders aus seinen inhaltreichen Artikeln, die er für diese Zeitschrift schrieb.

Literatur Hermann Lufft hat eine größere Arbeit über *Samuel Gompers* erscheinen lassen (/Berlin, Reimar Hobbing/). Das Buch bildet eine gute Ergänzung zu Pollaks umfassendem Werk über die amerikanischen Gewerkschaften. Lufft hat zu seiner Arbeit die Autobiographie des großen amerikanischen Gewerkschaftsführers benutzt. Man gewinnt so ein gutes Bild seiner interessanten Persönlichkeit. Viele Einzelheiten sind lehrreich, so die Darlegungen über die Rolle der amerikanischen Gewerkschaften im Krieg. Sie sind, vor allem auch Gompers selbst, die stärksten Befürworter einer aktiven Kriegspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika gewesen. In vielem läßt sich freilich für den deutschen Beobachter schwer übersehen, ob Lufft nicht die Bedeutung der amerikanischen Gewerkschaften für die amerikanische Wirtschaft überschätzt. Auch scheint er gewisse Wandlungen in den amerikanischen Gewerkschaften zu übersehen, auf die Georg Decker in mehreren beachtenswerten Aufsätzen in der Zeitschrift *Die Arbeit* hingewiesen hat.

Genossenschaftsbewegung / Reinhard Weber

Kaufmann † Nach jahrelangem, sein unermüdliches Schaffen immer schlimmer störendem Leiden und nach wiederholten Operationen starb in Hamburg am 2. Juli, für die meisten Genossenschaftler unvermutet, Heinrich Kaufmann, der große bahnbrechende Führer der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung. An der Hamburger Feier des 25. Geburtstags des Zentralverbands Deutscher Konsumvereine, die mit dem 25. Dienstjubiläum des Mitbegründers Heinrich Kaufmann zusammenfiel, konnte er am 18. Mai noch teilnehmen. Dagegen mußte er schweren Herzens darauf verzichten auf dem großen Jubiläumsgenossenschaftstag vom 11. bis zum 13. Juni zu Dresden zu erscheinen. Eine neue Operation war plötzlich notwendig geworden, die letzte, wie der immer arbeitsfrohe Jubilar meinte. Das Schicksal hat seine Annahme in anderm Sinn wahr gemacht. Durch dieses zugleich tragische und schöne Geschick, das ihn auf der Höhe des Schaffens und des Ruhms fällte, ist Heinrich Kaufmann als eine von der gesamten Genossenschaftswelt hochgeachtete und zumeist aufrichtig verehrte Führerpersönlichkeit in zahlreichen Genossenschaftsblättern des In- und Auslands gerade vor seinem Tod gefeiert worden. Die Sozialistischen Monatshefte, die ihm durch seinen ersten Beitrag Von unten auf (1899 Seite 177 und folgende) an der Schwelle seiner genossenschaftlichen Laufbahn mit zum Schicksal geworden waren, denen er stets ein treuer Freund war, und die jetzt durch seinen Tod einen so sehr großen Verlust erlitten haben, müssen nun hier die Würdigung seines Jubiläums mit dem Nachruf auf ihn verbinden.

Das für die konsumgenossenschaftliche Bewegung und für die meisten ihrer Führer charakteristische Von-unten-Auf gilt auch für Heinrich Kaufmann selbst. Er war ein Bauernsohn, wurde am 23. November 1864 in dem Dorf Bredegad in der Schleswiger Landschaft Angeln geboren. Von 1887 bis 1890 war er Volksschullehrer in Kiel, danach Lehrer an einer angesehenen Hamburger Privatschule. Er widmete sich bald der sozialistischen Arbeiterbewegung, wirkte in der Leitung der Hamburger Freien Volksbühne und als Lehrer in Arbeiterfortbildungskursen, was den im Hamburger Staatsdienst stehenden Volksschullehrern verboten worden war. In den volkswirtschaftlichen Stunden die-

ser Kurse trat Kaufmann bereits für die Konsumgenossenschaften ein. Aus dieser seiner Schule sind mehrere Genossenschaftler von Rang hervorgegangen, so Ferdinand Vieth, damals Korbmacher, und August Müller, damals Gärtner. Im Herbst 1894 übernahm Kaufmann die Redaktion und Geschäftsleitung des zur gleichen Zeit gegründeten Harburger Volksblatts. Als verantwortlicher Redakteur mußte er wegen einer geringfügigen Sache für einige Zeit ins Gefängnis nach Hameln übersiedeln. Bereits in die Harburger Zeit fällt Heinrich Kaufmanns erste Betätigung als praktischer Konsumgenossenschaftler. Er wird Mitglied eines Konsumvereins, der ziemlich eingeschlafen war, weil ihm die Harburger Arbeiterschaft keine Beachtung geschenkt hatte. Kaufmann gelingt es einflußreiche Genossen der Harburger Arbeiterbewegung dafür zu interessieren und in den Vorstand zu bringen; er selbst kommt in den Aufsichtsrat. In seiner Zeitung wirbt er für die Konsumgenossenschaftsbewegung. Der Harburger Konsumverein erwacht zu neuem Leben. Kaufmann aber treibt es dem konsumgenossenschaftlichen Gedanken auch in weiteren Kreisen der deutschen Sozialdemokratie Geltung zu verschaffen. Ende 1899 erscheint sein oben erwähnter Artikel in den Sozialistischen Monatsheften, der eine gewaltige Wirkung ausübte. Inzwischen war auch die 1894 gegründete Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine auf ihn aufmerksam geworden. Sie gewann ihn 1900 als nebenamtlichen Leiter ihres Wochenberichts. Die überwiegende Mehrheit in der deutschen sozialistischen Bewegung, vor allem die maßgebende politische Führerschaft, war damals jedoch noch nicht zum konsumgenossenschaftlichen Gedanken bekehrt. Man stellte daher Heinrich Kaufmann vor die Wahl auf konsumgenossenschaftliche Propaganda zu verzichten oder die Redaktion am Harburger Volksblatt niederzulegen. Er entschied sich für die Genossenschaftssache und trat mit dem 1. Januar 1901 ganz in die Dienste der Großeinkaufsgesellschaft. Dort richtete er eine publizistische Abteilung ein, die er leitete. Am 18. Mai 1903 wurde er Sekretär des mit diesem Tag gegründeten Zentralverbands Deutscher Konsumvereine; die treibende Kraft zu dieser Gründung war Kaufmann selbst. Im Jahr 1907 wurde er Aufsichtsratsmitglied der Großeinkaufsgesellschaft, 1908 Generalsekretär des Verbands, 1912 dessen Vorstandsmitglied.

Die einzelnen Etappen in der genossenschaftlichen Laufbahn Heinrich Kaufmanns sind zugleich Etappen des Aufstiegs der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung. Am 1. Januar 1904 ging jene publizistische Abteilung der Großeinkaufsgesellschaft an den Verband über; als die bald zu großer Berühmtheit gelangende Verlagsanstalt des Zentralverbands Deutscher Konsumvereine, und zwar in der Form der offenen Handelsgesellschaft Heinrich Kaufmann & Co., deren Geschäftsführer Kaufmann wurde. Damit begann seine große Verlegerstätigkeit, wobei er selbst zugleich der schriftstellerische Hauptmitarbeiter seines Verlags war und blieb. So ist zum Beispiel das bekannte, in seinem Aufbau bewundernswerte Jahrbuch des Zentralverbands nicht nur von Heinrich Kaufmann geleitet und bis ins einzelne entworfen sondern auch textlich zum großen Teil regelmäßig von ihm selbst bearbeitet worden. Er gehörte ferner dem Tarifamt des Zentralverbands an, und seit den hauptsächlich von ihm selbst organisierten Gründungen war er Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Pensionskasse des Zentralverbands, außerdem Vorsitzender des Vorstands der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaft Volksfürsorge und der Feuer- und Sachversicherungsgesellschaft Eigenhilfe.

Auch in der internationalen Konsumgenossenschaftlichen Organisation spielte Heinrich Kaufmann eine führende Rolle. In den Zentralvorstand des Internationalen Genossenschaftsbunds wurde er bereits 1902 gewählt, 1921 auch in den leitenden Ausschuß dieses Bundes. Sein besonderes Verdienst war es ferner, daß die verschiedenen Genossenschaftszweige trotz ihrer tief begründeten ökonomischen und sozialen Gegensätzen nach Möglichkeit zum Zusammenwirken gebracht wurden. Sein besonderes Augenmerk galt seit langem dem Zusammenarbeiten von Verbraucher- und Erzeugergenossenschaften. Großenteils seiner Initiative ist auch das Zustandekommen des Freien Ausschusses der Deutschen Genossenschaftsverbände zuzuschreiben. Kaufmann gehörte auch dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat seit seiner Gründung an. Die Verdienste des hervorragenden Mannes im einzelnen voll zu würdigen hieße eine Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, insbesondere des Zentralverbands, schreiben. Heinrich Kaufmann war ebenso hervorragend als genossenschaftlicher Propagandist und Lehrer wie als theo-

retischer Schriftsteller und Organisator. Seine große organisatorische Leistung kann sich gleichsam am besten gerade nach seinem Tod bewähren, wenn das große Werk sich auch in Zukunft als gefestigt erweist, nachdem ihm dieser Führer genommen ist.

An den Sozialistischen Monatsheften hat Heinrich Kaufmann vom Anfang seines genossenschaftlichen Wirkens mitgearbeitet. Nach 1899, im 1. Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts, behandelte er hier den Zusammenschluß der Konsumgenossenschaften zu Großeinkaufsgesellschaften, dann die Frage der genossenschaftlichen Produktion durch Produktivgenossenschaften. Systematisch wichtig war seine Untersuchung Wesen und Arten der Genossenschaften (1903 Seite 590 und folgende). Dann kam eine lange Pause, in der Heinrich Kaufmann keine Zeit zu weiterer Mitarbeit blieb, zumal er die Rundschau Genossenschaftsbewegung der Sozialistischen Monatshefte in guten Händen wußte. Nach dem Krieg und der schweren Inflationszeit zeigte er dann hier die deutschen Konsumgenossenschaften im Aufbau (1926 Seite 299 und folgende). Eine Reihe weiterer Beiträge sollte folgen. Der Tod hat sie verhindert. Wie die internationale Genossenschaftsbewegung, wie die deutsche Arbeiterklasse, so werden auch im besondern die Sozialistischen Monatshefte das Andenken Heinrich Kaufmanns dankbar bewahren.

Landwirtschaft- Die so dringend nötige Rationalisierung der deutschen Landwirtschaft muß Stückwerk bleiben, wenn es nicht gelingt die Organisation des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zu rationalisieren. Dessen Rationalisierung aber setzt die Verschmelzung der beiden großen deutschen ländlichen Genossenschaftsorganisationen: des Reichsverbands der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften und des Generalverbands der Deutschen Raiffeisengenossenschaften, sowie der 3., kleinsten Gruppe: der Landbundgenossenschaften, voraus. Die Gründe für diese Verschmelzung leuchten ohne weiteres ein. Einmal ist es unwirtschaftlich, daß überhaupt 3 verschiedene Zentralorganisationen Verwaltungskosten verursachen; das selbe gilt von den Verwaltungskosten der örtlichen oder bezirklichen Organisationen der 3 Richtungen, wo sie örtlich oder bezirklich neben (und manchmal gegen) einander wirtschaften. Noch unwirtschaftlicher wirkt dieses

Neben- und Gegeneinander, wo es dazu führt, daß sich die Absatzorganisationen der 3 Richtungen auf dem selben Markt Konkurrenz machen und die Preise drücken. Schließlich verlangt gerade die Reform des Absatzgenossenschaftswesens der Landwirtschaft einheitliche Maßnahmen, vor allem zur Standardisierung der ländlichen Erzeugnisse und der Formen (Verpackung usw.), in denen sie in den Handel gebracht werden. Und ohne Zweifel läßt sich diese Reform am besten unter einer zentralen Leitung durchführen. Dieser Sachverhalt wird grundsätzlich von allen maßgebenden Stellen zugegeben. Trotzdem läßt die Gründung des notwendigen Einheitsverbands immer noch auf sich warten. Auch daß Staatshilfe der genossenschaftlichen Selbsthilfe in der gewünschten Richtung auf die Sprünge helfen will, hat den entscheidenden Schritt der 3 Organisationsgruppen noch nicht herbeigeführt. Die im Reichshaushalt für 1928 im Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Notprogramm zur Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens (laut Denkschrift ausdrücklich auch zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Organisationen und Verbände) zur Verfügung gestellten 25 Millionen Mark konnten ihrem Zweck immer noch nicht zugeführt werden.

Über das Ziel des Zusammenschlusses waren sich die beiden großen Verbände seit längerer Zeit einig. Über den Weg zum Ziel aber bis vor kurzem verschiedener Meinung. Und daran scheiterte die tatsächliche Einleitung der Verschmelzung. Der Generalverband wollte mit der Vereinigung der Spitzenorganisationen, also von oben, beginnen, der Reichsverband mit der Zusammenlegung der örtlichen und bezirklichen Organisationen, also von unten. Natürlich ist beides nötig, und das scheint inzwischen anerkannt worden zu sein. Schwerer wiegt das Bedenken des Reichsverbands auf die Verschmelzung einzugehen, bevor die Raiffeisenorganisation endgültig saniert ist. Während der Reichsverband als solcher und im großen und ganzen auch seine Einzelgenossenschaften "gesund" sind, ist innerhalb der Raiffeisenorganisation ein größerer Gesamtverlust zu decken, der auf 50 bis 60 Millionen Mark geschätzt wird. Bevor diese Verluste durch die Einzelgenossenschaften selbst und durch Einspringen der Preußenkasse und Rentenbankkreditanstalt, vielleicht auch unter Zuhilfenahme der Mittel des Notfonds ausgeglichen sind, dürften die Vorbereitungen zum Ein-

heitsverband nicht viel weiter kommen. Auch bei der genossenschaftlichen Landbundorganisation waren bekanntlich Verluste von 5 Millionen Mark oder weniger zu decken. Diese Sanierung ist aber bereits in der für den Generalverband angedeuteten Weise in die Wege geleitet worden. Am schwierigsten ist praktisch wohl der letzte Schritt der Verschmelzung, nämlich die Zusammenlegung der örtlichen und bezirklichen Einzelgenossenschaften der 3 Gruppen. Diese Vereinfachung des ländlichen Genossenschaftswesens, auf die es hauptsächlich ankommt, ist natürlich nur bei weitgehendem Abbau genossenschaftlicher Beamter möglich. Begreiflicherweise sind die Widerstände dagegen nicht gering. Es wird schwer sein einen gerechten Abbauschlüssel zu finden; gefunden werden muß er, soll der ganze Plan nicht ins Wasser fallen. Bei dem tatsächlichen Übergewicht, das der Reichsverband nun einmal hat, wird der Generalverband wohl das Abbauopfer am schwersten empfinden. Mit daraus dürfte es sich erklären, warum der Raiffeisenverband von oben anfangen wollte und sich gegen den vom Reichsverband vorgeschlagenen Weg von unten so sehr sträubte.

Die angedeuteten Interessenkämpfe spielen sich natürlich zumeist hinter den Kulissen ab. Nach außen wird die prinzipielle Bereitwilligkeit zum Zusammenschluß betont. Das ist viel wert. Es ist daher ein erfreuliches Zeichen, daß sowohl auf dem 46. Generalverbandstag der deutschen Raiffeisengenossenschaften, vom 19. bis zum 22. Juni in Königsberg, als auch auf dem vom Reichsverband veranstalteten 41. Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftstag, vom 19. und 20. Juni in München, der Wille zum Zusammenschluß deutlich zum Ausdruck gebracht worden ist.

Scheuerkonzern Der Übergang der Aktien- und Genossenschaftsmehrheit der Getreide-, Industrie- und Kommissionsaktiengesellschaft an die Preußische Zentralgenossenschaftskasse und die Deutsche Rentenbankkreditanstalt ist von der sozialistischen Presse fast ausnahmslos als eine planwirtschaftliche Maßnahme lebhaft begrüßt und von der liberalen Presse, mit Ausnahme zum Beispiel der Frankfurter Zeitung, aus dem selben Grund ebenso lebhaft kritisiert worden. Die rechtsstehenden Blätter haben im allgemeinen ihrer Befriedigung über diese Transaktion Ausdruck gegeben, weil sie offensichtlich den Inter-

essen der deutschen Landwirtschaft dienen soll. Da aber die politische Rechte die Plan- oder gar Zwangswirtschaft bekämpft, befeiligte sie sich hervorzuheben, daß es sich durchaus nicht um eine eigentlich planwirtschaftliche Angelegenheit handle. Die sich widersprechenden Pressestimmen zeigen deutlich genug, wie wichtig die Sache ist. Zunächst handelt es sich um ein Ereignis, das die gesamte weizenbauende deutsche Landwirtschaft betrifft. Das Genossenschaftswesen wird aber nicht nur dadurch wesentlich mitberührt, daß es die Preußenkasse ist, in deren Händen sich die Hälfte dieser Aktienmehrheit befindet. Unmittelbar interessiert sind natürlich die Getreide absetzenden ländlichen Genossenschaften. Ihre Spitzenverbände sollen daher vor der Transaktion von der Preußenkasse um ihre beratende Zustimmung gebeten worden sein, die sie anscheinend erteilt haben. Unmittelbar beteiligt werden soll aber auch noch die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine. Die Preußenkasse soll ihr die Hälfte ihres Aktienbesitzes am Scheuerkonzern sogleich nach der Erwerbung angeboten haben. Vorher befragt wurde aber auffallenderweise die Großeinkaufsgesellschaft nicht. Immerhin zeigt das Angebot der Preußenkasse an die Großeinkaufsgesellschaft, daß die Transaktion seitens der beiden öffentlichrechtlichen Finanzinstitute als eine innerhalb der bestehenden Ordnung durchführbare gesamtwirtschaftliche Maßnahme gedacht ist. Um eine gewisse Getreideplanwirtschaft handelt es sich ohne Zweifel. Wenn es richtig ist, daß der Scheuerkonzern 60 % des Getreideimports beherrscht und in seinen Weizenmühlen einen großen Teil davon verarbeitet, so muß die Kontrolle dieses Konzerns durch jene beiden Finanzinstitute dahin wirken können den Importbedarf zugunsten der einheimischen Weizenproduktion herabzusetzen. Notwendig dazu wäre natürlich die ohnehin erwünschte und bereits angebahnte Standardisierung des deutschen Weizens durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Es müßte, sollte man denken, auf diese Weise möglich sein die Getreidepreise in günstiger Höhe zu stabilisieren, in einer Höhe, die, zur Sicherung der Produktion, den Produzenteninteressen gerecht wird, gleichzeitig aber auch den Konsum vor ungerechtfertigter Ausnutzung einer Konjunktur schützt. Bei diesem Parallelismus der Interessen glaubte man an maßgebender Stelle, daß auch die Verbraucherschaft an einer Sta-

bilisierung der Getreidepreise interessiert sei. Dem Plan der Preußenkasse zufolge wäre die Beteiligung der Großeinkaufsgesellschaft ein großer Schritt vorwärts in der Richtung der von konsumgenossenschaftlicher Seite so oft proklamierten Zusammenarbeit zwischen Verbraucher- und Erzeugergenossenschaften. In Wirklichkeit liegen aber die Dinge für die Konsumgenossenschaftsbewegung nicht so einfach. Wider Erwarten der gesamten Öffentlichkeit hat die Großeinkaufsgesellschaft zunächst auf das Angebot der Preußenkasse sehr reserviert geantwortet. Sie befindet sich einmal in einem grundsätzlichen Konflikt zwischen ihren verbrauchergemeinschaftlichen Aufgaben, die sie natürlich in erster Linie erfüllen muß, und den gesamtwirtschaftlichen Zielen, denen sie ihrer ganzen Gesinnung nach zustrebt. Aus dem erstgenannten Interesse heraus ist sie zurzeit Gegnerin einer Kontingentierung und Konzessionierung der Mühlenindustrie und will sich freie Entwicklungsmöglichkeiten auf diesem Gebiet offen lassen. Andererseits wird sie den Vorteil jenes Angebots nicht unterschätzen an der zukünftigen Entwicklung aktiv mitzuwirken und mit zu entscheiden. Abgesehen vom Grundsätzlichen macht die Großeinkaufsgesellschaft aber auch gewichtige praktische Bedenken geltend. Nach ihren Berechnungen sollen jene oben genannten 60 % des Getreideimports, den der Scheuerkonzern angeblich beherrscht, viel zu hoch geschätzt sein. Der gesamte Umsatz der deutschen Handelsmühlen betrage etwa 2 Milliarden Mark, davon entfielen auf die Mühlen des Scheuerkonzerns kaum 150 Millionen. Durch diesen Einwand erscheinen die Dinge in einem etwas andern Licht. Und entscheidend ist, daß die Großeinkaufsgesellschaft nach einer Beteiligung nicht mehr freie Hand hätte sondern an den Konzern gebunden wäre. Die Verhandlungen sind aber keineswegs abgebrochen. Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine wird in ihnen sicherlich ihre besonderen Interessen wahrnehmen und doch Genossenschaftspolitik auf weite Sicht treiben können.

Eigenpublikationen In der Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg erschien vor kurzem eine 528 Seiten umfassende Festschrift zum 25jährigen Bestehen des *Zentralverbands Deutscher Konsumvereine* 1903 bis 1928, herausgegeben im Auftrag des Vorstands und Ausschusses des Zen-

tralverbands Deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann. Der 1. Teil, Kurzer Abriss der Geschichte des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, ist noch von Kaufmann selbst verfaßt, der 2., Die Entwicklung des Genossenschaftsrechts, von Karl Hermann Maier, der 3., Die Entwicklung der Presse des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, von August Kasch. Diese 3 Hauptteile sind auch im 1. Band des 26. Jahrbuchs des Zentralverbands Deutscher Konsumvereine 1928 abgedruckt. Der 4. Teil, Veröffentlichungen des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine als Quellen genossenschaftlichen Wissens, ist von Heinrich Sierakowsky bearbeitet. Das Werk ist eine Fundgrube wichtigsten Materials, zugleich ein schönes Denkmal für das Wirken Heinrich Kaufmanns, dessen Person in dem Buch bescheiden im Hintergrund bleibt. Von besonderem Interesse sind auch die dem 1. Teil beigegebenen 43 Biographien der Mitglieder des Vorstands und Ausschusses des Zentralverbands Deutscher Konsumvereine. Dieser 1. Teil, also die Arbeit Kaufmanns, erschien dann auch separat, als hübsch gebundenes Buch; dafür wird man dem Verlag Dank wissen.

Totenliste Im Alter von 64 Jahren starb, wie hier in der Rundschau Religionswissenschaft (in diesem Band Seite 714) berichtet wurde, *Paul Göhre* in Ratzeburg, in dessen schöne ländliche Umgebung er nach dem Krieg von Berlin übersiedelt war. Der Bearbeiter dieser Rundschau betrauert den Verlust eines väterlichen Freundes, der ihn als jungen Studenten vor dem Krieg hinsichtlich der Betätigung für den Sozialismus beriet, und mit dem er sich nach dem Krieg in verwandten Grundanschauungen über die Bedeutung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung als Klassenkampf traf. Mit seinem 1910 veröffentlichten Buch *Die deutschen Arbeiterkonsumvereine* verfolgte Göhre, wie er dem Bearbeiter dieser Rundschau einmal sagte, auch den Zweck die Namen und Taten der Arbeiterpioniere der bahnbrechenden konsumgenossenschaftlichen Kleinarbeit in Deutschland der Vergessenheit zu entreißen. Aus diesem Grund ist das Buch sehr umfangreich geworden und so stark mit Detailmaterial überlastet, daß es heute kaum noch gelesen wird. Bei seinem Erscheinen aber war es ohne Zweifel nicht nur aktuell sondern auch für die Klärung der Anschauungen über die konsumgenossenschaftliche Bewegung in

der deutschen Sozialdemokratie wichtig, was man anerkennen muß, auch wenn man die von Göhre verfochtene Anschauung ablehnt. Göhre hat sich dann in seiner schriftstellerischen Tätigkeit anderen Arbeitsgebieten zugewandt. Wenn er auch in späteren Jahren nicht mehr wie ehemals konsumgenossenschaftliche Werbefeldzüge durch Ostelbien unternahm, ist er doch bis an sein Ende der Genossenschaftssache treu geblieben.

Kurze Chronik Der *Weltspartag*, an dem neben den privatwirtschaftlichen und kommunalen Sparinstituten die genossenschaftlichen Organisationen besonders interessiert sind (siehe diese Rundschau, 1927 I Seite 51 und folgende), findet in diesem Jahr am 30. Oktober statt. ◊ Am 4. August fand in Hannover eine *Fachkonferenz* des Niedersächsischen Genossenschaftsverbands statt. Unter anderm wurden folgende Fragen behandelt: Zusammenarbeit zwischen Genossenschaften, Handwerk und Einzelhandel; genossenschaftliche Liquidität; genossenschaftliche Reklame. Ferner wurden das Wettbewerbsabkommen zwischen Banken, Sparkassen und Genossenschaften und im Zusammenhang damit die von Banken und Genossenschaften bekämpfte Warenhaussparkasse erörtert. An der Konferenz nahmen nahezu 200 genossenschaftliche Vertreter teil. ◊ Im Frühjahr 1928 ist es nach langen vergeblichen Bemühungen in *Spanien* endlich gelungen einen Genossenschaftsverband zu bilden, der sich auf das ganze Land erstreckt. Er umfaßt alle Genossenschaftszweige, also sowohl Konsum-, wie Produktiv- und Kreditgenossenschaften. Die Schwierigkeiten waren besonders groß, weil es galt außer allgemeinen (neutralen) Genossenschaften auch die politisch und konfessionell gebundenen unter einen Hut zu bringen. Man hat das nun erreicht, indem der gebildete Gesamtverband als solcher satzungsmäßig auf die Neutralität festgelegt worden ist, den Einzelgenossenschaften aber völlige Bewegungsfreiheit in politischen und konfessionellen Fragen belassen wurde. Man darf gespannt sein, wie sich dieser Kompromiß in der Praxis bewähren wird. Bemerkenswert ist unter anderm die große Rolle, die die Frauen bei dieser Gründung gespielt zu haben scheinen. Den Vorsitz der konstituierenden Versammlung führte eine Frau, und auf der zweiten Versammlung war ebenfalls eine Frau Sekretärin. ◊ Das in der Rundschau Frauenbewegung (in diesem Band Seite 625) gewürdigte

Jubiläum Adele Gerhards verdient an dieser Stelle ergänzt zu werden. Denn Adele Gerhard begann ihre Laufbahn als Vorkämpferin der Genossenschaftsbewegung. Auf Grund ihrer Studien bei den belgischen und sächsischen Arbeiterkonsumvereinen hatte sie die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für den Sozialismus erkannt und gesehen, daß gerade die Verquickung von sozialistischem und genossenschaftlichem Geist die Konsumgenossenschaften davor bewahren kann zum bloßen Geschäft herabzusinken. Sie hatte den Mut diese von ihr erkannten Wahrheiten den Vorurteilen der Partei entgegenzustellen, in einer Zeit, da die deutsche Sozialdemokratie die Arbeiterklasse vor den Konsumgenossenschaften warnte, und beispielsweise Karl Kautsky sie als »Schule des Krämergeistes, nicht des Sozialismus« betrachtete. So war Gerhards erste schriftstellerische Arbeit Konsumgenossenschaft und Sozialdemokratie /1895/ eine gute und notwendige genossenschaftliche Tat. Auf fruchtbaren Boden fiel auch die Kritik, die sie dann in den Sozialistischen Monatsheften in einem kleinen Artikel Einige Worte zur Genossenschaftsfrage (1897 Seite 138 und folgende) an der Haltung der Sozialdemokratischen Partei übte. Die erste gerechte Würdigung ihrer Bedeutung für die Genossenschaftsbewegung brachte bereits im April 1902 das von der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine herausgegebene Frauengenossenschaftsblatt in einem mit einem Bildnis der Schriftstellerin ausgestatteten Aufsatz Fanny Imles. Bevor Adele Gerhard endgültig ihre ganze Kraft dem Roman widmete, verfaßte sie noch einen Artikel über die Konsumgenossenschaften für ein Frauenlexikon, auch übersetzte sie für den Sozialdemokraten die Schrift Beatrice Webbs Die Beziehung zwischen Genossenschaft und Gewerkschaft. Daß Adele Gerhard sich von der politischen Schriftstellerei der schöngeistigen zuwandte, bedeutet keinen Bruch ihrer innern Haltung. Schon ihre genossenschaftliche Betätigung hatte das selbe Leitmotiv wie ihre Romane: das Wirken für höheres Menschentum.

Literatur Zu Beginn dieses Jahres erschien als 5. Heft der Veröffentlichungen der Ungarischen Gesellschaft für Statistik /Berlin, Struppe & Winckler/ eine große Arbeit des Privatdozenten an der Universität Budapest Karl Ihrig Internationale Statistik der Genossenschaften. Das Werk bringt zugleich das ausführlichste

bisher zusammengetragene statistische Material aus 25 Ländern und eine theoretische Verarbeitung dieses Materials sowie Vorschläge für eine bessere Organisation der zukünftigen internationalen Genossenschaftsstatistik. Nach diesen Vorschlägen sollen die internationalen Genossenschaftsverbände und Institute nach einheitlichen Prinzipien zusammenarbeiten, die Enden aller genossenschaftsstatistischen Fäden jedoch beim Internationalen Arbeitsamt zusammenlaufen, das jetzt schon in seiner Genossenschaftlichen Abteilung die internationale Genossenschaftsstatistik mit besserem Erfolg als der Internationale Genossenschaftsbund bearbeitet. Auch wenn man statistische Unstimmigkeiten in Ihrigs Buch feststellen und nicht mit allen seinen theoretischen Folgerungen einverstanden sein kann, muß man seinem überaus fleißigen Werk hohe Anerkennung zollen. Er selbst wertet es bescheiden als einen ersten Versuch, es wird aber auf einige Zeit das Standardwerk der internationalen Genossenschaftsstatistik bleiben. Wer weiß, wie sehr gerade dieser Zweig der internationalen Statistik bisher, besonders in wichtigen Detailfragen, im argen gelegen hat, wird das Erscheinen des angezeigten Werks begrüßen. ◊ Der gerade auch auf genossenschaftswissenschaftlichem Gebiet so rührige Verlag H. Meyer in Halberstadt bringt mit diesem Jahr eine neue Schriftenreihe heraus: *Die Genossenschaft, Sammlung von Schriften und Vorträgen des Seminars für Genossenschaftswesen an der Universität Köln*, herausgegeben von Georg Fuchs und Wilhelm Vleugels. Das 1. Heft, Die Kulturbedeutung des Genossenschaftsgedankens, von Bruno Kuske, ist bis jetzt noch nicht herausgekommen. Das 2. Heft, Richtungen und Systeme im modernen deutschen Genossenschaftswesen, ist von Wilhelm Vleugels verfaßt, das 3. Heft, Handel und Genossenschaften, von Karl Thieß. Es handelt sich bei den 3 angezeigten Heften um eine gedrängte Zusammenfassung der Leitgedanken und wichtigsten Tatsachen der Vorträge, die die Verfasser in den alljährlich vom Rheinischen Genossenschaftsverband in Verbindung mit dem Seminar für Genossenschaftswesen an der Universität Köln veranstalteten Kursen für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie höhere Angestellte der Genossenschaften halten. Auch wer sich in den genossenschaftswissenschaftlichen Grundfragen schon eine feste Meinung gebildet zu haben glaubt, kann die dünnen Hefte mit Nutzen lesen.

WISSENSCHAFT

Psychologie / Rudolf Arnheim

Systematik

Die Psychologie ist, wenn schon Jahrtausende für sie Material gesammelt haben, erst durch die Arbeit der letzten beiden Generationen zu einer wissenschaftlichen Disziplin geworden. Und da ein systematischer Überblick über den Gegenstand und die Methoden einer Wissenschaft immer erst im Stadium ihrer Reife möglich ist, kann es nicht wundernehmen, daß es bei der Psychologie hiermit noch sehr im argen liegt. Selbst über die allgemeinste Gliederung des Stoffs herrscht durchaus keine Einigkeit. Wenn in dem Lehrbuch *August Messers* die Psychologie in Wollen, Fühlen und Vorstellen eingeteilt wird, wobei unter das Wollen auch die Triebe, unter das Fühlen sowohl Lust und Unlust wie "Wertgefühle", unter das Vorstellen das Wahrnehmen, Denken und Erinnern gerechnet werden, so spürt man sogleich, daß hier der Willkür noch Tür und Tor geöffnet, daß noch kein fester Boden erarbeitet, ja nicht einmal eine einigermaßen allgemeinverbindliche Terminologie erreicht ist. Nichtsdestoweniger verdient eine Übersicht über den Bereich der heutigen psychologischen Forschung Aufmerksamkeit, auch wenn eine einwandfreie Gliederung noch nicht möglich ist. Jetzt erschien Messers Psychologie in 4. Auflage /Leipzig, Felix Meiner/. Um den Preis auch für Studenten erschwinglich zu halten, hat man das Werk unverändert nachgedruckt und alle Ergänzungen, die durch die moderne Entwicklung der Psychologie notwendig geworden waren, in den Anhang verlegt. Es ist klar, daß so kein befriedigendes Resultat erzielt werden konnte. Nicht Ergänzung sondern gründliche Neubearbeitung wäre nötig; so steht vieles, was überholt ist, groß gedruckt im Hauptteil. Ein Lehrbuch der Psychologie möchte man sich heute schon in der Grundanlage anders wünschen. Es müßte versuchen das menschliche Seelenleben aus der Entwicklung der Tierreihe abzuleiten; nur so wäre es möglich dem Lernenden die Funktion der Seele im Organismus begreiflich zu machen. Und nach einem solchen Ansatz verböte es sich dann von selbst die einzelnen "Fähigkeiten" der Seele isoliert zu behandeln, wie das bei Messer ebenso wie in den sonstigen gebräuchlichen Lehrbüchern, etwa dem von Hermann Ebbinghaus oder dem von Joseph Fröbes, geschieht; es ist wenig damit gedient,

wenn Messer in eingestreuten Abschnitten auf das Schematische eines solchen Verfahrens hinweist. Wir finden also, und es ist nicht wahrscheinlich, daß eine solche Darstellung dem Anfänger Vergnügen und Anregung gewähren wird, nach einleitenden Kapiteln über die historische Entwicklung, die allgemeinen Begriffe (Leib und Seele, Ich usw.), die Aufgaben und Methoden der Psychologie, die elementaren Sinnesempfindungen behandelt, und dann geht es aufwärts zur Wahrnehmung, zum Denken, zum Wollen usw.

Weiter sei auf eine kleinere, neue Arbeit Messers hingewiesen: Einführung in die Psychologie und die psychologischen Richtungen der Gegenwart /Leipzig, Felix Meiner/. Diese enthält als Schlußteil eine Darstellung der gegenwärtigen Richtungen in der Psychologie; in Anlehnung daran sei eine Übersicht gegeben. Eine psychologische Methode, die auf alle "Selbstbeobachtung", das heißt auf alle Beschreibung von Erlebnissen durch die Versuchsperson verzichten will, ist der amerikanische behaviorism oder die *Verhaltenspsychologie*. Ein ähnliches Programm vertreten die modernen russischen Forscher Bechterjew, Pawlow usw. mit ihrer "objektiven Psychologie" und "Reflexologie". Man hält sich lediglich an die äußerlich konstatierbaren Reaktionen der Versuchsperson und schließt von hier auf die psychischen Mechanismen. Alle Phänomenologie wird als vorwissenschaftliche Mystik zurückgewiesen. Nicht auf die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Seelenlebens sondern auf die Variationen bei den verschiedenen Individuen, Familien, Stämmen, Ständen, Völkern, Rassen, Geschlechtern usw. geht die von William Stern begründete *differentielle Psychologie*; Hilfsdisziplinen dieser Methode sind die Charakterologie, die Physiognomik und die Graphologie, die jeweils nur auf einzelne Symptomenkomplexe der Persönlichkeit gehen. Die differentielle Psychologie sucht unter anderm eine Typenlehre zu schaffen, in der Begriffe wie Genie, Durchschnittsmensch wissenschaftlich erfaßt werden sollen. Von einer *Völkerpsychologie* kann man seit der Begründung der Zeitschrift für Völkerpsychologie durch die Herbart-schüler Lazarus und Steinthal sprechen; abgesehen von Wilhelm Wundts umfassendem 10bändigem Werk haben wir dann in neuer Zeit Forscher wie Konrad Theodor Preuß (siehe dessen Büchlein über die geistige Kultur der Naturvölker, in der Sammlung Aus Natur und

Geisteswelt /Leipzig, B. G. Teubner/) und Lucien Lévy-Bruhls Forschungen über das Denken der Naturvölker (siehe diese Rundschau, 1927 II Seite 753 und folgende). Zu erwähnen sind auch die psychoanalytischen Beiträge zur Völkerpsychologie, so Sigmund Freuds Totem und Tabu. Die *experimentelle Psychologie*, die heute zweifellos das Feld beherrscht, datiert man seit Ernst Heinrich Webers und Gustav Theodor Fechners Untersuchungen zur Psychophysik, die vor allem zur Formulierung des ersten allgemeinen Gesetzes in der Sinnespsychologie führten: Die Reizschwelle, das heißt der Reizzuwachs, der nötig ist, damit ein Unterschied zwischen 2 benachbarten Reizen konstatiert werden kann, hat keine absolute Größe sondern ist der Stärke des Anfangsreizes proportional (Beispiel: Wenn ich zu 100 Kerzen 5 hinzusetzen muß, damit ein Helligkeitszuwachs eben bemerkt wird, muß ich zu 200 Kerzen 10 hinzufügen, um den selben Effekt zu erzielen). Unter der *sensualistischen Psychologie* versteht man das Bestreben alle psychischen Phänomene aus den Empfindungen abzuleiten. So sollte nach Theodor Ziehen ein Willensakt nichts anderes sein als eine »seelische Situation, welche ausschließlich durch ganz bestimmte Vorstellungen und Gefühlstöne gekennzeichnet ist«. Demgegenüber hat schon in früherer Zeit Karl Stumpf von den Empfindungen die Funktionen (»Akte«) als psychische Erscheinungen sui generis abgetrennt, und die von Oswald Külpe begründete Würzburger Schule hat auf die Eigenart der Denkprozesse hingewiesen. Gegenüber der atomistisch orientierten Assoziationspsychologie, die alles Psychische aus kleinsten Elementen und deren Relationen erklären will, steht die von Max Wertheimer und Wolfgang Köhler begründete *Gestaltpsychologie*, deren Grundthese lautet: Die psychischen Phänomene lassen sich nicht durch Summation von Elementen (Einzelreizen, Einzelreaktionen) erklären sondern sind strukturierte Ganzheiten, die unter Umständen noch in Unterganze zerfallen; doch auch diese Unterganzen können nicht etwa zum Ganzen summiert werden sondern existieren überhaupt nicht isoliert. Die Gestaltpsychologie nahm ihren Ausgang von Christian von Ehrenfels' Untersuchungen über die Gestaltqualitäten. Eine Art Kompromiß zwischen der alten atomistischen Auffassung und der gestalttheoretischen stellt Georg Elias Müllers *Komplextheorie* dar, wonach die Kom-

plexe oder Gestalten durch das Walten einer »kollektiven Aufmerksamkeit« zustandekommen, die aus Elementen Dinge formt. Diese Theorie ist ohne praktische Bedeutung. Sie stellt einen Versuch dar veraltete, unbrauchbar gewordene Begriffe neuen Tatsachen mit Hilfe von Zusatzhypothesen aufzupropfen. Im Gegensatz zur naturwissenschaftlichen steht die *geisteswissenschaftliche Psychologie*. Sie glaubt, daß es niemals möglich sein werde mit naturwissenschaftlichen Methoden die höheren Formen des Seelenlebens zu erfassen. »Niemand sind«, sagt Eduard Spranger, »Psychologie und Menschenkenntnis so weit auseinandergefallen wie in der Gegenwart . . . Wir besitzen eine Psychologie, die sich darin gefällt mit haarfeinem Messer die Erlebnisse in letzte unterscheidbare Elemente zu zerlegen oder umgekehrt die Seele wie ein Mosaik aus lauter kleinen Teilchen aufzubauen. Nirgends läßt sie ein Ganzes bestehen, nirgends gelangt sie zum Ganzen.« Aber Spranger polemisiert hier gar nicht gegen die naturwissenschaftliche Psychologie als solche sondern nur gegen eine ihrer Richtungen, nämlich die atomistische, die ja zum Beispiel von der Gestalttheorie mit den selben Worten bekämpft wird. Schon jetzt gibt es mannigfache Ergebnisse, zum Beispiel aus der experimentellen Affekt- und Handlungspsychologie, die auch für den Pädagogen wichtig sind.

Graphologie
und Physiognomik

Physiognomik und Graphologie als Gebiete der Ausdrucksforschung sind, lange als Aberglaube und Gesellschaftsspiele mißachtet, bisher kaum mit Methoden, wie sie die wissenschaftliche Exaktheit erfordert, angegriffen worden. Über den Zusammenhang des Charakters mit der Gesichtsbildung hat der Volksmund Einzelbeobachtungen geliefert, die ungefähr den Wert bäuerlicher Wetterregeln haben, und selbst das berühmteste Buch auf diesem Gebiet: Lavaters Physiognomische Fragmente, enthält nicht viel mehr als zum Teil wohlgelegene Einzelanalysen; die »exakte« Methode, die Lavater empfiehlt, ist praktisch unbrauchbar. Etwas besser steht es in der Graphologie. Auch sie begnügte sich in ihren Anfängen (die französischen Graphologen Michon und Crépieux-Jamin) damit einzelne Merkmale der Handschrift festzustellen und nach den ihnen zugeordneten Charaktereigenschaften des Schrifturhebers zu suchen; auf diese Weise wurden Hun-

derte von Einzelbeobachtungen zusammengetragen, die sich aber immer mehr als wertlos herausstellen. *Ludwig Klages* versuchte dann der Graphologie eine sichere Grundlage zu geben, indem er zwar die isolierte Behandlung der einzelnen Schrifteigenschaften noch beibehielt, dabei aber durch Einführung von Begriffen wie Formniveau und Rhythmus auf die ganzheitlichen Eigenschaften der Handschrift und auf deren Ausdruckswert hinwies. Damit ist ein großer Schritt vorwärts getan. Doch bleibt der Wissenschaft, die quantitativ formulierbare Beweise verlangt, noch vieles zu fragen übrig: Bis zu welchem Grad prägt sich der Charakter in Gesicht und Handschrift aus? Gibt es Charaktereigenschaften, die sich nicht so manifestieren? Wie groß ist die Sicherheit physiognomisch-graphologischer Urteile, und wie groß etwa ist der Prozentsatz der Personen, die für diese Dinge eine besondere Gabe mitbringen? Gibt es eine Methode, die alles Intuitive ausschleidet und mit Hilfe erlernbarer Regeln den Ausdruck eines Gesichts oder einer Handschrift zuverlässig zu deuten gestattet? Über diese und andere Fragen sind Experimente nötig und möglich. Einiges wenige ist schon versucht worden. *Alfred Binet* fand, daß das Geschlecht, der Intelligenzgrad und das moralische Niveau des Schrifturhebers aus der Handschrift recht gut entnommen werden können; er benutzte als Versuchspersonen teils geübte Graphologen teils ganz unvorgebildete Menschen, und auch diese zeigten sich zu solchen Leistungen fähig. *Dallas E. Buzby* ließ gezeichnete Profilgesichter auf ihren Stimmungsausdruck von Studenten beurteilen und erzielte überwiegend gute Resultate; er zeigte 6 Gesichter und ließ 6 Stimmungsbeschreibungen zu diesen zuordnen: ärgerlich, erschreckt, entsetzt, verächtlich, angeekelt, verblüfft. Es sei erlaubt hier über eine Untersuchung des Bearbeiters dieser Rundschau zu berichten, die in der Psychologischen Forschung /Berlin, Julius Springer/ erscheint: *Rudolf Arnheim* Experimentell-psychologische Untersuchungen zum Ausdrucksproblem. Das Material zu dieser Arbeit lieferten Massenversuche, die mit Studenten im Hörsaal angestellt worden sind. Die Versuchsfrage ist nicht einheitlich, sondern es wird versucht zu mehreren, von einander ziemlich unabhängigen Einzelfragen durch experimentelle Entscheidung Stellung zu nehmen. Die erste Frage war: Ist die Begabung aus Gesich-

tern und Handschriften den Charakter zu lesen nur wenigen Auserwählten gegeben, oder hat etwa der unvorgebildete Durchschnittsmensch schon die Möglichkeit solche Aufgaben zu lösen? Dies zeigte sich in der Tat. Ganz ungeschulte Versuchspersonen wurden vor Aufgaben der folgenden Art gestellt: 1. Ich zeige Ihnen die Porträts zweier Männer und lese Ihnen von jedem der beiden ein Zitat vor; welcher von beiden könnte, seinem Charakter nach, den einen, welcher den andern Ausspruch getan haben? 2. Ich zeige Ihnen 3 Porträts und dazu die Handschriften dieser 3 Leute; erraten Sie, welche Schrift zu welchem Menschen gehört. 3. Ich zeige Ihnen die Handschriften Schillers, Wagners und Freytags oder Leonardos, Raffaels und Michelangelos; raten Sie, welchem welche Schrift gehört. 4. Ich gebe Ihnen einige Handschriften oder einige Porträts und stelle Fragen wie: Welcher ist der energischste? Welcher könnte bei Gefahr für einen andern sein Leben einsetzen? Oder ich gebe von einer oder mehreren der betreffenden Personen ausführliche Charakterbeschreibungen; suchen Sie den Richtigen herauszufinden. Und als schwierigste Aufgabe: Ich gebe Ihnen Handschriften oder Gesichter. Versuchen Sie, ganz frei, ohne irgendwelche Hilfe durch Fragen, den Charakter des Betreffenden zu beschreiben; Sie sind durch kein Schema gebunden sondern sollen die Charakteristik mit Ihren eigenen Worten machen. Die Arbeit berichtet über 75 Massenversuche dieser Art, die im Durchschnitt je mit etwa 60 Versuchspersonen angestellt worden sind, und zwar sind nicht alle Versuche mit der selben Versuchspersonengruppe gemacht sondern in verschiedenen Universitätssemestern mit wechselnden Teilnehmern; hierdurch ist eine gewisse Allgemeingültigkeit der Resultate garantiert. (Als Ergänzung wird es gut sein solche Versuche auch mit Kindern, ungebildeten Personen, Angehörigen anderer Kulturen und Rassen usw. anzustellen, doch scheint es nach Stichproben so, als ob die Abweichungen hier ziemlich äußerlicher Natur sein, sich auf die Gewandtheit im Formulieren, auf den Schatz der verfügbaren Begriffe usw. beziehen, nicht aber im Grundphänomen Überraschungen bringen werden.) Im Durchschnitt der 75 Versuche ergab sich ein Resultat, das viel günstiger war als nach der Wahrscheinlichkeit zu erwarten gewesen wäre. Ein hoher Prozentsatz der Versuchspersonen lieferte richtige Urteile.

Es ist damit zweierlei bewiesen: 1. daß unvorgebildete und nicht irgendwie ausgewählte Versuchspersonen solche Aufgaben lösen können, und dies, obwohl sie mit großem Mißtrauen an die Arbeit gegangen waren, 2. aber, daß in Gesichtern und Handschriften tatsächlich ein Ausdruck vorhanden ist, der dem Charakter der Betreffenden entspricht, so daß also etwa das Gesicht oder die Schrift eines sehr energischen Menschen mit großer Übereinstimmung auch als energisch erkannt wurde. (Zu diesem letzten Punkt ist jedoch zu sagen, daß nicht jede Handschrift, nicht jedes Gesicht ausdrucksvoll ist; nur gibt es viele Fälle, in denen der Ausdruck eindeutig erkennbar ist.) Es ergaben sich also viele richtige Urteile. Doch nun wurden die Fehlurteile einer genauen qualitativen Analyse unterzogen, und es zeigte sich dabei, daß auch diese zum allergrößten Teil nicht auf der Unbegabtheit einzelner Versuchspersonen beruhten. Einige Versuche fielen schlecht aus, weil un günstige Eigenschaften der Versuchsanordnung (ungeeignete Objekte, ungeeignete Kombinationen von Objekten, wenig treffende Zuordnungsfragen usw.) die richtige Lösung sehr erschwerten; andere Fehlleistungen wiederum waren darauf zurückzuführen, daß die Versuchspersonen sich eines un zweckmäßigen Verfahrens bedient, zum Beispiel nur auf Grund einzelner, herausgerissener Eigenschaften geurteilt hatten, statt den Gesamtcharakter oder den Gesamtausdruck zu berücksichtigen. Bei den freien Beschreibungen ergaben sich ebenfalls recht gute Resultate. Die Versuchspersonen lieferten nach Handschriften und Gesichtern ohne alle Hilfe durch den Versuchsleiter, Charakterskizzen, die unter einander gute Übereinstimmung zeigten und auch den objektiven Tatsachen entsprachen. Der Schlußteil der Arbeit beschäftigt sich mit einem Problem, dessen Wurzel im Historischen liegt. Es wurde schon gesagt, daß die übliche und auch als die einzig mögliche anerkannte Methode physiognomischer und graphologischer Leistungen lange darin bestand, daß man einzelne Merkmale des Gesichts oder der Handschrift einzelnen Eigenschaften zuordnete. Diesen Zusammenhängen spürte man auf dem Weg der Induktion nach, indem man von vielen Einzelfällen auf das allgemeine Gesetz zu schließen suchte. Lavater zum Beispiel ging, auf der Suche nach dem physiognomischen Merkmal der Narrheit, in die Irrenhäuser und prüfte, ob sich in den

Gesichtern der Irren gleichgeformte Gesichtsteile finden ließen. Fand er dann etwa die selbe Stirnform, so schloß er, diese Stirn sei das Merkmal des Irreseins. Oder aber man nahm sich einige Handschriften oder Gesichter vor, die ein gemeinsames Merkmal hatten, und suchte nun bei den zugehörigen Personen nach einer identischen Charaktereigenschaft. Und ebenso wie man einzelne Charaktereigenschaften an die Form einzelner Gesichtsteile stückhaft gekoppelt glaubte, meinte man auch, daß der Ausdruck eines Gesichts, wie ihn ein Beobachter konstatiert, zusammengesetzt sei aus den "Ausdrücken" der einzelnen Gesichtsteile. Sehr charakteristisch kommt dies in einer 1923 publizierten Arbeit E. G. Borings und E. B. Titcheners zutage. Es wurde zu Versuchszwecken ein Profilmodell konstruiert, in dem die Augenbrauen-, Augen-, Nasen- und Mundstücke einzeln ausgewechselt werden konnten. Man entwarf nun Augenpartien, Mundpartien usw., die für sich allein einen bestimmten Ausdruck haben sollten, und kombinierte diese Teilausdrücke zu Gesamtausdrücken. Gegen dies Prinzip wendet sich der Schlußteil der obengenannten Arbeit. Es wurden Silhouettenprofile konstruiert (mit Handschriften lassen sich ähnliche Versuche aus technischen Gründen kaum anstellen), die große gemeinsame Parteien, zum Beispiel eine genau identische Kinn- und Unterlippenumrißlinie enthielten, aber so, daß diese identische Partie in 2 verschiedenen Gesichtern völlig verschieden wirkte. Es zeigte sich, daß ein großer Teil der Versuchspersonen die Identität dieser Teile nicht bemerkte, selbst wenn die beiden Profile neben einander exponiert waren. Als die Aufgabe gestellt wurde die linearen Unterschiede der beiden Gesichter zu beschreiben, wurden auch für die objektiv gleichen Teile Unterschiede angegeben (Beispiel: »Das linke Kinn ist eckiger als das rechte«), und zwar stimmten die Versuchspersonen über die Art dieser subjektiven Verschiedenheiten mit einander gut überein. Auch der Charakterausdruck des identischen Teils wurde ganz verschieden geschildert, wenn er in 2 verschiedenen Gesichtern gegeben war. Es zeigte sich also, daß man den Ausdruck eines isolierten Gesichtsteils gar nicht ohne weiteres für den Gesamtausdruck berücksichtigen darf, weil der Teilausdruck in verschiedenen Ganzen sich völlig verändern kann, ja weil schon die reine Linienform unter Umständen einen völlig ver-

schiedenen Eindruck bietet. Am Schluß der Arbeit findet sich dann ein Versuch an einzelnen Beispielen das Wirken von Strukturfaktoren in einem solchen Gesicht (Gesamtumrißlinien, Charakter der Kurven usw.) positiv aufzuzeigen und zu demonstrieren, wie ein Gesichtsteil durch Eingliederung in verschiedene Gesamtstrukturen seinen Charakter verändert. Die Arbeit will nicht mehr sein als ein erster Versuch Probleme dieser Art der experimentellen Forschung zugänglich zu machen. Es scheint, daß sich hier ein sehr fruchtbares Gebiet eröffnet.

Kurze Chronik Die Kantgesellschaft schreibt eine *Preisauflage* über die Psychologie des Glaubens aus. Preisrichter sind Paul Häberlin, Emil Utitz und Paul Tillich. Es sollen 3 Preise im Gesamtwert von 10 000 Mark verteilt werden. \diamond Die Stadtgemeinde Wien hat der Psychoanalytischen Vereinigung ein Grundstück für den Bau eines *Psychoanalytischen Instituts* zur Verfügung gestellt. Die Tochter Sigmund Freuds, Anna Freud, übernimmt die Leitung, Eduard Hitschmann das Ambulatorium und Paul Schilder die klinische Behandlung. Es sollen in dem Institut Mittellose behandelt, eine Beratungsstelle für Eltern nervöser Kinder und eine Kinderfürsorgestelle eingerichtet werden, zugleich auch eine Lehranstalt zur Ausbildung für psychoanalytische Ärzte und Erzieher. \diamond Am 1. September wurde *August Forel* 80 Jahre alt. Er hat, neben seinem berühmten Werk über die soziale Welt der Ameisen, vor allem über Hypnotismus und Suggestion, über den Alkoholismus und über die sexuelle Frage gearbeitet. Noch in diesem Jahr gründete er zusammen mit Havelock Ellis und Magnus Hirschfeld die Weltliga für Sexualreform.

Literatur Eine Monographie über das Unbewußte gibt *Israel Levine* /Wien, Internationale Psychoanalytischer Verlag/. Zunächst wird von dem Unbewußten vor Freud, bei Leibniz, Schopenhauer, von Hartmann, Fechner, Nietzsche usw., gesprochen, dann von dem Unbewußten bei Freud; es folgen eine Rechtfertigung und eine Theorie des Unbewußten und schließlich ein Kapitel über die Bedeutung des Unbewußten in der Psychoanalyse. \diamond Eine systematische, auch schon mit einem historischen Kapitel versehene Darstellung der Individualpsychologie Alfred Adlers gibt *Erwin Wexberg* /Leipzig, S. Hirzel/.

Hygiene / Hans Kollwitz

Diphtherie-impfung

Man könnte, gegenüber den Massenimpfungen gegen Diphtherie an Klein- und Schulkindern, die seit und schon vor dem Erlaß des Preußischen Volkswohlfahrtsministers und der Befürwortung durch den Landesgesundheitsrat vorgenommen werden, fragen, ob, um es militärisch auszudrücken, da es sich hier um Kampf und Feind handelt, die Stellung, die die Diphtherie jetzt uns gegenüber bezogen hat, so viel stärker ist, daß wir mit den bisherigen Waffen ihr gegenüber nicht mehr auskommen, daß wir nach dem Prinzip "der Hieb ist die beste Parade" zum Angriffskrieg übergehen. Man könnte fragen, ob die neu gefundene Waffe für den Angriffskrieg auch wirklich brauchbar ist, und ob sie etwa dem Angreifer selbst, wie vielleicht bei einem Gasangriff, wenn der Wind sich drehte, gefährlich werden könne. Zur Beantwortung der Frage, ob die Gefährlichkeit des Gegners größer geworden ist und die Volksgesundheit bedroht, können wir uns nur auf die Erfahrungen der letzten 3 Jahre sowie auf allgemein epidemiologische Erwägungen stützen. Seit 1925 beobachtet man in Berlin ein immer Mächtigerwerden der Diphtherie nicht nur in der Anzahl der Erkrankungen sondern in der Schwere der einzelnen Fälle. Von 1926 bis 1927 hat sich die Anzahl der Erkrankungen in Berlin verdoppelt. Im übrigen Deutschland sowie im Ausland war ein ähnliches Anwachsen der Diphtherie nicht zu konstatieren, erst Ende 1927 findet man darauf deutende Beobachtungen. Daß außerdem die einzelnen Fälle schwerer verlaufen (in Berlin stieg die Sterblichkeit von 6 auf über 11 %, in einzelnen Bezirken auf 25 %), ist auch ein für das Anschwellen einer Epidemie charakteristisches Zeichen. Außerdem wissen wir, daß Seuchen einen wellenförmigen Verlauf haben, daß die letzte große Diphtherieepidemie in Deutschland in den sechziger bis achtziger Jahren herrschte, und daß nach Adolf Gottsteins Berechnung, der diesen wellenförmigen Verlauf aus der Durchimmunisierung einer Generation im Stadium des Wellenbergs und dem Verlust der Immunität bei der folgenden Generation erklärt, in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts ein neuer Anstieg zu erwarten wäre. Diese theoretischen Beobachtungen im Verein mit der Erfahrung der allerletzten Jahre, legen, wenn wir auch die Stellung des

Gegners nicht direkt einsehen können, die Vermutung einer Stärkung seiner Macht nahe. Außerdem ist die Erscheinungsform der Diphtherie jetzt anders geworden. Der Verlauf ist im allgemeinen nicht mehr: Membranbildung in den Rachenorganen, Tiefschreiten dieser Membranbildung, Tod durch Ersticken; sondern Schnellwirkung des Diphtheriegifts, vielleicht in Verbindung mit dem Gift von hämolytischen Streptokokken, auf Herz- und Gefäßsystem und Tod innerhalb kürzester Zeit. Bei dieser veränderten Kampfplage fühlen wir uns mit den allgemeinen Waffen der Seuchenbekämpfung, wie Isolierung Erkrankter, Aufsuchen der Bazillenträger, Verhinderung einer Ansammlung von Kindern, das heißt Schließung von Horten, Schulklassen oder Schulen, sowie mit der speziellen Waffe des Diphtherieheilsersums nicht mehr ganz sicher. Das Serum wirkt bei den oben geschilderten schweren Erkrankungen anscheinend nicht mehr ganz zuverlässig, kommt bei der Schnelligkeit des Verlaufs häufig auch zu spät, wenn erst das Diphtheriegift an die Körperzellen verankert ist. Andererseits erfordert die Anwendung des Heilsersums zu prophylaktischen Zwecken, das heißt zum Schutz der Umgebung eines erkrankten Kindes, wenn man es auch in Horten und Schulen anwenden will, ein rasches Zugreifen und allergrößte Aufmerksamkeit, die bei dem Mangel an Kräften in Epidemiezeiten nicht immer gewährleistet werden kann. Sie erfordert außerdem große Geldmittel und verleiht nur einen ganz kurz dauernden Schutz, da das dem Körper zugeführte fertige Gegengift bald wieder ausgeschieden wird, und birgt außerdem die Gefahr von Überempfindlichkeitsreaktionen bei wiederholter Injektion, die unter Umständen erforderlich werden kann. Nichts lag also näher, als daß man sich nach einem lange vorhaltenden Schutz umsah, und diesen glaubte man in der von Behring schon vor dem Krieg getundenen, in Amerika in Kriegs- und Nachkriegsjahren in großem Maßstab angewendeten aktiven Immunisierung gefunden zu haben (siehe diese Rundschau, 1928 I Seite 443 und folgende). Sie beruht darauf, daß der Schutz, den der Körper selbst erwirbt, länger vorhält als der ihm fertig einverleibte. Das Toxin-Antitoxin-Gemisch, das dem kindlichen Körper injiziert wird, enthält eine kleine Menge Gift, an Gegengift gebunden. Ganz allmählich wird in kleinsten Dosen durch Lockerung der Bindung im Organismus das Gift frei,

gerade in der Menge, um ohne Giftschädigungen eine Gegengiftbildung des Organismus anzuregen. Also den selben Weg muß hier der Körper gehen wie bei Überwindung einer Krankheit, nur ohne die stürmischen Erscheinungen dieser. Man glaubt für die praktische Wirksamkeit der theoretisch erdachten Immunisierung folgende Beweise zu haben: Einmal ändert sich die Reaktion des Körpers auf in die Haut gespritztes Diphtheriegift, das heißt aus dem positiven sogenannten Schicktest, der eine Empfänglichkeit des Körpers für Diphtherie anzeigt, wird ein negativer. Dann aber läßt das Verhältnis der erkrankten Geimpften zu erkrankten Nichtgeimpften, das nach den Massenimpfungen in Amerika 1:4 betrug, auf eine erfolgreiche Wirkung der Impfung schließen.

Auf die Frage nach einer eventuellen schädlichen Folge der Impfung, die ihren Wert beeinträchtigen oder aufheben könnte, geben die bisherigen Erfahrungen keinerlei Anhalt für irgendwelche Befürchtungen. Wo der Impfstoff einwandfrei gewonnen war, und für einwandfreie Gewinnung haben wir bei dem von den Behring- und Höchster Werken unter staatlicher Kontrolle gelieferten Impfstoff Garantie, nehmen zwar die Reaktionen bei zunehmendem Alter etwas zu, bleiben aber immer vereinzelt und beschränken sich auf nach einigen Tagen vorübergehende leichte lokale oder allgemeine Reaktionen, wie Infiltrate an den Impfstellen, Fieber, Nesselausschläge und ähnliches.

Unsere Lage der Diphtherie gegenüber ist also so, daß die Gesundheitsbehörden nicht nur berechtigt sondern auch verpflichtet sind eine möglichst große Aktivität diesem gefährlicher werdenden Gegner gegenüber zu entfalten. Der Weg zu dieser Aktivität liegt in einer aktiven Immunisierung, die einerseits unschädlich ist, andererseits wohl als zweckmäßig, wenn auch nicht als absolut sicher wirksam angesehen werden kann. Die Propaganda für diese Immunisierung ist daher zu begrüßen, wenn auch die Teilnahme durchaus auf Freiwilligkeit beschränkt werden muß.

Scharlach Es ist merkwürdig aus den Verhandlungen des Deutsch-Russischen Scharlachkongresses in Königsberg im Sommer dieses Jahres wieder zu ersehen, wie wenig wir noch von einer so verbreiteten Krankheit wie dem Scharlach wissen. Wir kennen noch nicht seine Erreger. Die bisherigen Forschungen

haben nur ergeben, daß eine ausschlaggebende Rolle die hämolytischen Streptokokken spielen. Außerdem haben verschiedene Forscher noch andere Bakterienarten beim Scharlach gefunden, von denen man vorläufig aber noch nicht weiß, ob sie direkt als Erreger anzusehen sind oder nur durch Schwächung des Organismus als Wegbereiter für die hämolytischen Streptokokken. Die Prüfung auf Scharlachempfindlichkeit, die sogenannte Dickreaktion, wird in ihrer Verwertbarkeit viel stärker angezweifelt als die Schickreaktion für Diphtherie. Eine aktive Immunisierung kommt vorläufig praktisch nicht in Betracht. Nur über die Brauchbarkeit des Heilserums bei toxischem Scharlach ist man sich heute in der Wissenschaft einig.

Tuberkulose Die Tuberkulosefürsorge, deren Arbeitsgebiet die Verhinderung der Weiterverbreitung von Tuberkulose ist, orientierte ihren Kampf immer entsprechend den jeweiligen Anschauungen über Entstehung, Heilung und Verhütung der Tuberkulose. In jenen Zeiten, als man den Beginn der Tuberkulose nur in den Lungenspitzen kannte, und das Allheilmittel in den Heilstätten sah, bemühte sich die Fürsorge um eine möglichst dem Heilstättenleben angepaßte Lebensführung der Kranken. Als man dann nach Behrings Lehre jede Erwachsenenphthise als Ausklang einer im Kindesalter erworbenen Tuberkulose ansah, suchte man natürlich die Tuberkulose im Kindesalter zu bekämpfen. Neuerdings nun sieht man einen andern Weg der Tuberkulose im menschlichen Körper. Johannes Redeker besonders hat das sogenannte Frühfiltrat beschrieben, um das sich das Hauptinteresse auf der diesjährigen Tuberkulosetagung in Wildbad drehte. Während man bei der Spitzentuberkulose im allgemeinen entweder mit einem Abklingen oder nur langsamen Vorwärtsschreiten, geringer Infektiosität und klinisch guter Erkennbarkeit zu rechnen hat, liegen bei den sogenannten Frühfiltraten unterhalb der Schlüsselbeine, deren Ausgangspunkt eine Entzündung in der Umgebung der Tuberkelbazillen ist, die Dinge in jeder Beziehung anders. Sie neigen zu raschen Veränderungen, entweder Aufsaugung oder Höhlenbildung, sie sind mit reichlicher Bazillientleerung verbunden, sie verlaufen klinisch uncharakteristisch, oft unter dem Bild einer Grippe, sind auch durch das Hörrohr nicht immer festzustellen und offenbaren sich oft zur gro-

ßen Überraschung erst den Röntgenstrahlen. Entsprechend den neuen Erkenntnissen wird auch die Tuberkulosefürsorge neue Aufgaben in ihr bisheriges Arbeitsgebiet hereinbeziehen müssen: Massendurchleuchtungen ganzer Bezirke, um die gefährlichen Infektionsquellen so früh wie möglich zu erfassen, sowie fortschreitende Tuberkulinproben.

Totenliste Anfang März starb in Mannheim der Insulinforscher *Ernst Joseph Lesser*, im Alter von 48 Jahren. Lesser hatte die Wirkung des Insulins bereits im Jahr 1913 festgestellt, war aber mit seiner Entdeckung noch nicht hervorgetreten, da er sie theoretisch noch tiefer begründen wollte. Auch im übrigen galten seine Forschungen dem Gebiet der Physiologie, für das er sich schon früh in Halle habilitiert hatte. Seine Interessen gingen über seine Fachwissenschaft hinaus. Er galt als hervorragender Marxkennner, war Sozialdemokrat, interessierte sich auch lebhaft für die zionistische Bewegung.

Am 23. März starb in Berlin der chirurgische Leiter des Kaiserin-Augusta-Victoria-Krankenhauses in Schöneberg, *Walter Kausch*, im Alter von 61 Jahren. Sein besonderes Feld war die Chirurgie der Bauchorgane, die er auch in dem Handbuch der Chirurgie bearbeitete.

Am 12. Mai starb in Berlin *Leo Burgerstein*, 75 Jahre alt. Er hat als Autodidakt unter großen Schwierigkeiten die Schulhygiene entwickelt und sich für die Verbreitung der Einsicht in die Notwendigkeit schulärztlicher Tätigkeit große Verdienste erworben. Sein Hauptwerk unter beinahe unzähligen Schriften ist das Handbuch der Schulhygiene von Burgerstein-Netolitzki.

Am 3. Juli starb in Mailand der Gynäkologe *Luigi Mangiagalli*, im Alter von 78 Jahren. Er hat an zahlreichen Kliniken und Universitäten Italiens gewirkt, besonders erfolgreich in Pavia und Mailand. In den Jahren 1922 bis 1926 gründete er die Mailänder Universität, deren erster Rektor er wurde, und ferner das Institut zur Bekämpfung der Krebskrankheit, wie er sich auch um die internationale Organisation der Krebsbekämpfung tatkräftig einsetzte. Später wurde er Staatsminister. Bis in seine letzten Tage war er auch noch unermüdlich als Arzt tätig; er galt als einer der besten Chirurgen und Gynäkologen Italiens. Eine Reihe wertvoller Arbeiten hat seinen Ruf in Europa und ebenso in Lateinamerika verbreitet.

Kurze Chronik Die Medizinische Fakultät der Universität Berlin stellt für das Jahr 1928-1929 die folgenden *Preisaufgaben*: 1. »Der Einfluß von Auszügen der Nebennierenrinde auf die Muskeltätigkeit des normalen und des nebennierenlosen Frosches.« 2. »Untersuchung über die Statistik der Fehlgeburten.« ◊ Nach eingehenden Beratungen hat sich der in Genf tagende *Pockenausschuß* gegen den Verzicht auf die Schutzimpfung ausgesprochen. Für Gehirnentzündungen im Anschluß an die Pockenimpfung können nach den bisherigen Beobachtungen auf keinen Fall die Impfungen allein verantwortlich gemacht werden. Der Ausschuß empfiehlt die Impfung bereits möglichst im 1. Lebensjahr vornehmen zu lassen, da die gefährlichen Begleiterscheinungen erst bei späterer Erstimpfung eintreten. ◊ Die den Stoffwechsel stark anregenden und für die Heilung mancher Krankheiten notwendigen *ultravioletten Strahlen* können neuerdings auch in geschlossenen Räumen dem Körper zugeführt werden. In Amerika, England, Deutschland, hat man für diese Strahlen durchlässiges Fensterglas produziert. In England hat man im vorigen Jahr Vergleiche zwischen Kindern aus Schulen mit gewöhnlichem Fensterglas und solchen aus Schulen mit Vitaglas angestellt; das Durchschnittsgewicht und der Gehalt an roten Blutkörperchen war bei diesen letzten bedeutend größer. Dieses Glas kann für Krankenanstalten von großer Bedeutung werden. ◊ Die vom 15. November bis zum 14. Dezember 1927 in ganz Deutschland, mit Ausnahme von Sachsen, Thüringen und dem Saargebiet, veranstaltete *Zählung der Geschlechtskranken* hat folgendes ergeben: Gegenüber der letzten Zählung zur selben Zeit im Jahr 1919 ist der Rückgang von Neuerkrankungen auf bald die Hälfte bemerkenswert. Auf 10 000 Lebende kamen damals als Jahresdurchschnitt 87 frische Geschlechtskrankheiten, diesmal 58. Und zwar beträgt der Rückgang von Gonorrhoe und angeborener Syphilis zirka 33 %, von primärer und sekundärer Syphilis etwa 66 % und der des weichen Schankers fast 90 %. Bei den Erkrankungsfällen handelte es sich in 75 % aller Fälle um Gonorrhoeerkrankungen, von denen 90 % im frischen Zustand in Behandlung kamen. Auf die Syphilis, ohne angeborene Syphilis, kamen mehr als 20 % aller Erkrankungen; doch hat in nur 25 % dieser Fälle die Behandlung im 1. Stadium begonnen.

KUNST

Bildende Kunst / Otto Brattskoven

Sport und Kunst Bei Gelegenheit der 9. Olympiade in Amsterdam wurde dort auch eine internationale Ausstellung Kunst und Sport veranstaltet, an der mehr als 20 Nationen beteiligt waren. Dazu erschien ein Katalog Deutschland auf der internationalen Ausstellung Kunst und Sport, mit einer Einleitung des Reichskunstwarts Edwin Redslob /Berlin, Fr. K. Koetschau/. Es wurden in ihm Werke der Malerei, Plastik, der Architektur und des Kunstgewerbes in Betracht gezogen. Alle bemerkenswerten deutschen Bilder und Plastiken, die sportliche Themen zum Vorwurf haben, sind da berücksichtigt. In seiner Einführung behandelt sie Redslob im einzelnen, wobei er betont, daß der Sport allein leicht mechanisieren würde, wenn nicht der Künstler, meist unbewußt, den gleichen Drang, der den körperlichen Menschen bewegt, auf geistige Weise zur Erfüllung brächte. Zweifellos trifft diese Bemerkung zu. Umgekehrt aber vermißt man ein die gegenwärtige Bildkunst betreffendes soziologisches Moment, das unbedingt hätte angeführt werden müssen. Und zwar handelt es sich um ein eigenartiges Manko, das bislang auffallend im bildkünstlerischen Schaffen unserer Zeit festzustellen war. Es kann nicht abgestritten werden, daß im Verlauf der Weltgeschichte die Kunstäußerungen über den artistischen Inhalt hinaus zugleich auch in übertragener Beziehung Spiegelbilder der Lebensgestaltung, der Sehnsüchte und der allgemeinen Bestrebungen der jeweiligen Menschen waren. Griechentum, Gotik und Renaissance zum Beispiel sind solcherart bezeichnend. Wie aber stand es bisher mit der Gegenwart? Man kann unter anderm als deren Spezifikum hervorheben, daß schärfste Gesellschaftskritik und allgemeine Anteilnahme an der Leibesübung in gleichwelcher Form hierzu gehören. Während aber die gesellschaftliche Kritik schon hervorragende bildkünstlerische Leistungen im Gefolge hatte, sieht es da bei dem Sport immer noch sehr leer aus. Eine sinnlose thematische Tradition herrscht vor; immer noch werden beispielsweise Abendmähler und Kreuzabnahmen gemalt, obwohl das allgemeine Interesse daran nicht mehr besteht. Das Streben der Künstler vollzieht sich ganz in einer abseitigen L'art-pour-l'art-Zone, die Einbindung in die Gesell-

schaft ist unterbrochen. So ist es nicht verwunderlich, wenn die Künstlerschaft heute an einwandfreier Geltung verloren hat. Ihre Position wird sich erst dann wieder wirtschaftlich festigen, wenn sie natürlich-logisch und dabei ohne Konzessionen an den "Geschmack" des Tages den besonders hervorstechenden Bestrebungen der Gegenwart dient. Hierzu gehört auch die Auseinandersetzung mit den Ereignissen, Schauspielen und Dingen des Sports. Womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß die Kunst nun auch den Sportbyzantinismus, diese Position des angelsächsischen Weltherrschaftstrebens, mitmachen soll. Ihre Stellung zu der bloßen Sportübung, die unschöpferischer Art ist, wird vielmehr auf das Ziel hindeuten haben, das auch ihre Gesellschaftskritik bestimmt.

Absolute Wertung?

Eine Broschüre des Titels *Künstler! Kritiker! Publikum!* /Berlin, J. J. Otten/ setzt sich für einen Schriftsteller ein, der es unternommen hat mit Hilfe neuer Methoden absolut feststehende, zeitlose und unstürzbare Kunstwertungen zu schaffen. Der Untertitel der Broschüre verspricht »kritische Betrachtungen eines Künstlers über Ernst Zierers Kunst- und Weltanschauung«, verkündet »die erste wirkliche Wende in der Geschichte der Erkenntnisse«, verspricht die »Erforschung und Lösung der Urprobleme«. Im Verfolg seiner Betrachtungen fixiert der Verfasser, Ernst Wetzenstein, jene Betrachtungsweise, die Zierer in seinen einzelnen Büchern, vornehmlich in *Kunst- und Weltgesetze* /Stockholm, Ahlen & Akerlund/, *Die Erde bewegt sich nicht* /Stockholm, Ahlen & Akerlund/, *An die Künstler* /Stockholm, A. Börtzell/ niedergelegt hat. Im wesentlichen beruht diese gewissermaßen neue Betrachtungsweise auf der Unterscheidung zwischen der Oberfläche oder dem Motivischen und einer sogenannten Schöpfungstiefe, die beispielsweise bei der Malerei als Farbgemenge an sich aufgefaßt werden kann. Zierer behauptet nun, daß für die Wertung eines Kunstwerks nicht die Oberfläche sondern jene Schöpfungstiefe entscheidend ist, die man mit Hilfe einer sogenannten angeborenen Erfahrung im Gegensatz zur bisher benutzten erworbenen objektiv zu erkennen vermag. Je nachdem das hinter dem Motivischen Liegende mehr oder minder »Bruchstellen« aufweist, kann die Wertung mit Hilfe von durch Zierer festgelegten Kategorien vorgenommen werden.

Manche der von Zierer formulierten Äußerungen kann sich noch fruchtbar auswirken. Für eine absolut richtige Kunstwertung aber begeht er einen offenbaren Fehlschluß. Man kann dabei davon absehen, daß er ohne nähere Erklärung Begriffe nach Gutdünken umwertet; man stellt es ihm nicht in Rechnung, wenn er bislang keine überzeugende Erklärung dafür angeben konnte, weshalb in dem oder jenem Werk eine Bruchstelle vorhanden ist. Selbst über die Fragwürdigkeit jener angeborenen Erfahrung braucht nicht diskutiert zu werden. Entscheidend ist hauptsächlich, daß Zierer bei seiner persönlichen Wertung annimmt mit Hilfe der sogenannten angeborenen Erfahrung zu arbeiten, während in Wirklichkeit sein Blick und die erworbene Erfahrung zuerst in Aktion treten, um auf dieser Grundlage seine Wertungskategorien auszuspannen. Wenn er behauptet, daß letztlich nur Begabung und Glaube mit seinem System arbeiten können, so ist gerade diese ganze Lehre von der "Begabung" als Rest eines zu überwindenden (wenngleich in unserer Gesellschaft in Blüte stehenden) deterministischen Biologismus, mag er sich auch anthroposophisch kleiden, vom Standpunkt des ethischen Schaffenspostulats aus abzulehnen, wenn er ferner vermeint, daß solcherart eine objektive Kunstbetrachtung und -wertung in die Wege geleitet würde, so ist ihm zu entgegenen, daß hiermit gerade der substanzlosen Subjektivität Tür und Tor geöffnet werden.

Totenliste

In London starb Ende Mai, im Alter von 67 Jahren, der Bildhauer *George Frampton*. Er wurde durch das Standbild Peter Pan berühmt, das in Kensington Gardens aufgestellt ist. Ferner schuf er Standbilder der Königin Victoria und der Königin Mary. Von ihm stammt auch eine Büste der im Krieg erschossenen Krankenschwester Edith Cavell. Anfang Juli starb in Düsseldorf der Historienmaler *Karl Bokko*, im Alter von fast 88 Jahren. Er war Hamburger, lebte lange Zeit in Paris, ließ sich später in Weimar nieder. Die letzten 40 Jahre verbrachte er in Düsseldorf. Er war einer der wenigen Vertreter jener Malerei, die man auf Grund einer psychologischen Historienauffassung als die Düsseldorfer Schule bezeichnete. Ende Juli starb in Ulm *Max Arthur Stremel*, im Alter von 78 Jahren. In Paris war er zusammen mit Fritz von Uhde Schüler Munkaczys. Später bildete

er sich vornehmlich in Schottland weiter, wobei er im Gegensatz zu seinen Zeitgenossen eine ausgesprochen tonige Malweise sich aneignete. Ein Vlämischer Interieur besitzt von ihm die Dresdener Galerie.

In Schöneegg bei Dietramszell erlag Ende Juli das bekannte Mitglied der Münchener Sezession *Paul Crodel* einem Schlaganfall. Er malte hauptsächlich alpine und winterliche Landschaften.

Am 7. August wurde *Fritz Stahl* in Berlin, während er in einem Restaurant mit Freunden friedlich Skat spielte, vom Schlag dahingerafft. Er ist 64 Jahre alt geworden. Er stammte aus Ostpreußen und war 30 Jahre hindurch Kunstkritiker des Berliner Tageblatts. Er war einer der ersten, die sich kämpferisch für die Kunst der Impressionisten einsetzten; auch späterhin stellte er allen neuen künstlerischen Dingen eine Auffassung gegenüber, die ebenso von innerem Erleben wie von scharfem Verstand bestimmt war. Das Fazit seiner Auffassung hat er in einem Buch *Wege zur Kunst* niedergelegt, worin er ganz persönlich und mit gefühlsmäßiger Einfühlung die Kunstübung von den Ägyptern bis zur Gegenwart betrachtet. Kunst im allgemeinen war für ihn die »Antwort einer Menschengruppe auf die Schöpfung«. Seine kritische Tätigkeit ruhte in dem Wunsch die Schöpfung nachzugestalten, in die er sich gestellt findet, und ihr »selbstschöpferisch ihr Widerspiel und Gleichnis entgegenzustellen«.

Mitte August starb in Nürnberg der Professor der Kunstgeschichte an der Universität Greifswald, *Max Semrau*, im Alter von 69 Jahren. Er ist besonders durch die Neubearbeitung der großen Lübkeschen Kunstgeschichte /Eblingen, Paul Neff/ bekannt geworden.

Am 30. August starb in München *Franz von Stuck*, 65 Jahre alt, an einem Herzschlag. Stucks Auftreten fiel in die Jahre, als man für Böcklin zu schwärmen begann. Dem Wunsch nach neuer Phantastik kam er damals mit seinen ersten Werken, dem *Paradieseswächter*, den *Kämpfenden Faunen* und dem *Luzifer*, entgegen. Er hatte schon in jungen Jahren großen Erfolg, wo andere noch um ihre persönliche Kunstauffassung ringen müssen. Zweifellos ist dies ihm zum Verderben geworden. Denn in der Folgezeit vergrößerte er immer mehr seine Farb- und Formsymbolik, die zuletzt nur noch in ziemlich billigen Effekten ihr Genüge zu finden schien. Auch als Bildhauer ist er mit kleinen anspruchsvollen Bronzen hervorgetreten.

Kurze Chronik In Marburg fand im Juni und Juli eine umfassende Ausstellung *religiöser Kunst* statt, die in dem neuen, zum Universitätsjubiläum gestifteten Kunstgebäude untergebracht war. ◊ Im Städtischen Museum in Stettin wurde eine Ausstellung *isländischer Malerei* der Gegenwart gezeigt. ◊ Anfang August fand in Prag ein Internationaler Kongreß für *Zeichnen und angewandte Kunst* statt, der auch mit einer Ausstellung verbunden war. ◊ In der Pfarrkirche von El Bonillo in Spanien wurde ein unbekanntes *Altarbild Grecos* aufgefunden, das die Kreuztragung Christi darstellt. ◊ Ein unstrittenes Marmorwerk, das jetzt als *Jugendarbeit Michelangelos* bezeichnet wird, wurde der Alten Pinakothek in München als Leihgabe überlassen. Das Relief, das sich im Besitz des Balten R. von Liphart befindet, zeigt die Gestalten des Apollo und des Marsyas. Dieser hat auffallende Ähnlichkeit mit dem David in Florenz. Wilhelm von Bode hat es dem jugendlichen Michelangelo zugesprochen, Henry Thode erst nach einigem Schwanken. ◊ In einem ehemals zur Sakristei der alten Sankt-Afra-Kirche in Brescia gehörigen, jetzt als Keller benutzten Gewölbe entdeckte die Kunsthistorikerin Nicodemi wertvolle Fresken des Brescianer Malers *Girolamo Romanino* /1545 bis 1566/, eines Schülers Giorgiones. ◊ Von *George Grosz* erschien eine Mappe, Hintergrund betitelt /Berlin, Malikverlag/, die 17 Zeichnungen zur Aufführung des *Schwejk* in der Piscatorerbühne enthält. Die Eigenart der Strichführung Grosz' kehrt wieder, ohne Neues zu bieten.

Literatur Der 4. Band einer Monographieenreihe zur Schweizer Kunst /Zürich, Orell Füssli/ bringt eine umfangreiche Publikation über *Urs Graf* und die Kunst der alten Schweizer, von Walter Lüthi. Das vorzügliche Abbildungsmaterial zeigt die ungewöhnliche Eigenart dieses merkwürdigen Künstlers, dessen Werke, und im besondern die Holzschnitte, in einer Zeit entstanden sind, als das Landsknechtsleben und die Mentalität dieser wilden Gesellen den Ton in der Schweiz angab. Von dieser wilden Künstlerschaft und ihren »nid gezierd zittlichen Dingen« handelt der Text mit Urs Graf als Mittelpunkt. Historisches überwiegt, doch wird auch den bildlichen Inhalten und dem spezifisch Künstlerischen im Zusammenhang des Ganzen vorbildlich Rechnung getragen.

Bewegungskunst / Heinrich Spaemann

Tonfilm Der Tonfilm, mit dem man es schon lange versucht hat, der bis jetzt aber nur

Einzelfall blieb, wird nun nach einem neuen Verfahren hergestellt, das eine Massenauswertung ermöglicht. Es eröffnet neue Perspektiven für aktuelle Berichterstattung und wissenschaftliche Demonstration. Die Möglichkeit künftige Spielfilme gleich mit der phonetischen Begleitung herauszubringen könnte endlich auch eine Filmmusik eigener Art anregen, wie sie noch fehlt; zurückhaltender in den tonalen Mitteln und von einheitlicher Kinetik. In erster Linie sollen aber sprechende Tonfilme, Filme sprechender Menschen herauskommen. Man verspricht sich eine neue Kunstgattung. Ist diese Hoffnung berechtigt?

Der Spielfilm litt nur in seinen ersten, theatralischen Anfängen unter dem Mangel an akustischer Realität. Heute ist diese das selbstverständliche Negativ einer positiven optischen Illusion, deren Zauber von Darstellungsweisen und -objekten abhängt, die in ihrem Wesen überhaupt jenseits akustischen Mittelens spielen. Mit der Einbeziehung des gesprochenen Worts führt der Tonfilm die eigentlich filmische Kunstform ad absurdum, er nähert sich dafür wieder den Mitteln der Sprechbühne, ohne aber ihre Wirkungen zu erreichen. Das Gesprochene und empfundene Wort läßt sich erst in unmittelbarem Kontakt mit dem Empfindenden in seinen Gehalten erfassen. Daher wird beim Tonfilm die Empfindungssubstanz des Worts durch die optische Wahrnehmung entsprechender Gesten lediglich erklärt, aber nicht tatsächlich übertragen. Umgekehrt ergibt es sich, daß die Sprache das Pathos der Geste nur sozusagen kahl grammatisch ausdrückt, da sie Beziehung, nicht Atmosphäre herstellt. Etwas lächerlich Lebloses kann der sprechende Film deshalb nicht überwinden. Er ist ein Erzeugnis der selben Muse wie Radiohörspiel, Panoptikum und Orchestrion. (Es sei daran erinnert, daß das Marionettentheater sich in einer ähnlichen Situation von Wort und Figur befindet. Da aber wird die effektive Leblosigkeit der Gestalten durch die entsprechende Drastik der Geste und des Sprechens zum Stil erhoben. Das Leblose ist dann nichts Unzulängliches mehr, sein Wesen wird vielmehr zum Bestandteil der besondern künstlerischen Wirkung.)

Vom "sprechenden" Film ist der reine Geräuschfilm grundsätzlich zu unter-

scheiden. Die Wiedergabe objektiver Geräusche wird an sich ebenso befriedigen wie die Erfassung von Gegenständen durch die Linse. Man darf ihre Aufgabe im Film selbstverständlich nicht auf die bloße Illustrierung des Optischen beschränken. Ein gefällter und fallender Baum mag als filmischer Vorgang lyrische Empfindung, epische Teilnahme oder dramatische Spannung erzielen; ebenso können die weithin hallenden Schläge einer Axt auch ohne optische Demonstration eine bestimmte Atmosphäre auslösen oder vorbereiten. Es ist denkbar, daß das Mikrophon in diesem Zusammenhang eine Menge von Objekten überhaupt erst entdecken und uns ähnlich aufhorchen lassen wird wie die Kamera für Gestalt und Bedeutung vieler Dinge die Augen geöffnet hat.

Chaplin will in einem seiner nächsten Filme Türen schlagen, Fenster klirren und Teller zerbrechen lassen. Bei ihm verbleibt das Geräusch im Stil des Exzentrischen, einer Darstellungsart, die sich in Situationen entwickelt. Wie etwa das Stolpern eine optische Situation ist gegenüber dem Gehen oder gegenüber dem andächtigen Stehen, so bilden sich auch phonetische Situationen entsprechender Wirkung.

Mit alledem sollen hier nur gewisse Möglichkeiten oder Wahrscheinlichkeiten aufgezeigt, nicht etwa einem kommenden Neuen Gesetze vorgeschrieben oder Verbote aufgezwungen werden. Es kann immer sein, daß neue Mittel zu einer neuen Gestaltung führen, an die weder die Erfinder noch die Auswerter (die sich an der Vergangenheit orientierten und aus dieser die Bedürfnisse ableiteten) auch nur entfernt dachten.

Clair

René Clair ist einer der geistvollsten und filmisch sichersten Regisseure des modernen Frankreichs. Der Berliner Tauentzienpalast brachte neulich 2 Filme von ihm heraus, die Aufmerksamkeit auch in Deutschland verdienen.

Zunächst *Entr'acte*, ein konsequentes Kameragedicht: Das Objektiv steht Kopf, vertauscht Straße und Dach, macht Gerades rund, Langes kurz, sieht den Balletteusen unter die Beine, beschleunigt, verlangsamt, tötet, weckt Tote auf und eröffnet neue verwandtschaftliche Beziehungen mit Unbekannt. Die Handlung ist logisch, aber nicht greifbar wie eine Idee, Bilder entwickeln sich aus Bildern, Metaphysik durchs Auge wie im Traum: ein tiefsinniges Repertoire von Überschriften.

Sodann *Der Florentiner Hut*, eine Komödie in Kostümen und Konflikten der neunziger Jahre. Sie stellt nicht Typen hin, wie das deutsche Filmlustspiel, sondern handelt ununterbrochen, etwa so: Ein Herr im Wagen, ein Pferd davor, Straße, Gebüsch, ein Hut. Das Pferd frißt den Hut, zum Hut erscheint die Dame, zur Dame der Kavalier, der Kavalier fordert den Herrn. Und so geht es immer weiter fort. Aus der hölzernen Konsequenz dieses Stils ergibt sich die filmisch richtige Karikatur.

Tänzerkongreß Eine berühmte junge Tänzerin wurde aufgefordert sich am 2. Deutschen Tänzerkongreß zu beteiligen. Dankend lehnte sie ab: »Ja, wenn es kein Kongreß wäre.« Gewiß, so dachte sie, umgürtet man sich mit dem Schwert des Intellekts, oder man bekleidet sich mit den Hemmschuhen der Feierlichkeit und Verantwortung, die eine Tänzerin weder zu Berufszwecken noch im täglichen Leben anlegen sollte. Und sie behielt recht. Denn auch beim 2. Tänzerkongreß, der vom 21. bis zum 26. Juni in Essen tagte, war nicht das Tanzen die Hauptsache, sondern die Debatte. Es wurden Thesen, Forderungen und pädagogische Richtlinien aufgestellt. Selbstverständlich bildeten sich 2 Parteien. Die eine war für Drill und solides Handwerk, woraus jeder nach der Begabung das Seine herausholen könne, die andere war für Individualität und Beseelung der Technik. Selbstverständlich stimmten von den tausend Tanzschülerinnen oder deren Eltern die meisten gegen Drill und für Seele, schon deshalb weil Seele sich so herrlich personifizieren und mit so schönem Pathos vertreten läßt, wie es geschah, während man den Drill nur mit ein paar trockenen Worten beweisen kann. Diese Tatsache aber nahm nun die Presse wahr, indem sie nicht nur den Sieg der Individualität im allgemeinen hervorkehrte sondern diesen auch auf das Konto der Individualität im Besondern und Persönlichen überschrieb und einwandfrei feststellte: Sieg Mary Wigmans und der ganzen Wigmanrichtung. Wobei freilich offen blieb, wer eigentlich alles besiegt war. Was hiernach zu sagen bleibt, ist dies: 1. Der 2. Deutsche Tänzerkongreß war nicht, wie es überall hieß, für den deutschen Tanz, für den neuen Tanz, für den künstlerischen Tanz überhaupt repräsentativ. Es fehlten, um ein paar Namen zu nennen, Valeska Gert, Katta Sterna. Oder, wenn man das Ausland heran-

holt, warum dann nicht Josephine Baker, La Argentina und vor allem Anna Pawlowa? Kurz, es fehlte der Typus Tänzerin, der sich nicht ausspricht sondern tanzt, nach der Musik tanzt.

2. Der pädagogische Meinungskampf hat die Tagung natürlich nicht weitergeführt, nur die Zuhörerinnen verwirrt. In der Praxis kommt es wohl nur auf den Horizont und die schöpferische Art des Lehrers an, damit er, ohne es vielleicht zu beabsichtigen, neben der Technik auch das Wesentliche begünstigt.

3. Man kann schon deswegen kaum blasphemischer sein, als indem man in diesem Zusammenhang den Sieg der Wigmanrichtung erklärt. In der Tat verhält es sich ja so, daß in den Wigmanschulen selbst und unter dem Einfluß der Wigmanschulen bei Hunderten und Aberhunderten von jungen Mädchen die pathologische Geste heute geradezu kultiviert wird, daß da jedes Allegro, jedes Adagio die Form von aktiven und passiven Exaltationen annimmt. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß dieses Resultat nicht auf der Höhe sondern am Ende einer Entwicklung steht, deren Beginn das Verlangen nach einem freiheitlich-undogmatischen Tanzstil war.

Kurze Chronik In München fanden vom 13. Juli bis zum 23. August *Filmfestwochen* statt. Es wurden 42 europäische und amerikanische Spitzenfilme aufgeführt. Ein hierzu ausgegebenes Sonderheft der Zeitschrift *Erwachen*, betitelt *Die Zukunft des Films*, umfaßt eine Anzahl Aufsätze über Filmprobleme, bringt aber heute keine neuen Gesichtspunkte. \diamond Die *Farbenkinematographie*, eine Erfindung Berthons und Keller-Dorians aus dem Jahr 1910, ist durch Neuerungen der Firma Kodak erheblich gefördert worden. Beim Farbfilmverfahren sind in die lichtempfindliche Zelluloidseite der Filmstreifen mikroskopisch kleine Linsen eingepreßt. Es entstehen Farbfilterbilder, die bei der Projektion wiederum gefiltert werden müssen. \diamond In Paris wurde Charles Brenier, der Vorsitzende der Commission du Cinématographie, mit der Organisation einer französischen *Lehrfilmkammer* beauftragt. Die Organisation will alle Lebensmöglichkeiten des Films ausbauen, auf den Gebieten des Unterrichts, der Technik, der Berufsbildung, der sozialen Erziehung, der Wissenschaft, Literatur, Nationalökonomie usw. Ein umfassendes Filmarchiv ist errichtet, und zahlreiche neue Arbeiten sollen angeregt werden. \diamond

Ein Choreographisches Institut Laban ist im Entstehen begriffen, es wird die Labansche Tanzschrift vervollständigen, lehren und anwenden. Die Bedeutung der *Choreographie* besteht vor allem in der Herausbildung eines Bewegungskanons nach neuen Gesichtspunkten. Für Tanzüberlieferung und -lehre leistet die Verfilmung heute Deutlicheres. ◊ Ein Kuriosum in der Geschichte des Tanzwesens ist eine neue Verordnung der ungarischen Regierung, die bestimmt, daß sämtliche rhythmisch-tänzerischen Schulen je einen staatlich diplomierten Turnlehrer als verantwortlichen Leiter ihrer Institute anstellen müssen. Es gibt in Budapest etwa 50 Schulen für rhythmische Bewegungskunst (Dalcroze, Bode, Laban, Mensendieck, Loheland). Einige werden ihren Betrieb einstellen.

Literatur

Das Buch *Guido Bagiers*
Der kommende Film / Stuttgart,
Deutsche Verlagsanstalt/

setzt eine Publikationsreihe fort, die durch Le Corbusiers Kommende Baukunst eingeleitet wurde. Ausstattung und Typographie sind wundervoll, man erwartet ein Standardwerk. Leider liefert Bagier mit seinen wortreichen Definitionen nur das Papier. Sein Versuch Le Corbusiers schlagwortmäßigen aphoristischen, in der Wiederholung eindringlichen Vortrag zu kopieren imponiert in Gliederung und Vokabel, nicht im Begreifen. Wo Bestimmtes behauptet ist, wird platt Allgemeines bewiesen, wo Neues gefordert wird, Unsinniges erklärt. Das liest sich dann so: »Der kommende Film muß als selbständiges Kunstwerk nur seinen eigenen Gesetzen folgen. Diese sind: 1. eine Handlung, zugleich real und eine ungewöhnliche Begebenheit, 2. ein allgemein verständlicher Inhalt, der individuell konzipiert ist, 3. eine Form in einmaliger Typisierung, die aus jedem Inhalt sich bildet. Die Arten des Films können demnach folgende sein: A. der abstrakte Film, B. der gegenständliche Film; 1. mit einer äußern Fabel, die ist überwiegend optisch, überwiegend erzählend, überwiegend musikalisch, 2. mit einer innern Fabel, demnach tragisch, ironisch, grotesk, didaktisch.« Ein umfassender Bildteil ist beigegeben, der durch Weglassung der Titel noch gewänne. So rangiert Asta Nielsen als »deutscher Typ Drolerie«, Henny Porten repräsentiert die »deutsche Ausdruckskunst«, einem Bild von ihr in Magdalenenpose gab der Verfasser gar die Unterschrift »Die wahre Bewegung ist unbewußt«.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Energieversorgung Anlässlich der Jahrestagung des Vereins Deutscher Ingenieure in Essen brachte

die Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure eine Jahresschau, die sich auf alle Gebiete der Technik bezog und stichwortmäßig einen Überblick über die Leistungen im Jahr 1927-1928 vermittelt. Das größte Interesse erregt natürlich die Frage der Energieversorgung, auf der jeder industrielle und kulturelle Fortschritt basiert.

Bei den Dampfanlagen gewinnt die Erzeugung hochgespannten Dampfes steigende Bedeutung. Während in der Vorkriegszeit ein technischer Gesamtwirkungsgrad von 15 % das Maximum darstellte, wird in dem Großkraftwerk Klingenberg in Berlin im Dauerbetrieb ein Wirkungsgrad von 20 bis 22 % erreicht. Diese Steigerung wird durch die Einführung der Kohlenstaubfeuerung, der Vorwärmung der Verbrennungsluft, Speisewasservorwärmung durch Anzapfdampf, Dampfdruck von 30 bis 40 Atmosphären, verbesserten Turbinenwirkungsgrad durch Teilung des Gehäuses und Vermehrung der Stufenzahl und die größeren Abmessungen von Kesseln und Generatoren erzielt. Eine weitere Verbesserung des Wirkungsgrads wird in der Erhöhung des Dampfdrucks bis auf 100 Atmosphären erwartet. Das Großkraftwerk Mannheim, das mit diesem Druck arbeiten wird, geht seiner Vollendung entgegen; die von den Siemens-Schuckert-Werken nach dem Bensonverfahren errichtete erste größere Betriebsanlage im Kabelwerk Gartenfelde, die seit einigen Monaten mit noch höherem Druck (bis zu 224 Atmosphären) laufend gearbeitet hatte, bewies, daß die praktische Ausführung der Dampferzeugung bei so hohem Druck wohl möglich ist, und bot zugleich die Möglichkeit Erfahrungen über die zweckmäßige Ausgestaltung von Einzelheiten in der Einrichtung zu sammeln. Die Frage der Wirtschaftlichkeit ist allerdings noch nicht endgültig entschieden. Wertvoll in dieser Hinsicht sind die eingehenden und ganz unverschleierte Veröffentlichungen des Großkraftwerks Klingenberg über die Betriebs- und Gestehungskosten. Es ergibt sich aus ihnen, daß es zunächst weniger wichtig erscheint den thermischen Wirkungsgrad noch weiter zu steigern als Anlagen zu schaffen, die ohne Rücksicht auf den Brennstoffverbrauch mit möglichst geringen Kosten die Belastungsspitzen

decken. Diese Belastungsspitzen bilden in den Großstädten noch immer ein ungelöstes Problem; am aussichtsreichsten scheint ihre Übernahme durch Dampfspeicheranlagen zu sein.

Neben der Dampfmaschine hat der Verbrennungsmotor die größte wirtschaftliche Bedeutung. Das bei der Verschmelzung von Braunkohle anfallende Schwelgas hat im letzten Jahr zur Ausbildung von Großgasmotoren höchster Leistung geführt. Es sind Vierzylindermaschinen in doppelter Tandemanordnung für 10 000 Pferdestärken entwickelt worden, die sich bestens bewährt haben. Im Zusammenhang hiermit sei erwähnt, daß die Deutsche Kontinentale Gasgesellschaft eine Fernleitung für Braunkohlenschwelgas nach Dessau in einer Länge von 30 Kilometer baut, die zunächst mit 10 bis 12 Atmosphären betrieben werden soll. Die unzweifelhafte Betriebssicherheit der Gasmaschine ist nunmehr auch von dem Dieselmotor voll erreicht worden. Deshalb gewinnt er in Energiezentralen als Spitzenleistungsmaschine steigende Bedeutung, wozu er wegen seiner ständigen Betriebsbereitschaft, im Gegensatz zur Dampfmaschine, besonders prädisponiert ist. Durch Strahleinspritzung des Brennstoffs in die für immer größere Leistungen gebauten Zylinder wird die Kompression entbehrlich, wodurch sich die Konstruktion vereinfacht, und die Betriebssicherheit erhöht wird. Dagegen kann für Größtleistungen die Lufteinspritzung noch nicht entbehrlich werden. Die Qualifizierung des Dieselmotors zur Deckung von Spitzenleistungen hat die Märkischen Elektrizitätswerke Berlin veranlaßt für das Umspannwerk Henningsdorf Auftrag auf 2 Großdieselmotoren von je 12 000 Pferdestärken zu geben. Im Schiffbau wird der Dieselmotor immer mehr verwandt. Das zurzeit größte Motorschiff ist das italienische Passagierschiff Augustus, das mit 4 doppeltwirkenden Sechszylinderzweitakt Dieselmotoren von je 6 250 Pferdestärken, zusammen also 25 000 Pferdestärken eingerichtet ist. Beachtlich ist auch der vornehmlich in Deutschland geschaffene und durchgebildete Typus des schnelllaufenden Dieselmotors, der hauptsächlich zum Antrieb von Kraftfahrzeugen bestimmt ist, sich darüber hinaus aber auch in der Landwirtschaft und im Gewerbebetrieb steigender Beachtung erfreut.

Das schon von Diesel selbst 1893 angeschnittene Problem des Kohlenstaubmotors hat sich trotz seinen großen Schwierigkeiten als lösbar erwiesen. Der Inge-

nieur *R. Pawlikowski* von der Maschinenfabrik Kosmos in Görlitz hat nach 5jähriger Beschäftigung mit dieser Aufgabe 1916 einen Kohlenstaubversuchsmotor gebaut, der trotz stark ausgelaufenem Zylinder noch bis heute im Betrieb ist. Besondere Schwierigkeiten bereitete die Beseitigung der Asche aus dem Zylinder und die Schmierung des Kolbens. Der Betrieb hat gezeigt, daß der mit komprimierter Luft eingeblassene Kohlenstaub sehr vollständig verbrennt, und seine Reste sowie die Asche mit dem Auspuff fast vollständig ausgeblasen werden. An den Kohlenstaub werden keine besonderen Anforderungen gestellt; es ist sogar möglich Kohlenstaub mit sehr hohem Aschengehalt vollständig zu verbrennen, indem man einen Zusatz von Braunkohlenstaub vorsieht.

Bei den Wasserkraftmaschinen haben die Propeller- und Kaplan turbine im letzten Jahr besondere Fortschritte in der Größe der Einheiten und der Höhe des zulässigen Gefälles aufzuweisen. In Schweden wird zurzeit von der Karlstadt Mekaniska Verkstadt eine Kaplan turbine für 15 000 Pferdestärken bei 15,4 Meter Gefälle, das bis auf 19,4 Meter steigt, ausgeführt. Sie macht in der Sekunde 700 Touren. 3 große Kaplan turbinen von je 12 000 Pferdestärken bei 12 bis 14,5 Meter Gefälle und 125 Touren in der Minute sind von dem Elektrizitätswerk München bei Escher, Wyss & Co. in Zürich in Auftrag gegeben worden. Die zurzeit überhaupt größten Kaplan turbinen von je 39 400 Pferdestärken Höchstleistung werden in der Wasserkraftanlage Ryberg-Schwörstadt in 4 Exemplaren aufgestellt. Durch jede Turbine fließen in der Sekunde 312 Kubikmeter Wasser. Der Laufraddurchmesser beträgt 7 Meter. Die bisher größte deutsche Anlage mit Propellerturbinen ist an der Donaustaufstufe Kachlet bei Passau mit ihren 8 Turbinen von je 9230 Pferdestärken Höchstleistung gegen Ende 1927 mit gutem Erfolg in Betrieb genommen worden. Auch die bewährte Francisturbine ist im Wirkungsgrad und in der Konstruktion verbessert worden. Wirkungsgrade von 90 bis 92 % bilden heute die Regel. Durch Weglassung des Laufradaußenkranzes ist die Möglichkeit gegeben die Schaufeln einzeln an die Nabe anzuschrauben. Man ist deshalb in den Laufradabmessungen und in den Transportmöglichkeiten nicht mehr beengt. Das größte bisher mit Francisturbinen ausgenutzte Gefälle beträgt 280,5 Meter bei der norwegischen Anlage Vemork, die eine von Escher, Wyss & Co. gebaute Spiralturbine von

17 500 Pferdestärken Leistung aufweist. Im Kraftwerk Tepexic in Mexico arbeitet eine Spiralturbine von 21 300 Pferdestärken bei 193 Meter Gefälle. Beachtenswert ist auch die weitere Vervollkommnung der Freistrahlturbinen, bei denen man bis auf 25 Zentimeter Strahldicke heraufgekommen ist. Die kürzlich bei Escher, Wyss & Co. für das Vermintwerk der Illewerke in Bregenz bestellten Freistrahlturbinen werden bei 688 Meter Gefälle und 22 Zentimeter Strahldurchmesser je 31 800 Pferdestärken leisten. Die Wirkungsgrade gehen bei den Freistrahlturbinen bis auf 89 %.

Auch bei den Wasserkraftwerken ist die Deckung der Spitzenleistung während etwa 2 Stunden im Mittel von nicht geringer Bedeutung. Die Frage ist jedoch hier durch die Anlage von Speicheranlagen mit Pumpenförderung verhältnismäßig einfach und wirtschaftlich zu lösen. Während der Zeit geringer Belastung des Werks wird Betriebswasser in ein Staubecken gepumpt, das während der Spitzenbelastung wieder Betriebswasser abgibt. Die Maschinensätze bestehen aus Stromerzeuger, Turbine und Pumpe. Das Umschalten von Turbinen- und Pumpenbetrieb kann automatisch durch Druckknopfsteuerung erfolgen. In Deutschland sind große derartige Anlagen in Niederwartha bei Dresden und in Herdecke an der Ruhr in Bau genommen. Ebenso wird eine große Talsperre bei Hemfurth/Waldeck/errichtet. Der Gesamtwirkungsgrad dieser Pumpenspeicheranlagen beträgt 60 bis 65 %, während die ersten derartigen Anlagen nicht mehr als 49 % Gesamtwirkungsgrad hatten.

Am Achensee in Tirol wurde im September 1927 ein großes Elektrizitätswerk eröffnet, das sowohl 3phasigen Überlandstrom als auch 1phasigen Wechselstrom für den Bahnbetrieb liefert. Ein großer Teil des erzeugten Stroms wird auf einer 120 000-Volt-Leitung an das Bayernwerk abgegeben, das im Bedarfsfall wieder Strom an die österreichische Sammelschiene abgibt.

Außerordentlich großartig gestaltet sich der Ausbau der italienischen Wasserkräfte. 3 Millionen Pferdestärken sind bereits im Betrieb. Bei Bozen entsteht zurzeit ein Kraftwerk mit 5 Turbinen von je 45 000 Pferdestärken, am Ponale bei Riva ein solches mit 2 Turbinen von je 30 000 Pferdestärken. Um Chiavenna werden 7 Werke mit zusammen 270 000 Kilowatt gebaut. Das Werk Messe mit 3 Turbinen von je 30 000 Kilowatt ist seit 1927 im Betrieb. Das Werk Sila in Calabrien wird nach vollem Ausbau

123 000 Kilowatt leisten und Tarent und Bari mit 150 000-Volt-Leitungen versorgen. Auf Sardinien ist die Tirospierre entstanden, in Sizilien der Stausee Piana dei Greci mit dem Kraftwerk bei Palermo. Zur Verbindung der Werke unter einander dient ein umfangreiches Hochspannungsnetz, das im Bozener Werk 252 000 Volt, die höchste bisher verwandte Spannung, erreicht. Zur Aushilfe und Deckung der Spitzenleistungen sind über ganz Italien Dampfkraftwerke mit Dampfturbinensätzen von 10 000- bis 30 000-Kilowatt-Leistung verbreitet.

Auf Grund des neuen Elektrizitätsgesetzes wird ganz England mit einem Drehstromnetz von 135 000 Volt überzogen, das im allgemeinen für 50 000 Kilowatt bestimmt ist.

Elektrisches Schweißen Das elektrische Schweißen hat sich im Lauf der Jahre zur allgemeinen Geltung durchgesetzt und in der Metallbearbeitung vielfach das früher übliche Löten und Nieten verdrängt. Maßgebend hierfür waren die Sauberkeit und Sicherheit des Verfahrens, die Anwendbarkeit auf die verschiedensten Metalle und die Möglichkeit Schweißarbeiten auch von ungelerten Arbeitern ausführen zu lassen. Zur Anwendung kommen 3 von einander verschiedene Verfahren: 1. die reine Widerstandsschweißung, 2. das Abschmelzstumpfschweißverfahren, 3. die Lichtbogenschweißung.

Die Widerstandsschweißung beruht darauf, daß der elektrische Strom den von ihm durchflossenen Leiter erhitzt. Die Erwärmung wird an den Stellen am stärksten, wo ein höherer Widerstand vorhanden ist. Bei 2 stumpf an einander gestoßenen Leiterteilen ist der höchste Widerstand an der Kontaktstelle vorhanden. Geht ein genügend starker Strom durch die Berührungsstelle hindurch, so kann an dieser die Temperatur bis zum Erweichen des Metalls an der Oberflächenschicht ansteigen. Werden dann während der Erweichung die Metallstücke kräftig an einander gepreßt, so findet ein Zusammensintern oder Verschweißen der Metalle statt. Es müssen außerordentlich hohe Stromstärken angewandt werden, was bei Wechselstrom durch Stromtransformation sehr einfach ist. Die Ausführung der Widerstandsschweißung geschieht nach 2 von einander verschiedenen Arten. Bei dem sogenannten Punktschweißverfahren werden die mit einander zu verbindenden Bleche in eine zangenartige Vorrichtung eingespannt, die 1 oder 2 scharf konisch

zugespitzte kupferne Klemmbacken aufweist. Die Bleche werden also an einer sehr kleinen Fläche mit einander zur Berührung gebracht. Setzt man nun die kupfernen Klemmbacken unter Strom, so verläuft dieser von der einen Klemmbacke über die Berührungsstelle der Metalle zur zweiten Klemmbacke, und es findet an der Berührungsstelle der Metalle lokal eine so starke Erwärmung statt, daß bei gleichzeitig ausgeübtem Preßdruck an einem Punkt Verschweißung stattfindet. Setzt man dann durch Verschieben der Bleche Schweißpunkt neben Schweißpunkt, so entsteht eine Schweißnaht, die außerordentlich fest ist. Mit den neueren Punktschweißmaschinen vermag man Eisenblech bis zu 10 Millimeter Stärke und Messingbleche bis zu 2 Millimeter Stärke tadellos mit einander zu verschweißen. Da die neueren Schweißmaschinen mit Stromüberwachungseinrichtungen versehen sind, so können selbst die kompliziertesten Verbindungen von ungelerten Arbeitern durch Schweißung vorgenommen werden. Das Punktschweißverfahren hat deshalb in der Metallwarenfabrikation bei der Herstellung von Massenartikeln das Hart- und Weichlöten fast vollständig verdrängt. Eine weitere Ausbildung des Punktschweißverfahrens ist das Nahtschweißverfahren, das die Ausbildung von öl- und wasserdichten Verbindungen von Blechen in 2 Millimeter Stärke und 1200 Millimeter Länge ermöglicht. Bei dem ältern Stumpfschweißverfahren werden mit einander zu verbindende Metallstücke in sehr starke kupferne Klemmbacken eingespannt und mit den ebenen, sorgfältig gesäuberten Kontaktflächen stark an einander gepreßt. Legt man dann einen Strom hoher Stärke an die Klemmbacken an, so findet eine innige Verschweißung auf der ganzen Kontaktfläche statt. Da die aufzuwendende Stromstärke bei stärkeren Metallstücken ganz enorme Beträge annimmt, so ist das reine Stumpfschweißverfahren durch das sogenannte Abschmelzstumpfschweißverfahren verdrängt worden. Hierbei werden die zu verschweißenden Metallstücke wieder in Kupferklemmbacken eingespannt und nach Stromeinschaltung mit einander zur Berührung gebracht. Unmittelbar nach der Berührung aber werden sie wieder um Bruchteile eines Millimeters von einander entfernt. Es entsteht dann ein Wechselstromlichtbogen, der die Metallenden zum Schmelzen bringt. Ist der Schmelzfluß eingetreten, so werden die Metallstücke fest an einander gedrückt, und es tritt ihre unlös-

bare Verschweißung ein. Es ist heute möglich Stahlstücke von 150 Zentimeter im Quadrat Berührungsfläche elektrisch mit einander zu verschweißen, so daß dieses Verfahren erfolgreichen Eingang in die Grobschmiede gefunden hat, wo selbst sehr komplizierte Maschinenkonstruktionsteile durch elektrische Schweißung hergestellt werden.

Bei der Lichtbogenschweißung, bei der Gleichstrom zur Anwendung kommt, dient das zu bearbeitende Metallstück als Anode, eine geeignet gehaltene Bogenlampenkohle als Kathode. Man stellt zunächst Stromschluß her und zieht dann durch Abheben der Kathode von der Anode einen Lichtbogen. Unter seiner Einwirkung schmilzt die Anode an der Ansatzstelle des Lichtbogens. Führt man dann gleichzeitig eine Stange aus dem Anodenmaterial in den Lichtbogen ein, so kann man mit den von der Stange abschmelzenden Metalltropfen Fehler in Gußstücken, Maschinenteilen und dergleichen leicht beseitigen. In großem Umfang wird heute das Lichtbogenschweißverfahren dazu benutzt Material auf abgenutzte Maschinenteile aufzutragen, um sie nach erfolgter Neubearbeitung wieder nutzbar zu machen. Das Lichtbogenschweißverfahren kann aber auch, wie ohne weiteres ersichtlich ist, zur Verbindung von Eisenbauteilen benutzt werden. Deshalb hat es auch im Schiffsbau ausgedehnte Anwendung gefunden, wo es teilweise die Nietarbeit ersetzt, ferner wird es mit Erfolg bei der Errichtung eiserner Fachwerkbauten, Brücken, Fahrzeuge usw. benutzt. Neuerdings hat man auch versucht das Lichtbogenschweißverfahren mit dem Wechselstromlichtbogen durchzuführen. Über ein Lichtbogenschweißverfahren, bei dem dem Lichtbogen Wasserstoff zugeführt wird, ist bereits früher berichtet worden.

Kurze Chronik Der **Erzbergbau** im Erzgebirge soll wieder aufgenommen werden. Es handelt sich im wesentlichen um die Gewinnung von Magnetisen und Zinkblende. Der für die Verhüttung benötigte elektrische Strom soll vom Großkraftwerk Böhlen den Sächsischen Werken geliefert werden. ◊ Der Köln-Neuessener Bergwerksverein hat auf seinem Schacht Emil eine neue **Zentralkoherei** in Betrieb genommen, zu deren Bedienung vom Einfüllen der Kohlen in die Öfen bis zum Verladen des abgelöschten Koks nur 5 Arbeiter gebraucht werden. Die Anlage in 3 Ofenbatterieen von je 39 Öfen liefert täglich 1700 Tonnen Koks, 80 Tonnen Teer, 27

Tonnen Ammoniumsulfat, 20 Tonnen Benzol und 40 000 Kubikmeter Überschussgas. \diamond Die 3 im Großkraftwerk Klingenberg in Berlin aufgestellten *Kondensationsdampfturbinen* von je 80 000 Kilowatt Leistung stellen zurzeit die größten dar, die auf dem Festland laufen. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft als Lieferantin der Dampfturbinen hatte bei $\frac{1}{4}$, $\frac{3}{4}$, $\frac{2}{4}$ Belastung einen Dampfverbrauch von 3,85, 3,95, 4,25 Kilogramm für eine Kilowattstunde garantiert. Bei den Abnahmeversuchen am 13. und 14. Dezember 1927 ergab sich ein Zurückbleiben von rund 2,45 % des Dampfverbrauchs hinter den garantierten Werten. \diamond Die Gesamtzahl der Personen- und Lastautomobile betrug Ende 1927 auf der ganzen Erde 27,7 Millionen, die Zunahme gegen das Vorjahr war 3,2 Millionen, das sind 13 %. Auf das Deutsche Reich entfielen hiervon nur 360 000 Wagen. \diamond Die beiden *Vierschraubenturbinenschnelldampfer* Bremen und Europa, die für den Norddeutschen Lloyd bei Blohm & Voß in Hamburg und der Deutschen Schiff- und Maschinenbauaktiengesellschaft Bremen gebaut wurden, sind am 15. und 16. August 1928 vom Stapel gelassen worden. \diamond Zur Versorgung der nordamerikanischen Stadt Denver mit *Naturgas* aus den Amarillofeldern in Texas ist eine 550 Kilometer lange Rohrleitung von 56 Zentimeter Durchmesser zum Preis von 23 Millionen Dollars fertiggestellt worden. \diamond Der Export Deutschlands nach den Vereinigten Staaten von Amerika an *Werkzeugmaschinen* betrug im Jahr 1927 6764 Stück im Gewicht von 2161,5 Tonnen und im Wert von 3811 000 Mark; der durchschnittliche Wert betrug also 1,76 Mark für 1 Kilogramm. Umgekehrt lieferten die Vereinigten Staaten an Deutschland in der gleichen Zeit 2184 Werkzeugmaschinen im Gewicht von 2040,8 Tonnen und im Wert von 7 220 000 Mark; der Durchschnittswert betrug also 3,36 Mark für 1 Kilogramm. \diamond Die deutsche *Farbenindustrie* weist im vergangenen Jahr etwas gesteigerte Ausfuhrzahlen auf. Während im Jahr 1926 an Anilin-, Teer- und Schwefelfarben 2117 Tonnen, an Alizarinfarbstoffen 300 Tonnen und an Indigo und Indigokarmin 1297 Tonnen ausgeführt wurden, waren die Zahlen für 1927 2834, 383 und 1497. Insgesamt betrug die Ausfuhr aber immer nur erst 46,5 % der Ausfuhr im Jahr 1913. \diamond Die Stromabgabe der *Berliner Städtischen Elektrizitätswerke* ist von 716,8 Millionen Kilowattstunden im Jahr 1926 auf 912,9 Millionen im Jahr 1927 angestie-

gen. \diamond Die Stromerzeugung der *österreichischen Wasserkraftwerke* hat von 1,3 Milliarden Kilowattstunden in 1918 auf 2,8 Milliarden Anfang 1928 zugenommen. Die installierte Wasserkraftleistung ist in dieser Zeit von 223 634 Pferdestärken auf 497 639 Pferdestärken angestiegen. Am 1. Januar 1928 waren noch 15 größere Unternehmungen im Bau, die noch weitere 500 Millionen Kilowattstunden im Jahr zu leisten imstande sind. \diamond Am 31. Dezember 1927 waren 1,5 Millionen Pferdestärken *schwedischer Wasserkraft* ausgebaut, die im Jahr 1927 4,35 Milliarden Kilowattstunden erzeugten.

Literatur

In der Sammlung Götschen /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ erschien ein Bändchen *Otto Stürners* Die Elektronenröhre, das zu den besten deutschen Darstellungen dieses wichtigsten Hilfsmittels für die Wellentelegraphie und -telephonie gehört. Die Behandlung geht von der Physik und Vakuumtechnik der Elektronenröhren aus. Nach einer Einleitung über die Elektrizitätsleitung in festen Körpern, Flüssigkeiten und Gasen werden die neueren physikalischen Forschungsergebnisse über Kathodenstrahlen, Elektronen, Ionisation, kinetische Gastheorie, Elektronentheorie, Raumladung usw. besprochen, die dem Leser eine sichere Grundlage für das eigentliche Problem der Elektronenröhren geben. Dankbar ist man auch für die Beschreibung der technischen Herstellung der Elektronenröhren, wobei die Erfahrungen aus der Glühlampentechnik in zweckmäßigster Weise ausgenutzt worden sind. Sehr eingehend sind die Pumpentechnik und die Vakuummeßtechnik behandelt, über die man sich sonst nur mühsam aus verstreuten Aufsätzen unterrichten kann. Ebenso ausführlich und dazu in überaus geschickter Weise ist der Hauptabschnitt des Buchs, der über Wesen und Wirkungsweise der Elektronenröhre, gehalten. Der letzte Abschnitt befaßt sich mit den besonderen Verhältnissen und Anordnungen von Elektronenröhren. Hier geht es um die Fragen der Heizung, der Stromquellen, der Anodenspannung, der Gleichrichtung von technischem Wechselstrom, des Wirkungsgrads von Röhrendern, der Grenzspannung, der Oberwellen, Betriebsstörungen usw. Das Bändchen reiht sich würdig den übrigen Erscheinungen der verdienstvollen Götschensammlung ein und sei allen denen empfohlen, die tiefer in das Wesen der Radiotechnik eindringen wollen.

Innenkolonisation / Otto Karutz

Landbeschaffung Nachdem das Statistische Reichsamt im Oktober 1927 eine vorläufige Veröffentlichung über die Ergebnisse der Reichssiedlungsstatistik gebracht hatte, erschien vor einigen Wochen in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches /Berlin, Reimar Hobbing/ die endgültige Reichssiedlungsstatistik für 1919 bis 1925. Sie besteht aus dem Textteil mit zusammenfassenden Zahlenübersichten sowie dem ins einzelne gehenden großen Tabellenwerk. Beide Teile weisen die gleiche Gliederung auf. Der Textteil wird durch eine kurze Vorbemerkung über die einschlägigen Bestimmungen des Reichssiedlungsgesetzes eingeleitet. Die Ergebnisse der Reichssiedlungsstatistik erfordern eingehende sachliche Betrachtung, die vorbehalten bleibt. Dabei wird auch einiges Kritische zu ihrer Erhebung und Verarbeitung zu sagen sein. Vorerst sollen jedoch hier die wichtigeren Daten wiedergegeben werden. Bei dem zum Zweck der Besiedlung erworbenen Land ist unterschieden zwischen Moor- und Ödland (§ 3 des Reichssiedlungsgesetzes), Staatsdomänen und reichseigenem Besitz (§ 2), Land aus dem Besitzstand der großen Güter mit mehr als 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche, Land aus sonstigen Besitzungen und endlich Land, das auf Grund des Wiederkaufsrecht aus der Bestimmung des § 20 des Reichssiedlungsgesetzes zurückerworben wurde. Der Erwerb an Moor- und Ödland zu Siedlungszwecken betrug in der Berichtszeit 12 594 Hektar, von denen 6 088 auf Moorland, 6 506 auf Ödland entfallen. Als Moorlanderwerber sind nur Preußen und Oldenburg, als Ödlanderwerber außer diesen auch Bremen, Lippe und Hessen aufgetreten. Der kleinere Teil der Flächen wurde im Enteignungsweg erfaßt. Vom Gesamtbestand des Moor- und Ödlands in Deutschland nach der Betriebszählung von 1925 macht die bis 1925 erworbene Gesamtfläche nur etwa 1 % aus; doch gibt das kein klares Bild, weil nur ein Teil des Gesamtbestands an Moor- und Ödland überhaupt besiedlungsfähig ist. An Staatsdomänen und reichseigenem Besitz wurden zur Besiedlung bis 1925 insgesamt 54 198 Hektar bereitgestellt. Davon entfielen auf 80 ganze Domänen 32 055 Hektar oder 59,1 %, auf Teile von Domänen die restlichen 22 143 Hektar oder 40,9 %; die ganzen Domänen kamen in Preußen, den beiden Mecklenburg und

in Waldeck zur Aufteilung, während sich in das gelieferte andere Domänenland Preußen, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Thüringen, Waldeck und Lippe teilen. Der Anteil dieses Landes an der Gesamtdomänenfläche war mangels geeigneter Unterlagen nicht zu ermitteln. Aus großen Gütern sind zur Aufteilung 192 926 Hektar in der Berichtszeit erworben worden, davon 26 202 Hektar im Weg der Enteignung (in Preußen 24 111 Hektar, in Bayern 2 085 Hektar, in Braunschweig 6 Hektar). Insgesamt entfielen davon 284 ganze Güter mit 109 436 Hektar auf Preußen, 15 mit 1765 Hektar auf Bayern, 4 mit 955 Hektar auf Hessen, 3 mit 460 Hektar auf Thüringen, 1 mit 454 Hektar auf Mecklenburg-Strelitz und 1 mit 294 Hektar auf Sachsen. Innerhalb Preußens hatten den größten Anteil an erworbenen ganzen Gütern die östlichen Provinzen, und zwar der Reihe nach Brandenburg, Pommern, Ostpreußen, Niederschlesien, die Grenzmark und Oberschlesien. Aus sonstigen Besitzungen sind 32 040 Hektar erworben worden, davon 21 180 Hektar in 1288 ganzen Besitzungen, der Rest in Teilstücken. Der Rückerwerb von Land durch die Siedlungsunternehmen auf Grund des Wiederkaufsrechts aus § 20 des Reichssiedlungsgesetzes betrug in der Berichtszeit nur 475 Hektar. Für 140,5 Hektar Siedlungsland war die Ursprungsart nicht zu ermitteln. Der Gesamterwerb an Siedlungsland betrug in der Berichtszeit sonach rund 292 373 Hektar, von denen allerdings die 475 Hektar zurückerworbenen Landes abzusetzen sind, so daß dann nur 291 898 Hektar verbleiben. Diese verteilen sich nach weiterem Abzug von ihrer Ursprungsart nach nicht einzugliedernden rund 141 Hektar mit 4,3 % auf Moor- und Ödland, mit 18,6 % auf Staatsdomänen und reichseigenen Besitz, mit 66,1 % auf große Güter oder Teile von solchen und mit 11,0 % auf sonstige Besitzungen. Über die Ankaufspreise für das Siedlungsland wie auch über die später von den Siedlern gezahlten Kaufpreise konnte nichts Zuverlässiges veröffentlicht werden, da infolge der großen Verschiedenheit der Verhältnisse während der Inflationsperiode auch das Erhebungsmaterial viel zu verschieden und darum unterwertig war.

Neusiedlungsergebnisse Die wichtigste Siedlungsart ist die Neusiedlung. Sie stellt demgemäß das Hauptkontingent in der Landverwertung. In der Berichtszeit wurden im Reich ins-

gesamt 16 812 neue Stellen ausgelegt auf 146 704 Hektar besiedelter Fläche. Die Unterverteilung auf die Berichtsjahre zeigt die nachstehende Übersicht:

Jahr	Ausgelegte Stellen	Besiedelte Fläche (in Hektar)
1919	1820	13 078,32
1920	1926	15 327,71
1921	2260	19 703,96
1922	3268	26 548,73
1923	2864	27 867,40
1924	2755	25 642,17
1925	1919	18 535,66

Der Anzahl der Stellen nach steigt also das Ergebnis ständig bis 1922, um dann fortlaufend zu fallen, der besiedelten Fläche nach liegt der Höhepunkt im Jahr 1923. Im Jahr 1919 dürften die Zahlen in Wirklichkeit etwas tiefer, in den Jahren 1920 und 1921 etwas höher liegen; da Oldenburg, Bremen, Lippe, Lübeck und Mecklenburg-Strelitz für 1919 bis 1921 Sammelziffern gegeben haben, sind diese der Einfachheit halber alle für 1919 verrechnet worden. Am Reichsergebnis war der Stellenzahl nach Preußen mit 82,06 % beteiligt, Mecklenburg-Schwerin mit 4,33 %, Bayern mit 3,13 %, Oldenburg mit 2,97 %, Lippe mit 2,78 % und Bremen mit 1,39 %, während die übrigen Länder mit ihrem Anteil jeweils unter 1 % blieben, soweit sie überhaupt beteiligt waren. Innerhalb Preußens weisen wiederum die Ostprovinzen den größten Anteil auf, doch treten daneben auch Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover hervor. Die Durchschnittsgröße der in der Berichtszeit neu ausgelegten Stellen beträgt 8,73 Hektar für das Reich. Sie bleibt damit sowohl hinter dem preußischen Vorkriegs- als auch hinter dem preußischen Nachkriegsdurchschnitt zurück; der eine betrug rund 12 Hektar, der andere für 1919 bis 1925 genau 9,18 Hektar. Außer Preußen liegen im Berichtszeitraum noch über dem Reichsdurchschnitt Sachsen mit 16,76 Hektar, Mecklenburg-Schwerin mit 15,26, Mecklenburg-Strelitz mit 12,71, Braunschweig mit 10,32, Anhalt mit 10,12 und Waldeck mit 9,22 Hektar. Von den gesamten Neusiedlerstellen liegen 591 oder 3,51 % mit 5 740 Hektar vorwiegend auf Moorland, 872 oder 5,19 % mit 7 467 Hektar vorwiegend auf Ödland, der Rest von 15 349 oder 91,30 % mit 133 497 Hektar auf altem Kulturland. Moorsiedlungen gibt es nur in Preußen, Bayern und Oldenburg, Ödlandsiedlungen nur in den gleichen Ländern und in Bremen. 7 % der Moorlandstellen sind kleiner als 2 Hektar, 51 % liegen zwischen

2 und 10 Hektar, 39 % zwischen 10 und 20 Hektar, 3 % sind größer als 20 Hektar. Für die Ödlandstellen lauten die entsprechenden Zahlen: 26,2 %, 27,7 %, 39,8 % und 5,9 %, für die Neusiedlungen auf altem Kulturland: 53,9 %, 15,5 %, 22,0 % und 8,6 %. Diese letzten Zahlen über die Betriebsgrößenverteilung bei den Neusiedlerstellen zeigen, daß die neugeschaffenen wirklich selbständigen Ackerbauern hinter den kleineren Betrieben noch sehr zurückbleiben; auch hier ist also bedauerlicherweise eine Verschlechterung gegenüber den preußischen Vorkriegsergebnissen zu verzeichnen (siehe dazu Karutz Siedlungsverfahren und Siedlungsergebnisse seit 1919, in den Sozialistischen Monatsheften 1926 Seite 615 und folgende).

Über die persönlichen Verhältnisse der Neusiedler fehlen für einzelne Länder jegliche Nachweise, oder sie sind so lückenhaft, daß sie nicht verarbeitet werden konnten. Die Anzahl der Familienangehörigen der im Berichtszeitraum angesetzten Siedler ist vollständig bekannt für Preußen, Bayern, Oldenburg und Hamburg, teilweise für Mecklenburg-Strelitz, Bremen, Thüringen und Lübeck. Als Durchschnittszahl der auf einen Siedler entfallenden Familienangehörigen ergibt sich für diese Länder 3,3. Nimmt man für die hierbei nicht miterfaßten Siedlerstellen die gleiche Durchschnittszahl an, so wären von 1919 bis 1925 etwa 72 000 Personen neu angesiedelt worden. Das berechtigt angesichts der vorher skizzierten Größenverhältnisse der Neusiedlerstellen allerdings nicht auch zu der Annahme, die gleiche Anzahl hätte nun ebenfalls ihren vollen Unterhalt auf den Siedlerstellen gefunden. Nur für Preußen liegen aus den Jahren 1923 bis 1925 detaillierte Zahlen vor, über die Verteilung der Siedler auf Berufsgruppen und über die Anzahl der Familienangehörigen innerhalb dieser. Von 6405 in dieser Zeit angesetzten Neusiedlern entfielen 3691 oder 57,6 % auf die Gruppe Land- und Forstwirtschaft, 1778 oder 27,8 % auf die Gruppe Handel und Gewerbe, schließlich 936 oder 14,6 % auf sonstige Berufe. Die größte Anzahl Angehöriger haben die hauptberuflich selbständigen Landwirte, dann folgen die gewerblichen Arbeiter und Angestellten, danach die Selbständigen in Handel und Gewerbe und die Siedler aus sonstigen Berufen. Am niedrigsten sind die Zahlen bei den Angehörigen selbständiger Landwirte (Bauernsöhnen) und bei den landwirtschaftlichen Arbeitern und Angestellten. Sachsen, Braunschweig, Thüringen

und Anhalt haben in der Berichtszeit nur eigene Landesangehörige angesetzt. Die Herkunft der Siedler in den anderen Ländern zeigt, soweit Angaben vorliegen, die folgende Übersicht:

Land	Anzahl der Siedler	Davon wohnten vor der Ansiedlung im		westfälischen Deutschland		abgetretenen Gebiet		Ausland			
		absolut	relativ	absolut	relativ	absolut	relativ	absolut	relativ		
Preußen	13 799	9488	68,8	756	5,5	412	3,0	2917	21,1	226	1,6
Bayern	526	521	99,0	—	—	—	—	5	1,0	—	—
Oldenburg	499	476	95,4	2	0,4	7	1,4	14	2,8	—	—
Bremen	234	135	57,7	4	1,7	95	40,6	—	—	—	—
Mecklenburg-Strelitz	152	133	87,5	4	2,6	1	0,7	12	7,9	2	1,3
Lübeck	145	143	98,6	—	—	—	—	1	0,7	1	0,7
Hamburg	45	9	20,0	28	62,6	8	17,8	—	—	—	—

Berichtsgebiet ist jedes Land; nur in Preußen gilt jede einzelne Provinz als Berichtsgebiet. Daher geben dort die Zahlen für das Berichtsgebiet nicht die gesamten vorher in Preußen wohnhaften Siedler an, vielmehr ist anzunehmen, daß auch weitaus die meisten, für Ost- und Westfalen gezählten Siedler preußischer Herkunft sind, nur daß sie aus einer andern als der Ansiedlungsprovinz kommen. Somit hätte man in Preußen tatsächlich rund 77 % Siedler, die vorher im gesamten Berichtsgebiet wohnten.

Anliegersiedlung Der Anliegersiedlung, das heißt der Hebung bestehender Kleinbetriebe bis höchstens zur Größe neuer selbständiger Ackernahrung, kommt nicht geringere Bedeutung zu als der Neusiedlung, besonders wo diese nur beschränkt möglich ist. Man unterscheidet 3 Formen der Anliegersiedlung, je nach der Rechtsform der Landzulage, nämlich Anliegersiedlung in Eigentum, in Pacht mit Kaufanwartschaft und in freier Zeitpacht. Zuverlässige Zahlen lassen sich nur für die Anliegersiedlung in Eigentum ermitteln. Es sei hier zunächst die folgende Zusammenstellung gegeben:

Jahr	Landzulagen im ganzen		Davon Zulagen in Größe von		5 bis 10 Hektar		10 und mehr Hektar			
	Anzahl	Fläche (in Hektar)	Anzahl	Fläche (in Hektar)	Anzahl	Fläche (in Hektar)	Anzahl	Fläche (in Hektar)		
1919 bis 1921	23982	28064,77	14099	6305,65	7743	14908,08	412	2617,44		
1922	6482	6785,72	4136	1807,25	2000	3613,96	56	362,18		
1923	6597	7813,21	4055	1820,96	2176	4427,81	113	686,38		
1924	4275	5719,22	2284	1028,38	1730	3383,15	87	590,45		
1925	3607	3582,14	2423	1139,47	1130	2218,29	43	236,50		
1919 bis 1925	44943	52065,06	26997	12101,71	14779	28551,29	711	4482,95		
									135	2349,31

Insgesamt erfolgte also während der

Berichtszeit (7 Jahre), ohne Moor- und Ödlandsiedlungen, in 44 943 Fällen Landzulage in Eigentum; die Zulagefläche betrug dabei 52066 Hektar. Preußen hat mit 37 109 Anliegersiedlungen oder 83 % der Fälle auf 42 864 Hektar oder 82 % der in Eigentum gegebenen Zulageflächen den Hauptanteil daran; in Preußen selbst lautet nach dem Stellen- und Flächenanteil die Reihenfolge der beteiligten Provinzen Niederschlesien, Oberschlesien, Hessen-Nassau, Sachsen, Ostpreußen, Brandenburg und Pommern. Nach Preußen folgen anteilmäßig von den Ländern Bayern (2803 Stellen mit 2440 Hektar) und Mecklenburg-Schwerin (1559 Stellen mit 4007 Hektar). Weitaus die meisten Zulagen umfassen weniger als 1 Hektar oder liegen zwischen 1 und 5 Hektar. Bei 42 491 Anliegersiedlern konnten Feststellungen über die Berufe getroffen werden. 59 % waren hauptberuflich in der Land- und Forstwirtschaft, 29 % in Handel und Gewerbe, der Rest von 12 % in sonstigen Berufen tätig. Die Angaben für die Anliegersiedlung in Pacht mit Kaufanwartschaft oder in freier Zeitpacht haben in Wirklichkeit nur jeweils für das Erhebungsjahr Geltung, und auch da nur beschränkt. Ihre Wiedergabe ist daher unnütz. Festzustellen ist nur, daß die Zahlen hinsichtlich der Zu- und Abnahme durchgeführter derartiger Anliegersiedlungsverfahren eine ähnliche Bewegung wie bei den Anliegersiedlungen in Eigentum erkennen lassen. Erklärt wird diese Erscheinung durch zweierlei. Einmal waren bisher generell Anliegersiedlungsverfahren in jeder Gemeinde einmalig und abschließend für alle berechtigten Reflektanten zu regeln, so daß die Möglichkeit neuer Verfahren mit jedem abgeschlossenen geringer wurde. Sodann schränkte nach der Währungsstabilisierung der Fortfall gewisser, vorher starker Anreize zur Stellenvergrößerung (billiger Bodenpreis, recht gewinnbringende Erzeugnisverwertung) die Neigung zur Anliegersiedlung etwas ein.

Arbeiterpacht-siedlung Als 3. Siedlungsart sieht das Reichssiedlungsgesetz die Beschaffung von Pachtland für landwirtschaftliche Arbeiter vor, die man unter anderm auf diesem Weg selbständiger und seßhafter zu machen sucht. Zwangsentspachtung oder Enteignung ist für diesen Zweck nur selten erfolgt. In Preußen hat man auf diesem Weg in 2 Fällen für zusammen 21 Arbeiter 11,71 Hektar beschafft, in Oldenburg in 60 Fällen für 822 Arbeiter 123,95 Hektar, in Braunschweig in 300

Fällen für 1402 Arbeiter 314,69 Hektar. Freiwillig ist auf Grund des Reichssiedlungsgesetzes wesentlich mehr derartiges Pachtland abgegeben worden, sowohl was die Zahl der Fälle und der bedachten Arbeiter als auch was die abgegebene Fläche anlangt. Diese freiwillige Arbeiterpachtsiedlung war auf die Länder Oldenburg, Braunschweig, Sachsen, Anhalt, Preußen, Bayern, Lippe beschränkt; die Reihenfolge der Nennung richtet sich nach der Gesamtzahl der Fälle. In Thüringen und in Mecklenburg-Schwerin hat ebenfalls freiwillige Arbeiterpachtsiedlung stattgefunden, doch ist bei dem erstgenannten Land nur die Anzahl der bedachten Arbeiter und die bereitgestellte Fläche, beim letztgenannten nur die bereitgestellte Fläche bekannt. Sehr erheblich sind die Unterschiede in der durchschnittlichen Größe der den einzelnen Arbeitern zugeteilten Flächen. Sie beträgt in Bayern 1,25 Hektar, in Preußen 0,53, in Oldenburg 0,45, in Thüringen 0,33, in Braunschweig 0,28, in Lippe 0,18, in Sachsen und Anhalt gar nur 0,10 Hektar.

Über die Gesamtergebnisse fürs Reich unterrichtet die nachstehende Übersicht:

Jahr	Freiwillige Anzahl der Fälle	Abgabe von Pachtland		Durchschnittsflächenanteil für jeden Arbeiter (in Hektar)
		Anzahl der Arbeiter, die Land erhielten	Fläche (in Hektar)	
1919	35	371	250,37	0,67
1920	18	540	235,13	0,44
1921	566	2395	819,96	0,34
1922	961	9376	3734,52	0,40
1923	520	1844	1576,08	0,85
1924	703	2043	2016,55	0,98
1925	546	1595	1071,13	0,67

Totenliste Am 30. März starb in Berlin *Heinrich Neutze* kurz vor Vollendung seines 78. Lebensjahrs. Ursprünglich war er als Leiter verschiedener Großbetriebe praktisch tätig; daneben wirkte er recht lebhaft in der Raiffeisenbewegung. Später wurde Neutze in die preußischen Auseinandersetzungsbehörden (jetzige Landes-kulturbehörden) berufen. Bis zu seinem Übertritt in den Ruhestand /1911/ tat er dort nach einander bei den Generalkommissionen in Kassel, Münster und Frankfurt an der Oder als landwirtschaftlich-technisches Mitglied Dienst; vor allem bearbeitete er Bodenverbesserungen, Zusammenlegungen und Rentengutsbildungen. Seit seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst leitete er das private Sied-

lungsunternehmen Deutsche Gesellschaft für Innere Kolonisation in Berlin. Während seiner Wirksamkeit dort hat die Gesellschaft rund 15 000 Hektar im Rentengutsverfahren besiedelt und weitere 463 Hektar anderweit aufgeteilt; die besiedelte Fläche verteilt sich insgesamt auf 445 Neusiedlerstellen sowie 1 104 Anliegersiedlungen. Auch als Fachschriftsteller ist Neutze mehrfach hervorgetreten. Die deutsche ländliche Siedlung hat durch seinen Tod einen Mann verloren, der der privaten Siedlung ihr besonderes Gepräge gegeben hat.

Kurze Chronik Auf der Swinemünder Tagung des *Preußischen Landkreistags* vom 21. und 22.

Juni standen Siedlungs- und Meliorationsfragen im Mittelpunkt der Beratungen. Die einleitenden Vorträge hielten der Oberregierungsrat Alfred Grospietsch von der Rentenbankkreditanstalt und der Präsident der Pommerschen Landwirtschaftskammer Richard von Flemming; die Vorträge und die anschließende Diskussion erscheinen in der Zeitschrift für Selbstverwaltung. \diamond Mitte Juli sprachen in Dortmund auf der 22. Mitgliederversammlung des *Westfälischen Wohnungsververeins* der preußische Wohlfahrtsminister Heinrich Hirtsiefer über planmäßigen Kleinwohnungsbau und Städtebaugesetz, der Staatssekretär Genosse Hans Krüger über die Grundlagen des ländlichen Siedlungswesens. Im 8. Heft des *Westfälischen Wohnungsblatts* vom August 1928 sind die beiden Vorträge abgedruckt. \diamond Das Kuratorium der Landesbank der Provinz Westfalen hat im Juni beschlossen über die bereits gewährten 750 000 Mark hinaus noch weiter $\frac{1}{2}$ Million für *Ostsiedlungskredite* zur Verfügung zu stellen; die Mittel werden seitens der Provinz durch Zinszuschüsse verbilligt und sind für ansiedlungslustige westfälische Bauernsöhne bestimmt.

Literatur Mit seiner jüngst veröffentlichten Agrarpolitik /Berlin, Paul Paray/ hat *Friedrich*

Aereboe ein volkswirtschaftliches Werk geschaffen, das für den deutschen Landbau von allergrößter Bedeutung ist. In überaus lebendiger Form behandelt er im 1. Teil zunächst die volkswirtschaftlichen und betriebswissenschaftlichen Grundlagen der Agrarpolitik; siedlungswissenschaftlich ist dabei besonders wertvoll, was er über Betriebsgrößen und Besitzgrößen in der Landwirtschaft und ihre Abhängigkeit von den Landarbeiterlöhnen, von den Produkten- und Produk-

tionsmittelpreisen und von den natürlichen Verhältnissen sagt. Der 2. Teil des Buchs erörtert die wichtigsten agrarpolitischen Probleme und deren Lösung; Bevölkerungsproblem, Grundbesitzverteilung und Grundbesitzvererbung setzt Aereboe dabei an die Spitze; dann folgen in der Reihenfolge ihrer Bedeutung und gegenseitigen innern Verknüpfung ländliches Bildungswesen und ländliche Bildungspolitik, Agrarsteuern und Steuerpolitik, agrarische Zollpolitik und Preispolitik, die Kreditpolitik in der Landwirtschaft, die Landarbeiterpolitik und schließlich Siedlungspolitik und Änderungen der Besitzverteilung. Aus wissenschaftlich objektiver, mit Aereboes umfassender Sachkenntnis geführter Untersuchung dieser dringenden Gegenwartsfragen des Landbaus ergibt sich das eindrucksvollste Plädoyer für eine konsequente deutsche Bauernpolitik, in der zweckmäßige und gesunde Siedlung naturgemäß eine besondere Rolle spielen muß. Aereboe fordert allerdings, daß man mit der bisherigen Subventionierung der ländlichen Siedlung Schluß mache und statt dessen die Siedlung in den freien organischen Ausgleich der Besitz- und Betriebsverhältnisse einordne. Das Werk gehört in die Hände aller politisch oder wirtschaftlich Interessierten. \diamond Aufmerksames Studium verdient die *Arbeit Victor Pflanz'* Die Arbeitslosigkeit als Agrar- und Binnenmarktproblem /Berlin, Deutsche Landbuchhandlung/. In knapper, überaus anschaulicher Form zeigt sie zunächst die Größe und die Ursachen des deutschen Arbeitslosenproblems. Dann werden die Möglichkeiten seiner Lösung eingehend erörtert, und es wird nachgewiesen, wie mittels einer großzügigen Siedlungs- und Bodenverbesserungspolitik die Hauptursachen der heutigen Arbeitslosigkeit zum großen Teil behoben werden könnten. Seiner klaren und leichtverständlichen Darstellung wegen ist das Bändchen besonders zur Einführung breiter Kreise in den wichtigen Fragenkomplex geeignet. \diamond Anscheinend vor allem für den Wahlkampf dieses Sommers wurde eine Broschüre *H. Tillmanns* Gegen den Agrarsozialismus, für Privateigentum und Wirtschaftsrieden /Berlin, Reinhold Kühn/ geschrieben. Völlig abgesehen von der oft geradezu grotesken antisozialistischen Tendenz der Arbeit ist sie auch in der rein sachlichen Darstellung der akuten Agrarprobleme, gelinde gesagt, überaus einseitig; was dort zum Beispiel über das Pachtwesen und über die Pachtrechtsreform geschrieben ist, hält objektiver Prüfung nicht stand.